Mittwoch, 22. Mai 1985 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 117 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Zimmermann:** Die CSU hat sich hinter die Kritik des Bundesinnenministers am Führungsstil von Kanzler Kohl gestellt. Zimmermanns Äußerungen seien keineswegs „erstaunlich", wie der Bundeskanzler erklärt habe, sondern außerordentlich berechtigt, sagte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler.

**Spitzengespräch:** Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP, Kohl, Strauß und Bangemann, wollen am 13. Juni die neuerlichen Streitigkeiten innerhalb der Bonner Regierungskoalition erörtern.

**Gesetzentwurf:** Die Novelle zum Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz, mit der die Rechte von Minderheiten bei Betriebsratswahlen verstärkt und die Sprecherausschüsse für leitende Angestellte gesetzlich verankert werden, soll nach dem Willen der Koalitionsfraktionen noch vor der Sommerpause im Bundestag behandelt werden. (S. 13)

**Kreisky:** Die Israel-Reise des früheren österreichischen Bundeskanzlers ist aus Sicherheitsgründen von seinen Gastgebern verschoben worden. Kreisky teilte mit, dem einladenden israelischen „Friedenszentrum" seien Bedenken gekommen, daß „etwas passieren könne". (S. 12)

**Opferschutz:** Opfer von Straftaten sollen besser geschützt werden. Bundesjustizminister Engelhard legte einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. (S. 7)

**Aktuelle Stunde:** Auf Antrag der Unionsfraktion debattiert der Bundestag am Freitag über die Äußerungen des SPD-Politikers Schmude zum Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes.

**Umwelt:** In einem Gespräch mit Vertretern der Auto- und Mineralölindustrie forderte Minister Zimmermann die Autohersteller auf, die Lieferfristen für schadstoffarme Wagen zu verkürzen.

### ZITAT DES TAGES



„Wir sehen keinen Grund, das Auto an seinem hundertsten Geburtstag allmählich auf das Altenteil zu schieben und uns von der Straße weg zu bewegen"

Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, zum Engagement des Unternehmens bei Dornier und MTU (S. 15) FOTO: JUPP DARCHINGER

### WIRTSCHAFT

**Kapitalmarkt:** Nur noch sieben Prozent Rendite bringt die neue Bundespost-Anleihe im Volumen von einer Milliarde DM. Die letzte Anleihe Mitte Mai hatte noch eine Effektivverzinsung von 7,21 Prozent gebracht. (S. 13)

**Deutsche Texaco:** Im Mineralölgeschäft gab es 1984 erneut hohe Verluste. Dagegen konnten im Bereich Aufschluß und Gewinnung von Erdöl und Erdgas wieder Überschüsse erwirtschaftet werden. (S. 15)

**US-Zinsen:** Eine Hausse löste an den New Yorker Börsen die Diskontsatzsenkung durch die US-Notenbank aus. Der Dow-Jones-Index übersprang erstmals die marktpsychologisch wichtige Widerstandslinie 1300. (S. 13)

**Börse:** Nach dem starken Kursaufschwung zum Wochenanfang hat sich die Aufwärtsbewegung gestern etwas verlangsamt. Mit 186,7 (186,3) erreichte der WELT-Aktienindex wie schon am Vortag ein neues Höchstniveau. Am Rentenmarkt ist die Rendite öffentlicher Anleihen unter sieben Prozent gefallen. BHF-Rentenindex 102,565 (102,443). Performance-Index 102,558 (102,407). Dollar-Mittelkurs 3,0530 (3,0328) Mark. Goldpreis 314,90 (323,30) Dollar.

### WELT-Report Österreich

Österreich präsentiert sich heute als ein blühender Kleinstaat, der zwar seine Grenzen kennt, aber mit Stolz darauf hinweisen kann, daß seine Stimme im Chor der Völker nicht eine der leisesten ist, schreibt Bundeskanzler Fred Sinowatz in einem Beitrag. Weitere Themen des WELT-Reports behandeln den Tourismus, deutsche Unternehmen im Nachbarstaat sowie Österreichs Brückenfunktion in Europa. Seiten I bis V

### KULTUR

**Wiener Festwochen:** Nach dem furiosen Start mit der Mozart-Travestie „Donna Giovanni" verlief die mit Spannung erwartete Premiere von Händels „Julius Cäsar" im Theater an der Wien eher enttäuschend. (S. 23)

**Theater:** Für die deutschen Bühnen war 1984/85 eine karge Saison, wie das 22. Berliner Theatertreffen zeigte. Von wenigen Glanzlichtern abgesehen waren die ausgewählten Inszenierungen nur biederer Durchschnitt. (S. 23)

### SPORT

**Fußball:** Der frühere Nationalspieler Miroslav Votava wechselt nach einem dreijährigen Engagement beim spanischen Klub Atletico Madrid für drei Jahre zum Bundesliga-Klub Werder Bremen.

**Boxen:** Der 35jährige Amerikaner Larry Holmes verteidigte seinen Weltmeister-Titel im Schwergewicht (Version IBF) durch einen Punktsieg gegen seinen Landsmann Carl Williams. (S. 10)

### AUS ALLER WELT

**Kriminalität:** Die Zahl der Verbrechen in Frankfurt stieg 1984 um sechs Prozent. Auf 100 000 Einwohner kamen 18 214 Delikte, verglichen mit rund 16 000 in Hamburg und 12 000 in Berlin.

**Bombenangriff:** Scharfer Kritik sieht sich Bürgermeister Wilson Goode von Philadelphia nach dem Bombenangriff der Polizei auf ein Sekten-Quartier ausgesetzt. Bürgermeister Koch von New York: „Ich würde jeden Polizisten entlassen, der in meiner Stadt den Befehl gäbe, ein Wohnhaus zu bombardieren." (S. 24)

**Wetter:** Überwiegend bewölkt, zeitweise Regen. Bis 20 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Dregger mahnt beim Kabinett fällige Entscheidungen an

## „Mit der FDP mühsame Fortschritte in der Rechtspolitik" / Bekenntnis zu SDI

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat angesichts der Irritationen in der Koalition über den weiteren Kurs der Politik nach dem Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen Grundsatzpositionen formuliert. In einem WELT-Gespräch forderte Dregger gestern: „Wir müssen die fälligen Entscheidungen in der Rechts- und Innenpolitik treffen. Nicht nur wir sind auf die FDP, die FDP ist auch auf uns angewiesen."

Das Kabinett habe zu den noch offenen Fragen bislang keine Vorlagen verabschiedet. Statt dessen gebe es seit Monaten in Gesprächen mit der FDP „nur mühsame und unzureichende Fortschritte". Er erwarte, daß „Regierungsvorlagen" darüber dem Parlament noch vor der Sommerpause zugeleitet werden. Die Fraktion sei bereit zuzuarbeiten, „aber die Verantwortung muß jetzt bei der Regierung liegen".

Als zweite Aufgabe forderte Dregger: „Wir müssen unsere Konsolidierungspolitik fortsetzen und durch gezielte Maßnahmen im Investitionsbereich ergänzen." Seine Position dabei sei, daß es bei der zweistufigen Einkommens- und Lohnsteuerentlastung bleiben müsse. Die „geringen Spielräume" sollten für „Anreize zu kommunalen Investitionen" genutzt werden, da die kommunalen Haushalte „weitgehend konsolidiert sind und es darauf ankommt, das Umschalten aus der Spar- in die Investitionsperiode zu beschleunigen".

Dregger forderte außerdem „Abschreibungserleichterungen für die private Wirtschaft, auch hier mit dem Zielbereich Bauwirtschaft". Von den Finanzministern des Bundes und der Länder verlangte er, „die Steuerverteilung zügig zu regeln". Von „da aus dürfen sich keine Verzögerungen für notwendige politische Entscheidungen ergeben", sagte der Fraktionsvorsitzende.

LEITARTIKEL SEITE 2:
**Daß Führung vorhanden ist**
Von Manfred Schell

Als dritte Aufgabe nannte Dregger, das Bündnis müsse durch klare Entscheidungen gefestigt werden. Gleichzeitig sei es notwendig, die „geistig-politische Auseinandersetzung mit einer SPD zu führen, die sich auf einem für die Zukunft Deutschlands gefährlichen Kurs befindet".

Angesichts der Diskussion um das amerikanische Weltraumforschungsprogramm SDI erklärte Dregger gegenüber der WELT: „Wir bleiben bei der Linie, die der Bundeskanzler erstmals auf der Wehrkundetagung in München bezogen hat. Die Forschungsanstrengungen der USA sind politisch geboten und moralisch gerechtfertigt. Unsere Beteiligung an Forschung und Entwicklung zu fairen Bedingungen ist erwünscht, wenn möglich zusammen mit anderen Europäern. Notwendige Entscheidungen dürfen aber dadurch nicht verzögert werden."

In Washington „bestehende Unklarheiten über die europäische Beteiligung können am besten durch einen konkreten deutschen oder europäischen Vorschlag geklärt werden". Entscheidend sei, „daß wir nicht nur Zuarbeit leisten, sondern eines der Elemente in Arbeitsteilung in eigener Verantwortung übernehmen. Am einleuchtendsten wäre es, wenn dieses Element unseren Schutz beträfe, also die Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen."

Ob die „Vision SDI" realisierbar sei, bleibe ungewiß. „Die atomare Abschreckung bleibt, solange sie ohne

● **Fortsetzung Seite 12**

# Streit um Freilassung von Terroristen

## „Ein schwerer Tag für die israelische Nation" / Werden jüdische Untergrundkämpfer begnadigt?

E. LAHAV/DW. Jerusalem

Der Austausch von drei israelischen Kriegsgefangenen gegen 1150 überwiegend palästinensische Häftlinge – unter ihnen berüchtigte Terroristen – hat in Israel heftige Kritik ausgelöst. Politiker aller Parteien kritisierten die Freilassung von Terroristen, von denen 160 zu lebenslanger Haft verurteilt waren. „Dies ist ein schwerer Tag für die israelische Nation", hieß es in den Zeitungen.

Verteidigungsminister Rabin rechtfertigte die Aktion mit der „moralischen Verpflichtung" des Staates, auch künftig alles zu tun, um seine Soldaten zu retten, auch wenn dafür ein hoher Preis gezahlt werden müsse. Außenminister Shamir kündigte, offensichtlich, um die Wogen der Empörung zu dämpfen, eine Initiative im Kabinett zur Freilassung jüdischer Untergrundkämpfer an, die für Anschläge gegen Araber, vor allem im Westjordanland, verantwortlich gemacht werden. Shamir sagte: „Es ist undenkbar, daß Terroristen freikommen, während Juden, die gegen sie vorgegangen sind, im Gefängnis bleiben."

Die drei ausgetauschten israelischen Kriegsgefangenen waren gestern vormittag auf einem Militärflughafen bei Tel Aviv gelandet. Sie wurden von Minister Rabin, zahlreichen Offizieren und ihren Familien überschwenglich begrüßt.

Zuvor schon waren die freigelassenen Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen mit Jubel und anti-israelischen Demonstrationen empfangen worden. In Hebron wurden Steine auf israelische Fahrzeuge geworfen. Jüdische Siedler unter Anführung des nationalistischen Rabbiners Moshe Lewinger schossen daraufhin in den Straßen der Stadt demonstrativ mit Maschinenpistolen in die Luft.

Die Austauschaktion hat auch bei der japanischen Regierung Erstaunen ausgelöst, denn unter den freigelassenen Terroristen befindet sich auch der Japaner Kozo Okamoto, der 1972 an einem Terroristenanschlag auf dem Flughafen von Tel Aviv beteiligt war, dem 25 Menschen zum Opfer gefallen waren. Die Regierung in Tokio äußerte in einem Schreiben an die israelische Regierung ihr Bedauern über diesen Schritt und erklärte, sie werde Okamoto auf die internationale Fahndungsliste setzen lassen.

Neben dem japanischen Terroristen sind weitere zu mehrfach lebenslanger Haft Verurteilte freigelassen worden, denen blutige Attentate zur Last gelegt werden:

– drei Männer, die einen Bus auf der Straße zwischen Tel Aviv und Haifa entführten und dabei 43 Geiseln erschossen;

– zwei Überlebende einer Terrorgruppe, die eine Schule in dem galiläischen Städtchen Ma'Alot überfielen und 22 Kinder töteten;

– zwei Männer, die das Tel Aviver Hotel Savoy stürmten und elf Geiseln umbrachten;

– ein Mann, der in einem Kühlschrank eine Bombe unterbrachte und ihn auf dem Zionsplatz in Jerusalem detonieren ließ – 22 Tote.

Die Freigelassenen erklärten unterdessen, sie wollten weiter gegen Israel kämpfen. Der Austausch wurde als bedeutender Erfolg „in der Geschichte der palästinensischen Revolution" gefeiert.

**Seite 3: Das Blutbad**

# „Arbeitskosten stärker differenzieren"

## Hamburger Wirtschaftsinstitut rechnet der Bundesregierung Versäumnisse vor

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung muß sich nach Ansicht des Konjunkturexperten des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, Hans-Jürgen Schmahl, stärker an den Prinzipien der Wende orientieren. Sollte es am Arbeitsmarkt keine Verbesserungen geben, läge das an den Versäumnissen und Fehlern in der Wirtschafts- und Lohnpolitik, schreibt Schmahl im „Wirtschaftsdienst" seines Instituts.

Die Beschäftigung stagniere seit zwei Jahren, obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion deutlich gestiegen ist. Die „Ursachen des Übels" führt Schmahl auf zwei Kernpunkte zurück: Erstens sei die Wachstumsdynamik nicht ausreichend; das Grundtempo der Aufwärtsentwicklung dürfte kaum mehr als 2,5 Prozent betragen haben. Zweitens gebe es viele Hemmnisse, die einer erhöhten Beschäftigung entgegenstehen.

Die Investitionen der Wirtschaft seien bisher deutlich weniger gestiegen als in früheren Aufschwüngen. Dem widerspreche auch nicht die kräftige Investitionsbelebung in der Industrie: In anderen Bereichen verlaufe die Entwicklung deutlich ungünstiger, und der Anteil der Industrie an den Investitionen der Wirtschaft betrage lediglich rund ein Drittel. Damit fehle eine notwendige Voraussetzung für die Lösung des Beschäftigungsproblems.

„Was getan werden muß, um hier Abhilfe zu schaffen, ist seit dem sogenannten Lambsdorff-Papier hinreichend diskutiert, aber zu wenig in praktische Politik umgesetzt worden. Nicht nur die Liste der Unterlassungen, sondern inzwischen auch die der Verstöße gegen die als richtig erkannten Prinzipien ist lang." Nach Ansicht Schmahls stelle die Steuerreform zwar einen beachtlichen Schritt in die richtige Richtung dar, aber auch sie trage Zeichen des „Populismus".

Zu der unzureichenden Wachstumsdynamik kämen spezifische Hemmnisse, die einer höheren Beschäftigung entgegenstehen. Die Lohnnebenkosten seien durch Tarifverträge in den vergangenen Jahren – zuletzt vor allem durch die Arbeitszeitverkürzung – und durch gesetzliche Regelungen weiter erhöht, Schutzbestimmungen weiter verschärft worden. Um mehr Arbeitsplätze rentabel zu machen, müßten die Gesamtkosten der Arbeit im Vergleich zu denen des Kapitals gesenkt werden. Dies erfordere ein Zurückbleiben des Reallohnanstiegs hinter der Zunahme der Produktivität. Die Arbeitskosten müßten stärker nach Branchen, Regionen und Qualifikationen differenziert werden.

# Weinberger an der Mauer

DW. Berlin

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat bei seinem Besuch in West-Berlin die Forderung Washingtons nach einer offiziellen sowjetischen Entschuldigung wegen des Todes des US-Majors Arthur Nicholson in der „DDR" im März bekräftigt. Vor amerikanischen Soldaten erklärte Weinberger, die USA bestünden nach wie vor auf einer Genugtuung für den „Mord". Nicholson war am 25. März in der Nähe von Ludwigslust von sowjetischen Soldaten erschossen worden.

Weinberger, der auch die Mauer besichtigte, bekräftigte das „feste und permanente Engagement" der USA für Freiheit und Frieden in Berlin. „Wir bleiben hier, bis die Unnatürlichkeit der Teilung berichtigt und Berlin in einer demokratischen Ordnung wiedervereinigt ist", erklärte Weinberger.

# Rappe verteidigt Nuklearbetriebe

dos, Hanau

Die Existenz der Hanauer Nuklearbetriebe darf nach Auffassung des Vorsitzenden der IG Chemie, Papier, Keramik, Hermann Rappe, nicht in Frage gestellt werden. Diese Forderung richtete er gestern auf einer Betriebsversammlung der Firmen Alkem, Nukem, RBU und Transnuklear in Hanau an die Adresse der Hessischen Landesregierung. Für die IG Chemie sei die Atomtechnologie wesentlicher Bestandteil einer zukunftsorientierten Industriepolitik. Allerdings gehe es nicht darum, „um jeden Preis" auf eine unverhältnismäßige Kapazitätsausweitung der Hanauer Betriebe zu dringen, sondern vielmehr den Status quo zu erhalten. Zum Beschluß der SPD Hessen Süd vom Wochenende sagte Rappe: „Einem möglichen neuen Bündnis mit den Grünen in Hessen dürfen die Arbeitsplätze in Hanau nicht geopfert werden."

# Gorbatschows Reise zur UNO fraglich

DW. Washington

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow wird, wie die amerikanische Zeitung „Washington Post" berichtet, vermutlich nicht an der UNO-Vollversammlung Ende dieses Jahres in New York teilnehmen. Die Zeitung beruft sich auf die Erklärung eines Mitarbeiters des US-Präsidialamtes, wonach der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko seinen amerikanischen Amtskollegen George Shultz in Wien von dem möglichen Fernbleiben Gorbatschows unterrichtet habe. Gromyko soll dies damit begründet haben, daß Gorbatschow mit innenpolitischen Fragen zu beschäftigt sei und deshalb möglicherweise von einem Treffen mit Reagan in diesem Jahr absehen werde. An die ursprünglich vorgesehene Reise Gorbatschows zur UNO waren Vermutungen eines Zusammentreffens mit US-Präsident Ronald Reagan geknüpft worden.

## DER KOMMENTAR

# *Machtpröbchen*

PETER GILLIES

Daß Arbeitnehmer durch ihren Betriebsrat über das Schicksal ihres Unternehmens mitbestimmen, ist ein tragendes Element unserer Wirtschaftsverfassung. In der Praxis wird dieses Recht jedoch weitgehend von den Einzelgewerkschaften des DGB okkupiert; kleinere Gewerkschaften oder abweichende Interessen haben gegen diesen Machtblock wenig Chancen. Mit einer Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes möchte die Koalition die Kleinen etwas stärken. Dabei sieht sie sich der Kritik von beiden Seiten ausgesetzt, von Arbeitgebern wie vom Deutschen Gewerkschaftsbund.

Ziel der Änderung ist ein stärkerer Minderheitenschutz für kleinere Gewerkschaften. Hiervon dürften vor allem der Christliche Gewerkschaftsbund und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft profitieren. Ferner sollen die Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten gesetzlich verankert werden. Damit geräte so manches festgefügte Monopol auf Arbeitnehmerseite unter den Druck anderer Meinungen. Wer sich überall so vehement für Minderheitenschutz einsetzt wie der DGB, müßte dies eigentlich begrüßen.

Aber auch von Arbeitgebern kommt Kritik. Einerseits möchten sie die Leitenden nicht vergrätzen, andererseits befürchten sie, daß radikale Gruppen in den Betriebsräten Rechtspositionen erobern. Hier werde, so heißt es, Politisierung in die Betriebe getragen. Das mag in manchen Unternehmen so sein, aber die mächtigen DGB-Gewerkschaften haben den politischen Konflikt schon längst in ihrer Betriebsarbeit tief verankert. Der letzte Streik und seine unverhüllt politische Stoßrichtung belegen es.

Die Betriebsverfassung ist jedoch nur ein Teil der wirtschaftlichen Machtfrage. Im Arbeitskampfrecht haben die Gewerkschaften durch Untätigkeit des Gesetzgebers und eine ihnen überaus geneigte Rechtsprechung ein faktisches Übergewicht erobert. Es eröffnet ihnen neue Streikformen, gegen die die Arbeitgeber weitgehend wehrlos sind, und es erlaubt ihnen sogar, in staatliche Kassen zu greifen, um die eigenen zu schonen.

Nun lebt der soziale Frieden vor allem aus der Machtbalance, gesamtwirtschaftlich wie einzelbetrieblich. Wenn eine Seite die andere weitgehend risikolos unter Druck setzen kann, ist das Gleichgewicht gestört. Der Gesetzgeber kann also kein Interesse daran haben, bestehende Übermacht zu stärken oder Erstarrungen zu übersehen, sondern hat dafür zu sorgen, daß Machtkartelle immer neu durchlüftet werden.

# EG denkt über Abschaffung von Vetorecht nach

Ha. Brüssel

EG-Präsident Jacques Delors hat die EG-Regierungschefs aufgefordert, bei ihrem nächsten Gipfeltreffen sich auf die Abschaffung des Vetorechts im Ministerrat zu verständigen. Er unterstützte damit Vorschläge einer Arbeitsgruppe aus persönlichen Beauftragten der Regierungschefs, die sich Gedanken über eine institutionelle Stärkung der Gemeinschaft gemacht hat.

Delors' Vorstoß ist vor dem Hintergrund der jüngsten Brüsseler Agrarverhandlungen zu sehen. Dabei hatte sich Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle mit Hinweis auf das „Luxemburger Protokoll" von 1966 gegen eine Mehrheitsabstimmung zur Wehr gesetzt und bei den EG-Partnern erhebliche Kritik herausgefordert. Formal verzichtete Bonn zwar auf ein Veto, es berief sich lediglich auf den ersten Absatz des umstrittenen Protokolls, in dem sich die Regierungen verpflichten, im Falle von „sehr wichtigen Interessen eines oder mehrerer Mitgliedsländer, sich in einem angemessen Zeitraum" um einvernehmliche Lösungen zu bemühen. In der Wirkung entsprach die Weigerung abzustimmen jedoch einer Blockierung der Ratsentscheidung.

Über den Bericht der Arbeitsgruppe will der Europäische Rat am 28. und 29. Juni in Mailand ausführlich diskutieren. Die Mehrheit der Regierungsvertreter, darunter auch der deutsche Staatssekretär Jürgen Ruhfus, hat sich dafür ausgesprochen, von der Einstimmigkeitsregel künftig nur noch in (schriftlich fixierten) Ausnahmefällen Gebrauch zu machen.

# Moskau deckt Erdölbedarf Nicaraguas

DW. Managua

Die Sowjetunion wird Nicaragua verstärkte wirtschaftliche Unterstützung gewähren, nachdem die USA ein Handelsembargo gegen Managua verhängt hatten. Als „erfolgreich" hat der nicaraguanische Staatspräsident Daniel Ortega seine Reise durch 13 Staaten des Ostblocks und auch durch Westeuropa bezeichnet. Nach der Rückkehr gab er bekannt, die UdSSR wolle in diesem Jahr zwischen 80 und 90 Prozent des von seinem Land benötigten Erdöls liefern. Noch bis 1983 hatte Mexiko den gesamten nicaraguanischen Ölbedarf gedeckt, der auf 250 000 Barrel pro Monat geschätzt wird. 1984 hatte Moskau bereits 2,1 Millionen Barrel zugesteuert, diese Quote soll in diesem Jahr um weitere 1,4 Millionen Barrel erhöht werden.

Nach der Rückkehr aus Moskau forderte Ortega die USA erneut auf, der „wirtschaftlichen und militärischen Aggression" gegen sein Land ein Ende zu setzen und die bilateralen Gespräche im Hinblick auf eine „Normalisierung unserer Beziehung und eine friedliche Lösung des Konfliktes wieder aufzunehmen". Die USA hätten seine Reise in den Ostblock „manipulieren" wollen, um Nicaragua als Satellit des sozialistischen Lagers darzustellen. Der Staatspräsident betonte, Managua wolle sich um eine Wiederaufnahme der vor drei Jahren von der Bundesrepublik Deutschland eingestellten wirtschaftlichen Zusammenarbeit bemühen. Zu diesem Zweck wird der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez zu Gesprächen in Bonn erwartet.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Lesen ja, aber wie

Von Enno v. Loewenstern

Wer noch nach Beispielen sucht, wie weit die Geistesverwirrungen in der Republik um sich gegriffen haben, mag die Aussagen im Innenausschuß des Deutschen Bundestages über den neuen Ausweis studieren. Zwar herrscht weitgehend Einigkeit, daß der Ausweis fälschungssicher sein soll.

Aber daß er auch maschinenlesbar sein soll, blieb umstritten. Dabei haben dies nicht nur die Vertreter von SPD-Länderregierungen angefochten, sondern sogar der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Reinhold Baumann.

Zur Begründung zitiert Baumann das Datenschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Eine Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung des Bürgers sei nur zulässig, „wenn hierfür eine überzeugende Begründung gegeben werden kann. Diese fehlt bislang noch für die Frage der Maschinenlesbarkeit des Ausweises." Neue Gefährdungen der Privatsphäre des Bürgers seien „nicht auszuschließen".

Nun ist das Wesen des Ausweises, daß man ihn bei Kontrollen vorzulegen hat. Überzeugende Begründung: Sonst brauchte man ihn doch wohl nicht. Zur Ausweiskontrolle gehört, daß die Polizei feststellen darf, ob der Betreffende gesucht wird. Überzeugende Begründung: Sonst wäre die Identitätsfeststellung doch wohl überflüssig.

Der Wachtmeister darf also im Fahndungsbuch nachschlagen. Augenlesbar, sozusagen. Das aber kann viel Zeit in Anspruch nehmen und deshalb im Moment undurchführbar sein. Wenn man dann später herausfindet, daß man soeben einen Terroristen kontrolliert hat, ist der längst über alle Berge.

Nun möchte man wissen, inwieweit die Privatsphäre des Bürgers verletzt wird, wenn der Polizeibeamte rechtzeitig tätig wird. Gehört zur Privatsphäre ein Anspruch auf Nichtbehelligung nach Verbrechen? Ein Anspruch auf, wenn schon polizeiliche Fahndung, dann unzulängliche?

Die Kritik, daß bei aller Notwendigkeit eines vernünftigen Datenschutzes die dahinterstehende Mentalität tatsächlich nicht auf Schutz, sondern auf Preisgabe des Bürgers orientiert ist, wurde niemals drastischer bestätigt als durch den Einfall: man darf zwar den Ausweis lesen, aber nicht maschinell.

## Freiwild

Von Eugen Wolmarshof

Vibrierend vor Zorn unterrichteten die Fernschreiber die Ostberliner Agentur ADN ihre überraschten Kunden: „Die ganze von der Presse breitgewalzte Geschichte ist von A bis Z erlogen." Nicht ein Flüchtling sei an der Grenze zu West-Berlin erschossen worden, sondern bei einer „Ansitzjagd von Mitgliedern einer Jagdgesellschaft" an der „Staatsgrenze" habe ein Jäger einen Rehbock und ein anderer ein Wildschwein erlegt.

„Ein Rehbock und ein Wildschwein mußten herhalten, um Lügen in die Welt zu setzen", schnob ADN. „Allerdings fragt man sich, warum verantwortliche Stellen im Westen mitspielen, anstatt sich sachkundig zu machen. Dem Prozeß der Entspannung sind solche Praktiken gewiß nicht dienlich."

Was für eine Idylle. Man wußte gar nicht, daß es dort Jagdgesellschaften auf dem Ansitz gibt, sogar an der modernsten aller Staatsgrenzen. Oder ist das alles doch Menschenjägerlatein aus dem Staat, der einen Fernsehreporter verjagte, nachdem dieser gesagt hatte, hier würden die Menschen wie Hasen abgeknallt?

Daß die fraglichen Schüsse laut ADN zwischen 19.45 und 20.30 Uhr fielen, die West-Berliner Zeugen sie jedoch um drei Uhr früh gehört hatten, ist ein Teil des Problems. Noch schwerer wiegt, daß der Bonner Delegierte in Ottawa den Fall zur Sprache gebracht und der Ostberliner Delegierte prompt den Schußwaffengebrauch zum Schutz der Staatsgrenze gerechtfertigt hatte. Da hat man sich doch wohl sachkundig gemacht.

Aber man würde sich gern in Zukunft richtig sachkundig machen. Die verantwortlichen Stellen im Westen würden gern die Stellen besichtigen, wo an der Mauer Schüsse fallen und leblose Körper abtransportiert werden. Und sie wüßten gern, warum, wenn dort nur Böcke geschossen werden, Grenztruppen mit automatischen Gewehren bereitstehen.

Kurz: Der Mauer-Staat hat Talleyrands Aperçu übertroffen. Er hat dem Verbrechen die Dummheit hinzugefügt. Die Geschichte wäre komisch, wenn hier nicht tatsächlich Menschen abgeknallt würden wie Hasen oder Rehböcke und wenn nicht offenbar, das späte Dementi erhärtet es nur, auch diesmal wieder ein Mensch getötet worden wäre.

## Auf ungarisch empfohlen

Von Klaus Blume

Schützt den Präsidenten vor seinem Volk! So oder ähnlich müssen sie beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) gedacht haben, als sie Hermann Neuberger rieten, nicht nach Berlin zu reisen. Denn man stelle sich einmal folgende Szene vor: Pfingstsonntag, 20 Uhr, Olympiastadion Berlin, hunderttausend jubelnde Menschen – und plötzlich sagt der Stadionsprecher: „Und nun überreicht DFB-Präsident Hermann Neuberger dem deutschen Pokalsieger ..."

Ausgerechnet jener Hermann Neuberger, der Berlin als Austragungsort der Fußball-Europameisterschaft von seinem Programm gestrichen hat. Was hätte das wohl für eine Reaktion des Berliner Publikums ausgelöst?

Neuberger, der oberste deutsche Fußball-Herr, ist also beim wichtigsten deutschem Fußballspiel, dem Pokalfinale am Pfingstsonntag in Berlin, nicht dabei, um gemeinsam mit Bundesinnenminister Zimmermann die Siegerehrung vorzunehmen. Die Erklärung des DFB: Der Brasilianer Joao Havelange, der Präsident des Internationalen Fußballverbandes (FIFA), habe Neuberger gebeten, ihn über Pfingsten bei der Europameisterschaft der 14- bis 16jährigen in Ungarn zu vertreten. Dazu Verbands-Sprecher Rainer Holzschuh: „Einer solchen Aufgabe kann man sich doch wohl nicht entziehen?"

Gewiß nicht, denn eine solche Aufgabe im fernen Ungarn enthebt Neuberger der Peinlichkeit, in Berlin gefragt zu werden, warum denn bei der Europameisterschaft in drei Jahren nicht in Berlin gespielt wird. Er müßte dann nämlich zugeben, daß in den Papieren des europäischen Dachverbandes (UEFA) lediglich davon die Rede ist, in Berlin nicht das Eröffnungsspiel der Europameisterschaft abzuhalten, ansonsten aber ...

Er müßte also zugeben, daß er Berlin ohne Not aufgegeben hat und ohne Not weiter aus der Europameisterschaft heraushält. Und er müßte erklären, warum er das tut. Daß er von vornherein auf Berlin verzichten mußte, um die Europameisterschaft für die Bundesrepublik Deutschland zu retten, glaubt ohnehin außer ihm wohl niemand mehr.

Daß seine Präsenz in diesen Tagen in Ungarn notwendiger als in Berlin ist, sei ihm indes abgenommen. Zu viele wünschen sich Neuberger dorthin, wo der Paprika wächst.




Nur ein Sommergewitter? KLAUS BÖHLE

# Daß Führung vorhanden ist

Von Manfred Schell

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Mitglieder des CDU-Präsidiums für heute abend zusammengerufen, um mit ihnen die „Konsequenzen" aus dem Wahldebakel an Rhein und Ruhr zu erörtern. Wohlgemerkt: Es geht dabei um Inhalte, Stil und Selbstdarstellung der Regierungspolitik, nicht um Personen. Eine Kabinettsumbildung ist erst nach der Sommerpause, im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von CDU-Generalsekretär Geißler, zu erwarten. Den Anstoß dafür zu geben ist die ureigenste Sache des Kanzlers.

Andererseits ist, um bei Personen zu bleiben, Kohl im Amt des Regierungschefs unangefochten. Zwar häufen sich die kritischen Stimmen, die nicht nur mit der Niederlage in Nordrhein-Westfalen zu erklären sind. Aber Kohl ist im Amt des Kanzlers ungefährdet. Kein ernstzunehmender CDU-Politiker denkt an Königsmord, die „Alternative" Gerhard Stoltenberg wird nicht forciert. Stoltenberg selbst steht loyal zum Kanzler.

Aber unterhalb dieser Schwelle rumort es gewaltig. Die Führungskraft des Kanzlers wird vermißt. Die Klagen sind auf einen kurzen Nenner zu bringen: Kohl lasse die Dinge zu sehr treiben, anstatt das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Minister brechen aus der Kabinettsdisziplin aus, machen entweder Front gegen Kohl oder versuchen, ihn in ihrem Sinne zu interpretieren und damit zu vereinnahmen.

Hier haben sich in den letzten Tagen unerhörte Dinge abgespielt. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) hat öffentlich den Kanzler gerüffelt. Entscheidungen müßten auch „den Eindruck vermitteln, daß Führung vorhanden ist". Auf den Feldern der Innen- und Rechtspolitik, auf denen sich Union und FDP einen überflüssigen Profilierungsstreit leisten, so sagte Zimmermann, hätte er sich gewünscht, „daß er (Kohl) früher eingreift". Im Grunde genommen müßte sich der Kanzler von einem Minister, der ihn so massiv angeht, trennen. Die Konsequenz wäre der Bruch der Koalition, denn Zimmermann, Wortführer der CSU-Minister im Kabinett, hat die Rückendeckung seiner Partei. Insofern sind Kohl die Hände gebunden.

Bei allem Schaden, der entstanden ist, muß dem energischen und konsequent denkenden Zimmermann zugute gehalten werden, daß er hier ohne Visier vorgegangen ist. Ein anderer Fall ist Bundesaußenminister Genscher. Er hat nach der Rede Kohls vor NATO-Parlamentariern streuen lassen, der Kanzler sei nun in der SDI-Frage auf gleichem Kurs wie er. Im Kanzleramt wird einer solchen eigenwilligen Interpretation energisch widersprochen, doch Unklarheiten bleiben.

Es ist die sprachliche Unschärfe Kohls, die immer wieder Raum für Deutungen läßt. Ein Beispiel: „Die Strategische Verteidigungsinitiative von Präsident Reagan bedeutet für das Nordatlantische Bündnis Chance und Risiko zugleich." Wo liegt hier das Risiko? Alfred Dregger hat gestern gegenüber dieser Zeitung den Kanzler an dessen frühere Erklärung erinnert: „Die Forschungsanstrengungen der USA sind politisch geboten und moralisch gerechtfertigt."

Die deutsche Industrie ist für eine Beteiligung, weil sie befürchtet, daß sie ansonsten technologisch ins Hintertreffen gerät. Die Franzosen und Norweger, deren Regierungen öffentlich Ablehnung erklären, schicken heimlich Expertendelegationen in die USA, um ihre Chancen auszuloten. Das alles ist doch in Bonn bekannt. Genscher, der das SDI-Programm mit Vorbehalten überfrachtet, war von Anfang an auf Distanz. Sein „europäischer" Weg ist vom Wunsch nach Zeitgewinn bestimmt. Dies Hin und Her schafft Unsicherheit. Dregger hat zu Recht gemahnt: Notwendige Entscheidungen dürften nicht verzögert werden.



Unruhe in den eigenen Reihen: Kohl, Zimmermann FOTO: SVEN SIMON

In der Innen- und Rechtspolitik, wo es hauptsächlich um das Asyl- und Ausländerrecht und das Demonstrationsstrafrecht geht, ist seit Monaten Stillstand. Der Gesetzentwurf Zimmermanns zum Ausländerrecht wird von Kohl unter Verschluß gehalten. Eine neue Expertenkommission soll die Fronten abstecken und nach Kompromißmöglichkeiten suchen, obwohl die Fachleute der Unionsfraktion bis zur Leidensfähigkeit mit den Abgeordneten der FDP um kleine Schritte gerungen haben. Die FDP fährt in der Koalition eine „Doppelstrategie". Sie profiliert sich als liberale Wirtschaftspartei auf Kosten der CDU, und sie blockiert, aus unverständlichen Gründen, Wünsche der Union in der Innen- und Rechtspolitik. Hier muß der Kanzler endlich Lösungen erzwingen, auch gegen die FDP, die nach den sechs Prozent in Nordrhein-Westfalen wahrlich keinen Anlaß hat, die Muskeln spielen zu lassen. CDU/CSU und FDP können 1987 nur bestehen, wenn sie gemeinsam Erfolge vorweisen können. Die Wähler wollen von der Sache her begründete Entscheidungen, und sie haben die Streitereien über ihren Köpfen satt.

Die Arbeitsmarktpolitik wird das dritte zentrale Feld sein, auf dem die Koaliton gemessen wird. Die Koalition der Mitte unter Helmut Kohl ist mit dem (selbsterteilten) Auftrag gewählt worden, den von den Sozialdemokraten herabgewirtschafteten Staat wieder in Ordnung zu bringen. Die konsequente Konsolidierungspolitik hat deutliche Erfolge mit sich gebracht, bis hin zu den jüngsten massiven Zinssenkungen, die mehr Spielraum schaffen als künstliche und kostspielige Arbeitsmarktprogramme.

Es wäre ein fataler Fehler, wenn die Koalition jetzt unter dem Eindruck einer Wahlniederlage ihren Konsolidierungskurs verlassen würde. Wohl mag es Bereiche geben, wo sie neue Akzente setzen kann. Aber wenn sie jetzt panikartig in eine von der SPD vorexerzierte und mißlungene Verteilungspolitik verfiele, gäbe sie die politische Raison auf, derentwegen sie gewählt worden ist.

## IM GESPRÄCH Vinicio Cerezo

# Geld in den Sternen

Von Günter Friedländer

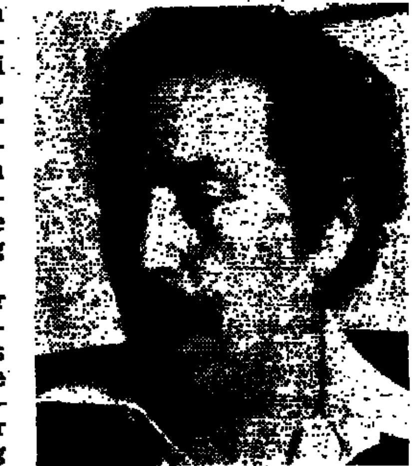
Im Vertrauen auf das Versprechen der verfassunggebenden Versammlung Guatemalas, daß im Mai die neue Verfassung vorliegen wird, hat General Mejia Victores allgemeine Wahlen für den 27. Oktober ausgeschrieben. Für die Wahl des ersten Zivilisten, der nach 15 Jahren Landespräsident wird, dürfte eine zweite Runde am 27. November notwendig sein.

Vinicio Cerezo Arevalo (42), der Kandidat der links vom Zentrum stehenden Christdemokraten, ist bereits siegessicher. Schließlich hat seine Partei – so heißt es immer wieder – am 1. Juli 1984 bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung die meisten Stimmen erzielt.

Das stimmt, aber es waren weniger als zwanzig Prozent. Er kann in der ersten Runde kaum eine absolute Mehrheit erreichen, trotz des Versprechens „eines Arbeitsplatzes, Sicherheit und Teilnahme am politischen Leben" für jeden Guatemalteken.

In der Erinnerung vieler Wähler blieb, daß die Christdemokraten seit 1970 nur die Wahlen des Jahres 1974 gewannen. Das Heer versperrte ihnen als „zu links" den Weg an die Macht. Könnte sich das 1985 wiederholen? Ausgeschlossen, meint Cerezo, niemand will heute Wahlbetrug. Durchaus nicht alle Guatemalteken teilen diese Ansicht.

Trotz seiner Jugend war Cerezo ein entschiedener, sichtbarer Gegner der regierenden Generäle. Er hofft, daß ihm das jetzt helfen wird. Sein nicht sehr konkretes Programm soll dreihunderttausend neue Arbeitsplätze schaffen, vor allem in der vernachlässigten Landwirtschaft. Wie soll das finanziert werden? Er weiß es nicht, will aber Geld überall, „selbst in den Galaxien", suchen. Wird diese Form lateinamerikanischer Rhetorik nüchterne Bürger überzeugen? Ist es sehr verlockend, wenn er seiner Gefolgschaft versichert, daß er an eine Politik etwa „wie Mexiko, nur ohne die Korruption" denkt?



Wie Mexiko, aber (hoffentlich) ohne Korruption: Cerezo FOTO: BOSIO/STUDIO X

Für die wirtschaftlichen Nöte, in die das früher stabile Guatemala geraten ist, schlägt Cerezo eine von der Regierung geplante Wirtschaft vor. Das wird ihn in den USA nicht sehr glaubwürdig machen. Guatemala lernte ohne amerikanische Hilfe zu leben, als 1977 der Kongreß ihm alle Hilfe abschnitt. Cerezo wird ironischerweise als erster Präsident wieder diese Hilfe suchen müssen.

Seit der Bekanntgabe des Wahlkalenders flammte Guatemalas Guerrillakampf wieder auf, den Cerezo, gegen alle Erfahrung der letzten Jahre, mit wirtschaftlichen Reformen beenden will, obwohl er selbst zugibt, „man könne nicht leugnen, daß verschiedene Länder daran interessiert sind, die Guerrilla zu fördern".

Cerezos Probleme werden erst in der zweiten Runde beginnen, wenn er den dann verbündeten Parteien rechts von der Mitte gegenübersteht.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Die Presse

Zum Gefangenenaustausch im Nahen Osten meint das Wiener Blatt:

Bei allem menschlichen Verständnis für diese Aktion ist nur zu hoffen, daß es diesmal nicht ins Auge geht. Unter den Freigelassenen befinden sich nämlich mehrere Massenmörder: Man erinnere sich nur an das grauenvolle Blutbad am Flughafen von Tel Aviv vor zwölf Jahren – und der einzige überlebende Terrorist wird nun freigelassen! ... Für das Leben seiner Bürger nimmt Jerusalem vieles in Kauf, offenbar auch die Gefahr einer neuen, starken Terrorinternationale im Nahen Osten. Ein hoher Preis.

### EPOCHE

Die Münchner Monatszeitschrift befaßt sich mit der Art, wie Jugend mobilisiert wird:

Die Mobilisierung der Massen – insbesondere begeisterungsfähiger Jugendlicher – geht oft mit dem einher, was Manès Sperber eine „Verzerrung der Sicht" nannte: Die vielgestaltige Wirklichkeit wird auf einen ideologisch bestimmten Generalnenner reduziert, Teilaspekte werden verabsolutiert, plakative und suggestive Formeln treten an die Stelle nüchterner und differenzierter Analyse ... Erwartungen, die auf diese Weise geweckt werden, enden zwangsläufig in Enttäuschung. Brandt hat mit seinem „Wandel-durch-Annäherung"-Wahn den Frieden nicht sicherer gemacht, sondern im Gegenteil der westlichen Verteidigungsbereitschaft Schaden zugefügt. Ähnlich mußten die überspannten Erwartungen, die sich mit dem endlosen Ausbau des Sozialstaates verbanden, enttäuscht werden.

### HAARETZ

Die israelische Zeitung begrüßt die Rückkehr von drei Israelis aus der Gefangenschaft und kritisiert den Preis dafür:

Die Regierung hatte einerseits keine andere Wahl. Andererseits ist zu befürchten, daß die Terroristenorganisationen und ihre Mitglieder jetzt in Aktion treten könnten, wobei sie sich der „Tatasache" bewußt sind: ... egal, was sie tun, wie viele Kinder sie ermorden, schließlich werden sie freikommen ... Nach dem gestrigen Austausch ... schmieden die PLO-Organisationen bestimmt weitere Entführungspläne, um die noch 3000 anderen palästinensischen und fremden Terroristen aus Israels Gefängnissen freibekommen zu können. Sollte sich diese Befürchtung verwirklichen, dann wird es heißen: Israel hat den kürzeren gezogen.

### RHEINISCHE POST

In der Düsseldorfer Zeitung heißt es zu Kohls SDI-Rede:

Kohl hat sich auf die eher indifferente Formel „Risiko und Chance" zurückgezogen, auf ein „kräftiges Sowohl-Als-auch", wie es Brandt liebt.

### Bremer Nachrichten

Hier heißt es zu Investitionsprogrammen:

Wie gefährlich dagegen die Schaffung von Überkapazitäten ist, demonstriert jetzt die Bauwirtschaft. Hier kommt es wegen der mehr als bescheidenen Auftragslage zu Firmenzusammenbrüchen und damit zu noch mehr Arbeitslosen. Wer will das denn ernsthaft? Investitionen um jeden Preis und ohne aufnahmefähigen Markt sind völlig sinnlos.

# Stalins Kastanienrede an die Adresse Hitlers

Den Sowjets ging es 1939 nicht nur um Gebietserwerb / Gastkommentar von Klaus Hornung

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist in seiner Rede zum 8. Mai im Deutschen Bundestag deutlich auf den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 eingegangen: „Der Vertrag wurde geschlossen, um Hitler den Einmarsch in Polen zu ermöglichen. Das war der damaligen Führung der Sowjetunion voll bewußt ..." Diese Feststellung deckt jedoch nicht den ganzen vom deutsch-sowjetischen Pakt von 1939 gekennzeichneten Problemkomplex ab.

Es ging Stalin um mehr, als lediglich Hitlers Angriff auf Polen „in Kauf zu nehmen, um sich am Ertrag zu beteiligen". Für ihn waren die territorialen Gewinne aus dem Pakt (Ost-Polen, baltische Staaten, Finnland etc.) nur die Ouvertüre. Er hat dies übrigens selbst am 1. Juni 1940 gegenüber dem damaligen britischen Botschafter in Moskau, Sir Stafford Cripps, in aller Offenheit ausgesprochen, als er darauf hinwies, daß die Grundlage des Paktes mit Hitler „das gemeinsame Bestreben gewesen (sei), das alte in Europa bestehende Gleichgewicht zu beseitigen, das Großbritannien und Frankreich vor dem Krieg aufrechtzuerhalten bestrebt gewesen seien" (J. W. Brügel [Hrsg.]: Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa, Wien 1973, Dokument 282, S. 230 f.).

Stalins Ziel war es, zunächst gemeinsam mit Hitler die europäische Ordnung von 1919 zu zerschlagen und durch die von Hitler erwartete Auslösung eines neuen Krieges in Europa jene Schwächung des europäischen Staatensystems zu erreichen, die er als Voraussetzung für eine zweite „Flut"-Welle der Weltrevolution erhoffte. Axiom seiner Strategie war die „Unvermeidbarkeit von Kriegen" zwischen den kapitalistisch-imperialistischen Staaten, zwischen den beiden Fraktionen des Imperialismus, den westlichen Demokratien einerseits und den den Status quo von 1919 in Frage stellenden „faschistischen" Ländern Deutschland, Italien und Japan andererseits.

Den Schlüssel zu Stalins Überlegungen liefert bereits seine Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU am 19. Januar 1925, in der er für eine Stärkung der militärischen Macht der Sowjetunion eintrat, um jeder Situation „bei Verwicklungen in den uns umgebenden Ländern" gewachsen zu sein. Dies bedeute zwar nicht, „daß wir in einer solchen Situation unbedingt aktiv gegen irgend jemand auftreten müssen ... Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte ... Der Krieg (kann) natürlich nicht morgen oder übermorgen, wohl aber in einigen Jahren unvermeidlich werden" (J. W. Stalin: Werke, Bd. 7, Berlin 1952, S. 11 f.).

Sicherlich: Hitler drängte seinerseits auf den Krieg, er spielte va banque, wie er selbst bekannte. Aber Stalin kam ihm dabei weit entgegen. Schon am 10. März 1939 ließ er in seiner Rede auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU seinen ersten Lockvogel fliegen: Die Sowjetunion sei nicht bereit, den Westmächten gegen Hitler die Kastanien aus dem Feuer zu holen („Kastanienrede"). Schon am 17. April sprach der sowjetische Botschafter im Auswärtigen Amt in Berlin vor, um weitere Signale für Stalins Bereitschaft zu übermitteln, zum Handel zu kommen. Als Stalin den Sommer 1939 mit den Westmächten politische und militärische Verhandlungen führte, geschah dies nur, um Hitler zum Vertragsabschluß zu drängen, von dem er den höheren Preis herausschlagen zu können hoffte.

Es hieße Stalin also gefährlich unterschätzen, unterstellte man seiner politischen Strategie lediglich Großmachtkategorien im Sinne von Landerwerb. Hitler und Stalin waren vielmehr Repräsentanten totalitärer Systeme, die weltpolitische Offensivkonzepte vertraten, ein rassistisch-imperialistisches das eine, ein kommunistisch-weltrevolutionäres das andere. Während Hitler als der schlechtere Spieler va banque setzte, konnte sein Kollege in der „Hinterhand" bleiben. Tatsächlich war die europäische Katastrophe des 1. September von beiden totalitären Führern von langer Hand geplant und ihre Auslösung nur durch das zeitweilige Zusammenspiel der beiden Vertragspartner des 23. August 1939 möglich.

„Das russisch-deutsche Zusammenspiel war das auslösende Moment zum Zweiten Weltkrieg ... Die sowjetamtliche Geschichtsschreibung hat seitdem versucht, den Kausalzusammenhang zu leugnen, um die Verantwortung für den Krieg zwischen Hitler und den Westmächten aufzuteilen, doch an Stalins Mitwirkung kann kein Zweifel bestehen. Die Sowjets wußten, daß der Pakt mit Hitler den Krieg bedeutete, und sie fürchteten im Sommer 1939 nur eines: eine Verzögerung des Kriegsausbruchs" (Lothar Rühl: Rußlands Weg zur Weltmacht, Düsseldorf 1981, S. 346).

Professor Dr. Klaus Hornung lehrt Politikwissenschaften in Freiburg und Reutlingen.

# Die Angst und Lust, vom Himmel zu fallen

**Ein zu früh sich öffnender Fallschirm führte zum Absturz des Flugzeugs, in dem der Pilot und Springreiter Hermann Schridde den Tod fand. Der Unfall hat den Fallschirmsport in die Schlagzeilen gebracht. Was sind das für Menschen – in der Bundesrepublik rund 5000 –, die diesen Nervenkitzel suchen?**

Von HORST BIALLO

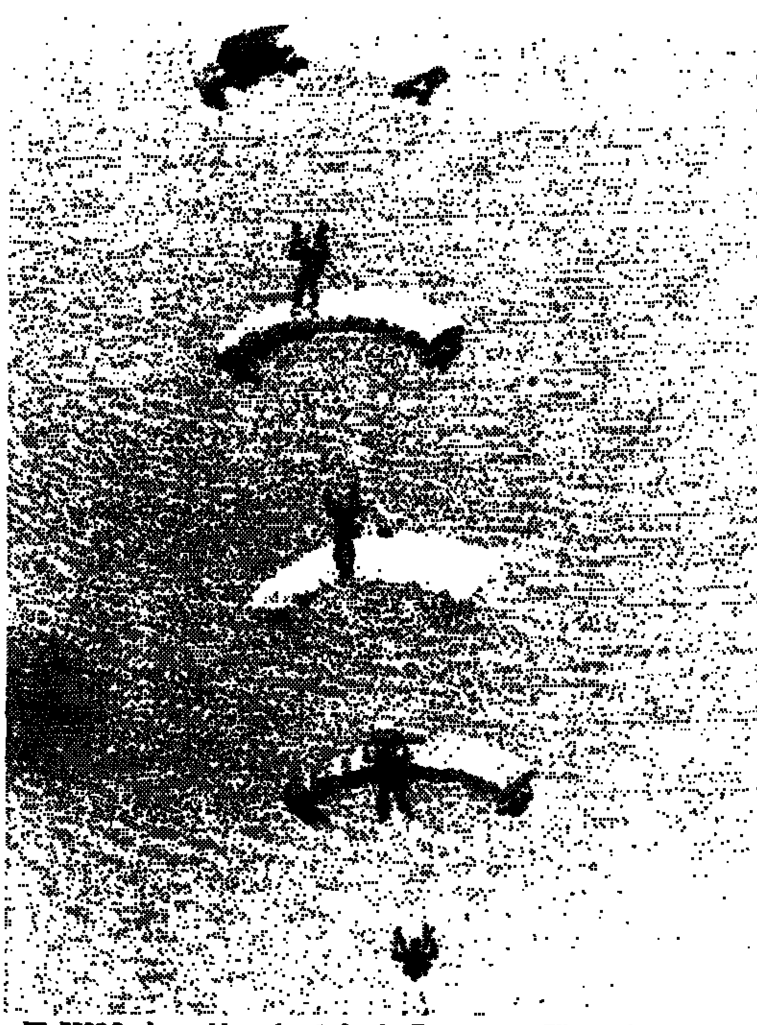
Am Samstag gab es noch fröhliche Gesichter, doch schon am nächsten Tag, als wir sechs Fallschirmspringer-Aspiranten in den blauen Kombi schlüpften und die Sprungausrüstung anlegten, weil der erste Absprung unmittelbar bevorstand, da ist allen das Lachen vergangen. Nach einer raschen theoretischen und einer langen praktischen Ausbildung, bei der vor allem Absprung und Landefall geübt wurden, stapften wir auf die Cessna zu, die uns auf 800 Meter Höhe bringen sollte.

Jeder von uns hatte gut 1000 DM Ausbildungskosten gezahlt. Klaus (29), Werbefachmann, wollte „unbedingt mal testen, wieviel Spaß ihm noch das Leben macht". Darüber nachzudenken, hat er sicherlich jetzt keine Zeit. Starr blickt er wie die übrigen geradeaus und nimmt kaum wahr, daß die Maschine in wenigen Minuten die Absprunghöhe erreicht.

Holger, der schon einige Sprünge bei der Bundeswehr durchgeführt hat, und nun „in ein paar Tagen den freien Fall erleben will", muß als erster raus. So war das unten abgemacht. Klaus, der Sprunglehrer des Fallschirmsportclubs kolibri e. V. Amphing in Bayern, sitzt vorn neben dem Piloten. Er öffnet ein wenig die Ausstiegsluke und dirigiert den Piloten zum Absetzpunkt. Dann drückt er die Tür nach oben, der Fahrtwind bläst kräftig ins Flugzeug. Alle Leute sind blaß. Holger schwingt sich mit einem Ruck auf das Podest unter der rechten Tragfläche, hält sich an der Strebe mit beiden Händen fest, wartet auf das Sprungkommando des Lehrers und stürzt sich danach in die Tiefe. Die gelbe Aufreißleine, die den Hauptfallschirm bei den ersten 10 Stunden automatisch rausholt, öffnet nach drei Sekunden den Schirm. Nach ihm springen die anderen. Alle haben Angst zu überwinden. Jeder landet erleichtert und freut sich auf den nächsten Sprung.

Dieses extreme Wechselspiel von fast lähmender Angst, die es zu überwinden gilt, und der ungeheuren Erleichterung festzustellen, daß man fliegt, der Fallschirm sich öffnet und man (meist) unversehrt auf den Erdboden zurückkommt, dürfte wohl das Hauptmotiv für die meisten Sportler sein, sich auf dieses Abenteuer einzulassen. Der italienische Psychoanalytiker Cesare Musatti führt die wachsende Beliebtheit des Fallschirmsports auf die „Faszination des Risikos und dem – auch sexuellen – Zusammenspiel von Erregung und Angst zurück".

Die hohe Anspannung und die anschließende Erleichterung sind allen sechs Neulingen nach dem ersten Sprung auf den Gesichtern abzulesen. Der älteste der Crew, der 48jährige Peter, früher einmal zum Einzelkämpfer bei der Bundeswehr ausgebildet, arbeitet nun seit vielen Jahren als Sozialarbeiter. Er hat bei fast jedem der folgenden Sprünge große Zweifel, ob sich der große Streß physisch und psychisch „überhaupt lohnt".



Für 5000 Springer hierzulande ist der Traum vom Fliegen Wirklichkeit FOTO: DPA

Mit diesem unsicheren Gefühl laufen nicht nur Anfänger umher. Denn eines ist klar: die Angst oben in der Luft verliert sich nicht nach dem zweiten oder dritten Sprung. Manche haben sie erst mit dem 15. überwunden. Deshalb, so vermutet man in der Fliegerschule Amphing, bleiben nicht einmal 20 Prozent aller Anfänger bei der Stange. Diese Quote ist bei anderen Fallschirmspringerklubs in der Bundesrepublik nicht niedriger.

Eine andere Ursache für das Aufstecken: Fallschirmspringen ist ein teurer Sport. Eine gute Ausrüstung ist kaum unter 5000 DM zu haben, ein Sprung aus 3500 Metern Höhe kostet über 30 DM. Der aber wohl wichtigste Grund für die hohe Aussteigequote ist die große Geduld, die man aufbringen muß, um zum Erfolgserlebnis zu kommen. Denn der alte Menschheitstraum, das Fliegen, wird in der Regel erst wahr, wenn man bereits 10 Sprünge absolviert hat, bei denen drei Sekunden nach dem Sprung der Fallschirm sich automatisch in 800 Metern öffnet. Richtig Spaß macht der Sport also erst im fortgeschrittenen Stadium, beim freien Fall aus mehr als 3000 Metern Höhe.

Vielleicht trägt dies auch dazu bei, daß Fallschirmspringen trotz wachsender Beliebtheit kein Modesport geworden ist und es wohl auch in Zukunft nicht werden wird. „Bei uns sind Handwerker im Verein, aber auch sehr viele Freiberufler und ein Uni-Dozent", erklärt Johannes Graile, Ausbildungsleiter bei „kolibri". Er selbst hat früher als Krankenpfleger gearbeitet. Die Berufe der anderen vier Sprunglehrer: Diplomwirtschaftsingenieur, Sozialarbeiter (zwei), kaufmännischer Angestellter.

Will man ein Psychogramm eines typischen Fallschirmspringers entwerfen, geben die Berufe nicht viel her. Ist man aber ein paar Tage mit diesen Leuten zusammen, so lassen sich doch einige Eigenschaften herauskristallisieren, die fast allen eigen und für diesen Sport auch (lebends-) notwendig sind: hohes Stehvermögen, Selbstvertrauen, Hilfsbereitschaft, Gewissenhaftigkeit, Gelassenheit und Disziplin.

Ausgelassenheit und überschäumende Lebensfreude oder auch tiefe Niedergeschlagenheit, wie sie bei anderen, vor allem Mannschaftssportarten anzutreffen sind, findet man bei Fallschirmspringern nicht. Dies liegt wohl daran, daß die nervliche Anspannung vor jedem Sprung zu groß ist. Und das Erlebnis in der Luft, die Selbstüberwindung, dieser Wahnsinn aus einem intakten Flugzeug herauszuspringen, ist ein ganz persönliches „Vergnügen", das man nicht mit anderen teilen kann.

Die Freude nach dem Absprung ist groß, und die Unfallzahlen sind weit geringer als man gemeinhin annimmt. Von 1955 bis 1978 wurden bei 732 970 Absprüngen in der Bundesrepublik 37 tödliche Unfälle gezählt, bei rückläufiger Tendenz. An der Tagesordnung dagegen sind Prellungen, Verstauchungen oder auch hin und wieder Knochenbrüche.

Von einem Kamikaze-Sport kann also beim Fallschirmspringen sicherlich keine Rede sein. Dies beweist auch eine andere Entwicklung. War es früher reine Männerdomäne, so hat sich dies geändert. „Vor ein paar Jahren", erzählt Lehrerin Brigitte, die schon mehr als 1000 Sprünge hinter sich hat, „kamen ab und zu einige Frauen und sprangen mit ihren Männern. Hörten die auf, blieben auch die Frauen weg. Heute kommen die jungen Damen aus eigenem Antrieb." Rund 20 Prozent der Anfänger bei „kolibri" sind nun schon Frauen.

# Und dennoch lockt die Universität

**Auf den ersten Blick scheint das Studium bei jungen Deutschen an Reiz zu verlieren. Erstmals ist die Zahl der Erstsemester rückläufig. Doch der Schein trügt.**

Von PETER PHILIPPS

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms sieht sich bestätigt in ihren Anstrengungen. Denn seit ihrer Amtsübernahme gehört eine Trendwende im Ausbildungsverhalten zu ihren vordringlichen Zielen, mahnt sie immer wieder Abiturienten, statt eines Studiums eine berufliche Ausbildung anzusteuern. Die jetzt vorliegenden statistischen Trends scheinen ihren Erfolg zu zeigen.

Erstmals seit der von allen politischen Kräften in den sechziger Jahren gewollten Öffnung der Hochschulen sind im vergangenen Wintersemester weniger Studienanfänger registriert worden: Mit rund 183 000 schrieben sich etwa 5,8 Prozent weniger ein als ein Jahr zuvor. Und auch die in Umfragen des Statistischen Bundesamtes von Abiturienten geäußerte Studierwilligkeit ist seit einiger Zeit kontinuierlich rückläufig: Während 1972 noch 89,7 Prozent der Schüler unmittelbar vor der Reifeprüfung die Absicht äußerten, an einer Universität weiterlernen zu wollen, sind es in diesem Jahr nur noch 59,2 Prozent.

Aber hinter diese Erfolgsmeldungen ist mehr als ein Fragezeichen zu setzen.

Für die Hochschulen ist selbst durch die rückläufigen Erstsemester-Zahlen noch lange keine Entlastung abzusehen. Denn der Studentenberg steigt unverändert weiter an, weil sich parallel in vielen Fächern wegen fehlender Korrektive – beispielsweise durchsetzbare Regelstudienzeiten – die Studiendauer immer weiter verlängert. Von bewußten „Parkschleifen" angesichts sich verschlechternder Berufschancen auch für Akademiker bis zu immer mehr um sich greifenden Nebenbeschäftigungen, hinter denen das Studium zurückstehen muß, reicht die Palette der Begründungen. Hinzu kommt, wie selbstkritische Professoren gerade auf dem Hochschulverbandstag einräumten, auch die mangelhafte Attraktivität vieler Lehrveranstaltungen.

Ein zweites gewichtiges Argument dagegen, daß tatsächlich eine Trendwende bereits erreicht ist, liefert eine Gegenüberstellung der in den letzten Jahren abnehmenden Ankündigungen, studieren zu wollen, und der Studienanfänger-Zahlen. Daran zeigt sich, daß das tatsächliche Verhalten sich offenbar nicht geändert hat, sondern nur mehr Abiturienten vor dem Studium erst einmal eine berufliche Lehre versuchen, ehe sie dann doch in die Hochschulen strömen.

Nach den Erkenntnissen der Wirtschaft enden viele dieser Versuche kläglich, werden die Lehren vorzeitig abgebrochen. Viele Betriebe haben daraus und aus der Tatsache, daß die anderen nach der Abschlußprüfung nicht der Firma als vollwertige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, sondern sie in Richtung „Königsweg Studium" wieder verlassen, inzwischen die Konsequenz gezogen, indem sie um Lehrstellenbewerber mit Abitur einen großen Bogen machen.

Es gibt weitere, weniger prägnante Indizien, zu denen nach einer Untersuchung des unabhängigen Hochschul-Informations-Dienstes (HIS) auch gehört, daß es einen verstärkten Zugang zu Wehr- und Ersatzdienst gibt, ohne daß an deren Ende nicht doch wieder das Bewerbungsschreiben an die Zentralstelle für Studienplatzvergabe (ZVS) in Dortmund steht.

Der Bundesbildungsministerin selbst scheint bei ihrer Erfolgsmeldung auch nicht ganz wohl gewesen zu sein. Sie hat jedenfalls eine statistische Untersuchung in Auftrag gegeben, mit deren Hilfe über mehrere Jahre hinweg das tatsächliche Verhalten jedes einzelnen Abiturientenjahrgangs nachgezeichnet und damit auch den Warte- und Parkschleifen auf die Spur gekommen werden soll, die aus Angst vor dem „Ernst des Lebens" eingelegt werden, der selbst für Universitätsabsolventen nach den goldenen Jahren immer stärker in Arbeitslosigkeit besteht.

Dorothee Wilms weiß ebenso wie alle anderen, die sich mit diesem Bereich genauer beschäftigen, daß eine endgültige Trendwende – die sowohl denen zugute käme, die heute noch den für sie falschen Weg über die Hochschulen suchen, als auch der Qualität der Universitäten selbst – die Beseitigung dreier entscheidender Hindernisse voraussetzt:

- Der im Zuge der Bildungsreform einsetzende Gedanke, daß erst derjenige ein vollwertiger Bürger dieses Landes ist, der – wenn auch nur mehr schlecht als recht – ein Studium hinter sich gebracht hat, muß an Faszination verlieren.
- Damit zusammenhängend fehlt es immer noch an der notwendigen Ideenkraft der Wirtschaft, eigenständige Ausbildungen anzubieten, die anspruchsvoller sind als die außerdem noch knappen herkömmlichen Lehrstellen, Nachwuchs für das mittlere Management gezielt heranziehen und vom Sozialprestige her reizvoll genug sind, um den Verzicht auf ein Studium zu erleichtern.
- Gefordert ist auch der öffentliche Dienst, in dem – sicher nicht ohne eine erhebliche Kraftanstrengung – die A-13-Hürde beseitigt werden muß, die heute noch jeden Abiturienten fast zum Studium zwingt, wenn er in den Öffentlichen Dienst treten will.

Was die vorliegenden Zahlen tatsächlich und nachweisbar zeigen, ist etwas ganz anderes: Öffentliche Warnungen vor bestimmten, weniger gefragten Studiengängen – mit Ausnahme der prestigereichen Medizin-Fächer, zu denen sich fast jeder unabhängig von seinen tatsächlichen Neigungen gedrängt fühlt, wenn nur der Notendurchschnitt reicht – verändern mit immer geringeren Zeitverzögerungen die Wahl des Faches.

Haben selbst jahrelange Erklärungen der Kultusminister kaum den Boom der Lehrerausbildung brechen können, so will zur Zeit kaum noch ein Abiturient Lehrer werden: Knapp fünf Prozent haben 1985 noch dieses Ziel vor Augen. Auch in den Ingenieur- sowie den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in Mathematik und den Naturwissenschaften machen sich die ersten Warnungen vor einem Überangebot bereits bemerkbar. Neben der immer stärker belegten Informatik, in der manche Universitäten inzwischen doppelt so viele Studenten verkraften müssen, wie eigentlich Plätze zur Verfügung stehen, steht als „klassisches" Ausweichfach Jura wieder ganz oben.

Und hier schließt sich schon wieder ein Kreis: Wie der Hamburger Recht-Professor Werner Thieme kürzlich berichtete, „versickern" in Hamburg etwa 50 Prozent der Jurastudenten während der ersten sechs Semester und verschaffen sich mit dem – wenn auch abgebrochenen – Studium einen Vorsprung auf dem Arbeitsmarkt. Hätten manche Betriebe die jungen Leute gleich im Unternehmen qualifiziert und gezielt auf die tatsächlichen Ansprüche hin ausgebildet, wäre den dann verhinderten Studenten, den Firmen und Hochschulen besser gedient gewesen.

*WIE WAR DAS?*

# Das Blutbad auf dem Flughafen Lod

Von PETER M. RANKE

Die Boeing 707 der Air France kam aus Paris und landete kurz vor Mitternacht Ortszeit in Lod, wie damals noch der internationale Flughafen Israels hieß. Es war eine heiße Sommernacht an jenem 30. Mai 1972. Unter den Passagieren waren viele christliche Pilger, die mit Bussen in ihre Hotels nach Jerusalem gebracht werden sollten. Die Ankommenden drängten sich in die Halle vor der Paßkontrolle, israelische Passagiere winkten und riefen Verwandten oder Freunden etwas zu. Sie waren glücklich, wieder zu Hause zu sein.

Plötzlich krachten Handgranaten, aus drei Maschinenpistolen schlugen todbringende Feuerstöße mitten in die friedliche Menschenmenge. Drei Japaner standen Rücken an Rücken und schossen die Magazine leer, einer warf weitere Handgranaten. „Die Menschen schrien wie verrückt", erinnerte sich einer der Überlebenden. „Überall lagen Tote und stöhnende Verwundete, der ganze Fußboden war voller Blut."

Israelische Polizisten und Soldaten, die auch im Urlaub selten ohne Waffe ausgehen, schossen zurück und töteten zwei der Japaner, einer wurde niedergerissen und ergab sich: Kozo Akamoto. Wie die anderen beiden Terroristen, gehörte er der japanischen Rote-Armee-Fraktion an und war von der palästinensischen Terror-Organisation PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine) von Georges Habasch angeworben worden. Sein Auftrag: Töten.

Der Terror-Anschlag kostete 26 Menschen das Leben, unter ihnen elf katholische Pilger aus Puerto Rico. Achtzig Personen wurden verletzt, die meisten von ihnen schwer. Noch stundenlang heulten in jener Nacht die Sirenen der Rettungswagen, die Krankenhäuser in Tel Aviv und Jerusalem waren alarmiert und retteten in Notoperationen vielen Verletzten das Leben.

Okamoto wurde später in Israel vor Gericht gestellt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Am Montag war er einer von 1150 Terroristen, die von den Israelis gegen drei ihrer Soldaten ausgetauscht wurden. In Genf wurde er dem Roten Kreuz übergeben und flog mit anderen nach Libyen zur Willkommensfeier. Seine Freilassung hat, vor allem auch in Japan, den heftigsten Unmut ausgelöst.

Was hatten die ermordeten Pilger oder die israelischen Urlauber mit dem „Kampf um Palästina" des Georges Habasch zu tun? Nichts. Habasch und die japanische RAF hatten sich zusammengeschlossen, um den Terror zu internationalisieren und auf Unbeteiligte auszudehnen, damit sich Schrecken und Verunsicherung vermehren. Israel-Touristen und Pilger sollten abgeschreckt werden, das Heilige Land zu besuchen.

Die japanischen Marxisten von der RAF und der Marxist Habasch, ein Freund der Sowjetunion und von Syrien und Libyen unterstützt, folgten der Anweisung Lenins von 1905: „Der Partisanenkrieg und der Massenterror helfen die Massen zu lehren, im Augenblick des Aufstandes die richtige Taktik anzuwenden." Denn im Marxismus-Leninismus stehen Guerillakampf und Terror im politisch-psychologischen Zusammenhang mit der „Erweckung" oder Beeinflussung der Massen für die erstrebte Revolution. (SAD)



17. Juli 1972: Kozo Okamoto, der jetzt ausgetauscht wurde, wird im israelischen Zriffin zu lebenslanger Haft verurteilt FOTO: AP

# *Die letzten Mitstreiter von Kohl in Mainz gehen*

Von JOACHIM NEANDER

Von morgen an hat Landesvater Bernhard Vogel (CDU) an seinem Kabinettstisch nur noch Minister, die er höchstselbst ins Amt berufen hat: achteinhalb Jahre nach dem Weggang des mächtigen Vorgängers auch in dieser Beziehung also ein Ende der Ära Helmut Kohl in Rheinland-Pfalz.

Die drei abtretenden Minister haben Unterschiedliches im Sinn. Heinrich Holkenbrink, im Januar 65 geworden, behält sein Landtagsmandat noch bis zum Ende der Legislaturperiode 1987. Daß er gerne auch noch Minister geblieben wäre, weiß jeder. Den Abschied erträgt er jetzt jedoch mit erstaunlich viel Humor und Gelassenheit. In den Abschiedsreden




parodiert der durch gerechte wie ungerechte Kritik oft Gebeutelte sogar den eigenen Hang zur Weitschweifigkeit. Wer nicht mehr Minister sei, brauche keine Angst mehr vor Leuten zu haben, begründet er die überraschende Keßheit.

Däumchen drehen wird der zum überzeugten Trierer umfunktionierte Münsterländer Bauernsohn auch sonst nicht. Im Gegenteil: Heimlich bastelt er schon an der Satzung für einen Seniorenclub der CDU. Dem Christoph Bähr (Bundesvorsitzender der Jugendunion), den er einst selbst in Trier zur CDU holte, hat er vorgeschlagen, den neuen Seniorenclub als Unterabteilung der Jungen Union anzugliedern. Vorher müsse allerdings geprüft werden, sagt er, ob der organisierte CDU-Nachwuchs auch jugendfrisch genug für die alten Feuerköpfe sei.

Vom Autobahnbau und regionalen Strukturproblemen künftig nicht mehr abgelenkt, macht Senior Holkenbrink sich in seiner neuen Trierer Wohnung (von wo er dem Bischof direkt ins Fenster gucken kann) jetzt zunächst an die Schriftstellerei: Porträts zur jüngeren Geschichte des Landes. Der Mann, der sich vor vielen Jahren als Landesvorsitzender der Jungen Union über einen ziemlich unverfrorenen Pfälzer Jüngling namens Helmut Kohl wunderte, wird auch mit Kritik und Ironie nicht sparen.

Kollege Otto Meyer von der Landwirtschaft, 64 Jahre alt, wäre gern früher gegangen, hätte man ihn nur gelassen. Er gibt auch sein Landtagsmandat auf. Der ererbte Bauernhof im Nassauer Land kriegt seinen Chef, die Familie ihren Vater wieder. Kein Ärger mehr mit rebellischen Moselwinzern, viel mehr Zeit für die geliebte Jagd. Und in Mainz wird man ihm nachtrauern, zum Beispiel auch bei der SPD. Meyer, so sagt man da, zähle zu den ganz wenigen Politikern, von denen man nie etwas Unfaires, andere Verletzendes gehört habe. Der Verfasser dieses Beitrages, der vor fast 41 Jahren als Fahnenjunker auf der Kriegsschule vor dem Leutnant Meyer strammstehen mußte, kann dies auch für frühere Zeiten bestätigen.

Der dritte Aussteiger ist ein Umsteiger. Johann Wilhelm Gaddum, noch nicht ganz 55 und zuletzt als Bundesratsminister in Bonn, übernimmt die Landeszentralbank in Mainz. Sein Abschied wird im Unterschied zu den Kollegen ein wenig von politischem Feldgeschrei übertönt. Die SPD verlangt, Gaddum solle so lange in Amt und Parlament bleiben, bis der Untersuchungsausschuß in Sachen Parteispenden (vor dem der frühere Finanzminister Gaddum ein wichtiger Zeuge war) seine Arbeit beendet hat.

Gaddum hat sich mit Vehemenz öffentlich gegen diesen Versuch gewandt, ihn nachträglich zu einer Art Angeklagten zu stempeln (eine Rolle, die der parlamentarische Untersuchungsausschuß gar nicht kennt), zumal ihm im Verlauf der Beweisaufnahme pflicht- oder gar gesetzwidriges Verhalten in Sachen Parteispenden nicht nachgewiesen werden konnte.

Die vier Nachfolger Ursula Hansen, Klaus Töpfer, Dieter Ziegler und Albrecht Martin (ein neues Ressort kommt hinzu) werden am Donnerstag vereidigt. Das Klima am Mainzer Kabinettstisch habe sich von Helmut Kohl zu Bernhard Vogel eigentlich nicht wesentlich geändert, sagt Heinrich Holkenbrink auf Befragen. Kohls „herbe Herzlichkeit" von ehedem sei freilich nicht kopierbar. Kohl, so heißt es in Mainz, habe seine Minister damals in Hauptsätzen geärgert. Der Nachfolger mache das in seinen Nebensätzen.

# Ratsvorsitzender Lohse bittet um Vertrauen in die evangelische Kirche

## Spiegelbild der gesellschaftlichen Spannungen / Sorge über sinkende Steuereinnahmen

H.-R. KARUTZ, Berlin

Besorgnis über Spannungen und Polarisierungen in der evangelischen Kirche, eine allmählich abnehmende Zahl von Protestanten und die Bitte an die Bürger in der Bundesrepublik, „unserer Kirche das Vertrauen zu erhalten", prägten gestern die erste Sitzung des höchsten Kirchenparlaments für 25 Millionen evangelische Christen in der EKD. Ratsvorsitzender der Eduard Lohse stellte in seinem Bericht die Frage, ob manche negative Entwicklung nicht auch „auf bestimmte Schwächen und manches Versagen" der Kirche zurückzuführen sei.

Der neuen EKD-Synode gehören 120 Mitglieder an, darunter nur 15 Frauen. Auch nach dem Ausscheiden von Richard von Weizsäcker und Erhard Eppler aus Rat und Synode mangelt es nicht an politischer Prominenz: die Bundesminister Werner Dollinger und Jürgen Warnke, ihre Ex-Kollegen Jürgen Schmude und Hildegard Hamm-Brücher und Karl Ravens, NRW-Finanzminister Diether Posser sowie der wahrscheinliche nächste Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Vizepräsident Roman Herzog (CDU), arbeiten in der Synode mit.

Nach den Vorgängen in Nordelbien und wachsenden inneren Spannungen zwischen Anhängern einer mehr bekenntnisorientierten und einer stärker die gesellschaftspolitische Mitverantwortung betonenden Richtung in der Kirche, widmete Lohse weite Passagen seines Ratsberichts diesem Thema.

### „Respekt und Achtung"

Es seien Gruppen hervorgetreten, „die zugespitzte politische Ansichten vertreten und sich teilweise in grundsätzlicher Kritik gegen staatliche Maßnahmen und staatliche Ordnung geäußert haben". Die Gegenkritik mache den Bischöfen den Vorwurf, „nicht mit hinreichender Entschiedenheit" einzugreifen.

Die Kirche sei Spiegelbild „gesellschaftlicher Spannungen" geworden. „Dabei ist an manchen Stellen zu Unrecht der Eindruck entstanden, als könne es rechtsfreie Räume geben, in denen sich aktivistische Gruppen betätigen könnten, ohne sich für das Gesamtwohl verpflichtet zu wissen." Die Spannungen innerhalb der Kirche müßten als „wichtige Bewährungsprobe der Liebe entschlossen ausgehalten" werden. Ausdrücklich betonte Lohse: „Dabei gilt freilich gerade im Blick auf Äußerungen zu politischen Fragen, daß wir keine Entwicklung unterstützen dürfen, die eine Aushöhlung der rechtsstaatlichen Ordnung zur Folge haben kann." Andererseits dürften Gegen-Kritiker nicht erwarten, „stets nur die eigene Meinung zu tagespolitischen Fragen von der Leitung der Kirche bestätigt zu bekommen".

Lohse äußerte „Respekt und Achtung" gegenüber allen, denen von Staats wegen die „Wahrung des Rechts und der Schutz der Sicherheit" aufgegeben sei. Der Ratsvorsitzende bedachte dabei vor allem die „Frieden stiftende und wahrende" Arbeit der Polizei mit einem großen Lob. Das öffentlich kritisierte „Wort zum Frieden" der beiden Kirchen auf deutschem Boden verteidigte Lohse mit Verve: Es sei weitgehend richtig „als Ausdruck uns über Trennungen und Grenzen hinweg verbindender Verantwortung" verstanden worden. Es sei durchaus so, daß dieses aus dem „Geist des Evangeliums" verfaßte Wort auch „politische Konsequenzen" haben solle und könne.

In Anspielung auf Äußerungen, das gemeinsame Wort schließe durch seinen Appell, die vorhandenen Gegebenheiten hinzunehmen, auch eine Wiedervereinigung aus, meinte Lohse interpretierend: „Es ist in der Tat unser aller Hoffnung, daß der Geist der Versöhnung Kräfte, Phantasie und Gedanken weckt, die imstande sind, neue Möglichkeiten gegenseitiger Verständigung zu eröffnen." Lohse wies auf das Politikum hin, daß es „in beiden deutschen Staaten keine anderen gesellschaftlichen Gruppen oder Institutionen gibt, die in vergleichbarer Weise ein Wort gemeinsamer Verantwortung hätten sprechen können".

Am Rande der Synode wurde in diesem Zusammenhang bekannt, daß sich das SED-Politbüro auf einem seiner wöchentlichen Treffen im Frühjahr eine volle Sitzung ausschließlich mit der Frage beschäftigte, ob die „DDR"-Führung gegen die Beteiligung der evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland an diesem Wort politisch einschreiten oder es stillschweigend zur Kenntnis nehmen solle. Nach teils heftigen Debatten habe man sich zur Schweige-Taktik entschlossen, nachdem zuvor schon die Bundesregierung den von den „DDR"-Kirchen mit abgefaßten Text intern begrüßt hatte.

Ratsvorsitzender Lohse, der auf der November-Synode nicht mehr für das höchste EKD-Amt kandidiert, machte auch auf die einschneidenden Folgen der Steuerreform aufmerksam. Sinkende Steuerzahlungen vermindern bekanntlich auch das Kirchensteueraufkommen: „Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß die Steuerreform die Arbeitsmöglichkeiten der Kirche verringern wird."

### Streit um Neuwahl

Die starke politische Verwobenheit der evangelischen Kirche zeigte sich auch bei dieser Sitzung im idyllischen Berliner Johannesstift am Stadtrand auf plastische Weise: Hinter den Kulissen wogte der Streit um die Neuwahl des Präses (Vorstehers) der Synode, des zweitwichtigsten Mannes der EKD nach dem Ratsvorsitzenden. Exminister Jürgen Schmude, vom Rat als SPD-Vertreter in die Synode berufen, schien noch vor zwei Wochen das Rennen um die Nachfolge des konservativ-liberalen bisherigen Präses Cornelius von Heyl, Bonn, zu gewinnen. Nachdem Schmude jedoch vor Tagen öffentlich „persönliche Erwägungen" über eine Änderung der Grundgestz-Präambel angestellt hatte, regte sich unter den Synodalen deutlicher Widerstand.

Schmude selbst, von der WELT angesprochen, räumte ein: „Ja, es ist so." Die bei aller internen Flügelbildung eher konservative EKD-Synode wünscht offenbar keinen derart exponierten Mann als ihren Sprecher. Noch im Frühjahr galt der Itzehoer Landgerichtspräsident Otto von Campenhausen als sicherer Heyl-Nachfolger. Ihm lasten viele Synodale nunmehr an, sich durch seine Unterschrift unter den Aufruf von elf nordelbischen Kirchenvertretern gegen Mißstände der dortigen Landeskirche zu sehr in den öffentlichen Meinungsstreit begeben zu haben. Als Kompromißkandidat war vor Synodenbeginn nun der Präses der West-Berliner Kirche, Dr.-Ing. Helmut Reihlen – Chef des Deutschen Normen-Instituts in Berlin – im Gespräch.

# „Das ist Mißbrauch – nicht aber Irrlehre"

## WELT-Gespräch mit dem nordelbischen Bischof Ulrich Wilckens zum Streit um die feministische Theologie

GEORG BAUER, Lübeck

In einem neuen Anlauf bemühen sich die drei Bischöfe der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche – Peter Krusche (Hamburg), Karlheinz Stoll (Schleswig), Ulrich Wilckens (Lübeck) – und ihre Kritiker um Pastor Jens Motschmann am Freitag in der Bischofskanzlei in Hamburg um ein Ende ihrer Meinungsverschiedenheiten über den Auftrag der Kirche. Die Auseinandersetzungen, deren Wurzel bis tief in die sechziger Jahre hineinreichen, waren in Nordelbien eskaliert, nachdem im November des vergangenen Jahres 27 Pastoren und kirchliche Mitarbeiter dazu aufgerufen hatten, jeden „offenen und verdeckten Kriegsdienst" zu verweigern.

Als Reaktion formulierten daraufhin elf prominente Christen um das EKD-Mitglied Otto Freiherr von Campenhausen und Motschmann, die eine zunehmende Politisierung der Kirche fürchten, einen Aufruf an ihre Bischöfe, in der sie das Schweigen der Kirchenleitung bemängelten. Bemühungen der Bischöfe um die Aufgabe von einseitigen Positionen fruchteten nicht, wie ein erneuter Aufruf zur Wehrdienstverweigerung von diesmal 17 Pastoren aus dem Kreis Stormarn im April zeigte. Ohne Ergebnis verlief auch ein Gespräch zwischen den Kritikern und Bischof Wilckens im April. Anfang Juni soll nun auf einer Sondersynode der Streit beigelegt werden. Wilckens gab jetzt als erster der betroffenen Bischöfe der WELT ein Interview zu dem Streit.

**WELT:** Herr Bischof Wilckens, Kritiker in der evangelischen Kirche Nordelbiens behaupten, die Bischöfe träten Irrlehren, etwa der Feministischen Theologie, nicht entschieden genug entgegen.

**Wilckens:** Unter dem Sammelnamen „Feministische Theologie" werden sehr verschiedene Richtungen zusammengefaßt, in denen Frauen aus ihren besonderen Erfahrungen heraus im Kreise von Frauen und für Frauen Theologie treiben. Daß dies in unserer Kirche gefördert wird, steht außer Frage. Darum ist das gegenwärtig nicht selten zu hörende Pauschalurteil, Feministische Theologie sei im ganzen „Irrlehre", unsinnig.

Unter Irrlehren versteht man Lehren, welche die Grundlehre der Kirche von Grund auf verändern. In der feministisch-theologischen Literatur gibt es zum Beispiel Selbstberichte, in denen Autorinnen den Prozeß ihrer Entfremdung und schließlichen Loslösung von der Kirche beschreiben: die religiösen Positionen, die sie vertreten, sind überhaupt nicht mehr christlich – also auch keine „Irrlehre". In manchen „feministischen" Büchern finden sich ferner grobe Verstöße gegen elementare Grundregeln verantwortlicher Bibelauslegung, so daß nicht mehr herausgestellt wird, was die Texte der Bibel sagen, sondern Mutmaßungen darüber, was sie „hinter" oder gar gegen ihren Wortlaut „meinen". Das ist Mißbrauch, der zu Mißdeutungen führt – nicht aber Irrlehre. Es gibt schließlich auch Tendenzen, die gesellschaftliche Lage der Frau in Gesellschaft und Kirche zum Beispiel schlicht in eins zu setzen mit den Befreiungskämpfen Schwarzafrikas. Darin Bedenkenswertes von Vergröberungen zu sondern ist eine wichtige Aufgabe, um zu einer Verständigung zu finden – nicht aber die Aufgabe eines „Wächteramtes" gegenüber dem Eindringen von „Irrlehre".

Lassen Sie mich aber einen Schritt hinter den gegenwärtigen Meinungsstreit zurücktreten. Da geht es auf der einen Seite um den leidenschaftlichen Willen, den tiefen Veränderungen der gesellschaftlichen Rolle der Frau in der Kirche Anerkennung und Heimatrecht zu verschaffen, um einem Kollaps zwischen Lebenswirklichkeit und Glaubenswirklichkeit zu wehren. Und darauf reagiert auf der anderen Seite die Sorge, dabei werde der Glaube so sehr dem Selbstwillen des Menschen untergeordnet, daß er seine besondere Kraft zu verlieren drohe. Das hat es in der Geschichte des Christentums immer wieder gegeben: Streit um Beständigkeit und Veränderungsfähigkeit kirchlicher Glaubenslehre.

Was man daraus lernen kann, ist: nicht vorschnell als „Irrlehre" zu verurteilen, was zunächst einmal in seinem Anliegen verstanden sein will – aber auch nicht vorschnell das Alte zu verabschieden, statt der Notwendigkeit der Verwurzelung alles wirklich Neuen im Alten innezuwerden.

**WELT:** Der Aufruf der Pastoren aus Stormarn zur Verweigerung des Wehrdienstes hat gezeigt, daß die Bemühungen der Bischöfe um Korrektur einseitiger Positionen nicht gehört worden sind. Steht die Kirchenleitung aufgrund ihrer Möglichkeiten zur Disziplinierung den Pastoren hilflos gegenüber?

**Wilckens:** Auch in diesem Streitfall haben wir es mit dem gleichen Grundproblem zu tun. Es ist zwar schlicht unverantwortlich, wie diese Gruppe Stormarner Pastoren in einer Art Agitprop-Imitation jungen Menschen zu suggerieren versucht haben, für Christen könne es heute nur noch den einen Weg der Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes geben. So werden Gewissen vergewaltigt, wird die Bibel mißbraucht und die gesamtkirchliche Verantwortung des ordinierten Pastors aufgekündigt.

Aber hinter solchem Handeln stehen nicht politische Ideologien in biblischer Verkleidung, sondern ein ernster Wille zu radikalem Glaubensgehorsam in ethisch „eindeutigem" Handeln. Die Eindeutigkeit bemißt sich darin, daß das pazifistische Engagement sich nicht den Bedingungen der in sich differenzierten politischen Wirklichkeit unterwirft, sondern sich dieser entgegenstellt. Von der Bekenntnisbasis der lutherischen Kirche aus ist diese „Eindeutigkeit" klar als „Schwärmerei" zu beurteilen, in der die grundlegende Unterscheidung zwischen Gesetz und Evangelium und die entsprechende Lehre von



Ulrich Wilckens, Bischof der nordelbischen Kirche FOTO: DPA

den „zwei Reichen" beziehungsweise Regierweisen Gottes aufgehoben wird. Aber nicht wenige Theologen stellen heute die Frage, wieweit diese alte Unterscheidungslehre unter den Bedingungen der gegenwärtigen Weltlage noch vertreten werden könne.

So taucht auch hier wieder das Problem auf wieweit durch gesellschaftliche Veränderungen traditionelle Kirchenlehre entsprechender „Fortschreibung" bedarf. Man sollte nicht übersehen, daß, solange die evangelischen Kirchen als „Landeskirchen" dem Staatswesen fest eingeordnet waren, das Problem „Kirche und Politik" nicht so entstehen konnte, wie es sich allererst seit der Trennung von Kirche und Staat in unserem Jahrhundert stellt.

All dies macht es evident, daß solche Streitfälle nicht durch Disziplinierung zu lösen sind. Der kirchlich angemessene Weg bleibt das verbindliche Gespräch. Wer meint, dies sei ein „hilfloser" Weg, zeigt damit, daß er von einer wirklichen Gesprächskultur zu wenig weiß.

**WELT:** Aber dieser Weg setzt eine gewisse Gemeinschaftsfähigkeit der nordelbischen Pastorenschaft voraus, die offenbar dort so nicht vorhanden ist. Und auch was die Gemeinden betrifft, scheint es doch augenfällige Richtungsunterschiede zwischen ganzen Regionen zu geben?

**Wilckens:** Beim ersten haben Sie nicht ganz unrecht. Die gegenwärtige Situation fordert unsere Pastorenschaft sehr stark zu einem Lernprozeß in Gemeinschaftsfähigkeit heraus. Die „Gemeinschaft der Ordinierten" zu bewahren und zu stärken ist von hoher Aktualität. Es kann nicht sein, daß jeder Pastor nur seinem eigenen „theologischen Gewissen" folgt und die Rücksicht auf Übereinstimmung mit den anderen Amtskollegen für zweitrangig hält. Pastoren dürfen sich auch nicht für so unfehlbar halten, so daß sie der sorgsamen Suche nach Übereinstimmung mit ihren Gemeinden nicht bedürftig wären. Luther war immerhin der Meinung, „daß christliche Versammlung oder Gemeinde Recht und Macht habe, alle Lehrer zu beurteilen und Lehrer zu berufen, ein- und abzusetzen".

Ihre zweite Frage rührt an ein Strukturproblem unserer ja erst vor kurzem gegründeten nordelbischen Flächenkirche. Da gibt es in der Tat sehr verschieden ausgerichtete Regionen. In diesen Verschiedenheiten wirken sich verschiedene Strömungen der jeweiligen gesellschaftlichen Umwelt aus: anders dort, wo noch ländliche Traditionen bestimmend sind. Ich finde es sehr wichtig, daß solche verschiedenen Regionen mit ihren besonderen Problemen in einer Nordelbischen Kirche zusammengebunden und aufeinander angewiesen sind. Sie dürfen sich nicht voneinander abschotten, sondern können im Austausch vieles Wichtige voneinander lernen: die einen etwa von dem Schutz, der von bewährter Tradition ausgeht, die anderen von Provokationen zur Veränderung, die ein großstädtischer Ballungsraum wie Hamburg ständig produziert.

**WELT:** Ist aber nicht die Auseinandersetzung in der Nordelbischen Kirche das offenkundige Symptom für einen grundsätzlichen Richtungsstreit in der EKD, ausgelöst durch eine Pastorengeneration, die seit den sechziger Jahren herangewachsen ist?

**Wilckens:** Man wird in der Tat nicht übersehen können, daß sich ähnliche Auseinandersetzungen, wie wir sie hier in Nordelbien zur Zeit durchmachen, zuvor bereits in anderen evangelischen Landeskrichen abgespielt haben. Natürlich gibt es gewisse Gemeinsamkeiten von Problemstellungen. Und unverkennbar sind auch bestimmte übereinstimmende Charakterzüge der verschiedenen Pastorengenerationen. Wer in den sechziger und siebziger Jahren Theologie studiert hat, der hat teilgehabt an Veränderungen in der Lebenskultur und in der politischen Bewußtseinsbildung, die in jenen Jahren in der Welt der Universitäten sehr heftig erfahren worden sind. Das alles hat diese Generation nicht abgelegt und vergessen, als sie in die pfarramtliche Praxis eintrat. Hier zeigt sich in der Kirche, was für unsere Gesellschaft als Ganze kennzeichnend ist: ein Generationenbruch von besonderer Ausprägung. Es ist sehr wichtig, wie gerade wir in der Kirche mit diesem allgemeinen Problem umgehen.

**WELT:** Mangelt es aber nicht doch einigen Pastoren an theologischer Tiefe?

**Wilckens:** Sie sprechen ein Problem an, das man auf Pastoren nicht beschränken sollte. Meine größte Sorge im Blick auf den Ist-Stand unserer Kirche besteht darin, daß es viele Mitglieder unserer Kirche gibt, die in ihrem tatsächlichen Leben die lebensbestimmende Kraft christlichen Glaubens gar nicht mehr so konkret für sich bestimmend sein lassen, wie das für ein lebendiges, glaubwürdiges Christsein kennzeichnend ist. Mission muß darum unser Ziel sein. Für diese entscheidende Aufgabe unserer Kirche müssen alle Pastoren eine Gemeinschaft werden; hier kann es nicht dabei bleiben, daß sich Randgruppen gegenseitig bekämpfen.

**WELT:** Wie wollen die Bischöfe die Gemeinsamkeit erreichen?

**Wilckens:** Durch das Mittel, mit dem durch alle Jahrhunderte hindurch Gemeinsamkeit erreicht worden ist: Gemeinsamkeit ist ein Geschenk Gottes selbst, das durch die Verkündigung des Wortes und die Feier der Sakramente allein zu erlangen ist. Die Bischöfe werden dieses in ihren Gemeinden und im ständigen Kontakt mit ihrer Pastorenschaft fördern. Vielleicht ist in den vergangenen 20 Jahren der Fehler gemacht worden, sich zu auffällig für Randgruppen unserer Gesellschaft zu interessieren und zu wenig für diejenigen, die die Kirche bislang getragen haben. Die sogenannten bürgerlichen Schichten sind nicht ganz ohne Grund gegenwärtig in der Stimmung, in ihrer Kirche an den Rand gedrängt und zu wenig ernst genommen zu werden. Und da muß allerdings kräftig gearbeitet werden.

# Kompromiß bei Pensionierung von Offizieren?

rmc. Bonn

Zur Lösung des Verwendungsstaus bei den Truppenoffizieren der Bundeswehr zeichnet sich ein Kompromiß ab. Mehrere Minister, die zuständigen Arbeitsgruppen der Fraktionen und die Fraktionsspitzen versuchten gestern in zahlreichen Besprechungen, vor der heutigen abschließenden Beratung des entsprechenden Gesetzentwurfs ein Einigungspapier zu formulieren. Dieses Papier könnte heute von der Mehrheit des Verteidigungsausschusses verabschiedet werden.

Der Kompromiß bekräftigt die Absicht, innerhalb von fünf Jahren 1500 Truppenoffiziere aus dem normalen Stellenplan der Bundeswehr herauszulösen. Neu ist, daß nur 1200 mit einer Abfindung vorzeitig pensioniert werden sollen. Für 250 möchte die Koalition „Auslaufstellen" schaffen, die nach Erreichung der Pensionsgrenze wegfallen würden. Für 50 will man andere Stellen im öffentlichen Dienst finden.

# „DDR" dementiert tödliche Schüsse

DW. Berlin

Die „DDR" hat gestern Berichte über einen vermutlich tödlich verlaufenen Fluchtversuch über die Berliner Mauer als „erlogen" zurückgewiesen. Die Schüsse vom vergangenen Sonntag wurden von der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN mit einer Jagdgesellschaft erklärt, die Wild erlegt habe. „Ein Rehbock und ein Wildschwein mußten herhalten, um Lügen in die Welt zu setzen", hieß es in dem Bericht.

Der Berliner Senat reagierte gestern mit großer Skepsis auf diese ADN-Meldung. Der Sprecher des Innensenators erklärte, die von der Agentur genannten Zeiten, zu denen die Schüsse abgefeuert worden seien, deckten sich nicht mit westlichen Erkenntnissen. Eine britische Militärstreife habe zudem gemeldet, es habe sich um Feuer aus Maschinenwaffen gehandelt.

Der Vorgang war auch Thema der KSZE-Expertenkonferenz über Menschenrechte in Ottawa. Dort hatte „DDR"-Delegationschef Wolfgang Kiesewetter – ohne Hinweis auf eine Jagdgesellschaft – erklärt, die „DDR" nehme „wie jeder andere souveräne Staat sein Recht auf den zuverlässigen Schutz seiner Grenzen wahr". Die „DDR" habe „allen Anlaß die Grenze zur Bundesrepublik und West-Berlin zu schützen".

# SPD-Erinnerung an Afghanistan

p. p. Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Georg Schlaga hat dazu aufgefordert, Afghanistan nicht zu vergessen. Die Rote Armee habe „offensichtlich unter dem Schutz des westlichen Fernsehgipfels und der tiefgreifenden Querelen davor und danach" in Afghanistan „brutale militärische Aktionen" unternommen, denen weit mehr als 1000 Menschen, meist Zivilisten, zum Opfer gefallen seien. So seien z. B. zwölf Dörfer von 200 Panzern niedergewalzt und alle Bewohner getötet worden, weil die Sowjets vermutetet hätten, daß sie mit den Befreiungskämpfern zusammengearbeitet hätten.

# Steger fühlt sich unter Druck gesetzt

pje. Bonn

Der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) fühlt sich in der Frage der Teilschließung einer Hanauer Atomfabrik von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) „nicht nur diskriminiert, sondern auch in der gesetzestreuen Erfüllung seiner Aufgabe unter Druck gesetzt". Steger wirft Zimmermann vor, ihm „faktisch" untersagt zu haben, im Gegenzug zur am vergangenen Freitag eingereichten Klage der Reaktor-Brennelement-Union GmbH (RBU) gegen die Teilschließung den Sofortvollzug auszusprechen.

Steger hatte der RBU am 7. Mai die Montage von Brennelementen aus plutoniumhaltigen Brennstäben und mit hochangereichertem Uran verboten, weil die von der Firma 1975 entsprechend den Atomgesetzen eingereichten Antragsunterlagen diese Verarbeitung nicht vorsahen. Sein Ministerium, so betonte Steger, habe als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde aus diesem Grunde handeln müssen, um nicht den „Straftatbestand der Beihilfe" zu erfüllen.

Steger wirft zugleich dem RBU-Geschäftsführer und CDU-Bundestagsmitglied Alexander Warikkoff vor, „seine Bonner Drähte benutzt zu haben", um über das Innenministerium die Entscheidung seines Ministeriums zu „kassieren".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# Zwischen USA und Kuba droht ein Radio-Krieg

## Castro reagiert empfindlich auf neuen Sender Washingtons

WERNER THOMAS, Miami

„Buenos Dias", grüßte Radio Marti und konnte gleich eine wichtige Nachricht melden: Die Castro-Regierung habe soeben das im Dezember vergangenen Jahres mit Washington abgeschlossene Ausreiseabkommen gekündigt und alle weiteren Besuche von Exilkubanern gestoppt, „dringende humanitäre Fälle ausgenommen". Diese Entscheidung sei eine Reaktion auf den Start von Radio Marti.

Zwischen den USA und dem kommunistischen Kuba droht eine neue Konflikt-Phase. Radio Havana warnte bereits vor einem „schwierigen Verhältnis für lange Zeit" und kündigte „zusätzliche Maßnahmen" an, so die Ausstrahlung kubanischer Programme in die Vereinigten Staaten. Amerikanische Rundfunk-Unternehmer befürchten einen Äther-Krieg. Kuba könne versuchen, ihre kommerziellen Mittelwellen-Sendungen zu stören. Bereits vor zwei Jahren, als der US-Kongreß über das Radio-Marti-Projekt diskutierte, ließ Fidel Castro solche Störaktionen proben. Sie wurden *selbst* im weit entfernten Salt Lake City registriert.

Radio Havana qualifiziert Radio Marti als „zynisch und provokativ", da der Sender den Namen des kubanischen Freiheitshelden José Marti trage. Daß es am kubanischen Unabhängigkeitstag seine Arbeit aufnehme, sei eine „große Beleidigung". Radio Marti untersteht der „United States Information Agency" (USIA) und benutzt die Einrichtungen der „Voice of America". Die Anstalt berieselt Kuba täglich vierzehneinhalb Stunden lang mit Informationen und Musik.

### Tausende wollen raus

Das Ausreiseabkommen, am 15. Dezember unterzeichnet, ist das bisher breiteste Vertragswerk zwischen beiden Nationen gewesen, deren Beziehungen seit Anfang der sechziger Jahre immer wieder Krisen unterworfen waren, von der Raketenkonfrontation (1962) bis zum aktuellen Mittelamerika-Konflikt.

Das Abkommen regelte die Rückkehr von 2746 unerwünschten Flüchtlingen, straffälligen oder geisteskranken Personen, die 1980 in die USA kamen, als Fidel Castro 125 000 Landsleute ziehen ließ. Bisher wurden erst 200 zurückgeflogen. Die US-Regierung erklärte sich ihrerseits bereit, den vor fünf Jahren verhängten Einreise-Stopp für kubanische Staatsbürger aufzuheben. Seit Februar durften 138 Kubaner wieder in die USA einwandern, unter ihnen elf ehemalige politische Häftlinge. Die amerikanische Vertretung in Havana registrierte mehr als 18 000 Emigrations-Anträge. In diesem Jahr sollten etwa 10 000 genehmigt werden.

### Wieder frostige Zeiten

Das bilaterale Verhältnis war selten so wechselvoll wie in den letzten acht Monaten. Im Oktober 1984 befürchtete die Castro-Regierung eine militärische Intervention der USA, wenn Ronald Reagan wiedergewählt werde. Die Kubaner mußten Schützengräben schaufeln. Nach Reagans Wiederwahl begann eine Entspannungsoffensive. Innerhalb weniger Wochen konnte das Ausreise-Abkommen ausgehandelt werden. Castro vermied Attacken auf die Vereinigten Staaten und hielt sich mit Kommentaren zur Krise in Nicaragua zurück, wo sich nach amerikanischen Schätzungen 3000 bis 3500 kubanische Militärberater befinden. Als der Kubaner im April nicht zur Beisetzung des verstorbenen Kreml-Führers Konstantin Tschernenko in die sowjetische Hauptstadt reiste, kursierten Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten mit Moskau. Jetzt ging die Tauwetter-Periode zu Ende.

Das Projekt Radio Marti ist auch in den USA gelegentlich umstritten gewesen. Die Kritiker, vorwiegend Mitglieder oder Sympathisanten der Demokratischen Partei und liberale Zeitungen, vertraten die Ansicht, daß Kuba durch die „Voice of America" bereits ausreichend informiert werde. Zudem könne die Bevölkerung der Castro-Insel Rundfunksender aus dem Süden Floridas empfangen. Exilkubaner und Paula Hawkins, die republikanische Senatorin von Florida, machten sich jedoch bei dem Präsidenten für den Sender stark.

Reagan nannte Radio Marti eine „Antwort auf die Aggressionen" Kubas. Auch diese Erklärung wurde in der ersten Nachrichtensendung verbreitet. (SAD)

# Heftige Kämpfe in Beirut

## Schiiten gegen Palästinenser / Syrer im Hintergrund

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Seit drei vollen Tagen liefern sich schiitische Milizionäre der Amal schwere Kämpfe mit palästinensischen Guerrillas. Wie die WELT aus Beirut erfährt, werden die Schiiten dabei von der 6. Brigade der libanesischen Armee unterstützt, die fast nur aus Schiiten besteht. Bei den Palästinensern handelt es sich um Anhänger Arafats, aber auch um Verbände der PLO-Gruppen Habaschs und Dschibrils, die als prosyrisch gelten. Auch Untergrundkämpfer der Gruppe um Abu Mussa sollen auf seiten der Palästinenser gegen die Schiiten kämpfen. Sie verteidigten alle ihre Stellungen in den Palästinenserlagern Sabra, Schatila und Bursch Baraschneh. Die Lager liegen im Süden der libanesischen Hauptstadt, an der Straße zum internationalen Flughafen. Beide Seiten setzen schwere Artillerie und Mörser, die Schiiten auch Panzer ein. Nach Angaben der Polizei seien bisher rund 90 Menschen, Kämpfer und Zivilisten, getötet, fast 450 verletzt worden. Die Kämpfe hielten auch am Dienstagnachmittag an.

Die Schiiten können mit der politischen Unterstützung der Syrer rechnen. Erst in der vergangenen Woche war der Chef der Amal-Miliz, Nabih Berri, zu Besuch in Damaskus. Dabei soll ihm der syrische Präsident Assad erneut versichert haben, daß er, Berri, Ministerpräsident in Libanon wird, wenn er dafür sorge, daß Arafat nach dem Rückzug der Israelis nicht wieder Fuß fassen könne in Beirut oder auch im Süden des Landes. Die Kämpfe um die drei Lager brachen aus, als die Amal-Miliz Munition und Waffenlieferungen für PLO-Kämpfer in diesen Lagern beschlagnahmen wollte.

Berri wird auch von Moskau unterstützt. Über die sowjetische Botschaft in Beirut unterhält er enge Beziehungen zu dem Politbüro-Mitglied Aliew. Einige Verbände der Amal sind bereits in der Sowjetunion militärisch ausgebildet worden. Berris lokaler Verbündeter, Drusenfürst Dschumblatt, unterhält ebenfalls enge Verbindungen zu Damaskus und Moskau. Beide blockieren die Arbeit der libanesischen Regierung und fordern institutionelle Reformen.

Politische Beobachter vermuten, daß die libanesischen Bundesgenossen der Syrer und Sowjets den Nationalpakt von 1943 aufheben, die Einheit des Landes aber bewahren wollen. Der Nationalpakt sieht eine Machtverteilung nach religiösem Proporz vor. Berri und Dschumblatt argumentieren damit, daß sich die politischen, demographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten von Grund auf geändert hätten und daß die neue Staatsform diesen Gegebenheiten Rechnung tragen müsse. Unklar ist, inwieweit Berri und Dschumblatt die Republik Libanon unter syrische Vorherrschaft zu stellen bereit sind.

Ungewiß ist auch, wie lange sich die PLO-Verbände noch gegen die Amal behaupten können und ob die Schiiten dann mit oder ohne syrische Unterstützung auch das letzte Reduit der Christen im Libanon überrollen wollen.

# Neue Studentenunruhen in Südkorea

## Der liberalere Kurs der Regierung setzt gestaute Spannungen frei / Offensive im Parlament

FRED de LA TROBE, Seoul

Das Lockern der politischen Schrauben in Südkorea hat Wogen bisher zurückgestauter Spannung freigesetzt. Am fünften Jahrestag der blutigen Zusammenstöße in Kwangju brodelten die seit Tagen immer heftigeren Demonstrationen radikaler Studentengruppen zu der seit langem größten Protestaktion auf. Gleichzeitig verstärkte die kraftvolle neue Oppositionspartei im Parlament ihre Angriffe auf die Regierung.

An den Kundgebungen in Kwangju am vergangenen Wochenende beteiligten sich über 15 000 Studenten, von denen viele aus Seoul und anderen Teilen des Landes angereist waren. Die Demonstranten gingen teilweise mit Benzinbomben und Steinhageln gegen die Schutzeinheiten der Polizei vor, die mit Tränengassalven konterten. Es half wenig, daß man vor Beginn der Aktion 18 der Hauptrădelsführer der Radikalen in Schutzhaft nahm. An den immer hitzigeren Protesten gegen die Regierung hatten sich in den letzten Tagen schon täglich Tausende an den Universitäten in Seoul und anderen großen Städten des Landes beteiligt.

Turbulenter als seit Jahren geht es auch bei der in der letzten Woche angelaufenen Sitzung des neugewählten südkoreanischen Parlaments zu. Mit der Neuen Demokratischen Partei Koreas (NDP) tritt seit Jahren wieder eine echte und lautstarke Opposition in der Volksvertretung auf. Brisante Themen, die die NDP auf die Tagesordnung setzen will, sind die Frage einer Verfassungsänderung zur Direktwahl des Staatspräsidenten, die Schuldfrage für das Blutbad von Kwangju, die Studentenunruhen, die Streikwelle in der Industrie, Pressefreiheit und die Forderung nach Wiederherstellung der Bürgerrechte für den Oppositionellen Kim Dae Jung.

Die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) will den Angriffen der Opposition ihr Bestreben nach innenpolitischer Stabilität und gefestigter Sicherheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung aus Nordkorea entgegensetzen. Zu raschen Kompromissen dürfte es aber kaum kommen. Der offizielle Sprecher der DJP, Shim Myung-Bo, erklärte der WELT: „Neun Zehntel der Wähler haben 1980 der Verfassung zugestimmt. Wir können sie jetzt nicht einfach ändern, sondern müssen sie verteidigen." Auch hinsichtlich der Bürgerrechte Kims deutete er keine Zugeständnisse an: „Zunächst muß er sich bemühen, seine Fehler wiedergutzumachen, dann muß der Präsident eine Amnestie verkünden und schließlich muß der Rechtsweg zu Ende gegangen werden. Das kann noch sehr lange dauern."

Einige Beobachter befürchten schon, daß die Regierung bei zu aggressivem Vorpreschen der NDP die politischen Schrauben wieder fester anziehen wird. Allgemein hält man einen solchen Rückschritt jedoch für unwahrscheinlich. Die amtliche Politik sei zu sehr auf Prestige-Erfolge bei den asiatischen Sportwettkämpfen im kommenden Jahr und bei den Olympischen Spielen 1988 ausgerichtet, um durch undemokratische Maßnahmen ein schlechtes Image im Ausland riskieren zu können. Auch die gesunde Entwicklung der Wirtschaft sei ohne innenpolitische Ruhe und Stabilität nicht möglich.

So zeichnet sich vorläufig keine grundsätzliche Korrektur des liberaleren Kurses ab, obwohl es gelegentlich noch überraschende Gegenströmungen gibt. Die Regierung gab vor einigen Tagen unvermittelt eine umfangreiche Verbotsliste für politische Literatur heraus. Auf den Index kamen nicht nur neue linksgerichtete Bücher, sondern auch Werke, die seit Jahren im Handel zu kaufen waren. Neben Bänden von Rosa Luxemburg wurden Bücher von Bertrand Russell und Erich Fromm beschlagnahmt. Ein Zeichen des veränderten politischen Klimas war jedoch der lautstarke und einmütige Protest der Buchverleger und Universitätsprofessoren, in den auch die Presse einstimmte.

Nach Meinung unabhängiger Beobachter ist die innere Stabilität Südkoreas längerfristig von zwei Seiten gefährdet: von Unzufriedenheit unter weiten Schichten der Arbeiterschaft und von der Unruhe unter einer Minderheit der akademischen Jugend. Die Unzufriedenheit unter Teilen der Arbeiter erklärt sich aus dem häufigen Mißverhältnis zwischen dem niedrigen Einkommens- und hohen Preisniveau. Viele fühlen sich als Stiefkinder des wirtschaftlichen Fortschritts der vergangenen Jahre. Die Gewerkschaften sind noch unter scharfer Kontrolle. (SAD)

# Washington stärkt die Luftwaffe Thailands

## Hochmoderne F-16 für Bangkok / Gegengewicht zu Hanoi

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Als erstes Land der südostasiatischen Regionalgemeinschaft Asean wird Thailand seine Luftwaffe mit den amerikanischen Superkampfflugzeugen F-16/100 ausrüsten. Dazu hat der amerikanische Kongreß nach über einjährigem Tauziehen nun seine besondere Erlaubnis erteilt.

Diese Sondergenehmigung war notwendig, da Amerika die hochtechnisierten und komplizierten F-16/100 bisher nur in die NATO-Länder, nach Südkorea, Pakistan, Israel, Ägypten und Venezuela verkauft. Nur für die weniger hochtechnisierten F-16/79-Typen besteht eine allgemeine Exporterlaubnis.

Thailand, das sich als Frontland gegenüber Vietnam sieht und am Aufbau einer automatischen Luftabwehr arbeitet, bestand jedoch auf der Lieferung der F-16/100. Feindliche Flugzeuge können von der thai-kambodschanischen Grenze die thailändische Hauptstadt Bangkok binnen zehn Minuten erreichen.

### Wachsende Präsenz der Sowjets im Pazifik

Für die Ausrüstung seiner Luftwaffe mit den kostspieligen F-16 muß Thailand tief in seine Kassen greifen, obwohl die Luftwaffe die ursprünglich gewünschte Stückzahl von sechzehn bereits auf zwölf reduziert hat. Doch auch nur zwölf F-16 kosten umgerechnet etwa eine Milliarde Mark, einschließlich Pilotentraining, Ersatzteilhaltung für zwei Jahre und Wartung durch den Hersteller, General Dynamics.

Die Luftwaffe meint, den F-16-Kauf aus eigenem Budget finanzieren zu können. Als Finanzierungshilfe hat die amerikanische Regierung im Rahmen ihres militärischen Verkaufsprogramms (FMS) einen Zwanzigjahreskredit zur Verfügung gestellt. Die Lieferung der F-16 soll ab Juni 1988 beginnen und im Mai 1989 abgeschlossen sein. Sprecher der thailändischen Luftwaffe sagen jedoch schon jetzt, daß zwölf F-16 zu einer effektiven Luftabwehr nicht ausreichen und sie mit einer Aufstokckung ihres F-16-Bestandes rechnen.

Der militärische Aufbau der Vietnamesen an der thai-kambodschanischen wie an der thai-laotischen Grenze, die laufende Modernisierung der 1,26 Millionen Mann starken vietnamesischen Streitkräfte durch die Sowjetunion sowie deren eigene, rapide wachsende Militärpräsenz im Pazifik und auf der vietnamesischen Vielzweckbasis Cam Ranh Bay haben Bongkok wie Washington überzeugt, daß Thailand seine Verteidigungskapazität verstärken muß.

Auf Cam Ranh Bay sind heute ständig 15 Badger-Bomber Tu-16, 14 Mig-23-Jäger und acht Tu-95-Baer-Langstreckenaufklärer stationiert. Gelegentlich fliegen auch Mig-25 diese taifungeschützte Basis an.

Dem hat die thailändische Luftwaffe nichts ebenbürtiges entgegenzusetzen. Ihr technisch fortschrittlichstes Kampfflugzeug ist die amerikanische F-5 E, die den Mig-23 erheblich unterlegen ist. Vor kurzem hat Moskau ein weiteres Warnsignal gegeben. Im April hielt seine pazifische Flotte ihr bisher größtes Manöver mit taktischen Übungen zur Zerstörung von U-Booten ab.

Für Bangkok war die *Erlaubnis* des amerikanischen Kongresses, F-16/100 nach Thailand zu verkaufen, zu einer Frage des Vertrauens geworden. Führende amerikanische Politiker, einschließlich Präsident Reagan, haben in den letzten Jahren immer wieder ihr anhaltendes Bekenntnis zu dem 1954 geschlossenen Manilapakt versichert, der Amerika zur Verteidigung von Thailand und der Philippinen verpflichtet. Zugleich haben sie Thailand und die anderen Verbündeten in der asiatischen Region aufgefordert, ihre eigenen Verteidigungsanstrengungen zu verstärken.

Thailand ist dazu bereit. Bangkoks Bestehen auf dem Erwerb der F-16/100 war deshalb zugleich ein Test, ob man sich auf die Bündnisversprechen der Amerikaner verlassen kann. Beobachter erwarten, daß jetzt auch Singapur und Indonesien die F-16/100 kaufen wollen.

# „Welche Deutschen, welches Unrecht?"

## Zum Kapitel der nationalen deutschen Minderheit in Polen

Von ELISABETH RUGE

Auf den ersten Blick schien der Antrag berechtigt, aber unbedeutend: In Oberschlesien schlossen sich 21 Deutsche zusammen, um gerichtlich die „Registrierung einer ethnischen Minderheit der Deutschen in der VR Polen als einen Verband der Deutschen" zu erwirken. Gibt es doch zwei ähnliche Verbände von Polen, die in der Bundesrepublik leben.

Erst durch den Aufschrei in Polen, durch die schroffe Ablehnung aus Warschau bekommt das Anliegen der Deutschen einen grellen Anstrich. Hohe Funktionäre in Polen betonen immer wieder: es gibt keine deutschen Volksgruppen mehr. „Man erfindet das fingierte Problem einer Minderheit von einer Million Deutscher in Polen, um in unserem Land eine Art ethnische Teilung anzustreben", sagt Polens Militärdiktator Jaruzelski. Und anlässlich des 40. Jahrestags der deutschen Kapitulation erklärte er das „Kapitel einer nationalen deutschen Minderheit" als „für immer abgeschlossen".

Wie erklärt es sich, daß selbst Primas Glemp mit seiner Frage: „Welche Deutschen, welches Unrecht?" sich blind stellte für die 1,1 Millionen Deutschen, die nach Schätzungen des Bonner Auswärtigen Amtes heute noch in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten leben? Als der polnische Primas im vergangenen Herbst in Tschenstochau mit Blick auf die in Polen lebenden Bürger deutscher Abstammung erklärte, „man kann nicht gut Andachten in fremder Sprache für Menschen organisieren, die diese Sprache gar nicht kennen", meinte er es vielleicht sogar ehrlich. Im eigenen Land sei ihm von einer solchen Bitte nach deutschen Gottesdiensten nichts bekannt.

### „DDR"-Optik

Nach der Devise „Das Problem erledigt sich von selbst", gab es in der VR Polen bis 1956 ein amtlich ausgesprochenes Deutsch-Verbot. Wer das mißachtete, sich gegen diese Polonisierung wehrte, wurde bestraft oder bedroht. Zusätzlich, um die deutsche Herkunft zu verwischen, erließen die Polen auch ein Zwangsnamen-Dekret: Im Artikel 2, Absatz 1 sowie im Artikel 3, Absatz 2, vom 10. November 1945 (Gesetzbuch der Volksrepublik Polen Nr. 56, Pos. 310), heißt es wörtlich: „Den im Nachkriegspolen lebenden deutschen Familien werden zwangsweise polnische Namen zugeteilt." So kommt es, daß die in Polen aufgewachsenen Kinder der dort gebliebenen Deutschen kaum noch Deutsch sprechen – aus Angst vor Schikanen, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz oder Komplikationen mit dem Wohnrecht.

Heute wählen in den Grenzgebieten zur „DDR" zwar wieder 60 Prozent der Gymnasiasten Deutsch als erste westliche Fremdsprache (nach dem obligatorischen Russisch), doch in erster Linie: weil sie „DDR"-Grenzgänger sind, weil sie „DDR"-Fernsehen empfangen, in die „DDR" reisen und in Polen „DDR"-Fachliteratur kaufen können. Es gibt sogar in Polen regelmäßige Deutsch-Olympiaden für Schüler, denn es locken: Stipendien an der Germanistik-Fakultät oder in der „DDR" – daß auf diese Weise das Deutschlandbild der Polen von der sozialistischen „DDR"-Sicht geprägt wird, ist eine zwangsläufige Folge und ganz im Sinne der kommunistischen Führung.

Gottesdienste in deutscher Sprache dagegen werden überall im Lande als staatsfeindlich angesehen. Einen gibt es freilich, der sich standhaft dagegen weigert: der Bischof von Oppeln, Alfons Nossol, verlangt unbeirrbar von seinen Seminaristen, daß sie Deutsch lernen, bevor sie in oberschlesische Gemeinden gehen. Oppeln war bislang der einzige Regierungsbezirk Polens, in dem die Fremdsprache Deutsch an den Gymnasien verboten war. „Die katholische Kirche Polens hat nach dem Krieg den Fehler gemacht, mitzuhelfen, die Deutschen dadurch zu entwurzeln, daß sie ihnen Beichtstuhl und Messe in ihrer Muttersprache verweigerte", meinte der Bischof.

### Aushandelbare Rechte

Noch jemand, dessen Weitblick im jahrzehntelangen Umgang mit den Kommunisten geschult war, hatte diesen Mangel erkannt: Primas Wyszynski sagte bei einem Deutschland-Besuch kurz vor seinem Tode: „Es ist notwendig, unseren Landsleuten, die in Deutschland leben, sowie Euren Mitbrüdern, die auf polnischem Gebiet wohnen, zum Gottesdienst und zur Seelsorge zu verhelfen." Diese Vorgänge und Nöte in den deutschen Ostgebieten werden anscheinend zwar regierungsamtlich registriert, doch ins Bewußtsein der Bevölkerung geraten sie nur durch Aktionen einzelner: die schlesische Jugend in der Bundesrepublik forderte unlängst in einer Petition mit 20 000 Unterschriften, die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik Polen von der Einräumung einiger Volksgruppenrechte für Deutsche in Schlesien und anderen Teilen Mittel- und Osteuropa abhängig zu machen – also: die deutsche Muttersprache, deutsche Gottesdienste, Zugang zu deutscher Literatur, die Bildung deutscher kultureller Vereinigungen zu gewährleisten.

Das polnisch-amtliche harte Nein zu diesen Vorschlägen erscheint jedoch differenzierter, wenn man Vizepremier Rakowski hört, der im privaten Gespräch mit westlichen Korrespondenten äußerte: „Wenn Sie glauben, daß wir hunderttausend deutsche Bergleute aus Oberschlesien ziehen lassen werden, dann täuschen Sie sich. Was dann passieren würde, wissen Sie genau: unsere Kohleförderung bräche zusammen, und Kohle ist nun mal Polens Exportschlager Nr. 1. Eher räumen wir ihnen Minderheitenrechte ein, darüber ließe sich verhandeln."

Elisabeth und Peter Ruge haben das Kapitel Deutsche in Polen in ihrem jüngsten Buch „Nicht nur die Steine sprechen deutsch" (Langen-Müller, München) ausführlich behandelt.

# Flügelkämpfe der Kommunisten Großbritanniens

REINER GATERMANN, London

Der 39. Kongreß der Kommunistischen Partei Großbritanniens stand unter der Parole „Einigt die Partei". Diesem Ziel kamen die 251 Delegierten jedoch nur dadurch einen Schritt näher, in dem sie 18 teilweise hochkarätige Genossen, darunter den Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung „Morning Star" aus der Partei ausschlossen und 24 weitere suspendierten oder mit anderen Disziplinarstrafen belegten. Der „Morning Star" hat eine Auflage von rund 14 000, die fast zur Hälfte jedoch vom Ostblock aufgekauft und von Moskau großzügig subventioniert wird.

Die Bestraften werden alle der harten, moskautreuen Fraktion der KP zugerechnet. Ihre Gegenspieler, die Eurokommunisten, mit Generalsekretär Gordon McLennan an der Spitze, konnten ihren Griff um die Partei weiter stärken, indem sie auch die „Stalinisten" aus dem 45köpfigen Exekutivkomitee herauswählten. Bei seiner Wahl erhielt übrigens der stellvertretende Vorsitzende der Grubenarbeiter-Gewerkschaft Mick McGahey die zweithöchste Stimmenzahl.

Die KP Großbritanniens macht derzeit – nach eigener Darstellung – ihre schwerste Krise seit 1956 durch, als nach dem sowjetischen Einmarsch in Ungarn ein Großteil der damals 46 000 Mitglieder der Partei den Rücken kehrte. Inzwischen ist die Mitgliederzahl auf unter 12 000 gerutscht und dieser Trend wird auch anhalten. Die „Stalinisten" fordern die Fortsetzung des klassischen Klassenkampfes, insbesondere in den Gewerkschaften mit „Aktionen" als wichtigste Waffe. Während des Bergarbeiterstreiks konnten sie sich hervortun. Die Eurokommunisten ziehen dagegen den politisch-parlamentarischen Weg vor, die Infiltration politisch orientierter Organisationen und die Unterstützung von Minoritäten.

# Akademiker in Polen sehen keine Perspektiven

JGG. Köln

Polens KP ist darüber beunruhigt, daß ihr immer mehr Angehörige der Intelligenz den Rücken kehren. Das geht aus einer Studie hervor, die während einer Sondersitzung des ZK erarbeitet wurde. Politbüro-Mitglied Jozef Czyrek hat deshalb die „Lösung des Intelligenzproblems" zur „Hauptangelegenheit" der KP erklärt.

Aus dem Papier geht hervor, daß immer mehr Akademiker ihren erlernten Beruf an den Nagel hängen und lieber als private Taxifahrer, Handwerker, Händler oder Tierpfleger arbeiten. Insgesamt 60 000 Akademiker aus Forschungsinstituten sowie dem Universitätsbereich haben inzwischen berufsfremd einen Job in Privatunternehmen oder in der Großindustrie aufgenommen.

Auch die Zahl der Studienanwärter sei in beunruhigendem Maße zurückgegangen, heißt es weiter. Die Abiturienten erklärten bei Umfragen, daß ein Hochschulstudium in Polen kaum noch Berufsperspektive habe und sich finanziell nicht lohne.

Während noch vor zehn Jahren ein Hochschulprofessor das Zehnfache eines polnischen Durchschnittslohnes verdiente, erhält er heute maximal das Anderthalbfache.

Das ZK meint, daß die Partei das Vertrauen der Intelligenz wieder zurückgewinnen könne, wenn die Löhne und Honorare dieser Gruppe angehoben würden. Das koste die Staatskasse allerdings pro Jahr umgerechnet 50 Millionen Dollar.

Am Schluß der Studie wird der Intelligenz vorgehalten, daß sie für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Krise in Polen verantwortlich sei. Große Teile der Intelligenz hätten die „Solidarnosc" erst hoffähig gemacht und seien weiterhin vom Bazillus der inzwischen verbotenen Gewerkschaft infiziert. Das treffe insbesondere auf die Forscher und Hochschullehrer zu.

# Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Alte Fakten, neue Namen

„Kampf an der blauen Grenze": WELT vom 27. April

Es muß verwundern, daß Sie ausgerechnet Ex-Senator Hellmuth Kern (SPD) zum Kronzeugen in Sachen Hinterlandverkehre machen und ihm die Worte in den Mund legen „viel Wind und sonst nichts". Tatsache ist, daß die Sozialdemokraten von 1966 bis 1982 im Bonner Verkehrsministerium durchgehend einen Genossen an den Schalthebeln sitzen hatten, in dieser Zeit bis 1982 nannte man das Problem „Wettbewerbsverzerrungen". Mit der Wende in Bonn kam dann auch ein neuer Begriff, und dieser neue Begriff Hinterlandverkehre eignet sich hervorragend, so zu argumentieren, als tue die jetzige Regierung zu wenig!

Am 22. Dezember 1966 erbat der Bundesrat von der Bundesregierung (SPD-Verkehrsminister Leber) Hilfe.

Die Entschließung hatte folgenden Wortlaut: Unverzüglich durch nationale Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß die wesentlichen Wettbewerbsverzerrungen, vornehmlich auf steuerlichem und tariflichem Gebiet, zwischen dem Zu- und Ablaufverkehr der deutschen Seehäfen einerseits und dem grenzüberschreitenden Verkehr zu den niederländischen, belgischen Rheinmündungshäfen andererseits beseitigt werden.

In all der Zeit von 1966–1982 hatten die SPD-regierten Hafenstädte Bremen und Hamburg (und bis 1976 auch Niedersachsen) der Hilfe der jetzigen Bundesregierung CDU/CSU/FDP überhaupt nicht bedurft.

Die Frage ist also erlaubt, mit welchem Recht halten Sozialdemokraten nach dem Regierungswechsel „schneidige" Reden und kritisieren Bonn, wohl wissend, daß sie zum Thema Hinterlandverkehre in 16 Jahren absolut nichts im Sinne der deutschen Seehäfen produziert haben.

In Ihrem Artikel fehlt die Vergangenheit völlig, statt dessen wird nur kritisiert.

In einer Sitzung der Hafendeputation äußerte sich Hafensenator Brinkmann kürzlich in eine ähnliche Richtung wie Herr Kern. Ich habe ihm in dieser Sitzung angeboten, unverzüglich einen Brief an den Verkehrsminister in Bonn zu schreiben und ihm zu raten, alles schon bisher Erreichte auf Null zurückzudrehen. Das Protestgeschrei der SPD und von Hafensenator Brinkmann (SPD) in dieser Sitzung hätten Sie einmal hören sollen.

In Ihrem Artikel fehlt auch, daß Sozialdemokraten offensichtlich – was politische Verantwortung betrifft – ohne Vergangenheit sind, nur kritisieren und für alles einhundertprozentige Sofortentscheidung von Bonn fordern.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Rudolf J. Gassdorf,*
*Mitglied der Bremer Bürgerschaft*

## Die Lobhudler

„Schreckliche Instinktlosigkeiten": WELT vom 16. Mai

*Sehr geehrte Damen und Herren,*
in der Aufzählung ehemaliger Nazis, die in der Bundesrepublik Karriere gemacht haben, hat in besagter Sendung das Gespann Moser/Alt einen Prominenten geflissentlich nicht genannt: den Lobhudler Hitlers namens Henry Nannen.

Sind sie vor diesem Meinungsmacher i. R. in die Knie gegangen? Wenn dem so ist, kann man sich gut ausrechnen, wie sich die beiden „Tapferen" in einer braunen oder roten Diktatur de facto verhalten würden.

Höchstwahrscheinlich auch nicht anders, wie es ein Mädchen in der Sendung formuliert hat: „Ich glaube, daß ich da feige gewesen wäre und daß ich auch mitgemacht hätte."

Sollen sie halt in die DDR oder nach Polen gehen und den Leuten vormachen, wie man derart effektiv Widerstand macht, daß ein totalitäres System aus den Angeln gehoben werden kann.

*Mit freundlichen Grüßen*
*J. Moosacher,*
*München 54*

## Nur Geständnisse

„Leserbrief: Schluderig": WELT vom 9. Mai

*Sehr geehrte Redaktion,*
Ihr Leser Dr. M. Lang hat völlig recht, wenn er den schluderigen Umgang mit dem Begriff „Bekennerbrief" im Zusammenhang mit der Terroristenszene beanstandet.

Mit diesem Ausdruck werden ordinäre Verbrechen in die Nähe eines Martin Luther gehoben, der angesichts eines drohenden Scheiterhaufens sich „bekannt" hat.

Schreiben Sie bitte in Zukunft besser von „anonymen Geständnissen" oder kurz von Geständnissen, damit diese Untaten dorthin gerückt werden, wohin sie gehören, nämlich zu Verbrechen!

*Mit freundlichen Grüßen*
*R. Pietsch-Niedermühl,*
*Krailling*

## Nicht würdig

„Geheimgehaltenes über Helmut Schmidt": WELT vom 14. Mai

*Sehr geehrte Damen und Herren,*
„wer Jude ist, bestimme ich", soll Hermann Göring nach der Verkündigung der „Nürnberger Gesetze" auf dem Reichsparteitag 1935 erklärt haben – und Erhard Milch, Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, blieb und avancierte bis zum Feldmarschall. Seine arische Abstammung belegte er mit einer entsprechenden Bescheinigung eines Fehltritts seiner Mutter.

„Im Angesicht des Galgens" überraschte Hans Frank, NS-Jurist und Generalgouverneur im besetzten Polen, die Welt mit einem jüdischen Großvater von Adolf Hitler. Doch was Frank vor und im Nürnberger Prozeß sprach und schrieb, diente dem Versuch, dem Galgen zu entgehen.

Und nun erfahren wir, daß eine Mutter im Dritten Reich ihren Sohn, den Hitlerjungen Helmut Schmidt, mit einem „Fehltritt" seiner Großmutter belastet hat. Diese Veröffentlichung ist des Altkanzlers unwürdig.

*Mit freundlichen Grüßen*
*W. Lüdde-Neurath,*
*Garmisch-Partenkirchen*

## Unzumutbares Niveau

„Säuernis": WELT vom 22. April

Der deutsche Markt für frische und verarbeitete Sauerkirschen ist im vergangenen Jahr in eine ernste Krise geraten. Die Verkaufspreise sanken bei den Erzeugerorganisationen von 1,80 DM/kg auf 0,77 DM/kg, also um mehr als 50 Prozent, und deckten damit kaum die Pflückkosten. Ein Teil der Sauerkirschen wurde mangels Absatzmöglichkeiten nicht geerntet. Die deutschen Obstkonservenhersteller konnten ihre Sauerkirschenkonserven teilweise nur mit Verlust verkaufen.

Ursächlich für diese Schwierigkeiten waren die steigenden Einfuhren von Sauerkirschenerzeugnissen aus Jugoslawien zu äußerst niedrigen Preisen. Diese Einfuhren stiegen im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr um 33 Prozent und gegenüber 1982 sogar um mehr als 80 Prozent. Die Einfuhrpreise sanken auf ein unzumutbar niedriges Niveau, das offensichtlich weit unter den Gestehungskosten selbst in Jugoslawien lag. So wurden zum Beispiel tiefgekühlte Sauerkirschen teilweise zu einem Preis von unter 0,40 DM/kg eingeführt, obwohl allein die Tiefkühlkosten normalerweise mehr als 0,30 DM/kg betragen.

Eine ungehinderte Fortsetzung dieser Entwicklung würde langfristig zu einem Erliegen des deutschen Sauerkirschenanbaus und der deutschen Sauerkirschenkonservenherstellung und damit zu einem Verlust von einer Vielzahl von Arbeitsplätzen führen. Dabei muß man bedenken, daß die Sauerkirschen im deutschen Obstbau und in der deutschen Obstkonservenherstellung mit ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach den Äpfeln an zweiter Stelle stehen. Diese Entwicklung konnte die Bundesregierung und die europäische Gemeinschaft nicht tatenlos hinnehmen.

Daher wurde für die Einfuhr von Kirschen in die EG eine Lizenz- und Kautionspflicht eingeführt, um die beabsichtigten Einfuhren besser überwachen und auf eventuelle Marktstörungen schneller reagieren zu können. Außerdem setzt sich die Bundesregierung dafür ein, daß zwischen der EG und Jugoslawien Absprachen über den Markt nicht störende Mengen und Preise für die Einfuhr von Sauerkirschen und Sauerkirschenerzeugnissen getroffen werden.

*Dr. Wolfgang von Geldern,*
*Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten*

### Wort des Tages

„Wenn du nur willst, ist nichts von diesen Dingen beschwerlich; denn nach der Gnade von oben ist alles am Wollen gelegen. Wollen wir also das Gute."

Johannes Chrysostomos, Heiliger und Kirchenlehrer (344–407)



# Personalien

## GEBURTSTAG

Der emeritierte Ordinarius für Osteuropäische Geschichte an der Universität Marburg, Professor Dr. **Peter Scheibert**, feierte in Marburg seinen 70. Geburtstag. Über zwanzig Jahre lang hat er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1980 an der Hochschule als Forscher und Lehrer gewirkt. Zu seinen bekanntesten Veröffentlichungen zählen die 1955 in Köln entstandene Habilitationsschrift „Von Bakunin bis Lenin", seine umfassende Monographie über die russische Bauernbefreiung sowie das im letzten Jahrzehnt entstandene Buch „Lenin an der Macht". An der Philipps-Universität hat Professor Scheibert das Seminar für Osteuropäische Geschichte aufgebaut.

## AUSZEICHNUNGEN

Der Henrik-Steffens-Preis für das Jahr 1985 geht an das Mitglied der Finnischen Akademie, die Lyrikerin und Übersetzerin Dr. **Aale Tynni-Haavio** aus Helsinki. Der Preis der Hamburger Stiftung F. V. S. ist mit 25 000 Mark dotiert und mit einem Stipendium von 9000 Mark für ein einjähriges Studium an einer deutschen Hochschule verbunden. Die Preisverleihung findet am Donnerstag im Senats-Sitzungssaal der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel statt. Die Laudatio hat Frau Professor Dr. **Maija Lehtonen** aus Helsinki übernommen. Empfänger des Steffens-Preises der letzten Jahre, der seit 1966 an Persönlichkeiten aus skandinavischen Ländern für kulturelle und wissenschaftliche Leistungen von europäischer Bedeutung vergeben wird, waren unter anderem: der Komponist und Musikhistoriker **Hallgrímur Helgason** aus Island, der Musikwissenschaftler und Sibelius-Forscher **Erik Tawaststjerna** aus Helsinki und der Grafiker **Palle Nielsen** aus Dänemark.

*

Den Droste-Preis 1985 der Stadt Meersburg am Bodensee wird am Pfingstsonntag die österreichische Schriftstellerin **Marie-Therese Kerschbaumer** erhalten. Die Auszeichnung ist mit 3000 Mark dotiert. Die Jury würdigte die sensible Intelligenz der Schriftstellerin, die in der Tradition der großen österreichischen Literatur stehe.

## WAHL

Professor **Peter Kubelka** (51), internationaler Filmemacher und seit 1978 Leiter der Klasse für Film an der Städelschule, ist zum neuen Rektor der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste zu Frankfurt am Main – Städelschule – gewählt worden. Kubelka ist seit den 50er Jahren als unabhängiger Filmemacher tätig.

## AUSWÄRTIGES AMT

Die Regierung der Volksrepublik Angola hat **Hannspeter Disdorn** das Agrément als Botschafter erteilt. Der Mannheimer, Jahrgang 1934, studierte Jura und ging 1965 in den Auswärtigen Dienst. Er war auf Posten in Tokio und Belgrad und an der deutschen Botschaft in Kabul. Seit 1980 ist Hannspeter Disdorn wieder im Auswärtigen Amt in Bonn tätig gewesen und nahm anschließend noch an einem Lehrgang des NATO Defense College in Rom teil. Der Botschafter ist doppelakkreditiert. Auch die Regierung der Republik São Tomé und Príncipe erteilte ihm das Agrément als Botschafter. Dienstsitz des Diplomaten ist Luanda, die Hauptstadt Angolas. Disdorn ist Nachfolger von Dr. **Karl Wand**, der in Pension ging.

## EHRUNGEN

Professor Dr. **Bernhard Rensch**, emeritierter Lehrstuhlinhaber für Zoologie an der Universität Münster, wurde „in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Entwicklung einer modernen Synthese der Evolutionstheorie durch die Arbeiten über Art- und Rassenbegriffe und das wohlbekannte Standardwerk ‚Evolutions Above the Species Level'" zum Ehrenmitglied der Amerikanischen Zoologen-Gesellschaft ernannt.

*

Der Vizepräsident der Deutschen Verkehrswacht und Präsident der Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen, **Kurt Dreist**, überreicht am Freitag dem Bonner Polizeipräsidenten Dr. **Hans Wilhelm Fritsch** das vom Bundespräsidenten gestiftete Goldene Ehrenzeichen der Deutschen Verkehrswacht. Der Initiative des Bonner Polizeipräsidenten ist es zu verdanken, daß auf dem Gelände der früheren Bundesgartenschau in Bonn die 1000. Verkehrsschule eingerichtet wurde.

*

Mit dem „Handwerkszeichen in Gold" ist die Bundesministerin Dr. **Dorothee Wilms** auf dem Deutschen Handwerkstag 1985 in Aachen ausgezeichnet worden. Mit dieser hohen Ehrung würdigt der Zentralverband des Deutschen Handwerks die großen Verdienste der Bundesministerin um das duale System der beruflichen Bildung und eine Politik, die auf Abbau von staatlicher Reglementierung und größeren Freiraum für gesellschaftspolitisches Engagement der Wirtschaft setzt.

## UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Klaus Funke** von der Universität Hannover hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Physikalische Chemie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommen. Als neuer Direktor des Instituts für Physikalische Chemie wird er damit Nachfolger des seit 1982 emeritierten langjährigen Lehrstuhlinhabers Professor Dr. **Ewald Wicke**.

*

Der Kanzler der Universität Heidelberg, **Siegfried Kraft**, ist vom Senat für weitere acht Jahre wiedergewählt worden. Die nächste Amtszeit beginnt am 1. September 1985 und endet am 31. August 1993. Kraft, 1933 in Stuttgart geboren, hat in Heidelberg und Tübingen Rechtswissenschaften studiert. 1959 trat er in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Baden-Württemberg ein, war knapp ein Jahr beim Landratsamt Moosbach tätig und vom März 1964 an dreieinhalb Jahre Richter beim Verwaltungsgericht Stuttgart. Danach wechselte der wiedergewählte Kanzler als Referent in das Kultusministerium Baden-Württemberg über, wo er ab 1970 die Aufgabe des Referenten für die Universität Heidelberg übernahm und 1977 zum ersten Mal als Kanzler der Universität gewählt wurde.

# Albrecht setzt auf langfristige Strukturpolitik

ULRICH REITZ, Hannover

Wer, wie der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, mit absoluter Mehrheit regiert, der muß sich Kritik von allen Seiten gefallen lassen. Am weitesten gingen die Grünen, als sie bei der Haushaltsdebatte Ende Februar Albrecht vorwarfen, das Problem der Arbeitslosigkeit – 400 000 Arbeitslose gibt es in dem Flächenland, die Arbeitslosenquote liegt mit mehr als 14 Prozent höher als der Bundesdurchschnitt – durch eine „ideologische Brille" zu betrachten und nicht ernsthaft anzugehen. In Gesprächen mit Albrecht, dem Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag, Gerhard Schröder, dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Walter Hirche, und Mitgliedern der Fraktion der Grünen nahmen 65 Volontäre des Axel Springer-Verlages nun die Gelegenheit wahr, sich über die unterschiedlichen Standpunkte der Politiker zu informieren.

Dabei warf der Spitzenkandidat der SPD, Gerhard Schröder, der Regierung „Unglaubwürdigkeit" vor. Sie bestreite die Diskussion über die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits vorwiegend mit ordnungspolitischen Argumenten und erkläre, Eingriffe des Staates grundsätzlich abzulehnen, nehme andererseits aber Hilfen aus Bonn zur Subvention der Werften- und Stahlindustrie entgegen. Der Landesregierung fehle, so Schröder, ein „ausgereiftes Konzept" für gezielte staatliche Interventionen, die auch einen arbeitsmarktpolitischen Effekt nach sich zögen. Im Hinblick auf den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit forderte Schröder eine „staatliche Ausbildungsplatzgarantie für die, die in dem dualen Ausbildungssystem keinen Platz finden".

Herbe Kritik an der Landesregierung übte auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Walter Hirche, der Albrecht vorhielt, die agrarisch dominierte Struktur des Bundeslandes zu verstetigen und die Forschungsinvestitionen zu vernachlässigen. „Ich fürchte, Niedersachsen wird die Zukunft verschlafen", erklärte er.

Albrecht reagierte gelassen auf die Vorwürfe seiner Kontrahenten bei der Landtagswahl im kommenden Frühjahr. Der Ministerpräsident verwies auf die relativ gute Position Niedersachsens im Ländervergleich. Die Arbeitslosenquote sei in den SPD-regierten Ländern Hamburg, Bremen und Saarland höher als in Niedersachsen, das zudem noch mit gravierenden Strukturproblemen zu kämpfen habe.

„Arbeitsmarktpolitischer Aktionismus" werde, so Albrecht, in Niedersachsen nicht weiterhelfen. Die Arbeitslosigkeit könne eben nicht in drei Jahren beseitigt werden. Er habe schließlich eine schwere Erblast zu tragen, die ihm die sozialdemokratischen Vorgängerregierungen hinterlassen hätten, erklärte Albrecht, der das Land seit Anfang 1976 regiert.

Es sei Aufgabe einer langfristig angelegten Wirtschaftsförderungspolitik – Albrecht bevorzugt den Terminus Strukturpolitik –, die Investitionsbedingungen in allen Regionen Niedersachsens zu verbessern. Dabei nehme die Förderung der Hochtechnologie einen besonders hohen Stellenwert ein. Nur mit Hilfe eines forcierten Wachstums sei die Arbeitslosigkeit letzlich in den Griff zu bekommen.

# Besserer Schutz für die „Opfer" in Strafprozessen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard will noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf einbringen, durch den die Opfer von Straftaten besser geschützt werden sollen. Ihre Rechtsposition gegen die Täter in Prozessen soll verstärkt werden. Die Opfer sollen mehr Einfluß auf den Verfahrensablauf nehmen können, der Schutz ihrer Persönlichkeitssphäre in den Verfahren soll verbessert und die Wiedergutmachung ihres Schadens gefördert werden.

Bei der Vorlage eines „Diskussionsentwurfs", zu dem jetzt die Länderjustizverwaltungen und zuständigen Verbände Stellung nehmen sollen, betonte Engelhard, es sollten die „rechtspolitischen Versäumnisse" der Vergangenheit wiedergutgemacht werden, „als deren Folge dem Täter heute von der Rechtsordnung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als dem Opfer". Er kritisierte, daß während der Verfahren die Opfer weitgehend „Statisten" seien. Dies führe, zum Beispiel im Falle vergewaltigter Frauen, oft fast „bis hin zur Mißachtung". Diese müßten im Gerichtssaal oft „so etwas wie eine seelische Vergewaltigung" über sich ergehen lassen.

Nach den Plänen des Ministers sollen alle Geschädigten bessere Informationsmöglichkeiten über den Verfahrensstand erhalten, beispielsweise durch das Recht auf Akteneinsicht. Sie sollen Rechtsanwälte als „Verletzten-Beistand" hinzuziehen und Prozeßkostenhilfe erhalten. Weiter sollen sie sich aktiv am Verfahren beteiligen, eigene Anträge stellen und sich gegen ehrverletzende Befragungen sowie Schuldzuweisungen verteidigen können. Außerdem soll der Ausschluß der Öffentlichkeit leichter möglich werden, wenn es um höchstpersönliche Angelegenheiten geht.

Darüber hinaus soll der Schadenersatz für Opfer verbessert werden. So sollen schon im Strafverfahren Ansprüche gegen den Täter leichter geltend gemacht werden können. Forderungen des Opfers sollen dabei vor staatlichen Ansprüchen auf Geldstrafe und Gerichtskosten Vorrang erhalten.

## STUDIO

Am 26. Mai feiert ein mit allen Medien-Wassern gewaschenes Tele-Team in einer zum Studio umfunktionierten, ausgedienten Glanzstoffabrik in Köln-Niehl die zweihundertste Live-Sendung des **WWF-Club**. Das ist für ARD- und speziell WDR-Verhältnisse ein in mancherlei Hinsicht bemerkenswertes Datum. Denn die Beamten des einstigen Monopol-TV meiden Live-Sendungen wie der Teufel das Weihwasser – da kann doch allzuviel Unvorhergesehenes geschehen.

Außerdem: Zweihundert Mal Einfälle zu strapazieren und launige Stars zu buchen, und das alles in letzter Minute, hält die Mannschaft um den Programmdirektor des Westdeutschen Werbefernsehens, Hans-Joachim Hüttenrauch, ebenso in Atem wie die flinken Moderatoren Marijke Amado, Frank Laufenberg und neuerdings Jürgen Triebel, der Nachfolger Jürgen von der Lippes.

150 000 Mark kostet die vom Werbefernsehen des WDR finanzierte Sendung mit polyglott aufgemischter Unterhaltung. Das summiert sich insgesamt zu stolzen 30 Millionen Mark in zweihundert Sendungen seit September 1980, als das WWF den Club aufmachte. Keine Summe allerdings, wenn man bedenkt, daß das Werbefernsehen aus Köln jährlich 257 Millionen Mark erwirtschaftet. Das entspricht einem guten Drittel aller Werbeumsätze der innerhalb der ARD.

Mit Klatsch und Tratsch werden die Pausen zwischen den Show-Versatzstücken gefüllt: Das Brautpaar der Woche wird vorgestellt; ein Richter, der ein außergewöhnliches Urteil fällte, kommt zu Wort; ein Professor mit dem Geheimnisträger Psi – aber eben auch Johnny Cash und Peter Alexander oder Filmemacher wie Coppola.

Das einzige, was es nicht gibt: „Große Politik und Bierernst", so Hüttenrauch zur WELT. Der Erfolg der Freitagsabend-Kurzweil – gemessen wird dieser an den Gunstbezeugungen der werbenden Wirtschaft – führte dazu, daß Hüttenrauch für sein liebstes Hobby seit Jahresbeginn 25 Minuten mehr Sendezeit erhielt – 75 statt 50 Minuten.

Natürlich gab's auch Pannen in der kurzen WWF-Geschichte. Dem kanadische Jazzpianist Oscar Peterson war das Studio zu klein („Da kommt mein Spiel nicht an") und weigerte sich, aufzutreten. Bei der 197. Sendung war das Programm nach 15 Minuten am Ende – ein Modul fiel aus. Und alle verfügbaren Techniker der Post waren beim Reagan-Besuch in Bonn eingesetzt. Auch ein Wermutstropfen fällt in den WWF-Cocktail: Die Sendung ist nicht in den anderen Vorabendprogrammen zu sehen.

Schade, denn was Hüttenrauch, seine Moderatoren, seine Gäste und sein Talentscouter Manfred Schmidt jeden Freitag auf den Schirm bringen, bleibt sonst nahezu verbannt: gewitzte, pointierte und kosmopolitisch aufbereitete Tele-Unterhaltung.

rr

Ab Januar kommt die „junge Welle": Im Hörfunk wird eine dritte ARD-Nachtschiene eingerichtet

# Eine neue Farbe für das Schlummer-Programm

Egal ob jemand in den frühen Morgenstunden am Fließband stöhnt, im Krankenhaus den Nachtdienst versieht, ob jemand über die Autobahn rast – immer wird er in Hamburg, München oder Köln vom Einheitssound des ARD-Nachtprogramms begleitet. „Bis zwei dabei" und daran anschließend die „Musik bis zum frühen Morgen" nennen sich die beiden Nachtsendungen, die, wie Umfragen ergeben haben, nächtens von vier bis fünf Millionen Menschen gehört werden. Alternativ zur leichten ARD-Schlummermixtur gibt es seit dem 1. März 1980 auf einer zweiten Programmschiene jenseits vom Schlager-Trallala das „ARD-Nachtkonzert", angefüllt bis vier Uhr früh mit klassischer Musik.

Doch die ARD-Hörerforschung schlief nicht: sie stellte in einer vom Süddeutschen Rundfunk durchgeführten Analyse fest, daß vom „Hörerkreis aller Nachtsendungen" 43 Prozent der Gesamthörerschaft und 60 Prozent der 14- bis 29jährigen die Einführung einer „jungen Welle" begrüßen würden. Das bedeutet im Klartext: Ein Großteil der jugendlichen Nachthörer wünscht eine andere Musikfarbe im Programm, als diese von der ersten und zweiten Schiene geliefert wird. Beide erhielten von den befragten Jugendlichen eine Abfuhr, wie sie deutlicher nicht ausfallen konnte. Das, was 1977 mit der Übertragung der ersten TV-Rocknacht über einige Stereosender des Hörfunks als Alternativmöglichkeit zum bestehenden Nachtprogramm begann, soll ab Januar 1986 allnächtliche Wirklichkeit werden.

Auf ihrer letzten ARD-Sitzung in Saarbrücken stimmten die Intendanten aller angeschlossenen ARD-Anstalten der Empfehlung der Hörfunkkommission zu, ein zusätzliches Nachtprogramm einzurichten, „für das ein allgemein verständlicher und zugleich zugkräftiger Titel noch gefunden werden muß". Dieses Programm soll nicht nur einzelne Zielgruppen und Minderheiten ansprechen, sondern die Mehrheit der einem jüngeren Musikangebot aufgeschlossen gegenüberstehenden Nachtschwärmer.

Olaf von Wrangel, Hörfunk-Programmdirektor des NDR und Vorsitzender der Hörfunk-Kommission der ARD, stellt ergänzend fest: „Auf dieser dritten Schiene werden neben aktueller Rock- und Popmusik auch ergänzende Stilrichtungen wie Pop-Oldies und Pop-Evergreens vorkommen. Geringfügige Überschneidungen mit dem ersten Nachtprogramm kann man in Kauf nehmen, denn die Grenzen sind ja in der Musik fließend. Viele Hörer waren mit dem bisherigen Nachtprogramm unzufrieden, weil es versucht, dem Musikgeschmack sowohl der ersten Programmhörer wie auch den Hörern jüngerer Programme zugleich gerecht zu werden. Da aber die jüngere Hälfte der Bevölkerung nachts mehr Radio hört als die ältere, ist ein spezielles Angebot als dritte Nachtschiene angemessen."

Es handelt sich also um ein Zusatzangebot, das der ARD die an aktueller Rock- und Popmusik interessierten Hörerkreise wieder zuführen soll. Die wanderten nämlich in immer stärkerem Maße, wie Infratest ermittelte, zu Radio Luxemburg, zu den Soldatensendern AFN und BFBS, zum Deutschlandfunk und zum RIAS Berlin ab. Außerdem kann man sich an allen ARD-Fingern abzählen, wieviele Nachteulen den UKW-Wellen – oder dem Alternativprogramm – treu bleiben, wenn demnächst die privaten Hörfunkanbieter auf den Markt rücken. Die Flucht nach vorn war angesagt; die (Privatfunk-)Zeichen erkannt; und so wird das neue dritte Nachtprogramm werktäglich von 0.05 Uhr bis 2.00 Uhr und am Wochenende bis 3.00 oder 4.00 Uhr ausgestrahlt werden.

„Sonderangebote" in Form von Rocknächten des ARD-Fernsehens, des RIAS, des DLF oder anderer Anstalten sollen besonders berücksichtigt werden. Durch diese neue Schiene darf allerdings das in unveränderter Form bestehenbleibende erste Nachtprogramm nicht zur „Seniorenwelle" degradiert werden. Das wäre tödlich für die „Nachtversorgung", wie die Programme im ARD-Jargon genannt werden.

Längst vorbei sind die Zeiten, wo es nur eine Programmschiene gab. Damals ratterte unverkennbar der legendäre „Nachtexpress" des Hessischen Rundfunks über die ARD-Gleise. Aus Köln gab es in den frühen Samstagstunden eine Musik bis zum frühen Morgen, die angefüllt war mit Künstlerinterviews, Hörerwünschen und Telefonaten: eine Sendung, bei der der Moderator oftmals noch die eigenen Platten auflegen durfte. Heute kleben die Nachtbegleiter in den Studios am vorgeschriebenen Musikprogramm, beschränken sich auf unsinnige Sprüche und die obligate Zeitansage.

Die Sender, die ehedem ihr eigenes Nachtprofil zeigen konnten, erstickten unter der nächtlichen Gleichmacherei des ARD-Musik-Koffer-Angebotes. Experimente waren nicht gefragt, ein aus der ARD-Reihe-Tanzen gab es nicht. Olaf von Wrangel meinte allerdings: „So kann man das nicht stehenlassen. Die Vergleiche mit einer Nachtschiene hinken. Die Musik in der dritten wird ja zukünftig auch moderiert. Dazu kommen Verkehrsinformationen und die Nachrichten, so daß wir einfach durch das breite Angebot glauben, hier einen wirklich wichtigen neuen Service für die Hörer anbieten zu können. Wobei ich davon ausgehe, daß jede Anstalt ihr Profil entwickelt."

Alle Nachtarbeiter und Schlaflose werden sich über diese Worte freuen, und man darf gespannt sein, wie das zusätzliche dritte Nachtprogramm, das über die Servicewellen ausgestrahlt werden soll, beim Hörer ankommt. Aller guten Dinge sind bekanntlich drei. Das müssen sich wohl auch die ARD-Intendanten gedacht haben, als sie ihr Schlummerprogramm neu konzipierten.

ROLF PETERS

## KRITIK

### *Geschichte zum Greifen nahe*

Dem Lebensgefühl junger Polen in den deutschen Ostgebieten, die heute „Westpolen" genannt werden, war Günther Geisler in der jüngsten **Reportage am Montag** (ZDF) unter dem Titel „Die dritte Generation" auf der Spur. Seine Stationen waren die verschlafen wirkenden Neumark-Dörfer Königsberg und Gaffen, die Mittelstadt Glogau und die Großstädte Stettin und Breslau. Geisler stellte nur jeweils einen Jugendlichen aus den genannten Orten heraus. So entstand ein sehr persönlich, menschlich gefärbter Bericht, der sich politischer und soziologischer Untertöne weitgehend enthielt.

Besonders dann, wenn die Eltern und Großeltern der jungen Leute das Wort ergriffen, rückten die Leiden der Geschichte zum Greifen nahe. Immer wieder wurde deutlich, daß die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten ihre Entsprechung hatte in der Zwangsumsiedlung der Polen aus den jetzt von den Sowjets beanspruchten Gebieten, Weißrußlands und der Ukraine.

Denjenigen, die in Breslau (und den anderen Ostgebieten) vor allem das deutsche Element erblicken, empfahl Filmautor Geisler wohlverstandene Souveränität: Man solle „das wirken lassen, was wir gaben, und das wirken lassen, was andere gegeben haben". Die humane Haltung habe schon in vergangenen Jahrhunderten eine europäische Durchdringung der Kulturen ermöglicht.

HERMANN SCHMIDTENDORF

### *Reisen im Zickzack*

Ja, wie leben Sie denn so in der Mitte der Bundesrepublik?" Franz Xaver Gernstes unbeholfene Fragen bringen die Sendung nur schwerfällig in Gang. In lockeren Folgen, anknüpfend an die Sendereihe „10 Grad östlicher Länge", sollen hier **Allerhand Leute** (ARD) vorgestellt werden, so wie sie der Zufall vor die Linse der Kamera treibt, Laien allesamt und gänzlich unpathetisch. Die Sonne der Fernsehpublizität darf vergessene Winkel erhellen, ein romantisches hessisches Nest, die Schafherde des Alternativbauern, eine kuschelige Försterstube.

Sie bringt unverfälschte, schrecklich unmodische Meinungen an den Tag: Die prächtige Gastwirtin bekennt, ihre Menschenführung im Umgang mit jungen BDM-Mädchen gelernt zu haben, gibt an, sie könne nicht international denken, fühlt sich allenfalls den Grünen geistesverwandt. Ein Alternativbauer träumt davon, Dorfschullehrer zu sein, ein Förster liebt seinen Beruf trotz Waldsterben, ein Arbeitsloser hat durch die Arbeitslosigkeit weder seine Würde noch sein Selbstbewußtsein noch seine Hoffnung noch seine Mitmenschlichkeit verloren.

Die Willkürlichkeit der Reise im Zickzack läßt den Schluß zu: Im Märchen und im Fernsehen ist alles möglich. Die schüchterne Nachdenklichkeit des schnauzbärtigen Bajuwaren Gernste als Reporter ist geeignet, zögernde Zungen zu lösen und das Nord-Süd-Gefälle zu überbrücken.

INGRID ZAHN



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**10.00 heute**
**10.05 WISO**
Mit Friedhelm Ost
**10.35 Was bin ich?**
**11.20 Unter deutschen Dächern**
**21.10 Report**
**12.55 Presseschau**
**13.00 heute**

### ARD

**16.00 Tagesschau**
**16.10 Wanderungen durch die DDR**
Rund um Meißen
**16.55 Clorofilla vom blauen Himmel (2)**
Zeichentrickfilm
**17.20 Schau ins Land**
Eine Spielserie mit Alltagsabenteuern von Lida Winiewicz und Wolfgang Glück
**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Verworrene Bilanzen**
Fernsehfilm von Peter Stripp
Mit Gottfried John, Beatrice Kessler, Silke Dornow, Michael Hampe, Siemen Rühaak u. a.
Die finanzielle Lage der Intra-Bau ist katastrophal. Zwar versucht Dr. Brenner, der Geschäftsführer, mit unlauteren Mitteln die Firma zu sanieren, doch der Zusammenbruch scheint unabwendbar. Vor diese Situation sieht sich Wirtschaftsprüfer Karl M. Kronen gestellt, der an Hand der Bilanzen entscheiden soll, ob die Hausbank des Unternehmens weiter investieren oder die Firma abstoßen soll.
**22.00 Brennpunkt**
Zwang zum Handeln – Was tun für mehr Beschäftigung?
Im Studio: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, BDI-Vizepräsident Tyll Necker und der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr
Moderation: Wolf Feller
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 ARD-Sport extra**
Fußball-UEFA-Pokal
2. Endspiel: Real Madrid – Szekesfehervar
**23.30 Einsatz in Manhattan**
Achtzehn Stunden Angst
**0.15 Tagesschau**

### ZDF

**13.20 Tennis World Team Cup**
Übertragung vom Rochus-Club Düsseldorf
Reporter: Rainer Deike, Eberhard Figgemeier
**16.00 heute**
**16.04 Löwenzahn**
Peter sucht nach einer Geschichte
Anschl. heute-Schlagzeilen
**16.35 Der Waschbär Rascal**
Der verschwundene Ring
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
**17.50 Das Haus am Eaton Place**
Warum ist die Tür verschlossen?
Dazw. heute-Schlagzeilen
**18.55 mittwochslotto – 7 aus 38**
Spiel 77
**19.00 heute**
**19.30 Direkt**
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
**20.15 Kennzeichen D**
Kontroverse um die Präambel – Verrat am Wiedervereinigungsgebot? / Zwischen Günzburg und Paraguay – ein deutsches Leben / Arbeitslose deutsche Lehrer als „Gastarbeiter" in den USA
Moderation: Dirk Sager
**21.00 Der Denver-Clan**
Die Masken fallen
**21.45 heute-journal**
**22.05 Damals**
Vor dreißig Jahren
Die Bundesrepublik wird souverän
**22.35 Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm**
Die Splitter der Eisbombe
**0.05 Tennis World Team Cup**
Aufzeichnung vom Rochus-Club Düsseldorf
**0.35 Gute-Nacht-Musik**
Pablo de Sarasate: Introduktion und Tarantella, op. 43
**0.40 heute**

Wirtschaftsprüfer Kronen (Gottfried John, l.) stellt fest, daß Brenner (Michael Hampe) sein marodes Unternehmen unbedingt retten will (Verworrene Bilanzen – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: KINDERMANN

### III.

**WEST**
**18.00 Telekolleg II**
**18.30 Sesamstraße**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Ich stelle mich ...**
Zu Gast: Dr. Hans Henning Atrott, Bundesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für humanes Sterben e. V. (DGHS)
**21.45 eff-eff**
Freizeit und Fitneß auf dem Campingplatz
**22.30 Die scharlachrote Kaiserin**
Amerikanischer Spielfilm (1934) (Original mit Untertiteln)
**0.10 Letzte Nachrichten**

**NORD**
**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Les Cuisines Régionales Françaises (7)**
**19.00 Auskunft**
**19.30 Mehr Milch von zufriedenen Kühen**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 extra drei**
**21.00 Französische Maler des 19. Jahrhunderts**
**21.45 Sein letzter Befehl**
Amerikanischer Stummfilm (1928)
**23.10 Actualités**
**23.25 Nachrichten**

**HESSEN**
**18.00 Von der Erde zum Mond**
Zeichentrickfilm
**18.45 Klamottenkiste**
Mit Charlie Chaplin
**19.05 Was tun mit der Zeit!**
Porzellan aus Höchst
**19.45 Herrchen gesucht**
**20.15 Stadtgespräch**
Bürger und Politiker heute in Alsfeld
**21.30 Drei aktuell**
**22.00 Die Verschwörung**
Fernsehspiel von Walter Jens
Mit Hannes Messemer u. a.

**SÜDWEST**
**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Telekolleg II**
*Nur für Baden-Württemberg:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für das Saarland:*
**19.00 Saar 3 regional**
*Gemeinschaftsprogramm:*
**19.25 Nachrichten**
**19.30 45 Fieber**
Jugendmagazin
**20.15 Jugendstil und Blauer Reiter**
**21.00 Die Herren mit den weißen Westen**
Deutscher Spielfilm (1969)
Regie: Wolfgang Staudte
**22.30 Vom Empire nach Europa (2)**
Großbritannien von 1900 bis zum Jahre 2000
**0.00 Nachrichten**

**BAYERN**
**18.45 Bilderbogen der Abendschau**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Nonstop Nonsens**
**19.45 Dingsda**
**20.15 Polizeiinspektion 1**
**20.40 Z. E. N.**
**20.45 Zeitspiegel**
**21.30 Rundschau**
**21.45 Der Prinzregent (5)**
**22.35 Die richtige Seite des Rechts**
Aus dem Alltag eines Strafverteidigers
**23.20 Rundschau**
**23.25 News of the Week**

### SAT 1

**13.30 Solid Gold**
Amerikanische Hitparade
**14.00 Die Chronik der Familie Rius**
Teil 2
**15.00 Die Bären sind los**
Die nackte Wahrheit
**15.30 Musicbox**
**16.30 Scooby-Doo**
Tamooka, der fliegende Stier
**17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft**
Pelikane und Pinguine
Dokumentarfilm
Auf einer kahlen Insel im Großen Salzsee von Utah ziehen jedes Jahr Nashornpelikane in brütender Hitze ihre Jungen groß. Viele Tausende von Kilometern weiter südlich, auf dem Eis des Ross-Schelfs in der Antarktis, geschieht das gleiche, allerdings bei Temperaturen, die auf bis zu 50 Grad minus absinken können.
**18.00 Es darf gelacht werden**
Der maskierte Verehrer
oder Regionalprogramm
**18.30 APF blick:**
Nachrichten und Quiz
**18.45 Zahlen und Buchstaben**
**19.10 Sport auf SAT 1**
Hochspringer Dietmar Mögenburg
Ein Bericht von Roman Köster und Dieter Heitmann
**19.35 Tele-Kiosk**
Ein Magazin zur Unterhaltung
**20.30 Love Boat**
Anschl. Ihr Wochen-Horoskop
**21.30 APF blick:**
News, Show, Sport
**22.15 French Can-Can**
Französisch-ital. Spielfilm (1955)
Mit Jean Gabin, Francoise Arnoul, Maria Felix u. a.
Regie: Jean Renoir
Paris, um die Jahrhundertwende – ein Name ist mit dieser Epoche verbunden: Charles Zidler, Schöpfer der modernen Music-Hall und Wiederentdecker des Can-Can.
**23.45 APF blick:**
Letzte Nachrichten

### 3SAT

**16.00 Tennis-World-Team-Cup**
Live aus Düsseldorf
**18.00 Der Sklave Calvisius**
Alltag in einer römischen Provinz 150 n.Chr.
11. Als freier Mann nach Rom
Calvisius trifft Vorbereitungen zu einer großen Reise. Schon lange träumte er davon, als freier Mann nach Rom zu reisen.
Schulbus 13
11. Leute aus Trier
von Ramon Gill
Sylvia freut sich auf den Besuch ihrer französischen Brieffreundin Jeanine. Beide lernen sich bei dieser Gelegenheit erst so richtig kennen.
**19.00 heute**
**19.30 „Wetten, daß ...?"**
Spielereien von und mit Frank Elstner
**21.15 Zeit im Bild 2**
**21.45 Kulturjournal**
**22.30 Sportreport**
Eintracht Frankfurt gewinnt 1980 das Finale im UEFA-Pokal gegen Borussia Mönchengladbach
Eine Reminiszenz
**23.00 3SAT-Nachrichten**

# Jetzt zu 17 Zielen in Nordamerika.




Mit Lufthansa kommen Sie zu mehr Zielen in Nordamerika als mit jeder anderen Fluggesellschaft: Anchorage, Atlanta, Boston, Calgary, Chicago, Dallas, Los Angeles, México, Miami, Montréal, New York, Philadelphia, San Francisco, San Juan, Toronto, Vancouver und ab 2. Juni auch nach Houston. Alle Flüge sind nonstop oder direkt. Mit den modernsten und komfortabelsten Großraumjets: Boeing 747 oder DC 10. Sie haben die Wahl zwischen First Class und Business Class. Und der Tourist Class, damit Sie auch privat günstig nach Amerika kommen. Nutzen Sie das umfangreichste Nordamerika-Angebot, das es je bei Lufthansa gab.




Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

STAND·PUNKT

## Dorffest mit Stars

Bäcker- und Konditormeister Hans-Jürgen Kühlke (36) ist ein Dickkopf und fußballverrückt dazu. Diesen Eigenheiten verdankt das gleich hinter dem Elbdeich zwischen Stade und Cuxhaven liegende Freiburg mit seinen 2100 Einwohnern sein Ereignis des Jahrzehnts. Der große Karl-Heinz Rummenigge kommt mit Inter Mailand zum Gastspiel am Donnerstag beim neuntklassigen (!) Kreisligisten SG Freiburg/ Oederquart.

„Es war eine Trotzreaktion", meint Kühlke zu seinem Fußball-Coup. Vor zwei Jahren habe er den Hamburger SV zum Jubiläumsspiel des 100 Jahre alt gewordenen Freiburger Vereins haben wollen. Acht Mal habe er es versucht, habe er erklärt, Geld spiele keine Rolle, aber erst ein Vierteljahr später sei eine schriftliche Absage gekommen. Kühle: „Der HSV ist ja so hochnäsig." Zum Schaden kam der Spott: „Hier haben sie geschimpft, gesagt: ‚So eine Verpflichtung schaffst du nie.' Da habe ich mir gesagt, denen werd' ich's mal zeigen."

Beim Frankfurter Spielevermittler Willi Conrad konnte der Brötchen- und Tortenfachmann auswählen wie im Versandhauskatalog. „Da gab's nur eins: Inter. Dukla Prag hätt' ich auch haben können, aber die ziehen ja nicht." Für Kühlke war klar: „Das ziehen wir durch, das wird ein Bombending." Der Rest war ein Klacks. Und bei den Italienern schien es auch keine Rolle zu spielen, ob sie in der abgelegenen Elbprovinz oder in einem großen Stadion der Welt spielen: Hauptsache, die Kasse stimmt. Die Gagenschätzungen schwanken zwischen 50 000 und 100 000 Mark. Kühlke: „Darüber habe ich mit Conrad Stillschweigen vereinbart." Inter kommt mit allen Stars. „Das habe ich schriftlich."

Eines möchte der Bäckermeister den Karl-Heinz Rummenigge denn aber doch fragen, nämlich, was er davon hält, ausgerechnet nach Freiburg fahren zu müssen ...

BERND MÜLLER

TENNIS / In Düsseldorf werden Weichen für das Daviscup-Team gestellt

# Schwaier konnte Pluspunkte buchen, aber noch ist Westphal nominiert

dpa, **Düsseldorf**

Das Spielchen ähnelt der bekannten Zeitvertreib „Reise nach Jerusalem". Drei laufen um die zwei noch verbliebenen Stühle herum; wenn die Musik abbricht, muß einer ausscheiden. Die Rede ist vom Daviscup-Spiel gegen die USA (2. bis 4. August in Hamburg) und denen, die für Deutschland an den Start gehen sollen. Drei stehen für die Einzelspiele zur Auswahl, aber nur zwei können spielen. Boris Becker, Hansjörg Schwaier und Michael Westphal sind die Kandidaten.

Beim zur Zeit stattfindenden World Team Cup in Düsseldorf werden möglicherweise schon die ersten Weichen gestellt. Am Start sind Schwaier und Westphal. Boris Becker sagte ab und will erst in der darauffolgenden Woche in Paris wieder an den Start gehen. Obwohl er durch Abwesenheit glänzt, hat der 17jährige wohl die besten Karten. Nicht allein die Tatsache, daß er bereits bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften am Hamburger Rothenbaum gefehlt hat und die tennis-närrischen Hanseaten ihn nun wenigstens im bereits ausverkauften „Kampf des Jahres" sehen wollen, spricht für ihn; er spielt wohl zur Zeit auch am besten. In Rom erreichte er nach spektakulären Auftritten das Halbfinale und verlor erst gegen den späteren Sieger Yannick Noah (Frankreich). Das katapultierte ihn in der Weltrangliste auf Platz 31. Damit steht er deutlich vor den Mitbewerbern: Schwaier ist 49., Westphal 68.

Die Alternative heißt also Schwaier oder Westphal. Am Montag, am ersten Tag der Mannschafts-Weltmeisterschaft in Düsseldorf, konnte Schwaier Pluspunkte buchen. Derzeit sieht es aber mehr so aus, als ob Boris Becker und Michael Westphal fest nominiert sind, die Einzel zu spielen. Unter den Augen von dem für die Nationalmannschaft zuständigen Coach Niki Pilic gewann der Münchner aber am Montag sensationell mit 6:2, 6:3 gegen Pat Cash, den australischen Weltranglisten-Achten. An ihm lag es bestimmt nicht, daß die deutsche Mannschaft noch mit 1:2 verlor und nun kaum noch Chancen besitzt, den zweiten Gruppenplatz vom vergangenen Jahr zu wiederholen. Wenn überhaupt, dann müßte morgen im zweiten Gruppenspiel ein Sieg über die Spanier herausspringen.

Auf seinen möglichen Daviscup-Einsatz angesprochen, hielt sich der meist stille Hansjörg Schwaier, nicht gerade das verhätschelte Kind vom Deutschen Tennis-Bund (DTB), aber trotzdem zurück: „Auf Sand ist zwischen Becker, Westphal und mir kaum ein Leistungsunterschied. Für mich selbst kann ich nur sagen, ich spiele so gut ich kann. Wenn das Herrn Pilic nicht ausreichend erscheint, kann ich auch nichts machen. Ich glaube, Herr Pilic muß mich ansprechen, ich kann ja nicht gut zu ihm hingehen und mich anpreisen."

Westphal wiederum, der gegen Australien bei seiner 3:6, 3:6-Niederlage gegen Paul McNamee einen mäßigen Eindruck hinterließ, weist darauf hin, daß es bis zum Daviscup-Spiel ja noch lange hin ist: „Sicher, wenn ich diese Woche alle drei Einzel verliere und der Hansjörg gewinnt alle, dann hat er gute Karten. Noch ist nicht aller Tage Abend." Immerhin steht mit den Internationalen Meisterschaften von Frankreich in Paris (27. Mai bis 9. Juni) das bedeutendste Aschenplatzturnier der Welt noch bevor. Und auch in Wimbledon können die drei noch von sich reden machen. Trotz aller Probleme für Pilic, diese Qual der Wahl hätten manche Betreuer der deutschen Tennis-Herren in der Vergangenheit sicherlich gern gehabt.

BOXEN / Larry Holmes war auch im 48. Kampf nicht zu schlagen

# Müde und zerbeult – der Weltmeister sollte aufhören



Larry Holmes – ein ramponierter Weltmeister FOTO: AP

sid/dpa, **Reno**

„Die Zeit der jungen Löwen naht", meinte der Herausforderer nach den 15 Runden des Weltmeisterschaftskampfes um den Schwergewichts-Titel der International Boxing Federation in Reno (US-Bundesstaat Nevada). Der Amerikaner Carl Williams hatte sich zwar gerade am 35 Jahre alten Larry Holmes die Zähne ausgebissen – der Titelverteidiger gewann auch seinen 48. Profikampf einstimmig nach Punkten. Doch den Ring verließ ein müder, verbeulter Champion. „Es ist Zeit, daß er die Handschuhe an den Nagel hängt", sagte der zehn Jahre jüngere Williams über seinen Landsmann.

Der Weltmeister hatte für 2,3 Millionen Dollar über die volle Distanz gehen müssen und war mehrfach in Bedrängnis geraten. Williams, zuvor in 16 Kämpfen unbesiegt und mit 175 000 Dollar mutig gemacht, hatte Holmes vor allem in den ersten Runden mit seinem kurzen linken Haken mächtig zugesetzt. Mit jener Waffe, die Larry Holmes in nunmehr 20 Profijahren selbst so erfolgreich eingesetzt hatte. Dennoch gab es keine Zweifel an seinem Sieg. In den letzten vier Runden setzte sich die Routine des Champs durch.

Nur noch ein Sieg fehlt Holmes, um den legendären 49:0-Kampfrekord von Rocky Marciano einzustellen. Er wolle noch so lange boxen, bis er 50 Siege ohne Niederlage auf seinem Konto habe, erklärte der Weltmeister nach dem Kampf.

UEFA-POKAL

## Madrid: Prämie schon erhöht

sid, **Madrid**

Nach dem unerwartet klaren 3:0-Hinspielsieg über den ungarischen Provinzklub Videoton Szekesfehervar steht so gut wie fest: Real Madrid wird heute den UEFA-Cup gewinnen.

Präsident Ramon Medoza, nach dem noblen Luis de Carlos zweiter Nachfolger des 1978 verstorbenen Vereinspatrons Santiago Bernabeu, sammelte zunächst einmal Sympathiepunkte bei der Mannschaft, indem er die Siegprämie von ursprünglich 23 000 auf 27 000 Mark erhöhte. Sportlich gab dieser dritte europäische Fußball-Wettbewerb Real Madrid den Glauben an die eigene Stärke zurück: 6:1 gegen Anderlecht, 3:0 gegen Inter Mailand, 3:0 nun beim ersten Finalspiel in Ungarn.

FUSSBALL

## „Spieler sind faule Säcke"

DW. **München**

Scharfe Kritik an der ihrer Ansicht nach fehlenden Leistungsbereitschaft der Nachwuchs-Fußballspieler hat Nationaltorhüter Toni Schumacher geübt. „Die heutigen Fußballer sind faule Säcke", erklärte er im „Playboy".

„Ich, 60maliger Nationalspieler, bin mit meinen 31 Jahren beim Training eine Stunde vorher da und der letzte, der geht. Ich mache nach dem Training noch Unterwassermassage, Sauna und Entspannung", schildert Schumacher seine Einstellung. Die jungen Spieler kämen zehn Minuten vorher an, rissen ihr Pensum herunter, duschten und seien verschwunden. Schumacher: „Geschäftsleute sind das, keine Fußballer."

NATIONALELF

## Beckenbauer holt keinen Neuen

sid, **Düsseldorf**

Wenn Franz Beckenbauer das DFB-Aufgebot für die Mexiko-Reise vom 10. bis 16. Juni (am 12. gegen England, am 15. gegen Mexiko) benennt, wird es keine Überraschungen geben. Beckenbauer: „Zu den 16 Spielern, die mit beim 5:1-Sieg in Prag waren, kommt noch Frank Mill. Ich wollte zwar eigentlich 18 Spieler mitnehmen, aber es hat keinen Wert, einen zusätzlichen Mann zu holen, nur um diese Zahl zu erreichen. Ich hoffe außerdem immer noch, daß Briegel und Rummenigge zumindest bei einem Spiel dabei sein können." Briegel und Rummenigge sind mit ihren italienischen Klubs am 12. und 16. Juni in der ersten Runde des Pokals beschäftigt.

## SPORT-NACHRICHTEN

### Roesch für Einschränkung

**Frankfurt** (sid) – Charles Roesch, französischer Bundestrainer des Deutschen Tischtennisbundes, unterstützt die Bestrebungen des Vorstandes, die Startgenehmigungen von Ausländern in der Bundesliga einzuschränken. Verband und Vereine müßten sich entscheiden, ob sie sich mit ausländischen Spitzenspielern Aufmerksamkeit verschaffen oder alle finanziellen und pädagogischen Mittel für den Aufbau deutscher Spieler verwenden wollten, erklärte Roesch.

### Ellmerich bleibt

**Braunschweig** (sid) – Fußball-Profi Lars Ellmerich wird auch in der kommenden Saison beim Bundesliga-Absteiger Eintracht Braunschweig spielen. Der Mittelfeldspieler unterschrieb einen Einjahres-Vertrag.

### Kohde auf Rang acht

**Paris** (sid) – Vier Spielerinnen des Deutschen Tennis-Bundes gehören zu den ersten 50 der neuen Damen-Weltrangliste. Die Saarbrückerin Claudia Kohde belegt als beste Rang acht, auf Rang 14 liegt Steffi Graf (Heidelberg). Bettina Bunge (Cuxhaven) ist 21., drei Plätze vor Sylvia Hanika (München). Auf Platz 49 steht Myriam Schropp (Heidelberg).

### Zuschauer-Boom

**Rom** (sid) – Die erste italienische Fußball-Liga vermeldet einen Rekord: In der gerade abgeschlossenen Saison zahlten 9 346 548 Zuschauer – 500 000 mehr als im Vorjahr – rund 200 Millionen Mark, eine Steigerung um 47 Millionen.

### Spielerwechsel

**München** (dpa) – Nationalspielerin Almut Kemperdick und Angela Liebelt verlassen zum Saisonende den Volleyball-Bundesliga-Klub SV Lohhof. Beide gehen voraussichtlich zum ASV Dachau (Bayern-Liga).

### Dial sprang US-Rekord

**Norman** (sid) – Der 22 Jahre alte Joe Dial verbesserte bei einem Leichtathletik-Sportfest im amerikanischen Norman seinen eigenen US-Rekord im Stabhochsprung um einen Zentimeter auf 5,84 Meter.

### Dietz bleibt in Schalke

**Gelsenkirchen** (sid) – Der 37 Jahre alte Fußball-Profi Bernhard Dietz hat seinen Vertrag beim Bundesliga-Klub Schalke 04 um ein Jahr verlängert.

## ZAHLEN

**FUSSBALL**

**Hallenturnier in Nizza:** Hamburg – OGC Nizza 9:1. – **Englische Meisterschaft:** West Ham – Liverpool 0:3.

**TENNIS**

**Mannschafts-Weltmeisterschaft in Düsseldorf,** erster Spieltag: Blaue Gruppe: Deutschland – Australien 1:2 (Schwaier – Cash 6:2, 6:3, Westphal – McNamee 3:6, 3:6, Maurer/Popp – Fitzgerald/Cash 2:6, 1:6. – Rote Gruppe: Frankreich – Indien 2:1 (Leconte – Krishnan 6:1, 7:6, Tulasne – Vijay Amritraj 6:0, 6:1, Leconte/Portes – Amritraj/Anand Amritraj 6:7, 6:7).

**RADSPORT**

**Giro d'Italia, 4. Etappe von Pinzola–Selva di Val Gardena:** 1. Seiz (Schweiz) 6:51:53 Stunden, 2. Hinault (Frankreich) gleiche Zeit, 3. Baronchelli (Italien) 0:03 Minuten zurück, 4. Visentini (Italien) 0:05 ... 120. Matt 22:43 ... 144. Braun 30:04 ... 165. Hofediz (alle Deutschland) 34:54. – Gesamtwertung: 1. Visentini, 2. Hinault 48 Sekunden zurück, 3. Lejarreta (Spanien) 1:36 Minuten zurück, 4. Mutter (Schweiz) 1:45, 5. Moser (Italien) 1:51 ... 117: Matt 27:42 ... 144. Braun 30:04 ... 175. Hofediz 47:54.

**GEWINNQUOTEN**

**Lotto:** Gewinnklasse 1: 2 917 033,80 Mark, 2. 324 114,80, 3. 16 637,00, 4. 197,70, 5. 12,00. – **Toto, Elferwette:** Gewinnklasse 1: 1705,30, 2. 89,70, 3. 9,10. – **„6 aus 45":** Gewinnklasse 1: 422 239,60, 2. 13 895,80, 3. 2141,40, 4. 41,30, 5. 4,30. – **Rennquintett, Rennen A:** Gewinnklasse 1: 257,90, 2. 41,50. – **Rennen B:** 1. 11,80, 2. entfällt, Jackpot: 27 602,20. – Kombinationsgewinn: 3 x 226 041,00. (Ohne Gewähr)




# An welchem Teil würden Sie lieber 10 Prozent einsparen?

Natürlich am grösseren Stück. So logisch wie die Antwort uns scheinen mag, das Interesse an der Gesamtkostenkalkulation wird nur zu häufig von »Billigraten« verdrängt. Damit wird die Chance, das Paket der weitaus grösseren Verteilerkosten gehörig zu reduzieren, verspielt. Niedrige Seefrachten haben verständlicherweise ihren Reiz. Aber wie würden Sie reagieren, wenn wir den Beweis dafür lieferten, wie sehr eine niedrige Box-Rate zu täuschen vermag? Es lassen sich echte Kosteneinsparungen erreichen, ohne die Vorzüge von zuverlässigen, pünktlichen und häufigen Abfahrten nach Fernen Osten einbüssen zu müssen. Ganz einfach, indem Sie sich für ScanDutch entscheiden und den »versteckten« Transportkosten Ihre Aufmerksamkeit schenken, wie z.B. bei Inventarwerten, Zinsen, Versicherung, Lagerkosten etc...

Wir von ScanDutch laden Sie ein zu einem Gespräch über Ihre gesamten Produktverteilungskosten. Rufen Sie uns einfach an, und ein ScanDutch-Agent wird Sie gern beraten und nachweisen, wo Sie am grösseren Stück des Kuchens sparen können. In wenigen Minuten wird er Sie davon überzeugen, wieviel Sie via ScanDutch sparen können... statt sich lediglich mit einer Reduzierung der Fracht zufrieden zu geben.

Interessiert? Rufen Sie uns noch heute an. Wir zeigen Ihnen, wo Sie das Messer ansetzen müssen, um Ihre Total Distribution Costs einzugrenzen.

**ScanDutch**

**Ihre Gesamtvertriebskosten liegen uns am Herzen**

Agenten in Deutschland: NORDISCHES SEEFRACHTENKONTOR G.M.B.H.: BERLIN (030) 3958045/46 · VLA-VEREINIGTE LINIEN-AGENTUREN G.M.B.H.: BREMEN (0421) 36061 · HAMBURG (040) 361360 · REEDEREIKONTOR GÜNTHER PREUSS G.M.B.H.: DÜSSELDORF (0211) 68008-0 · FRANKFURT/MAIN (069) 631 1028 · STUTTGART (0711) 7352031 · BAECKER & NÖLLE REEDEREIKONTOR G.M.B.H.: HANNOVER: (0511) 794044 · SCHIFFAHRTSKONTOR MICHAEL MATHY G.M.B.H.: MÜNCHEN (089) 792005 · NÜRNBERG (0911) 407071.

## Dregger mahnt Entscheidungen an

● Fortsetzung von Seite 1

Alternative ist, gerechtfertigt. Auch der konventionelle Sektor behält seine Bedeutung", sagte Dregger.

Mehr noch als die rüstungstechnischen Fragen seien die „geistig-moralischen von entscheidender Bedeutung". Dregger: „Die Bundesrepublik Deutschland muß kalkulierbar sein. Wir sind Verbündete der USA und der westeuropäischen Demokratien, nicht weil es im Interesse der USA und Westeuropas, sondern weil es in unserem eigenen deutschen und demokratischen Interesse liegt."

Die Union bedaure es, „daß die SPD immer mehr aus dem Bündnis abdriftet". Die SPD habe ihren eigenen Kanzler Helmut Schmidt im Stich gelassen und ihm die Nachrüstung verweigert. „Die SPD ist heute gegen SDI und die Nachrüstung. Die SPD verharmlost die Sowjetunion und kriminalisiert die Außen- und Sicherheitspolitik unseres wichtigsten Verbündeten. Sie veranstaltet eine Gegenkundgebung gegen unseren Staats- und Ehrengast Reagan und beschwert sich gleichzeitig, daß der SPD-Vorsitzende nicht zu einer Sonderaudienz empfangen wird." Nach einem Gespräch mit SED-Generalsekretär Honecker habe der SPD-Politiker Schmude das Wiedervereinigungsgebot, ein Kernstück der Verfassung, in Frage gestellt. Dregger: „All das steht in einem inneren Zusammenhang."

# Die SPD nutzt den Rückenwind zur Offensive

### Wirtschaftspolitische Image-Korrektur angestrebt / Roth sieht Zeitpunkt für Beschäftigungsprogramm gekommen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD will die Gunst der Stunde nach dem nordrhein-westfälischen Wahlerfolg nutzen, um sich einerseits als die aktivere politische Kraft in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu präsentieren und andererseits das im öffentlichen Ansehen immer noch schwerwiegende Kompetenz-Defizit in Fragen der Wirtschaftspolitik abzubauen.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, hat gestern in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl, alle Ministerpräsidenten und die Spitzenverbände „Gespräche über ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" angeboten und mit SPD-Vorschlägen untermauert. Sein Stellvertreter, der wirtschaftspolitische Sprecher Wolfgang Roth, hat zugleich in Paris ein gemeinsames Programm von SPD und französischen Sozialisten zur „wirtschaftlichen Erneuerung Europas" vorgelegt. Beide Politiker betonten dabei, daß es ihnen nicht um „parteitaktische Vorteile" (Vogel) gehe, sondern um „die Sache". Roth: Die Bundesregierung könne „die Programme auch Hugo nennen", Hauptsache, sie entschließe sich zu Beschäftigungs-Förderungsmaßnahmen.

Vogel legt in seinem Brief den Finger in die schmerzende Wahl-Wunde der CDU: „Erst unter dem Eindruck der nordrhein-westfälischen Wahlen wächst nunmehr auch bei Ihrer Partei die Einsicht, daß es sich bei der Arbeitslosigkeit um ein zentrales Problem handelt, das entschiedenes politisches Handeln erfordert." Als Gesprächgrundlage bringt der SPD-Politiker fünf Vorschläge seiner Fraktion ein: Das Projekt „Arbeit und Umwelt", das über einen Umwelt-Pfennig für Strom, Benzin und Öl oder die Aufstockung des ERP-Sondervermögens ein Volumen von 18 Milliarden Mark erreichen soll; eine kostenneutrale steuerliche Umverteilung zum „Abbau der steuerlichen Benachteiligung des im Unternehmen gebundenen Eigenkapitals gegenüber Finanzanlagen"; ein Bund-Länder-Programm zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit, dessen Volumen von rund einer Milliarde Mark über die Aufhebung der Vermögensteuer-Senkung finanziert werden soll; den Abfluß der nicht verbrauchten, aber in den Haushalten eingeplanten Investitionsausgaben von mindestens zwei Milliarden Mark sowie „Absprachen in der EG für eine beschäftigungsfördernde Finanzpolitik".

In diese Richtung zielt auch das gemeinsame Partei-Papier der SPD und der französischen Sozialisten, wobei Roth bei den Erläuterungen – im Gegensatz etwa zur Regierungslinie beim Weltwirtschaftsgipfel – der Bundesrepublik Deutschland durchaus eine „Lokomotiv-Funktion" zuweisen möchte: Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kraft und Struktur sei sie hier „für Europa das, was die USA für den Rest der Welt sind".

Das Wirtschaftspapier enthält weitgehend lupenreine SPD-Positionen. Selbst im Bereich der Technologie-Politik sind die Franzosen von ihrer drängenderen Position auf die restriktive der Deutschen eingeschwenkt. Und ohne daß der Begriff SDI auftaucht, wird die Marschrichtung klar: „Wenn Europa mit Aussicht auf Erfolg diesem (technologischen) Wettbewerb begegnen soll, muß es im Bereich der neuen Technologien gemeinsame Anstrengungen unternehmen und das Zusammenspiel von Staat und Unternehmen organisieren." Denn die Entwicklung von Spitzentechnologien sei „immer mehr zu einem Wettbewerb zwischen Staaten geworden".

Die Stichworte „Umweltschutz" und „gezielte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen" tauchen in dem Gemeinschaftstext ebenso auf wie „Arbeitszeitverkürzung" und „Mitbestimmung": „Insbesondere wegen der zunehmenden Zahl multinationaler Unternehmen bedarf es einer Stärkung der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf europäischer Ebene."

Nur in einem Punkt mußten die Sozialdemokraten den französischen Sozialisten ein Zugeständnis machen: Zum Thema „Handelspolitik" schluckten sie – unter Einführung der Einschränkung: „Bei Respektierung der GATT-Regeln" – die Formel: „Europa darf, wo es sich als notwendig erweist, nicht zögern, zeitlich befristet junge Industrien zu schützen. Es braucht Instrumente zur Abwehr unloyaler Konkurrenz." An diesem Punkt war es, aus Gründen der Gemeinsamkeit, mit dem Prinzip Markt vorbei, obwohl es inzwischen mehr als genügend negative Beispiele in der EG für das Nichtfunktionieren solcher dirigistischen Instrumente gibt.

Mehr zufällig – das Papier war bereits vor der jüngsten EG-Agrarrunde fertiggestellt – wird auch ein Kontrapunkt im Agrarbereich zur Bundesregierung gesetzt, die sich gerade mit der Androhung eines Vetos durchgesetzt hat, was heute in einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde noch einmal im Bundestag eine Rolle spielen soll. Die beiden Parteien fordern eine „Rückkehr" zu den Römischen Verträgen, also einen Verzicht auf ein Veto zugunsten von Mehrheitsentscheidungen. Wenn man aus landschaftspflegerischen und sozialpolitischen Gründen die bäuerlichen Familienbetriebe stärken wolle, sagte Roth, müsse man zu einem „direkten Einkommenstransfer" greifen und ansonsten die Marktmechanismen gelten lassen.

# In Paris begründet Brandt die Ablehnung von SDI

### SPD unterstützt Eureka-Plan Frankreichs

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die SPD und ihre französische Schwesterpartei PS (Partie Socialiste) haben durch ihre Parteichefs Brandt und Jospin gestern in Paris ihre Ablehnung der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) bekräftigt. Schon in einem sicherheitspolitischen Grundsatzpapier vom 15. Januar dieses Jahres, das die Basis für ihr fünfstündiges Gespräch bildete, hieß es: „Beide Parteien verweigern und verdammen die Entwicklung destabilisierender Technologien und treten für eine Einstellung des Wettrüstens im Weltraum ein."

Brandt sagte dazu vor der Presse ergänzend: „Wir haben eine Menge gemeinsamer Sorgen und gemeinsamer Zweifel zu diesem Projekt. Und deshalb haben wir großes Interesse an einer gemeinsamen europäischen Position." Jospin fügte hinzu: „Wir haben den Verdacht, daß sich hinter dem strategischen Vorwand der Amerikaner, der in sich schon bedenklich wegen der langen Dauer seiner Verwirklichung, seiner Kosten und seines destabilisierenden Effekts ist, das Interesse verbirgt, die Europäer technologisch abzuhängen. Vielleicht haben die Amerikaner Bedenken vor einer technologischen Herausforderung Europas." Jospin referierte damit die von Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn verkündete Ablehnung der US-Initiative.

Brandt und Jospin bezeichneten den französischen Plan für den technologischen Ausbau Europas (Eureka) als eine zwar nicht strategisch-militärische, aber doch industriell-technologische Alternative zum SDI und die damit verbundene Herausforderung. Sie legten gleichzeitig gemeinsame Voschläge für eine wirtschaftliche Erneuerung Europas vor. Die Parteichefs kündigten an, daß die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas am 28. Mai in Paris über Eureka beraten wollten. Zu dieser Konferenz hatten die französischen Sozialisten eingeladen.

Der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr, der an dem Gespräch teilgenommen hatte, sagte: „Unsere beiden Parteien lehnen einen Rüstungswettlauf im All, eine Militarisierung des Alls ab, aber wir wollen den europäischen Pfeiler der NATO stärken. Europa darf technologisch nicht drittrangig werden. Deshalb sind wir für Eureka." Jospin bestritt Angaben Bahrs aus dem jüngsten „Spiegel", wonach die französischen Sozialisten dafür seien, die Abschreckungs- und Verteidigungsgarantie der atomaren „Force de Frappe" Frankreichs auf das Gebiet der Bundesrepublik auszuweiten. Bahr meinte dazu, offenbar seien diese Überlegungen noch nicht spruchreif.

Im Gegenzug zu der französischen Einladung nach Paris hat die SPD alle sozialistischen Parteien der Mitgliedsländer der NATO zu einer sicherheitspolitischen Konferenz im Herbst nach Bonn eingeladen. Dort wird Brandt auch die Folgerungen aus dem Gespräch ziehen können, das er am nächsten Sonntag drei Tage lang mit KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow in Moskau führen wird.

Brandt, der sich gutgelaunt als der Chef einer Partei einführte, die „seit den Nordrhein-Westfalen-Wahlen Wind unter den Flügeln hat", nutzte seinen Auftritt in Paris zu einer Kritik an der Bundesregierung, die den Weltwirtschaftsgipfel schlecht organisiert habe. „Wir hätten gerne etwas mehr zu GATT und Währungsreform und Entwicklungshilfe gehört", sagte Brandt. „Statt dessen sind die Europäer untereinander noch uneiniger als vorher."

# Kreisky greift Shamir an

### „Auch der Zionismus hatte seinen Terrorismus"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Aus Furcht, daß im Zusammenhang mit dem jüngsten israelisch-arabischen Gefangenenaustausch „etwas passieren könnte", ist die für gestern geplante Reise des österreichischen Altbundeskanzlers Bruno Kreisky nach Israel verschoben worden. Dies erklärte der Ehrenvorsitzende der SPÖ, Bruno Kreisky, gestern vor der Presse in Wien. Kreisky fügte hinzu, die einladende Institution – ein Friedensinstitut, das der linkssozialistischen Mapam-Partei nahesteht – habe auch „begründete Angst" um seine Person gehabt.

Der ehemalige Bundeskanzler erinnerte dann an das Schicksal des Grafen Bernadotte, der den Juden große Dienste erwiesen habe, indem er Tausende von ihnen aus den Konzentrationslagern holte. Kreisky: „Dieser Umstand hat Leute wie Shamir und andere nicht daran gehindert, ihn zu ermorden." Er behaupte nicht, daß der jetzige israelische Außenminister Shamir heute noch ein Terrorist sei – aber, so Kreisky, jede Bewegung habe ihren Terrorismus gehabt, auch der Zionismus. Er, Kreisky, sei trotzdem zu der Reise bereit gewesen, doch hätte die einladende Stelle die Verantwortung nicht übernehmen wollen.

Kreisky ließ durchblicken, daß die formelle Verschiebung faktisch einer endgültigen Absage gleichkommt. Er habe den Antritt der Reise an zwei Bedingungen geknüpft: erstens keinerlei Zensur seiner Vorträge, die er unter anderem vor den Universitäten Tel Aviv und Jerusalem halten wollte – und zweitens vollkommene Freiheit für ihn, die West-Bank und den Gaza-Streifen – „den von Israel widerrechtlich okkupierten Teil" – zu besuchen und dort mit den Palästinensern zusammenzutreffen.

Auslösendes Moment für das Scheitern der Kreisky-Reise war der jüngste Gefangenenaustausch zwischen Israel und den Palästinensern, wobei drei Israelis gegen 1150 meist palästinensische Gefangene freigegeben wurden. Dieser Austausch war durch die Vermittlung Kreiskys und anderer österreichischer Politiker zustande gekommen. Auf die Auswahl der von Israel freigelassenen Häftlinge habe er keinerlei Einfluß gehabt. Die Entscheidung, auch bekannte Terroristen auszutauschen, sei ausschließlich von Israel getroffen worden. Seine Gastgeber hätten ihm mitgeteilt, der Gefangenenaustausch habe zu einer derartigen Polarisation der Meinungen in Israel geführt, daß er, Kreisky, in die Rolle eines „Haßobjekts" geraten wäre und dadurch der Zweck seines Besuches, nämlich den friedliebenden Kräften in Israel Ermutigung und Rückenstärkung zu geben, nicht erreicht worden wäre.

Hätte er in Israel, wie geplant, einen Vortrag halten können, dann, so Kreisky, hätte er dort über die kleinen Nationen gesagt, daß sie „Ordnung im eigenen Haushalt" und eine wirtschaftliche Stellung haben müßten, die sie nicht zu „Hilfsvölkern der Großen" degradiere. Israel aber lebe vom Geld der Amerikaner. Wenn man nicht auf die gemäßigten arabischen Initiativen eingehe, so Kreisky, leiste man den radikalen Kräften Vorschub. Außerdem warnte Kreisky vor dem Phänomen eines „neo-anarchistischen Terrorismus", der in den nächsten Jahren auch Europa viel zu schaffen machen werde.

# „Rückschlag für WEU"

### Kontroverse über SDI-Bericht / Vorwürfe gegen CDU

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Zurückweisung eines Berichts über neue Technologien und ihre Anwendung im militärisch-strategischen Bereich, den der niederländische sozialistische Abgeordnete Harry van den Bergh auf der 31. Parlamentarier-Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) in Paris zur Diskussion stellen wollte, hat scharfe Kontroversen am Rande der WEU-Sitzung im Pariser Jena-Palast ausgelöst. Eine Mehrheit aus elf deutschen Christdemokraten und britischen Konservativen hatte die Ablehnung im Verteidigungsausschuß der WEU am Vorabend gegen sieben Stimmen durchgesetzt.

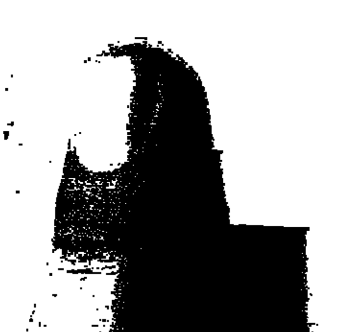
Der Bericht stellt nicht nur die negativen Seiten der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) heraus, sondern übt auch Kritik an der amerikanischen Verteidigungspolitik im allgemeinen. Das Bergh-Papier sollte neben einer Bilanz der Entspannungspolitik zehn Jahre nach Helsinki und einer Bestandsaufnahme der Ausrüstung der konventionellen Streitkräfte der NATO im Computerbereich Hauptgegenstand der Beratungen dieser routinemäßigen Halbjahresversammlung der WEU-Parlamentarier sein.

In einem Gespräch mit Journalisten bezeichnete der Autor des umstrittenen Rapports dessen „Abwürgung" als einen „schweren Rückschlag für die WEU" und einen „erstklassigen politischen Fehlgriff" in einem Augenblick, in dem gerade von deutscher und britischer Seite von einer Reaktivierung der WEU „gefaselt" werde.

Van den Bergh machte für die Ablehnung der Debatte direkt die deutschen Christdemokraten verantwortlich, die sich „noch konservativer als die Briten" gebärdet und offenbar „Hintergedanken" in bezug auf die „SDI-Dollarschwemme" gehabt hätten. SDI aber sei das große Thema dieser Tage. Gerade im Hinblick auf SDI hätte die WEU ihrer Aufgabe, dem Ministerrat sicherheitspolitische Bedenken nahezubringen, am ehesten gerecht werden können. So aber sei die WEU-Reaktivierung „ein totgeborenes Kind".

Der Van-den-Bergh-Bericht hatte SDI abgelehnt, weil die Möglichkeiten der europäischen Beteiligung an den Forschungen von „höchstens 15 bis 20 Prozent" den finanziellen Aufwand nicht lohnten. Zudem bestünde die Gefahr, daß die Initiative das Rüstungsgleichgewicht destabilisiere.





## Keine Patentlösung

**Hdt.** – Das sowohl die Agrarwirtschaft als auch die Steuerzahler bedrückende Problem der nicht absetzbaren Überschüsse landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der EG fordert immer wieder zu Patentvorschlägen heraus. Einer davon propagiert den vermehrten Anbau von Pflanzen, deren sogenannte Biomasse sich industriell verwerten läßt und somit nicht auf Absatzschwierigkeiten stößt. Tatsächlich werden in der Bundesrepublik bisher erst höchstens 100 000 Hektar und somit weniger als ein Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche so genutzt, und das ließe sich doch wohl noch ausweiten. Aus Biomasse kann man nämlich Äthanol herstellen, ein Produkt, mit dem sich Verbrennungsmotoren antreiben lassen und das daher medienwirksam auch schon als „Biosprit" bezeichnet wird.

Leider geht die Rechnung nicht auf. Die Herstellungskosten von Äthanol aus den dafür geeigneten stärke- und zuckerhaltigen Pflanzen wie Weizen, Kartoffeln, Zuckerrüben und Paprika liegen derzeit noch pro Liter bei 1,25 bis 1,50 Mark. Sie dürften für diese Benzinkonkurrenz jedoch nur halb so hoch sein, wenn die Landwirtschaft, die Verarbeiter und die Verteiler auf ihre Kosten kommen wollen und auch der Staat den von ihm für angemessen gehaltenen Steueranteil bekommen soll. Allein dies sollte voreilige Euphorie dämpfen.

Es ist also vorerst nichts mit den zwei Fliegen auf einen Schlag, dem Anbau von Industriepflanzen zur Lösung von EG-Problemen und gleichzeitiger Verminderung der Abhängigkeit von Rohölimporten. Hier haben die Ölscheichs immer noch bessere Karten als Europas Bauern.

## Siebenprozenter

**cd.** – Die Rückkehr zum Siebenprozenter, den jetzt die Post vollzogen hat, signalisiert die Überwindung des „Zinsbuckels" am Rentenmarkt. Nach einem dreiviertelprozentigen Anstieg bis Anfang März haben sich die Renditen am Kapitalmarkt inzwischen wieder auf das Niveau vom Jahreswechsel zurückgebildet. Mit der zwölfjährigen Laufzeit dokumentiert die Post zugleich, daß sie dieses Zinsniveau als Schuldner auch langfristig für attraktiv hält. Daraus sollte man freilich nicht schließen, daß die Zinsen nicht noch weiter sinken können. Wenn die Amerikaner wie in der letzten Zeit weiter voranmarschieren, ist das sogar sehr wahrscheinlich. Für unsere Konjunktur ist das nur gut, und mit niedrigeren Zinsen wird mehr gewonnen als mit irgendwelchen dubiosen Ankurbelungsmaßnahmen, auf die sich Unionspolitiker nach der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen kaprizieren. Daß auch die Häuslebauer vom Zinsrückgang profitieren, sei nicht nur am Rande vermerkt.

STAHLHANDEL / Europa-Kongreß soll Nutzung großer Leistungsreserven beflügeln

# Auf „gesättigten" Produktmärkten bringen nur neue Ideen noch Erfolg

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf

Im elften Jahr der europäischen Stahlkrise haben die deutschen Stahlhändler derzeit bei stabilem Absatz und vorwiegend fester Preistendenz „keinen Anlaß zur Nervosität". Ernst Hoeher als Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stahlhandel (BDS), Düsseldorf, sieht in solcher Lage um so mehr Anlaß für die Branche, mit Blick auf den auch künftig nicht wieder nennenswert steigenden Tonnenabsatz neue Wege zum Wachstum der eigenen Wertschöpfung zu beschreiten.

Überall in Westeuropa (und nicht anders bei den in der freien Welt führenden Stahlerzeugungsländern Vereinigte Staaten und Japan) sei der Stahlhandel mit gesättigten Produktmärkten konfrontiert, analysiert der BDS-Chef.

Wirtschaftswachstum konzentriere sich auf wenig stahlintensive Bereiche wie Nachrichtentechnik und verbrauchsnahe Leichtindustrie. „Der Stahlhandel muß daher neue Marktchancen durch ein verbessertes Angebot qualitativer Leistungen im Bereich materialwirtschaftlicher Bedürfnisse seiner Kunden suchen."

Das ist die Devise, mit der auch die deutschen Stahlhändler zum diesjährigen Europa-Kongreß der Stahlhandelsverbände (FIANATM), der vom 3. bis zum 6. Juni stattfindet, nach Kopenhagen gehen. Aus internationalem Erfahrungsaustausch in der Bewältigung gemeinsamer Probleme erwarten sie, daß die bisher zaghaften Ansätze zur Nutzung der noch im Handel schlummernden Leistungsreserven beflügelt werden.

Der deutsche Verbandschef schildert nun zum Auftakt des Kopenhagener Kongresses diese ungenutzten Chancen geradezu schwärmerisch. Bis zu 30 Milliarden Mark pro Jahr mache nach Feststellung des Frankfurter Bundesverbandes Materialwirtschaft und Einkauf (BME) das noch brachliegende Rationalisierungsvolumen bei allen Produktionsmittelvorräten der deutschen Industrie aus.

Für den Werkstoff Stahl sei aus ersten Experimenten mit Bildschirm-Verbindung zwischen dem lagerhaltenden Handel und dem (dann weitgehend „lagerfreien") Verarbeiter bereits zu vermuten, daß der Fabrikant zumal in Branchen wie Maschinen- und Anlagenbau ein Lagerkosten-Volumen sparen könne, das immerhin 30 bis 50 Prozent seiner Materialeinkaufskosten ausmache. Da wittert der BDS eine „riesige" Chance für viele seiner Mitglieder, zusätzliche Lagerfunktionen an sich zu ziehen und damit die Wertschöpfung der eigenen Firma zu verbessern. Eine hochwillkommene Chance obendrein. Denn in dieser Branche, die mit ihren 30 000 Beschäftigten von ihren rund 850 Lägern jede dritte in der deutschen Wirtschaft verbrauchte Stahltonne liefert, haben sich während der langen Stahlkrise die Zahl der Läger um fast ein Drittel und der Absatz ab Lager um gut ein Fünftel vermindert.

Der Aufbruch zur höherwertigen Absatzleistung ist für die Händler freilich nicht ohne stark erhöhte Investitionen in Sach- und (entsprechend qualifizierte) Personalkapazität zu haben. Die Aussicht, daß die Ertragskraft das erlaubt, sieht der BDS-Chef derzeit günstig.

Der im ersten Quartal 1985 um drei Prozent niedriger als vor Jahresfrist ausgefallene Lagerabsatz werde sich im Jahresverlauf wieder auf das Niveau des Jahres 1983 erholen, die Stahlpreistendenz sei leicht aufwärts gerichtet, die Bestände des Handels seien „normal bis niedrig".

BUNDESBAHN

## Wieder besser als der Plan

gb. Frankfurt

Das Ergebnis der Deutschen Bundesbahn für das Jahr 1984 ist noch um 80 Millionen DM besser, als zunächst festgestellt worden war. Nach Abrechnung mit den ausländischen Bahnen bleibt jetzt nur noch ein Fehlbetrag von 3,12 Milliarden DM. Damit hat sich der Jahresverlust der Bahn in den Jahren 1983 und 1984 zusammen um ziemlich genau eine Milliarde DM verringert.

Auch in den ersten vier Monaten des Jahres 1985 fährt die Bahn, mit Ausnahme des Busverkehrs, vor ihren Planzahlen her. So liegt das Schienenunternehmen im Personenverkehr Ende April um 1,9 Prozent besser, als geplant und 4,8 Prozent über dem Vorjahr. Im Busverkehr wurde zwar das gleiche Ergebnis wie 1984 erzielt; es bleibt aber um 2,8 Prozent hinter dem Planansatz zurück. Im Güterverkehr lauten die entsprechenden Werte 1,8 und 4,3 Prozent. Insgesamt ergibt das für den gesamten Bereich der Bundesbahn eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 4,2 und gegenüber dem Wirtschaftsplan von 1,5 Prozent.

Seit dem 1. Mai 1985 hat die Bahn ihre Absatzorganisation neu strukturiert. Die bisherige Mehrgleisigkeit wurde beseitigt. Es soll nun klare Verantwortlichkeiten geben. Schwerpunkt ist das Marketing. Auch in der regionalen Aufgabenverteilung wird an einer Straffung gearbeitet. Ziel ist es, die Zahl der Entscheidungsebenen von fünf auf drei zu verringern. In der Bundesbahn-Direktion Köln sei das schon erreicht.

EWS

## Bangemann fordert Londons Beitritt

WILHELM FURLER, London

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat die britische Regierung mit allem Nachdruck aufgefordert, das Europäische Währungssystem mit einer Vollmitgliedschaft des Pfundes zu „vervollständigen". Das EWS habe sich als eine „Erfolgs-Story" erwiesen und sich mehr und mehr zum Rückgrat der Gemeinschaft entwickelt; es trage ganz erheblich zum echten Wirtschaftswachstum bei, meinte Bangemann in London zu seinem britischen Amtskollegen Norman Tebbit, dem Minister für Handel und Industrie.

Beide Minister waren Ehrengäste bei einer Veranstaltung anläßlich des zehnten Jahrestages der Gründung des Deutschen Industriekreises im Vereinigten Königreich. Ihm gehören Mitglieder der Geschäftsleitung deutscher Industriefirmen in Großbritannien und Nordirland an, die regelmäßig Erfahrungen zu aktuellen Industriethemen austauschen.

In seiner Ansprache ging Bangemann vor allem auf den Bonner Weltwirtschafts-Gipfel ein, den er als einen vollen Erfolg bezeichnete – trotz etlicher gegenteiliger Stimmen in der internationalen Presse. So hätte nie zuvor derartige Übereinstimmung darüber bestanden, daß es längst nicht mehr darum gehe, durch staatliche und inflationstreibende Nachfrageprogramme ein konjunkturelles Strohfeuer zu entfachen, sondern die tiefgreifenden angebotsseitigen Störungen durch strukturelle Anpassungen zu beseitigen.

## Keine Kur für die Ruhr

Von HANS BAUMANN

Die Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen haben die Parole aller Parteien vor der Landtagswahl noch im Ohr: Aufschwung! Hatten sich hier lediglich Wünsche eine hoffnungsfrohe Vokabel umgehängt, oder hatten die Politiker, die den Aufschwung verkündeten, handfeste Gründe, die Bürger mit diesem optimistischen Ausblick um ihre Stimme zu bitten? Die Würfel sind gefallen, und die Bürger namentlich des Ruhrgebietes halten Ausschau nach dem, was ihnen verheißen wurde, nach dem Aufschwung.

Da melden sich gerade zur rechten Zeit die Kammern des Ruhrgebietes mit ihrer Frühjahrsbilanz zu Wort: Es geht aufwärts! Im Detail: Die Investitionsbereitschaft wächst, die Auftragseingänge nehmen zu, die Kapazitäten sind besser ausgelastet. Auch wenn die Zahl der Insolvenzen einsame Rekordhöhe erreicht hat, saldiert gegen die Neugründungen kommen selbst von der unternehmerischen Aktivität positive Signale.

Fußten die Wahlkampfargumente also auf solidem Boden? Ist der „kranke Mann an der Ruhr" tatsächlich dabei, seine Krücken wegzuwerfen? Nein, und abermals nein. Wieder einmal haben Politiker und Kammern Momentaufnahmen für einen Film ausgegeben, der den Aufschwung zeigt und die endgültige Sanierung zu dokumentieren scheint.

Dieser Streifen von der Wirtschaft der Ruhr ist ein Evergreen: Atmet die Konjunktur ein wenig auf, dann bricht gleich die Sonne der Schönfärberei durch. Die eigentlichen Probleme entrücken der Szene oder werden zu sanften Schatten, ohne die es ja auch keine Sonne gibt.

Die Struktur der Ruhrwirtschaft ist nach wie vor krank. Auch eine Auftragswelle, die vom hohen Dollarkurs aus dem Ausland ins Land schwappt, darf darüber nicht hinwegtäuschen. Das Gewicht des Reviers schwindet weiter. Die Nettoproduktion stieg in den letzten zehn Jahren im Bundesgebiet (ohne Nordrhein-Westfalen) um fast 20 Prozent; in Nordrhein-Westfalen waren es sieben und im Ruhrgebiet ganze 1,7 Prozent. Noch eine Zahl: In den vergangenen sechs Jahren investierte das verarbeitende Gewerbe im Jahresdurchschnitt (ohne NRW) sieben Prozent mehr, in NRW waren es vier Prozent und an der Ruhr nicht einmal ein Prozent.

Die bedrückende Logik aus diesen dürren Zahlen: Die Entindustrialisierung des Ruhrreviers schreitet unbehindert voran. Wer über das Wachstum des Dienstleistungs-Bereichs frohlockt, trägt Scheuklappen. Denn wo keine Werte mehr aus der Produktion geschöpft werden, da bleibt auch keine Mark mehr für McDonald's. Tatsache ist, daß das Revier ein Rohstoff- und Vorlieferant geblieben ist – selbst für Investitionsgüter. Das „intelligente Produkt" fehlt in angemessenem Maßstab, das heißt, daß die Offerte des Reviers den Konsumenten aus den Augen verloren hat.

Natürlich weiß auch die Landesregierung um diese Problematik, auch wenn sie sich hinter dem Argument versteckt, daß auch die Ruhr abhängig sei von gesamtwirtschaftlichen Kompetenzen. Falsch ist daran das durchschimmernde Bild von bundespolitisch gebundenen Händen. Der Schwarze Peter gehört an die Ruhr und nicht nach Bonn.

Das Problem der Ruhr heißt Entwicklungs- und Wachstumsschwäche. Und es ist nur an der Ruhr selbst zu meistern. Wieweit diese Erkenntnis bei den Politikern und bei den Selbstverwaltungsorganen an Boden gewonnen hat, zeigt die Hektik, mit der nun das Ruder herumgerissen werden soll. Da werden „Technologiestraßen" propagiert, „Innovationszentren" gegründet und „Hochtechnologiefelder" gefordert. Der verbalen Inflation folgt der Aufbau neuer Verwaltungen, die all diese Ideen verknüpfen und möglicherweise auch einmal zu Ergebnissen führen.

Natürlich braucht das Land Innovation, aber vielleicht kann man dort beginnen, wo man bereits eingearbeitete Zentren besitzt, wie etwa Jülich mit seinen fast 3000 Mitarbeitern. Vielleicht kommen von dort einmal Anstöße für die gewerbliche Wirtschaft. Das Revier braucht eine Vertiefung auch seiner traditionellen Produkte und vor allem eine Politik, die die Kosten dämpft und die Wirtschaft nicht ständig durch neue Verordnungen (siehe Umweltschutz) verunsichert und lähmt. Der politische Ballast muß weg, wenn die Ruhr wieder forsch voranschreiten soll.

## AUF EIN WORT

„Ähnlich wie die neuen Techniken, wie neue Produkte, neue Vertriebsformen und neue Vertriebswege das vertraute Gesicht einer Bank für den Kunden verändern, bewirken sie auch einen Umdenkungs- und Umlernprozeß bei unseren Mitarbeitern. Ständige Lernfähigkeit und Lernbereitschaft muß den Mitarbeiter von heute und erst recht von morgen auszeichnen."

Dr. F. Wilhelm Christians, Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank AG, Frankfurt

FOTO: WERNER SCHÜNING

## Brasilien verhandelt mit Banken

dpa/VWD, New York

Der brasilianische Zentralbankchef Lemgruber verhandelt in New York mit dem Lenkungsausschuß der Gläubigerbanken Brasiliens über die Verlängerung einer kurzfristigen Kreditlinie in Höhe von 16 Mrd. Dollar um 90 Tage. Lemgruber wollte sich über das Ergebnis der ersten Gesprächsrunde nicht äußern. Er dementierte Berichte, wonach Brasilien bei Banken um neue Kredite nachsuchen wolle. Die von Brasilen 1985 benötigten 2,5 Mrd. Dollar würden als Teil eines neuen Kreditpakets wahrscheinlich bei internationalen Institutionen aufgenommen werden.

US-AKTIENMÄRKTE

# Sinkende Zinsen treiben den Dow Jones auf Rekordhöhe

dpa/VWD, New York

Bei äußerst lebhaftem Geschäft kam es am Montag an der New Yorker Effektenbörse zu einer stark ausgeprägten Aufwärtsbewegung. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte schloß nach einem Tagesgewinn von 19,54 auf dem neuen Rekordstand von 1304,88 Punkten. Der vorherige Rekord war mit 1299,36 am 1. März dieses Jahres aufgestellt worden. Auch der NYSE-Index, der alle an der New York Stock Exchange gehandelten Aktien enthält, stieg um 1,24 Punkte und erreichte mit 111,4 ebenfalls einen neuen Höchststand.

Mit einem Volumen von 147,28 (Vortag 124,92) Millionen Aktien, die den Besitzer wechselten, war der Montag einer der umsatzstärksten Tage in der Geschichte des Marktes. Zuletzt standen sich die Gewinner und Verlierer im Verhältnis von gut drei zu eins gegenüber.

Der auf Aktien mit Kursgewinnen entfallene Umsatz erreichte rund 115 Mill. Stück. Im Tagesverlauf erreichten 477 Aktien neue Jahreshöchststände, während bei lediglich 14 Werten ein neues Jahrestief registriert wurde.

Als auslösenden Faktor für die starke Aufwärtsbewegung nannte man die Senkung des US-Diskontsatzes von bisher 8,0 auf 7,5 Prozent. Überraschend an dem Beschluß des Federal Reserve Board, den Leitzins zu senken, war allerdings nur der Termin. Allgemein hatte man mit einer entsprechenden Maßnahme zum Ende dieser Woche gerechnet.

Positiv reagierte der Markt auch auf die Tatsache, daß die Reduzierung des Diskontsatzes eine neue Zinssenkungsrunde der Geschäftsbanken einläutete. Fast alle bedeutenden Institute haben am Freitag oder Montag ihre Prime Rate, den Zins für Kredite an erste Adressen von bisher 10,5 auf zehn Prozent ermäßigt.

KAPITALMARKT

# Der Bund senkt die Renditen für seine Daueremissionen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

In die Ausstattung der Postanleihe, deren Konditionen als ausgereizt bezeichnet werden, sei wohl ein wenig zu viel Zinssenkungsoptimismus hineingelegt worden, kommentierte man gestern am Rentenmarkt die Entscheidung des Konsortiums, die siebenprozentige Anleihe über eine Milliarde Mark, davon 800 Millionen zum Verkauf über das Konsortium, mit einer Laufzeit von zwölf Jahren zum Nennwert zu begeben.

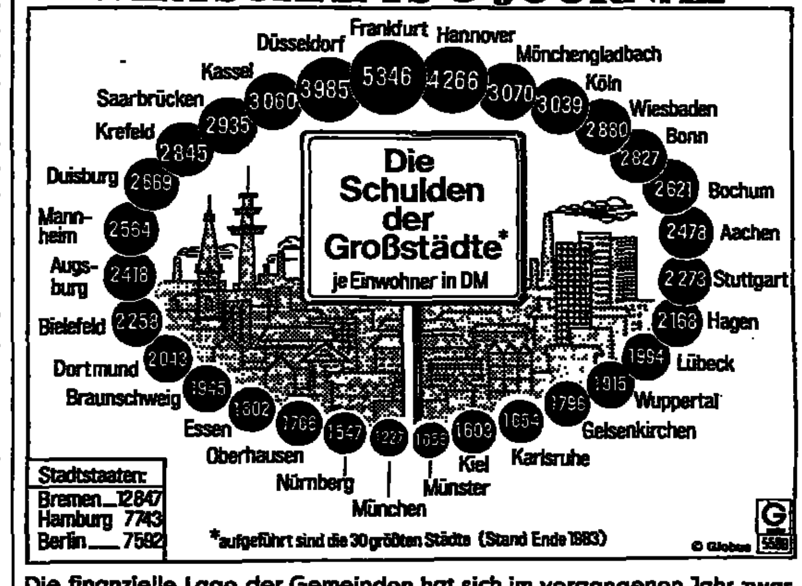
Es ist dies seit 1980 die erste Bundesanleihe mit einer Laufzeit von mehr als zehn Jahren. Sie wird vom 23. bis zum 28. Mai zur Zeichnung angeboten und vom 29. bis zum 31. Mai an der Börse eingeführt. Die Zinsen werden jährlich am 2. Juni gezahlt. Im Handel „per Erscheinen" unter Banken wurde die Postanleihe gestern mit 99,25 Prozent gesucht, allerdings nur von Ausländern, ohne deren Nachfrage nach dem relativ kleinen Anleihebetrag die Unterbringung problematisch würde.

Gleichzeitig hat gestern auch der Bund die Zinsen für Bundesobligationen und Finanzierungsschätze herabgesetzt. Es gibt eine neue Serie Bundesobligationen mit 6,75 statt bisher 7,00 Prozent Nominalzins, die sich bei 99,60 Prozent Ausgabekurs und fünfjähriger Laufzeit mit 6,85 Prozent statt bisher 6,95 Prozent rentiert.

Die Rendite der Finanzierungsschätze sinkt bei einjähriger Laufzeit von 5,60 auf 5,45 Prozent und bei zweijähriger von 6,35 auf 6,10 Prozent. Damit hat sich der Bund dem anhaltenden, von den USA ausgehenden Zinssenkungstrend angeschlossen.

Gestern ermäßigte sich die Durchschnittsrendite von Bundestiteln weiter von 7,00 auf 6,97 Prozent. Gesunken sind in den letzten Tagen auch die Hypothekenzinsen: Bei Vollauszahlung und zehnjähriger Bindung auf acht Prozent und bei fünfjähriger Bindung bis auf 7,75 Prozent.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL




Die finanzielle Lage der Gemeinden hat sich im vergangenen Jahr zwar entspannt, aber die Schuldenlast der Vergangenheit wiegt schwer. Ende 1983 war der gesamte Schuldenberg, den insbesondere die Großstädte aufgehäuft haben, 112 Milliarden Mark hoch. Am tiefsten in der Kreide steckte die hessische Metropole Frankfurt: Je Einwohner betrug dort die Verschuldung 5346 Mark.

QUELLE: GLOBUS

### Städte sollen investieren

**Düsseldorf** (dpa) – Die Städte sollten künftig „im Interesse der Bauwirtschaft ihre Verschuldensspielräume bei der Finanzierung von Investitionen noch mehr ausschöpfen". Das forderte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Dortmunder Oberbürgermeister Günter Samtlebe, gestern beim „Tag der Bauindustrie" in Düsseldorf. Das Investitionsniveau der Städte und Gemeinden sei im Jahr 1984 noch um über 18 Prozent geringer als beim „absoluten Tiefpunkt" 1977 gewesen.

### Arbed-Hilfe angemeldet

**Saarbrücken** (dpa/vwd) – Zur Rettung der wirtschaftlich angeschlagenen Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, mit seinen rund 14 000 Beschäftigten werden Bundes- und saarländische Landesregierung noch in diesem Monat neue staatliche Beihilfen an das Unternehmen von bis zu 350 Millionen DM bei der EG-Kommission in Brüssel anmelden. Das gab der saarländische Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann (SPD) gestern in Saarbrücken bekannt. Hoffmann hob jedoch zugleich hervor, daß mit dieser Anmeldung für Arbed Saarstahl noch kein Rechtsanspruch auf Zahlung der neuen Hilfen bestehe. So müsse in den nächsten Wochen vor allem noch geklärt werden, wer die Finanzhilfen zahle.

### Liberalisierung perfekt

**London** (fu) – Einer völligen Freigabe der Ladenschlußzeiten in Großbritannien steht nichts mehr im Wege. Die konservative Regierungspartei hat jetzt im Unterhaus eine entsprechende Abstimmung gewonnen, obwohl es auch in den eigenen Reihen etliche Proteste gegeben hatte. So kann der britische Einzelhandel bereits im nächsten Jahr an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr seine Läden öffnen.

### Gutes Messe-Geschäft

**Hannover** (dpa/vwd) – Mit einem beachtlichen Anteil von Direktabschlüssen und optimistischen Erwartungen für ein gutes Nachmessegeschäft ist am Dienstag in Hannover die Ligna '85 nach siebentägiger Dauer zu Ende gegangen. Die über tausend Aussteller aus 26 Nationen äußerten sich mit dem Ergebnis dieser größten internationalen Fachmesse für Maschinen und Ausrüstung der Holzwirtschaft sehr zufrieden.

### Bonn muß entscheiden

**Bremen** (dpa/vwd) – Bremens Wirtschaftssenator Werner Lenz (SPD) hat noch einmal an die Bundesregierung appelliert, möglichst bald über die geplante Fangunion in der Hochseefischerei zu entscheiden. Lenz erklärte am Dienstag, wenn Bonn bis zum 30. Juni keinen Beschluß gefaßt habe, werde es künftig weder eine Fangunion noch eine deutsche Fischerei-Hochseeflotte geben.

### Kredite verbilligt

**Bonn** (DW) – Die Lastenausgleichsbank (LAB), Bonn, senkt aufgrund der günstigen Entwicklung am Kapitalmarkt mit Wirkung vom 20. Mai die Zinsen in den LAB-Ergänzungsprogrammen I und III um einen Viertelpunkt. Wie die Bank weiter mitteilt, ermäßigen sich damit die LAB-Ergänzungskredite zur gewerblichen Existenzgründung und zur Standortsicherung kleiner und mittlerer Unternehmen auf 6,75 Prozent bei einem um einen Prozentpunkt verbesserten Auszahlungskurs von 96 Prozent. LAB-Ergänzungskredite zum Umweltschutz verbilligen sich auf 6,25 Prozent bei unverändert 96 Prozent Auszahlung.

### Zu hoch geschätzt

**Washington** (VWD) – Das Bruttosozialprodukt der USA hat sich im ersten Quartal 1985 um 0,7 Prozent erhöht. Im April hatte das US-Handelsministerium den Zuwachs noch auf 1,3 Prozent geschätzt. Wie das Handelsministerium weiter mitteilt, war die saisonbereinigte Zuwachsrate von 0,7 Prozent die niedrigste seit dem vierten Quartal 1982 mit einer Zunahme um 0,5 Prozent.

### Freie Bahn für RWE

**Essen** (Bm.) – Mit dem Bescheid für Niederaußem hat das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG, Essen, die letzte Genehmigung für den Bau der Entschwefelungsanlage seiner Braunkohlenkraftwerke erhalten. Jetzt können mit mehr als vier Milliarden Mark 33 Braunkohlenblöcke mit einer Leistung von zusammen 9300 Megawatt nachgerüstet werden.

EG-MINISTERRAT

# Noch kein Durchbruch bei der Produzentenhaftung

WILHELM HADLER, Brüssel

An die Experten zurückverwiesen hat der EG-Ministerrat gestern wieder einmal die geplante Gemeinschafts-Richtlinie über die Produzentenhaftung für fehlerhafte Erzeugnisse. Auch bei der Beratung EG-einheitlicher Schutzvorschriften für Haustürgeschäfte kamen die für Verbraucherfragen zuständigen Minister nicht weiter.

Die zweite Richtlinie scheiterte – wie schon beim letzten und vorletzten „Durchgang" – am deutschen Widerspruch. Die sozialliberale Bundesregierung hat sich einst dafür besonders stark gemacht. Inzwischen ist Bonn jedoch der Meinung, daß für diese Materie kein europäischer Handlungsbedarf bestehe, was nach Angaben informierter Kreise auf den starken Einfluß der einschlägigen Lobby zurückzuführen ist. Umstritten ist vor allem, ob den Käufern während einer Bedenkzeit ein Rücktrittsrecht zugestanden werden soll.

Zum Thema Produktenhaftung haben sich die Positionen zwar weitgehend angenähert, ein von der italienischen Präsidentschaft ausgearbeiteter Kompromißvorschlag stieß jedoch wegen der darin enthaltenen Vorschriften über die Ausdehnung der Haftungsbegrenzung auf Widerspruch.

Nach dem Vorschlag sollte die Kommission sieben Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie deren Auswirkungen bewerten und gegebenenfalls für die Haftungsbegrenzung (rund 160 Mill. DM) neue Vorschläge vorlegen. In dem vorgesehenen Abstimmungsmodus (qualifizierte Mehrheit) sah vor allem Bonn eine nicht vertretbare Automatik.

BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ / Erste Lesung der Novelle vor der Sommerpause

# Minderheitenrechte werden verstärkt

PETER JENTSCH, Bonn

Noch vor der Sommerpause soll nach dem Willen der Koalitionsfraktionen die Novelle zum Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz, der Gesetzentwurf „zur Verstärkung der Minderheitenrechte in Betrieben und Verwaltungen", in erster Lesung im Bundestag behandelt werden. Der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion hat der Einbringung des Gesetzentwurfs zugestimmt. Er wurde gestern in den Arbeitsgruppen Inneres sowie Arbeit und Soziales und am Nachmittag in der Gesamtfraktion beraten.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Adolf Müller (Remscheid), unter dessen Federführung der Gesetzentwurf erarbeitet worden ist, wies die Kritik des DGB, die vorgesehene Einführung von Sprecherausschüssen führe zu einer „Spaltung der Arbeitnehmerschaft" als unzutreffend zurück. Die leitenden Angestellten seien durch das Betriebsverfassungsgesetz ausdrücklich von der kollektiven Vertretung ihrer Interessen durch den Betriebsrat ausgenommen. Dem aus dem Gesetz ausgegrenzten Arbeitnehmern werde durch die Novelle das aktive und passive Wahlrecht für die Sprecherausschüsse eingeräumt. Damit werde das Sozialstaatsgebot des Artikels 20 Grundgesetz erfüllt.

Als weitere wesentliche Änderung des geltenden Rechts nannte Müller die Zulassung eines Wahlvorschlages bei einem geringeren Unterschriftenquorum als bisher. So braucht ein Betriebsratskandidat künftig nur die Unterschriften von fünf Prozent oder 50 Wahlberechtigten. Für kleine Betriebe wird die Mindestzahl der Unterschriften von drei auf zwei vermindert. Wahlvorschläge können auch von den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften eingereicht werden, wobei diese Vorschläge von zwei Gewerkschaftsvertretern unterzeichnet sein müssen. Ein Unterschriftenquorum ist nicht notwendig.

Die Besetzung der Betriebsratsausschüsse und der freigestellten Mitglieder sollen nicht mehr von der Betriebsratsmehrheit ohne Berücksichtigung von Minderheiten bestimmt werden. Jede Gruppe, die mindestens ein Drittel der Mitglieder im Betriebsrat stellt, hat ein Vorschlagsrecht für die Wahl des Vorsitzenden. Freigestellte und Ausschußmitglieder sollen vom Betriebsrat in geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

Müller widersprach auch der Kritik, der Gesetzentwurf bevorzuge radikale Minderheiten. Er verwies auf die Rechtssprechung, wonach eine Arbeitnehmervereinigung erst dann den Rechtscharakter einer Gewerkschaft erhalte, wenn sie organisatorisch, finanziell und faktisch deren Einfluß ausüben könne.

BGA

## „Perspektivlose Agrarpolitik“

Mk. Bonn

Mit ihrer „erschreckend widersprüchlichen und perspektivlosen Agrarpolitik“ gerät die Bundesregierung nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Klaus Richter, zwischen Baum und Borke. Einerseits wolle sie auf dem Europäischen Rat in Mailand im Juni das Mehrheitsprinzip im Ministerrat als wesentlichen Schritt einer Fortentwicklung der Gemeinschaft zur Europäischen Union durchsetzen, andererseits habe sie jetzt wegen einer Getreidepreissenkung von letztlich 0,9 Prozent erstmals eine nachdrückliche Veto-Drohung ausgesprochen. Mit deutscher Hilfe habe sich das Konfliktpotential in der EG weiter erhöht.

Trotz nahezu lückenloser Marktordnungen seien fast alle Agrarmärkte in Unordnung. Mit mehr als 3550 Verordnungen, die jährlich zum Agrarmarkt erlassen würden, greife Brüssel – mit wenigen Ausnahmen – unmittelbar in das Alltagsgeschäft des europäischen Agrarhandels ein. Dies belaste vor allem auch den Groß- und Außenhandel. Das Dringlichste, was Europa gegenwärtig brauche, seien endlich wieder widerspruchsfreie Entscheidungen, die das Marktgeschehen nicht mehr ignorieren, betonte Richter vor dem Groß- und Außenhandels-Bund Niedersachsen in Hannover. Dazu müsse Europapolitik allerdings zu Hause beginnen.



AACHENER UND MÜNCHENER VERSICHERUNG / Ertragskraft gestärkt – Sachtochter schreibt schwarz

# Aktionäre profitieren vom Konzernverbund

HARALD POSNY, Aachen

Die Aachener und Münchener Beteiligungs-AG (AMB), Aachen, Holding der AM-Versicherungs-Gruppe, hat ihr Versprechen, die rund 8000 Einzelaktionäre „pfleglich zu behandeln“ und an der gestärkten Ertragskraft des Konzernverbundes teilnehmen zu lassen, eingelöst. Die Ausschüttung wird für 1984 um eine auf zehn DM erhöht. Der Jahresüberschuß von 21,4 Mill. DM erreicht knapp das Vorjahresergebnis. Maßgebend dafür waren die unverminderten Dividendensätze der Töchter auf das aus Gesellschaftsmitteln erhöhte Grundkapital und geringere Abschreibungen. Den freien Rücklagen werden 8,7 (7,7) Mill. DM zugeführt.

Im Berichtsjahr blieben die Beteiligungserträge mit 39,8 Mill. DM leicht hinter dem Vorjahr (4,2 Mill. DM) zurück. Dagegen stiegen die Erträge aus anderen Finanzanlagen auf 3,3 (1,7) Mill. DM. Insgesamt hat die AMB ein Ergebnis erwirtschaftet, das als Ausdruck der gestrafften Ertragssituation des Konzerns gesehen werden muß. Bereinigt um außerordentliche Einflüsse wurde die Ertragsabführung an die Holding um mehr als 4 Mill. DM verbessert. Dies wird als „weiterer Schrit auf dem Weg der Ansammlung disponibler Mittel für Diversifikationsvorhaben“ kommentiert. Die Verbesserung des Konzernergebnisses von 38,7 (36,7) Mill. DM geht auf den nicht versicherungstechnischen Bereich zurück. Hier wurde eine Steigerung der Kapitalerträge um 66 Mill. DM (plus 9,6 Prozent) erzielt.

Die Aachener und Münchener Versicherungs-AG (AMV), einer der beiden Schadenversicherer der Gruppe, hat nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Helmut Gies die vorrangige Zielvorgabe für 1984 erfüllt: Rückkehr zu den schwarzen Zahlen im technischen Ergebnis. Dies ist zwar zunächst erst für das Direktgeschäft gelungen, aber neben Beitragszuwachs sorgten geringere Schaden- und Kostenquoten hier erstmals seit 1977 wieder für einen Gewinnausweis von 4,4 Mill. DM nach einer Zuführung von 16,9 Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen.

Da der Verlust des indirekten Geschäfts von 8,9 Mill. DM den zur Sanierung erforderlichen Rückstellungsbedarf enthält, werden nennenswerte künftige Verluste aus diesem verstärkt abgebauten Versicherungsbereich (Beitragsaufkommen minus 19 Prozent) vom Vorstand nicht mehr erwartet. Insgesamt wurde der technische Verlust (s. Tabelle) rapide abgebaut. Für Gies steht jetzt noch die Sanierung des Wohngebäude-Geschäfts auf dem Arbeitsplan für 1985.

Für das Gesamtgeschäft muß berücksichtigt werden, daß der hohe Selbstbehalt mit einer Eigenkapitalquote von 25 Prozent angemessen finanziert ist, wobei die Finanzierung mit einer Rücklagenzuweisung von 10,3 (11,0) Mill. DM aus eigener Kraft erfolgte. Die Aktionäre erhalten 7 (7) DM Dividende je 50-DM-Aktie. Das Ergebnis je Aktie beträgt einschließlich Steuerguthaben 17,57 (17,46) DM. (Hauptversammlung: 28. Juni.)

| Aachen-Münchner Vers. | 1984 | ± % | |
|---|---|---|---|
| Bruttoprämie (Mill. DM) | 1 075 | +2,8 | |
| Nettoprämie ¹) | 836 | +6,2 | |
| Aufw. f. Vers. Fälle | 590 | +4,5 | |
| Vers. techn. Ergebnis ⁵) | –4,5 | (–11,2) | |
| Kapitalanlagen ²) | 1 053 | +2,3 | |
| Kapitalerträge ⁴) | 94 | +5,4 | |
| in % d.verd.Beitr. | 1984 | 1983 | 1982 |
| Selbstbeh.Quote(%) | 77,8 | 75,2 | 75,0 |
| Schadensquote | 70,4 | 72,4 | 73,5 |
| Verw.-Kostenquote | 27,0 | 27,3 | 27,5 |
| Rückst.-Quote ³) | 113,1 | 116,3 | 115,2 |
| Eigenkapitalquote | 25,0 | 25,0 | 25,7 |

¹) Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; ²) nach Zuführung von 18,0 (8,0) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; ³) oh. Depotford.; ⁴) netto; Durchschnittsrendite: 7,9 (7,9) Prozent; ⁵) vers. techn. Rückstellg.

KSB / Weitere Dividendenerhöhung möglich

# Erfolgreich konsolidiert

JOACHIM WEBER, Frankenthal

Bei einem leichten Umsatzanstieg, der „auch fast Null heißen“ könnte, erwartet Wolfgang Kühborth, Vorstandschef der Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB), Frankenthal, 1985 einen Ertrag, der „nicht schlechter ausfallen sollte als 1984“. Und er fügt hinzu: „Eine erneute Erhöhung der Dividende ist möglich, wenn sich mittelfristig eine weitere Verbesserung abzeichnet.“

Für das vergangene Jahr will der Pumpen- und Armaturenspezialist „die höchste Dividende seit Inkrafttreten der Körperschaftssteuerreform“ zahlen, 6,50 (4) DM je Stammaktie und 7,25 (5) DM je Vorzugsaktie zu je 50-DM-Nominalwert. Grundlage des kräftigen Zuschlags waren dabei die Konsolidierungserfolge, die KSB seit dem Wiedereintritt des Aufsichtsratsvorsitzenden Kühborth in den Vorstand (im Frühjahr 1982) erreicht hat.

Obwohl der Umsatz um knapp ein Prozent auf 864 (871) Mill. DM zum dritten Mal in ununterbrochener Folge schrumpfte, ging es mit dem Ertrag deutlich bergauf. Das Ergebnis vor Steuern wuchs um 31 Prozent auf 34 (26) Mill. DM, der Jahresüberschuß um 57 Prozent auf 11,6 (7,4) Mill. DM. Etwa die gleiche Steigung zeigt auch das DVFA-Ergebnis je Aktie von 16 (10) DM. Der Cash-flow schließlich nahm um zehn Prozent auf 64 (58) Mill. DM zu.

Den Erfolg führt Finanzchef Siegmund vom Berge auf die erstmals seit 1981 wieder gestiegene Gesamtleistung (in den Vorjahren floß der Vorratsabbau in den Umsatz ein), auf die Dämpfung des Personalaufwands (durch Belegschaftsabbau von 6890 auf 6550 Mitarbeiter) und auf den erstmals positiven Zinssaldo von 4,3 Mill. DM (nach minus 2,5 Mill. DM) zurück.

Die dazu notwendige höhere Liquidität wurde durch weiteren Vorratsabbau, durch konsequente Verfolgung der Außenstände und durch höhere Kundenanzahlungen gewonnen. Eine gute Polsterung – die Eigenkapitalquote von 30 Prozent der durch Kurssicherungsgeschäfte leicht aufgeblähten Bilanzsumme liegt um rund zehn Punkte über dem Maschinenbaudurchschnitt – wird früher oder später nötig sein.

Nicht nur, weil KSB die Sachinvestitionen 1985 auf 41 (38) Mill. DM weiter steigern und auch den Forschungsaufwand von vier Prozent der Umsätze halten will. „Mittelfristig“ wird auch wieder an Expansion gedacht. Am weltweit stagnierenden Markt der Branche werden dazu nicht zuletzt „Kooperationen oder Beteiligungen“ nötig sein. Und: „Für jeweils 100 Mill. DM Mehrumsatz brauchen wir 60 Mill. DM an zusätzlicher Liquidität.“

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### BHF-Bank erfolgreich

**Frankfurt** (cd.) – Das Betriebsergebnis der BHF-Bank hat sich im bisherigen Jahresverlauf positiv entwickelt, wurde gestern auf der HV mitgeteilt. Bei gehaltenem Zinsergebnis und höherem Verwaltungsaufwand seien die Wertpapierprovisionserträge und die Eigenhandelsgewinne beträchtlich gestiegen. Die Bank rechnet für 1985 mit einem befriedigenden Abschluß, in dem die Risikoaufwendungen, besonders für Länderrisiken, weniger Ertrag aufzehren. Die HV billigte alle Regularien gegen nur minimale Opposition.

### PKI reduziert Bonus

**Frankfurt** (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 9 DM und einen auf 6 (7,50) DM gekürzten Bonus je 50-DM-Aktie schlägt die Verwaltung der Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg, für das Geschäftsjahr 1984 vor. Die Hauptversammlung findet am 28. Juni in Nürnberg statt.

### Ausgeglichenes Ergebnis

**Braunschweig** (dpa/VWD) – Die Mühle Rüningen AG (Braunschweig) die zur Mehrheit der Alfred C. Toepfer Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg, gehört, hat den Umsatz 1984 leicht auf 121,6 (1983: 120,8) Mill. DM erhöht. Der Bilanzgewinn von 10 557 DM wird auf neue Rechnung vorgetragen.

### Stammbetrieb verlegt

**Wiesbaden** (dpa/VWD) – Der Lexikon-Verlag F. A. Brockhaus wird seinen Stammbetrieb in Wiesbaden bis Ende des Jahres schließen und nach Mannheim verlegen. Damit gehen in Wiesbaden mehr als 80 Arbeitsplätze verloren. Als wichtigsten Grund für den Umzug nannte der Verlag in einer Mitteilung vom Dienstag die ungünstige Absatzlage auf dem Lexikon-Markt, den Brockhaus zu 90 Prozent beliefere. 1984 habe das inzwischen mit dem Bibliografischen Institut verbundene Haus etwa 20 Prozent unter seinem jährlichen Umsatz von 20 Millionen DM gelegen.

### Bewag-Preiserhöhung

**Berlin** (VWD) – Die Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-AG kündigt in einem Aktionärsbrief Strompreiserhöhungen in absehbahrer Zeit an. Sie seien erforderlich, um Aufwand und Ertrag wieder in ein ausgeglichenes Verhältnis zu bringen und damit eine kontinuierliche Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens zu gewährleisten. Zuletzt hatte die Bewag die Strompreise zum 1. Januar 1982 heraufgesetzt. Zur Begründung erklärt der Vorstand, die Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt erforderten Investitionen von nahezu 2,5 Mrd. DM.

### Unter einem Dach

**Mannheim** (dpa/VWD) – Mit der Gründung der Rhinecontainer B. V., Rotterdam, haben sich die im Rheinverkehr kooperierenden Firmen Rhenania Allgemeine Speditions-GmbH, Mannheim, Europese Waterweg Transporten und Kühne und Nagel N. V., beide Rotterdam, eine neue Rechtsform gegeben. Die Gesellschaft, einer der führenden Container-Carrier auf dem Rhein, ist in den wichtigen Häfen des Schiffahrtsweges vertreten.

### Wieder acht Prozent

**Saarbrücken** (dpa/vwd) – Die ZG Bank Saar Zentralbank Saarländischer Genossenschaften AG, Saarbrücken, schlägt für 1984 wieder 8 Prozent Dividende auf 12,5 Mill. DM Grundkapital vor. An der Ausschüttung nehmen 2,5 Mill. DM neue Aktien aus der Kapitalerhöhung 1984 für zwei Monate teil. Der Gewinn verringerte sich auf 1,33 (2,05) Mill. DM.

## NAMEN

**Ludwig Schreiber** (57), Geschäftsführer des Schalltechnischen Beratungsbüros Müller – BBM, Planegg, wurde zum Vorsitzenden des Verbandes des Beratender Ingenieure VBI in Bayern gewählt. Er ist Nachfolger von Prof. Dr. G. Scholz.

**Werner Gauss**, Direktor der Philips GmbH, Hamburg, und Leiter des Unternehmensbereichs Licht, vollendet am 24. Mai das 60. Lebensjahr.

**Norbert Hopf** (49), Inhaber der Werner Hopf GmbH + Co., Eschborn/Taunus, wurde zum Präsidenten der Centralvereinigung deutscher Handelsvertreter- und Handelsmakler-Verbände (CDH), gewählt. Hopf gehörte dem Präsidium der CDH bisher als Vizepräsident an. **Rupert Schweighart** wurde zum Vizepräsidenten bestellt.

Dr. **Henning C. Ehlers** und **Dietmar Nowak** sind zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-AG, Köln, bestellt worden. Dr. **Herwig Gückelhorn**, Vorstandsmitglied der Gerling-Konzern Vertriebs-AG wurde zusätzlich Vorstandsmitglied der Gerling-Konzern Rechtsschutzversicherungs-AG. Dr. **Uwe-Volker Bilitza** ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Gerlin-Konzern Zentrale Verwaltungs-AG, ernannt worden.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Ahrensburg:** Nachl. d. Adolf Othmar Eilken, Großhansdorf; **Bad Iburg:** Rolf Brunswicker GmbH, Hilter am TW; **Beckum:** De U Be Fleischhandel GmbH, Ahlen; **Bitburg:** Angelika Wilhelm (Möbel-Treff), Prüm; **Braunschweig:** Heinz Pott; **Bremen:** RoVa Heizungs-, Lüftungs- und Sanitär-Vertriebsges. mbH; UMUT Export & Import Handelsges. mbH; **Dortmund:** Rogal Kühlert, Friseurmeister, Lünen; Nachl. d. Hans-Werner Wendler; **Düsseldorf:** Wolfgang Litzau, Ingenieur; **Duisburg:** Christmann GmbH, Mülheim a. d. Ruhr; **Eckernförde:** GVV Ges. f. Verwaltung u. f. Vertrieb v. Industriegeräten u. Fahrzeugen mbH; Karl-Heinz Müller, Baumaschinen GmbH & Co. KG; **Flensburg:** Wohnbau Nord Jacob GmbH & Co. KG; **Frankfurt/M.:** Kompakt Bau- u. Grundstücksbeteiligungsges. mbH; **Göttingen:** Nachl. d. Hildegard Schuppli geb. Pfennig; **Hannover:** Ursula Laufer, Friseurmeisterin; Werner Podrasil; **Heilbronn:** Walter Liebich, Inh. e. Bauunternehmens, Eppingen-Elsenz; **Herford:** Brackmann u. Pörtner GmbH & Co., Kirchlengern; gsk Schmidt Verwaltungsges. mbH, Hiddenhausen; Gebr. Schmidt GmbH & Co. KG, Hiddenhausen; **Lüdenscheid:** August Potthoff Verwaltungsges. mbH; August Potthoff jr. GmbH & Co KG – Schraubenfabrik; **Nordenham:** Renate Bruns, Blumengeschäft; **Remscheid:** Rainer Graf, Inh. d. Sportkauf; **Rottweil:** Wolfgang Banholzer, Heizungs- u. Lüftungsanlagen, Rottweil-Hausen; **Salzgitter:** Alois Mrosla, Burgdorf; **Wuppertal:** Hans-Dietrich Müller, Velbert 15.

**Anschluß-Konkurs eröffnet: Buxtehude:** KG i. Niederelbe Immobilien GmbH & Co.; **Schwäbisch Hall:** Schöntaler Massivhaus Bau GmbH, Schöntal-Berlichingen; **Ulm (Donau):** Schütz KG.

**Vergleich eröffnet: Berlin Charlottenburg:** Brigitte Both, Inh. d. Fa. Alles fürs Kind; **Münster:** Karl Räckers & Co. OHG.

**Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg:** Wohnen im Altbau Langobardenallee GmbH; **Stuttgart:** KG u. Wilhelm Weller Möbelfabrik, Nürtingen; **Vaihingen/Enz:** Irion Flurförderzeuge u. Lagertechnik Vertriebs-GmbH; **Wolfratshausen:** Berger – Bau GmbH, Gelting.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Hans-Rudolf Scheke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





PHOTO PORST / „Weichen auf Expansion gestellt"

## 1985 aus den Verlusten?

dpa/VWD, Schwabach

Die Photo Porst GmbH, Schwabach, erwartet nach sechs Verlustjahren für das Geschäftsjahr 1985 „wieder einmal und hoffentlich endgültig" schwarze Zahlen. 1984 wies das Unternehmen noch einen Fehlbetrag von 2,1 Mill. DM aus, nach 5,4 Mill. DM im Vorjahr und fast 14 Mill. DM 1982.

Trotz des in den ersten Monaten 1985 weiter rückläufigen Fotomarktes habe das Unternehmen bislang „seine Planziele in allen Bereichen erreichen" können, betonte Geschäftsführer Heinz Wohlrab. Der Umsatz liege nach vier Monaten um fünf Prozent über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit einem Investitionsvolumen von 11 Mill. DM, dem höchsten seit 1973, stelle Porst in diesem Jahr „die Weichen wieder auf Expansion".

Einschließlich der Franchising-Partner erzielte das Unternehmen 1984 einen Einzelhandels-Umsatz von 320 Mill. DM. Der Umsatzrückgang um zwei Prozent gegenüber 1983 wird ausschließlich auf die Schließung von 20 Filialen und Agentur-Fachgeschäften zurückgeführt. 1985 hat sich die Zahl der Vertriebsstellen um 37 auf 1869 erhöht. Die 2000. Photo-Porst-Vertriebsstelle wird noch für 1985 erwartet. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen wurde die Mitarbeiterzahl bis Ende 1984 auf 1136 verringert. Ein weiterer Abbau sei nicht vorgesehen, erklärte Wohlrab.

Mit einem Marktanteil von sechs Prozent konnte Photo Porst 1984 nach Unternehmensangaben „seine Position im Fotomarkt weiter festigen". Mit den Warengruppen Audio, Video und Elektronik erzielte Porst im vorigen Jahr 23 Prozent des Gesamtumsatzes. Bezogen auf den Warenumsatz – ohne Fotoarbeiten – lag der Nicht-Fotoanteil bei 31 Prozent.

„Das Fotografieren muß wieder stärker unter das Volk gebracht werden", meinte Wohlrab zu den Zukunftsproblemen des Fotomarktes. Nicht das Entwickeln neuer Kameras oder der Verkauf von mehr Fotoapparaten seien die Hauptprobleme. Vielmehr müßte das Hobby Fotografieren wieder attraktiver gemacht und die Foto-Amateure veranlaßt werden, mehr zu fotografieren.

KRAUSS-MAFFEI / In der Wehrtechnik sind Umsatzeinbußen eingeplant

## Zuversichtlich für den zivilen Bereich

DANKWARD SEITZ, München

Mit dem Rückenwind einer weiterhin positiven Konjunkturentwicklung sieht der Vorstand der Münchener Krauss-Maffei AG dem Geschäftsjahr 1985 recht zuversichtlich entgegen und hofft, wieder ein positives Ergebnis erwirtschaften zu können. Dies gilt fast ausschließlich für den gesamten zivilen Bereich, während in der Wehrtechnik wegen nicht zu erwartender Großaufträge aus der Bundeswehr der Umsatz nur geringfügig zunehmen dürfte.

In der Sparte Kunststoffmaschinen wird die lebhafte Nachfrage, wie es im Geschäftsbericht 1984 heißt, auch 1985 anhalten und zur Auslastung der Kapazitäten beitragen. Mit steigenden Auftragseingängen rechnet man auch in der Verfahrenstechnik seitens der chemischen Industrie und durch eine Intensivierung der Auslandsaktivitäten. In der Verkehrstechnik soll der Umsatz infolge des guten Auftragsbestandes stark ansteigen.

Insgesamt ging die Krauss-Maffei AG in das laufende Jahr mit einem Auftragsbestand von knapp 2,6 Mrd. DM (plus 0,4 Prozent). Das Zivilprogramm hatte daran einen Anteil von 357 Mill. DM (plus 63 Prozent), während er in der Wehrtechnik aufgrund fortgeschrittener Panzerauslieferungen um etwa 5,4 Prozent auf 2,24 Mrd. DM rückläufig war. In der Gruppe dagegen reduzierte sich der Auftragsbestand um vier Prozent auf 2,93 Mrd. DM.

Schon im vergangenen Jahr brachte die positive Entwicklung der Weltwirtschaft, so der Vorstand, den zivilen Bereichen eine zum Teil kräftige Geschäftsbelebung. Ihr Umsatz erhöhte sich um 4,9 Prozent auf 383 Mill. DM, dabei um 16,4 Prozent auf 241 Mill. DM allein in der Kunststofftechnik.

Daß der Umsatz der AG sich dennoch um rund 17,2 Prozent auf 1,69 Mrd. DM und in der Gruppe um 14 Prozent auf 1,93 Mrd. DM verminderte, wird auf die „planmäßige" Umsatzeinbuße in der Wehrtechnik zurückgeführt. Wegen des Auslaufens der Lieferungen des Kampfpanzers „Leopard 1" an die NATO-Partner Griechenland und Türkei sank hier der Umsatz um 17,5 Prozent auf nur noch 1,55 Mrd. DM. Der Exportanteil am Gesamtumsatz erreichte noch 46 (55) Prozent.

Obwohl die Ertragslage in Teilbereichen des Zivilgeschäfts noch nicht zufriedenstellend war, erzielte Krauss-Maffei, so der Vorstand, wiederum ein positives Ergebnis. Nach einem erheblich geringeren Gewinn vor Steuern von 5,84 (9,49) Mill. DM wurden an die Muttergesellschaft Buderus AG, Wetzlar, nur 4,4, (7,0) Mill. DM abgeführt. Die wenigen außenstehenden Aktionäre erhalten wieder die Garantiedividende von 15 Prozent.

Investiert wurden von Krauss-Maffei 1984 in Sachanlagen 29,4 (24,1) Mill. DM bei Abschreibungen von 27,1 (27,9) Mill. DM. Die gesamten Rückstellungen wurden um 16 (31) Mill. DM auf 203,65 Mill. DM aufgestockt, davon die Pensionsrückstellungen um rund 1,7 Mill. auf 44,65 Mill. DM. In die Ertragsrechnung flossen aus Auflösungen von Rückstellungen diesmal nur 2,1 (4,2) Mill. DM. Beschäftigt wurden bei Krauss-Maffei am Jahresende 4731 (4615) Mitarbeiter.

HDI / Bestandssanierung beeinflußt Prämienanstieg

## Hagel trieb Schadenquote hoch

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Ein unter dem Branchendurchschnitt liegender Anstieg des Prämienaufkommens und ein Schadenverlauf, der durch den Hagelschlag in München besonders betroffen wurde, kennzeichnete die Geschäftsentwicklung des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie (HDI), Hannover, im Jahre 1984. Vorstandsvorsitzender Adolf Morsbach bezifferte die Aufwendungen für die Unwetterschäden auf insgesamt 60 Mill. DM; davon verblieben 37 Mill. DM für eigene Rechnung.

Nachhaltig belastet wurde dadurch die Kraftfahrt-Sparte, deren Schadenquote von 82,4 Prozent auf 92,2 Prozent stieg. Das Ergebnis dieses Bereichs, auf den 61,6 (62,9) Prozent der Bruttoprämien des selbst abgeschlossenen Geschäfts entfällt, verschlechterte sich um 47 Mill. DM auf nur noch 3,8 Mill. DM. Dennoch zahlt der HDI in der Kfz-Haftpflichtversicherung als Beitragsrückerstattung bis zu 15 (20) Prozent der anspruchsberechtigten Beiträge.

Insgesamt führt der Haftpflichtverband im Berichtsjahr 38 (46) Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu. Der verbleibende Überschuß von unverändert 15 Mill. DM wird in die freie Rücklage eingestellt. Dadurch erhöht sich das Eigenkapital auf 190 (175) Mill. DM und die Solvabilität (Eigenkapitalausstattungsgrad) auf 143 (137) Prozent. Die Schwankungsrückstellungen, die 1983 noch um 21 Mill. DM aufgestockt wurden, mußten um 12,8 Mill. DM erleichtert werden und betragen jetzt 124,7 Mill. DM.

Als „nicht voll befriedigend" bezeichnet Morsbach das Prämienwachstum im Berichtsjahr. Mit einem Anstieg der Bruttoprämien um 3,8 Prozent auf 1,23 (1,18) Mrd. DM blieb der HDI deutlich unter dem Branchendurchschnitt. Die Nettoprämien nahmen nur um 1,3 Prozent auf 689 (680) Mill. DM zu. Das entspricht einem Selbstbehalt von 56,2 (57,5) Prozent. Die Ursache für den geringen Zuwachs liege in der 1984 weitgehend abgeschlossenen Bestandssanierung. Sie kostete seit 1983 ein Volumen von 45 Mill. DM in der Kfz-Haftpflicht und rund 10 Mill. DM in der Transportversicherung.

Die Schadenquote insgesamt erhöhte sich im Berichtsjahr auf 83,1 (79,6) Prozent. Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung blieb aber noch mit immerhin 22,5 (68,5) Mill. DM positiv; nach den Zuführungen zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung ergibt sich ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis.

Im allgemeinen Geschäft brachten die um acht Prozent auf 1,37 (1,26) Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen Erträge von 108 (94) Mill. DM. Die Durchschnittsverzinsung verbesserte sich auf 7,2 (6,5) Prozent. Nach Abzug der Gesamtaufwendungen von 107 (109) Mill. DM wird ein Ergebnis von 14,3 (11,1) Mill. DM ausgewiesen.

Für 1985 rechnet der HDI mit einer wieder stärkeren Zunahme der Beitragseinnahmen. Maßgeblich dafür sei die Einführung eines neuen Tarifs in der Kfz-Haftplficht. Das erwartete Prämienwachstum von sieben Prozent wird demzufolge nur marginal von Neuabschlüssen beeinflußt. Die prognostizierten Zahlen zur Neuzulassung von Kraftfahrzeugen dürften die Verträge stückzahlmäßig nur um knapp zwei Prozent wachsen lassen.

Mit Ausnahme der industriellen Feuerversicherung, in der die Tarife noch immer unbefriedigend sind und wo der HDI in den ersten Monaten 1985 einige große Schäden zu verzeichnen hat, ist die bisherige Schaden-Tendenz erträglich. Die bisherige Entwicklung, so Morsbach, lasse für 1985 wieder ein befriedigendes Gesamtergebnis erwarten.



EUROMARKEN IMPORT / Im Wettbewerb behauptet

## Renditen-Ziel nicht erreicht

INGE ADHAM, Frankfurt

„Stolz auf das Erreichte" präsentiert sich die Euromarken Import GmbH, Wiesbaden, die im hartumkämpften Spirituosenmarkt 1984/85 (31. 3.) ihren Absatz um 9,4 Prozent auf 8,97 (8,2) Mill. 1/1-Flaschen und den Umsatz dabei um gut 13 Prozent auf 145 Mill. DM steigern könnte. Der scharfe Wettbewerb um die zurückhaltenderen Spirituosentrinker hinterläßt allerdings auch bei der vor drei Jahren von Henkell und Remy Martin gemeinsam gegründeten Vertriebsfirma Spuren: Ihr Ziel, eine Rendite von drei Prozent vom Umsatz zu erreichen, hat das Unternehmen wieder nicht erreicht; es werden aber, wie von Anfang an, schwarze Zahlen geschrieben.

Daß die Gewinne mit dem Absatz nicht voll mitwachsen, liegt am harten Preiswettbewerb in der Branche. Einzig bei der Cognac-Marke Remy Martin, seit Jahren Nummer eins in der Bundesrepublik mit 3,256 Mill. Flaschen (plus 14 Prozent), war im vergangenen Jahr eine Preiserhöhung (plus 3,9 Prozent) durchsetzbar; mit Remy Martin macht Euromarken jetzt gut 65 (62) Prozent des Umsatzes.

Bei dem Scotch-Whisky Black & White sank der Absatz dagegen um 5000 auf 875 000 Flaschen, unzufrieden ist das Unternehmen auch mit dem Verkauf der Champagnermarke Laurent Perrier, die um vier Prozent auf 250 000 Flaschen expandierte und damit schwächer als der Markt war. Probleme bereiten hier vor allem Parallelimporte aus Frankreich im Gefolge einer „Champagner-Schwemme", die im deutschen Lebensmittelhandel schon zu Angeboten unbekannter Champagnermarken zu Endverbraucherpreisen von um die 16 DM geführt hat, eine Entwicklung, die nach Einschätzung von Euromarken in diesem Jahr zu Ende geht.

Zufrieden ist das Unternehmen mit der Nachfrage nach Grand Marnier (1,06 Mill. Flaschen) und Mateus Rosé. Mit 3,35 (3,2) Mill. Flaschen rangiert der Rosé der Menge nach an zweiter, dem Wert nach an erster Stelle in der Bundesrepublik.

DAIMLER-BENZ / Wachstumsfelder bei Dornier werden besonders gefördert

## High-Tech für den Automobilbau

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Wir sehen keinen Grund, das Auto an seinem hundertsten Geburtstag allmählich auf das Altenteil zu schieben und uns von der Straße weg zu bewegen." Dies erklärte Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt in Stuttgart im Hinblick auf die Engagements des Unternehmens bei MTU und Dornier. Künftig werde technischer Fortschritt im Automobil vor allem darauf basieren, daß neue Technologien und Werkstoffe in die klassischen Techniken integriert werden.

Unter diesen Gesichtspunkten könnten sich weitergehende High-Tech-Aktivitäten für ein Automobilunternehmen nicht nur befruchtend für die traditionellen Arbeitsgebiete auswirken, sondern sie seien bis zu einem gewissen Grade sogar zwingend, um im Automobilbau führend zu bleiben. Breitschwerdt wertete deshalb das Interesse von Daimler-Benz an der MTU und an Dornier als „folgerichtig". Beide Unternehmen verfügten über leistungsstarke Hochtechnologiebereiche.

Die besonderen Stärken von Dornier sehe er vor allem in der Systementwicklung und auf dem Gebiet des Engineering. Überschneidungen seien kaum vorhanden, wohl aber eine ganze Reihe von Ergänzungen. Ziel von Daimler-Benz sei es, die aussichtsreichen Wachstumsfelder wie Elektronik, Informationstechnik, Raumfahrt sowie neue Technologien und Werkstoffe besonders zu fördern.

Dornier (wie auch MTU) solle auch in Zukunft eigenständig bleiben und entsprechend geführt werden. Daimler-Benz verstehe seine Rolle als die eines guten und starken Partners. In einer solchen Zusammenarbeit sehe man die Voraussetzung, Kreativität zu erhalten und zu fördern, dabei aber auch die für alle wichtigen Synergieeffekte zu nutzen.

In diesem Zusammenhang nannte Breitschwerdt Einzelheiten aus der „Endphase" der Dornier-Verhandlungen. Danach überträgt Claudius Dornier seine Anteile an der Dornier Reparaturwerft GmbH und an der Dornier System GmbH an Daimler-Benz. Seinen 20prozentigen Anteil an der Muttergesellschaft der Dornier GmbH behält er (wie bereits berichtet).

Da man den Wunsch von Claudius Dornier, am Unternehmen beteiligt zu bleiben und seine Gesellschafterposition gegenüber dem industriellen Mehrheitsgesellschafter Daimler-Benz abzusichern, respektiere, habe man ihm gewisse Minderheitenrechte eingeräumt, die inhaltlich den üblicherweise mit einer Sperrminorität von 25 Prozent verbundenen Rechten nahekämen.

Darüberhinaus habe man Claudius Dornier eine gewisse Unterstützung bei der Entwicklung seines Seastar-Projekts zugesagt. Die Beteiligungsverhältnisse bei Dornier sehen wie folgt aus: Daimler Benz 65,5 Prozent, Claudius Dornier 20 Prozent, Silvius Dornier 10,5 Prozent, Land Baden-Württemberg 4 Prozent.

SCHIESSER / Schwierigkeiten im Facheinzelhandel

## Marktanteile gut gehalten

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Schiesser AG, Radolfzell, erwartet für das laufende Geschäftsjahr 1985 einen Umsatzzuwachs von bis zu 5 Prozent. Bei anhaltendem, aber schrittweisem Wachstum werde die Zahl der Beschäftigten in den Produktionsbetrieben weiter leicht ansteigen, heißt es in einer Mitteilung.

Im Geschäftsjahr 1984 habe Schiesser, wenngleich dem Unternehmen die Umsatzabschwächung im Facheinzelhandel zu schaffen machte, die Marktanteile gut gehalten. Bei einer durchschnittlichen Preiserhöhung um etwa 2 Prozent fiel der Umsatz mit 423,7 Mill. DM um 0,5 Prozent höher als im Vorjahr aus. Größter Umsatzträger war die Sparte der Herrenwäsche mit 171 Mill. DM (plus 1,0 Prozent), gefolgt von der Damenwäsche mit 131,5 Mill. DM Umsatz (plus 0,4 Prozent) der Kinderwäsche und -bekleidung mit 38,2 Mill. DM (minus 1,0 Prozent) und der Freizeitkleidung mit 26 Mill. DM (plus 1,0 Prozent). Der Exportanteil am Umsatz machte unverändert 11 Prozent aus.

Insgesamt versandte Schiesser 50,8 (51,8) Mill. Wäsche- und Bekleidungsstücke. Zur Ertragslage heißt es, sie sei beeinflußt gewesen durch Preissteigerungen beim Material und durch den anhaltenden Preisdruck auf den Absatzmärkten. Schiesser weist einen Jahresüberschuß von 7,0 (7,3) Mill. DM aus. Auf das Aktienkapital von 48 Mill. DM dieses zur schweizerischen Hesta-Gruppe gehörenden Unternehmens wird eine Dividende von unverändert 14 Prozent ausgeschüttet. Investiert wurden 6,5 (9,4) Mill. DM und abgeschrieben 8,5 (8,8) Mill. DM. Die Liquidität ist nach wie vor gut. Die Zahl der Mitarbeiter stieg um 1,8 Prozent auf über 3900.

## „Keine Alternative zur Technik"

nl, Stuttgart

Da Schlüssel- und Hochtechnologien die künftige Aufteilung der Weltmärkte entscheidend mitbestimmen, komme es darauf an, daß Staat, Wissenschaft und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland rechtzeitig fachgerechte und maßgeschneiderte Lösungen erarbeiteten, die Grundlage für eine gute Marktposition sein könnten. Darauf wies Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber zum Auftakt des Deutschen Ingenieurtags in Stuttgart hin. Alle Beteiligten müßten dazu beitragen, daß sich die Technologien auf einer sachlichen Ebene entwickelten, die nicht vom ständigen Mißtrauen begleitet werde. Die Technikfeindlichkeit ist nach Überzeugung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, wie dieser in seinem Grußwort feststellte, in der Bundesrepublik weitestgehend überwunden.

DEUTSCHE TEXACO / Seit 14 Tagen wieder schwarze Zahlen bei Vergaserkraftstoffen

## Klagen der Branche reißen nicht ab

JAN BRECH, Hamburg

Den Reigen der Bilanzsaison 1984 hat in der Mineralölindustrie die Deutsche Texaco AG, Hamburg, eröffnet. Das Grundmuster dürfte für alle folgenden Unternehmen gelten: anhaltende hohe Verluste im Mineralölgeschäft, die durch Erträge aus der eigenen Rohöl- und Gasförderung oder durch die Auflösung von Preissteigerungsrücklagen ausgeglichen werden.

Vor diesem Hintergrund tiefroter Zahlen in der Mineralölverarbeitung und der daraus entstehenden Gefahren für die gesamte deutsche Raffineriestruktur hat der Vorstandsvorsitzende Armin Schram die Vorlage der Bilanz genutzt, um seine Vorstellungen von einer künftigen Mineralölpolitik zu präzisieren. Die Deutsche Texaco, so Schram, erwarte vom Staat keine Hilfe, wohl aber den Abbau gravierender Wettbewerbsverzerrungen.

So müsse einmal Schluß sein mit der Diskriminierung des Mineralöls und der Subventionierung von Energien, die mit dem Öl in Wettbewerb stehen. Zum anderen sollte die Dumping-Gefahr begrenzt werden, die von den Exportraffinerien der Förderländer ausgehen könnte.

Schließlich fordert Schram eine Harmonisierung der Umweltschutzmaßnahmen in der EG. Die deutschen Raffinerien seien durch die strengen Auflagen kostenmäßig stark benachteiligt. Gelinge der Regierung die Harmonisierung nicht, schlägt Schram vor, entweder für im Inland erzeugte Produkte eine Mineralölsteuerpräferenz einzuführen oder aber importierte Produkte mit einer Ausgleichsabgabe zu belegen.

Diese Maßnahmen, so Schram, müßten im Zusammenhang damit gesehen werden, daß die Ölindustrie und auch die Deutsche Texaco seit Jahren aus eigener Kraft einen kostspieligen Anpassungsprozeß durchmachten, ohne daß sich die Ertragsbasis verbessere. So habe die Deutsche Texaco 1984 trotz aller Bemühungen im Mineralölgeschäft wieder einen hohen Verlust erlitten, den Schram zwar nicht beziffert, der aber 300 Mill. DM überschritten haben dürfte.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn von 27 Mill. DM, der für eine Dividende von 2,70 DM je 50-DM-Aktie verwendet wird, stammt aus der Auflösung von Preissteigerungsrücklagen aus den Jahren 1979 bis 1981. Zum Ausgleich der Ölverluste haben außerdem die Bereiche Aufschluß und Gewinnung sowie die Chemie entscheidend beigetragen. Die Deutsche Texaco ist an der deutschen Erdölförderung zu rund 15 Prozent und an der Gasförderung zu 1,8 Prozent beteiligt.

Absatz- und Umsatzentwicklung der Texaco sind im Berichtsjahr durch die Übernahme der Chevron Erdöl Deutschland GmbH mitbestimmt worden. Der Zuwachs des Absatzes um 12,6 Prozent auf 7,8 Mill. im Inland und des Umsatzes um 16,8 Prozent auf 11,2 Mrd. DM stammt fast ausschließlich aus dem von der Chevron übernommenen Geschäft. Das Tankstellennetz der Texaco ist dadurch auf rund 2400 Stationen gestiegen.

In den ersten Monaten des Jahres habe Texaco nicht zuletzt durch die Übernahme der Chevron die Marktstellung vor allem im Tankstellengeschäft gefestigt, erklärt Schram. Unbefriedigend sei aber nach wie vor die Ertragslage. Der Verlust pro Tonne liege zwar um rund 20 Prozent unter dem des Vorjahres, doch habe sich im ersten Quartal wieder ein stattlicher Fehlbetrag aufsummiert. Eine grundlegende Trendwende glaubt Schram auch nicht aus der Tatsache ableiten zu können, daß die Texaco nach den Preiserhöhungen bei Vergaserkraftstoff in den letzten Wochen seit 14 Tagen erstmals wieder mit schwarzen Zahlen arbeitet.

Um die Ertragslage langfristig zu stabilisieren, werde Texaco auch künftig fortfahren, die Unternehmensstruktur zu verbessern und Rationalisierungen voranzutreiben, betont Schram. Die Kapazitäten sind auf 7 Mill. Jahrestonnen reduziert worden und gegenwärtig zu 89 Prozent ausgelastet. Im Bereich Aufschluß und Gewinnung, der auch in diesem Jahr für einen Ausgleich der Verluste im Ölgeschäft sorgt, werden Untersuchungen vorgenommen, um die Kosten zu verringern und somit die wirtschaftliche Lebensdauer der Förderfelder zu verlängern. Schließlich wird der Anpassungsprozeß auch bei der Belegschaft weitergehen. Die Texaco beschäftigt zur Zeit mit rund 4180 Mitarbeitern 324 weniger als im letzten Jahr. Von den 105 einst bei der Chevron Beschäftigten sind 91 ausgeschieden.

# Warenpreise – Termine

**Knapp behauptet schlossen die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigen konnte sich dagegen Silber. Überwiegend etwas schwächer ging Kufper aus dem Markt. Etwas höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | 339,75 | 341,75 |
| Juli | 318,00 | 318,00 |
| Sept. | 318,25 | 310,00 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif. | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| St. Lawrence 1 CW | geschl. | 247,74 |
| Amber Durum | geschl. | 241,09 |

| Roggen Winnipeg (can. $/t) | | |
|---|---|---|
| Mai | geschl. | 126,30 |
| Juli | geschl. | 129,00 |
| Okt. | geschl. | 134,50 |

| Hafer Winnipeg (can. $/t) | | |
|---|---|---|
| Mai | geschl. | 122,00 |
| Juli | geschl. | 121,00 |
| Okt. | geschl. | 116,50 |

| Hafer Chicago (c/bush) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | 160,00 | 157,00 |
| Juli | 155,00 | 154,25 |
| Sept. | 159,00 | 153,50 |

| Mais Chicago (c/bush) | | |
|---|---|---|
| Mai | 280,50 | 281,00 |
| Juli | 275,75 | 276,75 |
| Sept. | 262,00 | 263,00 |

| Gerste Winnipeg (can. $/t) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | geschl. | 140,00 |
| Juli | geschl. | 130,60 |
| Okt. | geschl. | 121,40 |

## Genußmittel

| Kaffee New York (c/lb) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Mai | 145,50 | 143,85 |
| Juli | 145,50 | 144,15 |
| Sept. | 146,00 | 144,65 |

| Kakao New York ($/t) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Juli | 2061 | 2046 |
| Sept. | 2070 | 2045 |
| Dez. | 2048 | 2025 |
| Umsatz | – | 2798 |

| Zucker New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 Juli | 3,13 | 3,10 |
| Sept. | 3,25 | 3,21 |
| Okt. | 3,38 | 3,38 |
| Jan. | 4,19 | 3,65 |
| März | 4,37 | 4,20 |
| Umsatz | – | 7 125 |

| | 17. 5. | 16. 5. |
|---|---|---|
| Isa-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb) | 2,75 | 2,77 |

| Kaffee London (£/t) Robusta- | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Kontrakt Mai | 2006–2010 | 2040–2045 |
| Juli | 2053–2057 | 2083–2085 |
| Sept. | 2099–2102 | 2122–2125 |
| Umsatz | 2509 | 2033 |

| Kakao London (£/t) | | |
|---|---|---|
| Terminkontrakt Mai | 1744–1745 | 1760–1767 |
| Juli | 1772–1774 | 1786–1787 |
| Sept. | 1764–1786 | 1775–1776 |
| Umsatz | 2885 | 2617 |

| Zucker London ($/t), Nr. 6 | | |
|---|---|---|
| Aug. | 96,60–96,80 | 93,40–93,60 |
| Okt. | 99,60–99,80 | 96,80–97,00 |
| Dez. | 105,60–106,60 | 102,60–103,20 |
| Umsatz | 972 | 2187 |

| Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| schw. Sarawak spez. | 715,00 | 715,00 |
| weißer Sarawak | 855,00 | 855,00 |
| weißer Muntok | 885,00 | 885,00 |

| Orangensaft New York (c/lb) | 17. 5. | 16. 5. |
|---|---|---|
| Mai | 150,50 | 155,50 |
| Juli | 150,70 | 153,35 |
| Sept. | 148,50 | 150,70 |
| Nov. | 147,45 | 148,80 |
| Jan. | 146,85 | 148,30 |
| Umsatz | 500 | 150 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

| Erdnußöl New York (c/lb) | 17. 5. | 16. 5. |
|---|---|---|
| Südstaaten fob Werk | 45,00 | 47,00 |

| Maisöl New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| US-Mittelweststaaten fob Werk | 30,75 | 31,00 |

| Sojaöl | | |
|---|---|---|
| Chicago (c/lb) Mai | 31,83 | 31,49 |
| Juli | 30,45 | 29,90 |
| Aug. | 29,40 | 28,89 |
| Sept. | 28,69 | 28,05 |
| Okt. | – | 27,15 |
| Dez. | – | 26,35 |
| Jan. | – | 25,98 |

| Baumwollsaatöl New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Mississippi-Tal fob Werk | 31,75 | 32,25 |

| Schmalz Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| loco lose | 20,00 | 20,00 |
| Choise white hog 4% fr. F. | 18,25 | 18,75 |

| Talg New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| top white | 19,00 | 19,00 |
| fancy | 18,50 | 18,50 |
| bleichfähig | 17,00 | 17,00 |
| yellow max. 10% fr. F. | 15,50 | 15,75 |

| Schweine Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Juni | 47,00 | 46,80 |
| Juli | 49,80 | 49,40 |
| Aug. | 50,00 | 49,80 |

| Schweinebäuche Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Mai | 64,20 | 63,90 |
| Juli | 65,65 | 65,35 |
| Aug. | 64,85 | 64,50 |

| Häute Chicago (c/lb) | 17. 5. | 16. 5. |
|---|---|---|
| Ochsen unb. schwere River Northern | 58,00 | 58,00 |
| Kühe unb. schwere River Northern | 42,00 | – |

| Sojabohnen Chicago (c/bush) | | |
|---|---|---|
| Mai | 577,75 | 577,50 |
| Juli | 572,50 | 571,50 |
| Aug. | 573,25 | 573,00 |
| Sept. | 579,50 | 572,50 |
| Nov. | – | 580,50 |
| Jan. | – | 591,00 |
| März | – | 601,50 |

| Sojaschrot Chicago ($/sht) | | |
|---|---|---|
| Mai | 119,50 | 120,50 |
| Juli | 123,20 | 124,60 |
| Aug. | 126,10 | 127,50 |
| Sept. | 131,60 | 130,10 |
| Okt. | – | 132,80 |
| Dez. | – | 138,50 |
| Jan. | – | 140,80 |

| Leinsaat Winnip. (can. $/t) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | geschl. | 362,50 |
| Juli | geschl. | 365,50 |
| Okt. | geschl. | 368,00 |

| Kokosöl New York (c/lb) | 17. 5. | 16. 5. |
|---|---|---|
| Westküste fob Werk | 38,00 | 38,00 |

| Erdnußöl Rotterdam ($/t) | 21. 5. | 20. 5. |
|---|---|---|
| jegl. Herk. cif | 1030,00 | 1030,00 |

| Leinöl Rotterdam ($/t) | | |
|---|---|---|
| jegl. Herk. ex Tank | 745,00 | 750,00 |

| Palmöl Rotterdam ($/lgt) | | |
|---|---|---|
| Sumatra cif | 605,00 | 605,00 |

| Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) | | |
|---|---|---|
| roh Niederl. fob Werk | 221,00 | 222,00 |

| Kokosöl Rotterdam ($/lgt) | | |
|---|---|---|
| Philippinen cif | 670,00 | 700,00 |

| Leinsaat Rotterdam ($/t) | | |
|---|---|---|
| Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 298,50 | 298,50 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Juli | 65,10 | 65,02 |
| Okt. | 63,90 | 63,73 |
| Dez. | 63,81 | 63,75 |
| März | 64,85 | 64,80 |
| Mai | – | 65,50 |
| Juli | – | 65,80 |

| Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis | | |
|---|---|---|
| loco RSS-1: | 40,75 | 40,75 |

| Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2: | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | – | 520,00 |
| Aug. | 532,00–536,00 | 532,00–534,00 |
| Okt. | 532,00–536,00 | 532,00–534,00 |
| Umsatz | 25 | 61 |

| Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge: | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | 55,00 | unerh. |
| Juli | 55,40 | unerh. |
| Okt. | 55,50 | unerh. |
| Dez. | 55,50 | unerh. |
| Umsatz | 0 | 0 |
| Tendenz: stetig | | |

| Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | 622,00–625,00 | 622,00–627,00 |
| Juli | 632,00–636,00 | 635,00–637,90 |
| Okt. | 622,00–623,00 | 622,00–630,00 |
| Umsatz | 4 | 33 |

| Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| East African 3 long | 680,00 | 680,00 |
| undergraded: | 570,00 | 570,00 |

| Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | 12 070 | 12 060 |
| Juni | 12 130 | 12 113 |

| Kautschuk London (p/kg) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Nr. 1 RSS loco | 63,00–66,00 | 64,00–67,00 |
| Juni | 69,00–71,50 | 69,00–71,00 |
| Juli | 70,00–72,50 | 70,00–73,50 |
| Aug. | 71,00–73,50 | 71,00–73,50 |
| | | Tendenz: ruhig |

| Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Juni | unerh. | 192,50–193,00 |
| Juli | unerh. | 193,75–194,00 |
| Nr. 2 RSS Juni | unerh. | 192,00–193,00 |
| Nr. 3 RSS Juni | unerh. | 189,50–190,50 |
| Nr. 4 RSS Juni | unerh. | 184,00–185,00 |
| Tendenz: still | | |

| Jute London (£/lgt) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| BWC | 905,00 | 905,00 |
| BWD | 885,00 | 885,00 |
| BTC | 905,00 | 905,00 |
| BTD | 885,00 | 885,00 |

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. - 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

## Westdeutsche Metallnotierungen

| (DM je 100 kg) | 21. 5. | 20. 5. |
|---|---|---|
| Aluminium: Bas. London | | |
| laufend. Monat | 340,34–340,54 | 337,56–337,76 |
| drittfolg. Monat | 348,93–349,32 | 334,05–334,24 |
| Blei: Basis London | | |
| laufend. Monat | 112,80–113,19 | 113,30–113,50 |
| drittfolg. Monat | 115,33–115,53 | 116,23–116,43 |
| Nickel: Basis London | | |
| laufend. Monat | 1738,79–1740,74 | 1758,15–1760,10 |
| drittfolg. Monat | 1712,32–1721,22 | 1703,45–1707,36 |
| Zink: Basis London | | |
| laufend. Monat | 248,23–248,62 | 245,75–250,95 |
| drittfolg. Monat | 252,53–252,92 | 249,85–250,05 |
| Produz.-Preis | 293,47 | 291,53 |
| Reinzinn 99,9% | 3961–4000 | 4058–4098 |

## NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 21. 5. | 22. 5. |
|---|---|---|
| Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*) | 467,58–470,89 | 460,05–463,37 |
| Blei in Kabeln | 120,50–121,50 | 121,00–122,00 |
| Aluminium für Leitzwecke (VAW) | | |
| Rundbarren | 455,00–458,50 | 455,00–458,50 |
| Vorziehdraht | 464,00–464,50 | 464,00–464,50 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

## Messingnotierungen

| | 21. 5. | 20. 4. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 426–433 | 421–429 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 474–480 | 472–474 |
| MS 63 | 476–483 | 470–477 |

## Zinn-Preis Penang

| Straits-Zinn | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| ab Werk prompt (Ring./kg) | 29,32 | 29,15 |

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

| (DM je 100 kg) | 21. 5. | 20. 5. |
|---|---|---|
| Leg. 225 | 376–390 | 378–390 |
| Leg. 226 | 380–392 | 380–392 |
| Leg. 231 | 410–425 | 410–425 |
| Leg. 233 | 420–435 | 420–435 |

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

## Edelmetalle

| | 21. 5. | 20. 5. |
|---|---|---|
| Platin (DM je g) | 29,458 | 30,258 |
| Gold (DM je kg Feingold) | | |
| Banken-Vkfpr. | 31 450 | 28 130 |
| Rücknahmepr. | 30 700 | 27 430 |
| Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 31 690 | 32 220 |
| Rücknahmepr. | 30 890 | 31 410 |
| verarbeitet | 33 2408 | 33 8008 |
| Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg) | 31 070 | 31 880 |
| Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 626,10 | 656,20 |
| Rücknahmepr. | 607,70 | 637,00 |
| verarbeitet | 653,608 | 685,108 |

## Internationale Edelmetalle

| Gold (US-$/Feinunze) London | 21. 5. | 20. 5. |
|---|---|---|
| 10.30 | 316,50 | 323,65 |
| 15.00 | 314,90 | 323,30 |
| Zürich mittags | 316,00–316,50 | 323,50–324,00 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 94 650 | 98 500 |
| Silber (p/Feinunze) | | |
| London Kasse | 486,50 | 508,10 |
| 3 Monate | 501,55 | 524,30 |
| 6 Monate | 516,30 | 539,55 |
| 12 Monate | 543,10 | 568,35 |

| Platin (£-Feinunze) London | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| fr. Markt | 219,95 | 221,90 |
| Palladium (£-Feinunze) London | | |
| f. Händlerpr. | 85,45 | 87,95 |

| New Yorker Preise | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Gold H & H Ankauf | 322,75 | 322,75 |
| Silber H & H Ankauf | 651,00 | 653,50 |
| Platin fr. Händlerpr. | 276,00–278,00 | 266,00–277,00 |
| Produz.-Preis | 475,00 | 475,00 |
| Palladium fr. Händlerpr. | 110,50–111,50 | 112,00–113,00 |
| Produz.-Preis | 150,00 | 150,00 |
| Silber (c/Feinunze) | | |
| Mai | 629,50 | 646,00 |
| Juni | 633,00 | 651,10 |
| Juli | 643,00 | 653,50 |
| Sept. | 655,50 | 662,00 |
| Dez. | 664,00 | 677,50 |
| Jan. | – | 682,40 |
| März | – | 691,90 |
| Umsatz | – | 14 000 |

## New Yorker Metallbörse

| Kupfer (c/lb) | 20. 5. | 17. 5. |
|---|---|---|
| Mai | 64,00 | 63,50 |
| Juni | 64,05 | 63,70 |
| Juli | 64,70 | 64,05 |
| Sept. | 65,60 | 64,75 |
| Dez. | 66,00 | 65,60 |
| Jan. | – | 65,85 |
| März | – | 66,50 |
| Umsatz | – | 7 500 |

## Londoner Metallbörse

| Aluminium (£/t) | 21. 5. | 20. 5. |
|---|---|---|
| Kasse | 872,00–872,50 | 865,50–866,50 |
| 3 Monate | 894,00–895,00 | 887,50–888,00 |
| Blei (£/t) Kasse | 289,00–290,00 | 290,00–291,00 |
| 3 Monate | 295,50–296,00 | 296,00–296,50 |
| Kupfer Higherg. (£/t) | | |
| mittags Kasse | 1177,0–1178,0 | 1156,5–1157,5 |
| 3 Monate | 1185,0–1186,0 | 1186,5–1187,0 |
| abends Kasse | – | 1168,0–1169,0 |
| 3 Monate | – | 1178,5–1179,0 |
| (Kupfer-Standard) | | |
| Kasse | 1171,0–1173,0 | 1163,0–1165,0 |
| 3 Monate | 1174,0–1175,0 | 1166,0–1169,0 |
| Zink (£/t) Kasse | 636,00–637,00 | 633,00–635,00 |
| 3 Monate | 647,00–648,00 | 645,00–646,00 |
| Zinn (£/t) Kasse | 9490–9495 | 9455–9460 |
| 3 Monate | 9455–9458 | 9425–9430 |
| Quecksilber ($/Fl.) | – | 280–290 |
| Wolfram-Erz ($/T-Einh.) | – | 69–71 |





























Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

# Der Markt wird getestet

**Die Kondition der neuen 12jährigen siebenprozentigen Postanleihe, die zu 100 Prozent angeboten wird, hat überrascht. Gegenwärtig scheint diese Anleihe nur für Großanleger akzeptabel zu sein, die Boni eingeräumt bekommen. Private Rentenzeichner erhalten auf dem Pfandbriefmarkt noch rund ein Viertel Prozent mehr an Rendite. Mit der Postanleihe soll offenbar der Markt getestet werden. Bei den öffentlichen Anleihen werden die Notierungen bis zu 0,40 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die Nachfrage ist keineswegs stürmisch.**

| | | |
|---|---|---|
| M 7 dgl. Pf 28 | 100,25G | 100G |
| B 5 Ber.Pfandb. Pf 7 | 102,5G | 102,5G |
| B 7 dgl. Pf 31 | 100,5 | 100,5G |
| B 6 dgl. Pf 34 | 98,25G | 98,25G |
| B 6½ dgl. Pf 37 | 99,5G | 99,5G |
| Hn 5 BrHam. Hypo. Pf 1 | 118G | 118G |
| Hn 7 dgl. Pf 80 | 96,25G | 95,25G |
| Hn 7½ dgl. Pf 87 | 101,5G | 100,5G |
| Hn 6 dgl. KS 29 | 87,5G | 86,25G |
| Hn 7 dgl. KS 30 | 101,15G | 100,85G |
| D 5 Dt.Centbod. Pf 44 | 120,5G | 120,5G |
| D 5 dgl. Pf 54 | 116G | 116G |

| | | |
|---|---|---|
| D 6 dgl. Pf 28 | 98G | 98G |
| D 6½ dgl. Pf 67 | 90G | 90G |
| D 5½ dgl. KO 3+E | 126G | 126G |
| D 7½ dgl. KO 77 | 100G | 100G |
| S 5 WüHyp.Mannh.Pf57 | 110G | 110G |
| S 5½ dgl. Pf 109 | 76,25G | 74,25G |
| S 7 dgl. Pf 125 | 101G | 101G |
| S 7 dgl. Pf 128 | 96G | 96G |
| S 8 dgl. Pf 177 | 101,6G | 101,6G |
| S 6 dgl. KS 77 | 85G | 85G |
| Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17 | 124,25G | 124,25G |
| Br 5½ dgl. Pf 24 | 107,75G | 107,75G |
| Br 5 dgl. Pf 36 | – | – |
| Br 5½ dgl. Pf 43 | 90,25G | 90,25G |

| | | |
|---|---|---|
| F 7½ Karstadt 71 | 100,4G | 100,4G |
| F 7½ Kaufhof 71 | 100,3bG | 100,25T |
| F 7½ dgl. 71 | 100,5T | 100,25T |
| F 7½ dgl. 76 | 100,25 | 100,3G |
| F 7½ Klöckner W. 71 | 100,25G | 100,25G |
| F 8 dgl. 72 | 101T | 101,2 |
| F 6 NWK 61 | 99,8G | 99,4G |
| F 6 dgl. 62 | 98,65 | 98,6G |
| F 6 Ob.Don.Krwk. 64 | 98,5T | 98,25T |
| F 6 Rh.Braw. 63 | 97,75bG | 97,4bG |
| F 6 dgl. 65 | 97,5bG | 97,1T |
| F 6 RWE 63 | 100,25T | 100,25T |
| F 6 dgl. 65 | 97,6G | 97,5 |
| F 7½ dgl. 71 | 100,25bG | 100,25bG |
| F 7 dgl. 72 | 100G | 100G |

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

## Ausländische Aktien in DM

# Aktien auf neuem Höchststand

## Sinkende Zinsen und steigende Kurse in Wall Street regen an

**DW. – Die Tendenz am deutschen Aktienmarkt blieb fest. Es wurde ein neuer Höchststand erreicht. Da nicht mehr vorwiegend Ausländer auf der Käuferseite standen, sondern auch inländische Investoren bereit waren, ihre bisher geübte Zurückhaltung wieder aufzugeben, vollzog sich der weitere Anstieg der Kurse auf breiter Front. Anregungen bezogen das Geschäft aus den weiter sinkenden Zinsen und aus dem vorangegangenen kräftigen Kursanstieg der US-Aktien, der ebenfalls mit Zinssenkungen zusammenhängt.**

Wie schon in den Vortagen, so lag ein Handelsschwerpunkt wieder bei den Bankaktien. Zusätzliche Kaufanregungen ergaben sich hier aus dem Hinweis der Bundesbank, wonach die deutschen Institute ihre nach Problemländern gegebenen Kredite inzwischen im Griff hätten. Die Nachricht von BMW, wegen guter Beschäftigung genau wie das Volkswagenwerk Neueinstellungen vornehmen zu müssen, hat nun auch zu einem Anstieg des BMW-Kurses geführt. Im Chemiebereich waren es vor allem einige Nebenwerte (Schering, Beiersdorf, Rütgers), bei denen es zu Kursanhebungen kam. Die Titel der Großchemie veränderten sich nur wenig. Zu einer weiteren Sonderbewegung kam es bei Harpen.

**Frankfurt:** Wella verminderten um 7 DM und Kali Chemie um 11 DM. Zeiss stockten um 8,50 DM und Cassella um 14 DM auf. Rheinelektra verbesserten sich um 15 DM. Karstadt erhöhten um 9 DM.

**Düsseldorf:** Keramag stiegen um 4,50 DM und Girmes um 6 DM. 7 DM legten AEG Kabel Rheydt zu, 8 DM Kromschröder und Ravensberger Spinne. Concordia Chemie gewannen weitere 9 DM. Aachen Münchner Vers. stockten um 12 DM auf.

**Hamburg:** Beiersdorf wurden zu 510 DM umgesetzt. HEW gingen bis 89 DM um, während NWK-Vz. bei 221 DM wenig verändert waren. Triton wechselten in der Kasse zu 117 DM den Besitzer. Schwächer verkehrten Hapag Lloyd mit 110 DM sowie Bremer Vulkan mit 75,20 DM.

**Berlin:** Schering verbesserten sich um 4 DM. Berliner Bank legten 2 DM zu. Bekula wurden um 1 DM höher notiert. Orenstein büßten 1 DM ein, während Rheinmetall unverändert notierten. Berliner Kindl stiegen um 1 DM an, Berthold gaben um 4 DM und Berliner Elektro um 3,50 DM nach.

**München:** Brau AG Nürnberg stockten um 3 DM und Deckel AG um 4 DM auf. Energie Ostbayern verbesserten sich um 4,50 DM und Flachglas um 4,80 DM. Rathgeber stockten um 20 DM auf. Nachgegeben haben Dywidag um 2,50 DM und Electro 2000 10 DM. Süd Chemie verloren 1 DM.

**Stuttgart:** Kolbenschmidt erhöhten um 3 DM. Daimler stockten um 2,20 DM auf. Salamander legten 2,90 DM zu. Kolb und Schüle gaben 2,10 DM nach. Porsche verloren 14 DM. Moto Meter waren im Freiverkehr um 8 DM nachgebend.

**Nachbörse: freundlich**

**WELT-Aktienindex: 184,7 (184,5)**
**WELT-Umsatzindex: 5170 (4910)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer Vbk, BMW, Commerzb., Conti Gumm., Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W., Linde, Lufthansa St., Lufthansa V., Mannesmann, MAN, Mercedes-H., Metallges., Nixdorf, Porsche, "Preussag", RWE St., RWE VA, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips, Royal D., Unilever – DM-Total in 1000 DM

## Inland

| | | 21.5. | 20.5. |
|---|---|---|---|
| H | Aach M Beteil. 9+2,50 | 1190 | 1197 |
| H | Aach. M. Vers. 7 | 455bG | 422G |
| D | Aach. Rück. 9 | 1300 | 1280T |
| D | Aseag *4 | 460T | 460T |
| M | Act-Gögg. 4 | 123 | 123,5bB |
| H | Adca 0 | 135 | 135,5 |
| D | Adler 9 | 310 | 300G |
| F | Adt 0 | 11,5bG | 11bG |
| F | AEG-Telef. 0 | 114 | 114 |
| D | AEG-Kabel 8 | 288 | 281bG |

| | | 21.5. | 20.5. |
|---|---|---|---|
| H | Br.H.Hypo 10 | 328exD | 322G |
| Hn | Brsch.Jute *0 | 100G | 100G |
| H | Breitenb.-C. *28 | 600G | 600G |
| H | Br. Straßb. *0 | 460G | 460G |
| H | Br. Vulkan 0 | 75,5 | 75,5 |
| H | Br. Wollk. 6 | 160 | 157 |
| F | BBC 6 | 212,5 | 210 |
| S | BSU Textil % 20 | 1300G | 1300G |
| D | Buckau-W. 4,1 | 152,8 | 150bG |
| D | Buderus *12 | 583G | 583G |
| M | Bgl.Br.Ing. *12+2 | 775G | 775G |
| S | Bgl.Brh.Rav. *0 | 360G | 360G |

| | | 21.5. | 20.5. |
|---|---|---|---|
| M | En. Oberfr. 4,5 | 262bG | 263G |
| M | En. Ostb. 5+1 | 229,5 | 225bG |
| H | Elkraft 0 | 43,9 | 42,5 |
| B | Engelhardt 7 | 199 | 200T |
| D | Enka 6,67 | 335 | 349 |
| M | Erlus 12,5 | 326G | 326bG |
| M | Erste Kulmb. 9 | 1310G | 1310G |
| S | esbi *0 | 8,5bG | 8,5 |
| S | Essl. Masch. *4 | 285G | 285G |
| M | Enerer **16 | 560TG | 540TG |
| D | Farb. Liqu. RM 0 | 7 | 7 |
| F | Flachglas 8 | 230 | 225 |
| D | Ford *19,36 | 850T | 850T |

| | | 21.5. | 20.5. |
|---|---|---|---|
| S | Hohner *4 | 263 | 263 |
| H | Holsten-Br. 6 | 240,1 | 241,5 |
| F | Holzmann 10+1 | 424 | 425bG |
| D | Horten 6 | 171,8 | 171 |
| B | Hw. Kayser *12 | 255G | 258G |
| D | Hussel 8 | 299 | 295 |
| D | Hota Heg. 0 | – | – |
| M | Hutschenr. 9 | 245 | 245 |
| H | Hypo Hbg. 12,5 | 445bB | 432 |
| D | IKB 7,5 | 209 | 209,9 |
| S | IWKA 0 | 325 | 327 |
| M | Isar-Amper 7,5 | 355bG | 352bG |
| D | Isenbeck 4,75 | 157G | 157G |

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Inlandszertifikate

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausländische DM-Anleihen

## Ausland

### New York

### Toronto

### London

### Amsterdam

### Tokio

### Zürich

### Madrid

### Paris

### Mailand

### Wien

### Kopenhagen

| | | |
|---|---|---|
| ...ke Bank | 299 | 306 |
| ...k | 625 | 630 |
| ... Handelsbk. | 270 | 276 |
| ...ustri | 521 | 510 |
| ...kan | 270 | 276 |
| ... Komp. | 215 | 217 |
| ...erfabr. | 520 | 515 |
| ...garier St. | 950 | 975 |
| ... Fabr. | 228 | 228 |

### Brüssel

| | | |
|---|---|---|
| Arbed | 1725 | 1695 |
| Brux. Lambert | 1925 | 1910 |
| Cockerill Ougrée | 223 | 229 |
| Ebes | 2805 | 2810 |
| Gevaert | 3665 | 3640 |
| Kreditbank | 8400 | 8320 |
| Pétrofina | 5910 | 6800 |
| Soc. Gén. d. Belg. | 1855 | 1945 |
| Sofina | 6900 | 6900 |
| Solvay | 4240 | 4240 |
| UCB | 4955 | 4925 |
| Index | 2253,78 | 2238,51 |

### Hongkong

| | | |
|---|---|---|
| China Light + P. | 16,1 | 14,3 |
| Hongkong Land | 5,8 | 5,95 |
| Hongk. + Sh. Bk. | 8,5 | 8,4 |
| Hongk. Teleph. | 95 | 98 |
| Hutch. Whampoa | 24 | 24,2 |
| Jard Matheson | 11,4 | 11,5 |
| Swire Pac. + A + | 24,1 | 24,2 |
| Wheelock + A + | 7,25 | 7,25 |

### Singapur

| | | |
|---|---|---|
| Cycle + Car. | 3,84 | 3,88 |
| Cold Storage | 2,54 | 2,55 |
| Dev. Bk. of Sing. | 6,4 | 6,4 |
| Fraser + Neave | 5,3 | 5,3 |
| Kl. Kepong | 2,46 | 2,49 |
| Mal. Banking | 6,35 | 6,4 |
| Nat. Iron | 2,96 | 3 |
| OCBC | 9,5 | 9,55 |
| Sime Darby | 2,1 | 2,16 |
| Singapur Land | 2,92 | 2,92 |
| Un. Overs. Bank | 4,4 | 4,48 |

### Sydney

| | | |
|---|---|---|
| ACI | 2,5 | 2,5 |
| Ampol. Explor. | 2,6 | 2,6 |
| Bridge Oil | 2,35 | 2,4 |
| Brok. Hill. Prop. | 4,56 | 4,64 |
| Coles | 3,75 | 3,73 |
| CRA | 6,56 | 6,66 |
| CSR (Theiss) | 2,75 | 2,8 |
| Metals Expl. | 0,62 | 0,62 |
| MIM-Holdings | 3,3 | 3,38 |
| Myer Emporium | 1,94 | 1,95 |
| North Broken Hill | 2,65 | 2,74 |
| Oakbridge | 1,02 | 1,02 |
| Peko Wallsend | 4,63 | 4,7 |
| Poseidon | 4,35 | 4,45 |
| Thomas Nat. Tr. | 2,05 | 2,02 |
| Waltons Bond | 0,39 | 0,40 |
| Westpacific Banking | 4,25 | 4,25 |
| Western Mining | 4,4 | 4,45 |
| Woodside Petr. | 1,6 | 1,6 |
| Index | 898,00 | 904,40 |

## Optionshandel

## Goldmünzen

## Euro-Geldmarktsätze

## Devisen und Sorten

## Devisenmärkte

Die gestrige stabile Verfassung des US-Dollar verstärkte sich noch. In den USA und an den asiatischen Märkten zog der Dollar bis über 3.07 an. Nach einem Rückschlag bis 3.0450 wurde nach den revidierten Zahlen des Bruttosozialprodukts 1. Quartal nochmals bis 3.06 gehandelt. Das schlechte Ergebnis von nur plus 0.7 Prozent hätte noch vor wenigen Wochen einen Kurssturz herbeigeführt, heute waren manche Marktteilnehmer darüber erleichtert, daß das befürchtete Minusvorzeichen ausgeblieben war. Die amtliche Notiz wurde mit 3.0530 ermittelt. Unter den meist höher bewerteten übrigen Währungen fielen besonders der Yen, der Escudo und der can. Dollar mit überdurchschnittlichen Kursgewinnen auf. US-Dollar in: Amsterdam 3,4440; Brüssel 61,41; Paris 9,3120; Mailand 1931,50; Wien 21,4480; Zürich 2,5722; Ir. Pfund/DM 3,129; Pfund/Dollar 1,2673; Pfund/DM 3,896.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 20. Mai: In D-Mark 2,24130 (Parität 2,24184); in Dollar 0,740190 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 20. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

## Devisenterminmarkt

Nochmals leicht nachgebende Dollar-Depots führten am 21. Mai zu einer geringfügigen Verringerung der Termin-Abschläge.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,67/0,57 | 1,90/1,80 | 4,03/3,82 |
| Pfund/Dollar | 0,54/0,52 | 1,46/1,43 | 2,46/2,41 |
| Pfund/DM | 3,1/1,7 | 7,3/5,9 | 13,0/11,6 |
| FF/DM | 21/6 | 45/29 | 82/66 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 5.: Tagesgeld 5,40–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 5.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 21. 5.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (7,00) – 7,00 (7,50) – 7,25 (8,00) – 7,30 (8,25) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00) – 5,73 (5,97) – 6,13 (6,45) – 6,38 (6,80) – 6,58 (7,05) – 6,84 (7,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,45, 2 Jahre 6,10. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,60; Rendite 6,85.





## Information über alles

R. Z. – Wir leben in einem Zeitalter, in dem unser Wissen von Jahr zu Jahr sprunghaft anwächst. Nicht zu Unrecht spricht man von der Information als dem *bestimmenden* Element der modernen Gesellschaft. Diese Entwicklung, deren Wurzeln auf die Renaissance zurückgehen, ist nicht nur dem schöpferischen Wirken einzelner Genies zu verdanken, *sondern* auch der Tatsache, daß sich immer mehr Menschen aktiv an *ihr* beteiligen. Sie können dies nicht zuletzt, weil sie – um es überspitzt *zu formulieren* – besser sehen können. Und deshalb haben auch Wissen *und* technologischer Fortschritt durchaus etwas mit der Brille zu tun. Keiner unserer Sinne vermittelt uns in ähnlich hohem Maße Informationen wie das Auge. Kein anderes Sinnesorgan ist aber auch so häufig „fehlerhaft". Rund siebzig Prozent der Menschen sind fehlsichtig. *Die Brille* gibt in den meisten Fällen auch ihnen die Möglichkeit, aktive Mitglieder einer Informations-Gesellschaft zu sein. Dies wäre aber nicht möglich ohne den Einsatz moderner Fertigungstechniken und Gläsersorten. Die Brillen von heute sind optisch perfekt und unterstreichen durch ihr modisches Design die Individualität ihrer Träger.

# Eine Branche wünscht „klare Sicht voraus"

Neun Landesinnungsverbände umfaßt der Zentralverband der Augenoptiker. Insgesamt 29 Innungen bestehen in der gesamten Bundesrepublik. In ihnen sind rund 6000 selbständige Augenoptiker organisiert. Sie betreiben über 6500 Betriebsstätten.

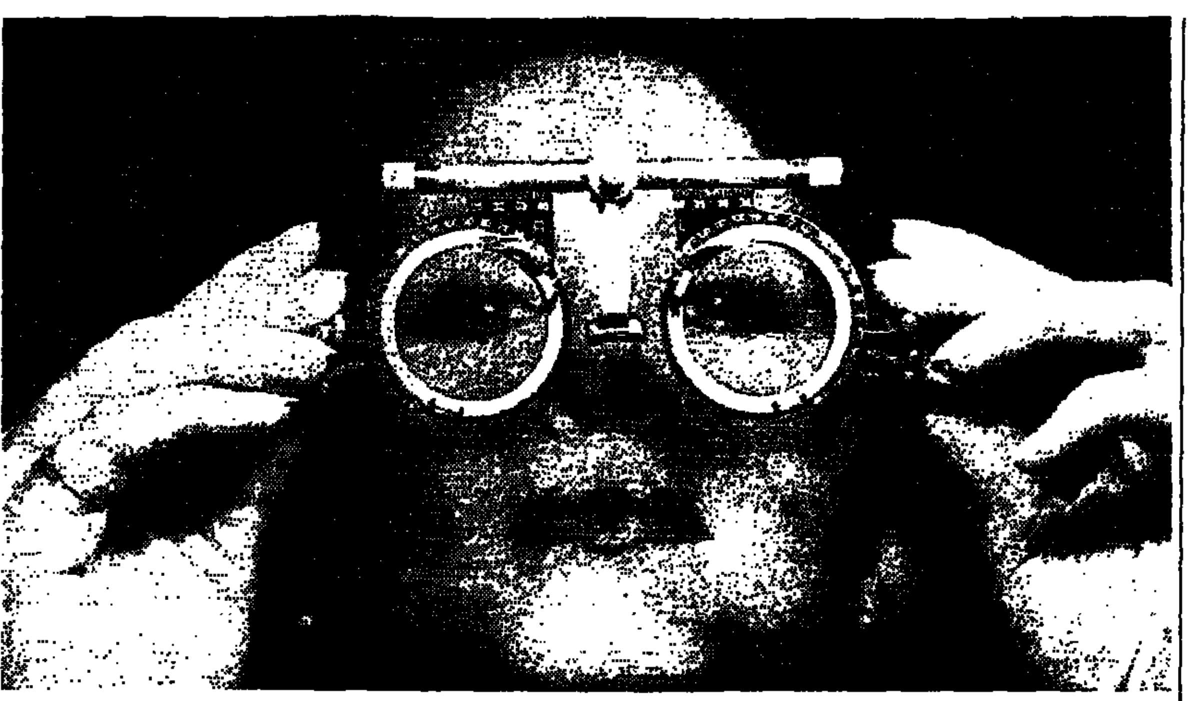
Was bedeuten *diese* nüchternen und vielleicht nicht für jeden Außenstehenden *aussagekräftigen* Zahlen? Es läßt sich sagen: Mit alles in allem über 27 000 Beschäftigten *gehören* die Augenoptiker heute zu einem bedeutenden Berufszweig des Handwerks. Das belegen die Ziffern der wirtschaftlichen Entwicklung. Der 1984 erzielte Branchenumsatz betrug knapp vier Milliarden Mark. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr etwa 14 Millionen Brillen von den Augenoptikern der Bundesrepublik Deutschland angefertigt und etwa *400 000* Paar Kontaktlinsen verkauft.

Für sich gesehen sind das beeindruckende *Kennziffern.* Der Beruf besitzt also Attraktivität, und sie bringt es mit sich, daß der Andrang zu diesem Beruf überdurchschnittlich groß ist. Hier wie auch in anderen qualifizierten Ausbildungsbereichen können nicht alle Lehrstellenbewerber einen *Ausbildungsplatz* erhalten.

Derzeit werden über 4000 angehende *Augenoptiker ausgebildet. Mehr* als 60 Prozent sind weiblich. Die überwältigende Mehrzahl der Auszubildenden, über 80 Prozent, hat die Schule mit mittlerer Reife oder Abitur abgeschlossen. Für die weitere fachliche Ausbildung existieren in der Bundesrepublik Deutschland vier höhere Schulen. Neben der Fachakademie in München sind es die Fachschule für Optik und Fototechnik in Berlin und die Höhere Fachschule für Augenoptik in Köln sowie das Institut für Augenoptik an der Fachhochschule in Aalen.

Es kann jedoch nicht verschwiegen werden, *daß die Umsatzentwicklung* nicht allein von der Tüchtigkeit und der *Qualifikation* des *Augenoptiker*-Gewerbes selbst beeinflußt wird. Zum einen nämlich entstand für die in ihrem Umsatz von der Reichsversicherungsordnung abhängigen Einzelmitglieder der Branche durch die ungünstige Kostenentwicklung und den Preisstopp im Gesundheitswesen eine schwierige Situation. Nach teilweise rigorosen Umsatzrückgängen konnte 1984 wieder ein leichter Aufwärtstrend verzeichnet werden, jedoch sind derzeit *immerhin* mehr als 40 Prozent der Gesamtumsätze reine Krankenkassenumsätze.

Zum anderen aber bereitet dem selbständigen Optiker die voranschreitende Veränderung der gewachsenen Gewerbestruktur zunehmende Sorgen. Seit zehn Jahren ist *der augenoptische Mittelstand,* vor allem in regionalen Schwerpunkten, einem wachsenden Konkurrenzdruck durch große Kapitalgesellschaften



**Der Blick in die Zukunft des Optikergewerbes wird neu vermessen**

FOTO. HANS-WILHELM HÖFT

*ausgesetzt. Angesichts* der von *ihm* kritisierten „Vermarktung der Brille als Konsumartikel" tritt der Zentralverband der Augenoptiker mit diesem Anliegen häufig an die Öffentlichkeit.

Seine Argumentation enthält den Hinweis, daß die Brille ein individuell zu fertigender Gegenstand sei, der sich jeder Massenproduktion entziehen müsse. Der Kunde ist offensichtlich bereit, für individuellen Service auch einen entsprechenden Preis zu entrichten. Der Anteil der verschriebenen, ohne private Zuzahlung erworbenen Fassungen liegt bei nur 33 Prozent. Der Trend zur Metallfassung nimmt zu; es sind etwa 51 Prozent der abgegebenen Fassungen.

Der Kunde legt zudem *immer* mehr Wert auf komfortablere Gläser. So stieg der stückzahlmäßige Anteil der Kunststoffgläser, der im Jahre 1981 erst 17 Prozent betragen hatte, auf 23,5 Prozent. Die Mehrstärkengläser erreichten statt 23,3 Prozent einen Anteil von 25,5 Prozent, und Gleitsichtgläser machten statt 4,7 Prozent *im vergangenen Jahr* 7,2 *Prozent* aus. Die Optiker verkennen nicht, daß die gegenwärtige Struktur der Alterspyramide Außenstehenden die Umsatzlage als rosig erscheinen lassen möge. Tatsächlich ist angesichts der Überalterung der Bevölkerung zwar mit einer Nachfrageausweitung zu rechnen. Da aber die Bevölkerung in den nächsten Jahren wieder etwas rückläufig ist, wird sich die Nachfrage reduzieren. Auch *mögliche* staatliche Eingriffe tragen zur Dämpfung der Erwartungen bei. Es dürfte demnach mit keinen größeren Zuwachsraten zu rechnen sein.

HERBERT BAUMGÄRTEL

## Lichtschutz aus dem Tauchbad

Immer dann, wenn Licht als unangenehm blendend empfunden wird, ist eine Abschwächung durch Tönung der Gläser angebracht. Indes sollte man nicht unnötig dunkle Gläser wählen. Eine DIN-Vorschrift besagt, daß im nächtlichen Straßenverkehr die Brillengläser von Fahrzeuglenkern nicht mehr als 20 Prozent Lichtdämpfung haben dürfen. Es gibt Tönungen von 15 Prozent bis 90 Prozent Lichtdämpfung. Silikatgläser mit Korrektionswirkung erhalten die Absorptionsschicht im Hochvakuum aufgedampft. Kunststoff-Gläser werden im Tauchbad eingefärbt.

Nahezu idealen Lichtschutz mit sich automatisch der Lichteinstrahlung *anpassender Verfärbung* geben die phototropen Gläser ab. Sie sind auch mit Korrektionswirkungen erhältlich. Dabei zeichnen sich die neuen phototropen Glasarten durch großen Verfärbungspielraum (15 bis 75 Prozent Lichtdämpfung) und durch rasche, hochgradige Wiederaufhellung aus.

*Reflexmindernde Schichten* sind auch für normale Gläser erhältlich *und erhöhen die Lichtdurchlässigkeit.* Sie sind daher nachts Kraftfahrern besonders zu empfehlen. Für Kunststoffgläser, die nicht so kratzfest wie Silikatgläser sind, gibt es Schichtkombinationen, die hochgradige Reflexminderung mit erhöhter Verschleißfestigkeit vereinen. (WR)

SCHUTZBRILLE

## Lesebrillen sind selten gute Arbeitsbrillen

Jährlich werden den Berufsgenossenschaften über 40 000 Augenverletzungen am Arbeitsplatz gemeldet. Die Hauptgefahr geht dabei von kurzen, schweren Spänen und von in vielen Situationen mit großer Wucht davongeschleuderten Funken mit geringem Energiegehalt aus.

Als Schutz sollten Brillenträger eine Sicherheitsbrille ihrer Gläserstärke tragen. Mit herkömmlichen Überbrillen oder Vorhängern, wie sie häufig von Betrieben gestellt werden, wird die Arbeitspräzision häufig eingeschränkt. Hier haben mittelständische Industrie und Handwerk noch großen Nachholbedarf. Den DIN-Anforderungen entsprechend bestehen Sicherheitsbrillen aus gehärteten mineralischen oder organischen Gläsern. Eine beachtenswerte Entwicklung machte auch leichte organische Gläser immun gegen Kratzer, Funken und heiße Späne.

Die *Arbeitsentfernung aber ist nie* identisch mit der üblichen Leseentfernung; *deshalb ist die* Lesebrille auch nur selten eine gute Arbeitsbrille. Viele Optiker passen die Brillen daher im Betrieb am Arbeitsplatz *selbst an.* EBERHARD RÜNZ



KONTAKTLINSE / Fortschritt verläuft stürmisch

## Sauerstoffdurchlässiges Material erhöht Sehkomfort

Beinahe 100 Jahre alt ist bereits die Erfindung der Kontaktlinse. Damals waren geblasene oder geschliffene Glasschalen nur für wenige Spezialfälle (Keratokonus, unregelmäßige Hornhautverkrümmung, hochgradige Kurzsichtigkeit) gedacht. Ihre Tragezeit betrug nur etwa vier Stunden. Aus diesen bescheidenen Anfängen ist ein Korrektionsmittel entstanden, *das fast ebenbürtig an die Seite der* Brillen getreten ist. Rund 1,14 Millionen Kontaktlinsen wurden 1984 in der Bundesrepublik an den Handel ausgeliefert – einschließlich 530 000 importierter Linsen. Deutsche Betriebe produzierten 1,8 Millionen Linsen, von denen etwa 1,2 Millionen in den Export gingen.

Kontaktlinsen finden heute für praktisch alle Fehlsichtigkeiten Anwendung: Simple Kurzsichtigkeit ebenso wie komplizierte Hornhautverkrümmungen. Für Altersweitsichtige sind Zwei- und Mehrstärkenkontaktlinsen verfügbar. Bei sorgfältiger Auswahl und Anpassung ist auch ganztägiges Tragen kein Problem mehr. Wichtig ist jedoch in Verbindung mit solchen „vT-Linsen" („verlängerte Tragedauer") die ständige Kontrolle des Trägers durch den Anpaßspezialisten.

Vor zwei Jahrzehnten noch stand nur hartes, sauerstoffundurchlässiges Material – das PMMA *oder Plexiglas* – zur Verfügung. Heute hingegen existiert ein *ganzer* Fächer von verbesserten harten und weichen („hydrophilen") Werkstoffen. Alle Linsen sind in erheblichem Maße sauerstoffdurchlässig, seit bekannt ist, wie wichtig ausreichende Sauerstoffversorgung für die Funktionstüchtigkeit der Hornhaut und damit für die Langzeitverträglichkeit ist. Hartlinsen, die auf dem Auge ihre Form nicht verändern, werden oft wegen des anfänglich oft etwas störenden Fremdkörpergefühls abgelehnt, obwohl sie optisch vorteilhafter sind als weiche Linsen. Letztere enthalten bei ausreichender *mechanischer Stabilität bis* zu 85 Prozent Wasser und können sich der Augenform in nahezu idealer Weise anschmiegen. Sie gelten daher bei vielen als verträglicher, ihr Komfort freilich muß mit einer im allgemeinen geringeren Lebensdauer der Linsen erkauft werden. Dennoch erwirbt zur Zeit etwa jeder zweite Käufer eine „weiche" Linse.

Die Verträglichkeit wird jedoch bei komplizierten asphärischen Linsen auf dem Wege verbesserter Anpassung der augenseitigen Linsenfläche an die Augenvorderfläche gesteigert. Ihre Herstellung wurde durch die genaue Kenntnis der Gestalt der Augenvorderfläche und computergesteuerte Maschinen möglich.

Die Entwicklung der Kontaktlinse ist immer noch in vollem Fluß. Groß ist der Aufwand für die Entwicklung von Linsen für ältere Fehlsichtige. Sie wurden in jüngeren Jahren mit Linsen versorgt und kommen nun vermehrt in ein Alter, in dem sich die Notwendigkeit für einen „Lesezusatz" (Nahzusatz) ergibt. Das Hauptaugenmerk der Industrie jedoch gilt noch besseren Werkstoffen und der Vervollkommnung der Oberflächengeometrie. Mit dieser Entwicklung muß der Anpaßspezialist durch Fortbildung Schritt halten, will er seine verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben. HERBERT BARON

SEHTEST

## Auge vermittelt 90 Prozent aller Informationen

Rund 90 Prozent aller Informationen, die der Kraftfahrer braucht, um schnell und richtig „zu schalten", *vermitteln die Augen.* Daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind, weiß man nur, wenn die Sehschärfe *regelmäßig* überprüft wird – sie verändert sich.

*Die Befürchtung,* vorgeschriebene Sehtests für jeden Führerschein-Inhaber könnten als *unpopuläre Maßnahme* empfunden werden, überwiegt immer noch die Sorge um Leben und körperliche Unversehrtheit. Offensichtlich aber sind die Bürger anderer Ansicht. Bei einer Studie *(1980)* äußerten mehr als 80 Prozent der Befragten die Überzeugung, daß *die Zunahme der Sehanforderungen* wegen des angewachsenen Straßenverkehrs, des Schilderwalds und schnellerer Autos in erster Linie für das Autofahren gilt. Daher fordert die überwiegende Mehrheit eine „offizielle Sehtüchtigkeits-Kontrolle" für Kraftfahrer.

Für diese Regelung waren über 70 Prozent der 16- bis 29jährigen und 60 Prozent der 30- bis 44jährigen. Bei den 45- bis 65jährigen halten insbesondere Nichtbrillenträger mit 62 Prozent die Überprüfung für notwendig. HANS VON STACKELBERG



SEHHILFE / Kein Blick mehr „durch die Röhre"

## Schlanke Gläser für schwache Augen

Für Menschen mit starker Kurzsichtigkeit – ab etwa -10,0 Dioptrien (dpt) – waren optisch gefällige Brillen bisher kaum herstellbar. Die benötigten Brillengläser nämlich werden aus physikalischen Gesetzen zum Rand hin sehr *dick und* gewinnen damit auch erheblich an Gewicht. So besitzt *ein normales* Brillenglas mit der Wirkung von -11,0 dpt, aus dem üblichen Brillenkronglas gefertigt, bei einer Scheibenweite der Brillenfassung von 55 Millimetern eine Randdicke von 16,5 Millimetern und ein Gewicht von etwa 26 Gramm.

Wird dieses Glas aus einem leichteren Kunststoff hergestellt, so verringert sich zwar das Gewicht um sieben Gramm, aber durch die geringere Brechzahl des Materials erhöht sich die Randdicke noch weiter auf 19 Millimeter. Bei solcher Linsenstärke wird die Herstellung einer im Design *anspruchsvollen Brille* bereits *zu* einem beinahe unlösbaren Problem.

Eine Verbesserung wurde durch das hochbrechende Material Rodalent-40 erzielt. *Aus diesem Material* hergestelltes Brillenglas besitzt eine *Randdicke von lediglich zwölf Millimetern.* Das sind also immerhin 4,5 Millimeter weniger als eine Linse aus herkömmlichem Glas. Diese Werte können sich natürlich von Fall zu Fall ändern. Bei einer großen Brillenfassung werden die Randdicken entsprechend dicker, bei kleineren Fassungen dünner.

Diese erheblichen Randdicken haben schon vor Jahren zu einem Spezialschliff geführt. Bei dieser Technik wurden die dicken Ränder einfach von hinten her abgeschliffen. In der Folge verringerte sich natürlich der nutzbare Teil des Glases, durch den man deutlich sehen kann. Damit schrumpfte auch das verfügbare Gesichtsfeld.

Mit diesen Einschränkungen nur erkaufte sich der stark Kurzsichtige dünnere und leichtere Gläser. Diese sogenannten Lentikular-Gläser jedoch vermittelten dem Betrachter den unschönen Eindruck, als nehme er *mit dem Brillenträger* durch eine Röhre Blickkontakt auf. Denn der runde Wirkungsteil des Glases ist durch eine Kante vom Tragrand deutlich abgegrenzt.

Eine neue Generation dieser Lentikular-Gläser, in den Optischen Werken Rodenstock entstanden, besitzt nicht mehr diesen Nachteil. Es gelang dem Hersteller, die Kante des Übergangs vom Tragrand zum Wirkungsteil durch einen asphärischen Schliff unsichtbar werden zu lassen. Der Eindruck, daß der Brillenträger durch ein Loch sieht, ist verschwunden.

Zusätzlich jedoch ist der Rand des Glases selbst bei einer Sehkraftverminderung von -20 dpt nicht dicker als 4,5 *Millimeter.* Der nutzbare Wirkungsteil hat bei schwächeren Korrekturen *einen* Durchmesser *von 40* Millimeter. Er wird freilich mit zunehmender Wirkung kleiner: Bei -18,25 dpt beträgt der Ausschliff nur noch 30 Millimeter. Der Rohglasdurchmesser des Glases aber beträgt 70 Millimeter. Damit können die Gläser auch bei starker Fehlsichtigkeit in etwas größere modische Fassungen eingesetzt werden, die dem Besitzer das Gefühl verleihen, seine Sehbehinderung nicht für jedermann sichtbar zeigen zu müssen. (WR.)

## Kleine Neuheiten am Brillengestell

Eine System*fassung* mit auswechselbaren Linsensätzen hat die Pariser Firma Essilor herausgebracht. Der patentierte Schnellverschluß mit Arretierknopf ist von außen unsichtbar. Ausgewechselt wird ein ganzer Rahmenteil, so daß die Glasränder beim Einsetzen nicht beschädigt werden können. Auf dem deutschen Markt ist das Brillenmodell („Essilor S") seit dem 1. Februar erhältlich.

Zum Patent in einigen Staaten des Auslands und als Gebrauchsmuster im Inland angemeldet ist ein Herstellungsverfahren für Naturhorngestelle des Produzenten Josef Hoffmann aus Senscheid. Büffelhorn zeichnet sich durch hohe Längs- und niedrige



Querstabilität aus und ist somit verformungs- und bruchgefährdet. Dies wird verhindert durch Verleimung *mehrerer Hornschichten,* die in ihrer stabilen Längsrichtung rechtwinklig zueinander liegen. Der Hersteller legt angesichts der Diskussion über die Nutzung von Schildpatt zur Brillenfertigung Wert darauf, daß ausschließlich Horn von Haus- oder Arbeitstieren verwendet wird. (WR)

## Technikgerechte Brillen fehlen

Spezialbrillen für Altersweitsichtige an technologiebestimmten Arbeitsplätzen fordert Jürgen Draeger, Direktor der Augenärztlichen Klinik der Universität Hamburg. *Auf der* Jahrestagung der Wissenschaftlichen *Vereinigung für Augenoptik* und Optometrie (WVAO) in Darmstadt sagte Draeger, ein Versuch in Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg an einem feinmechanischen Arbeitsplatz habe ergeben, daß bei rechtzeitiger Anpassung einer arbeitsplatzspezifischen Brille die Belastung des Auges spürbar abnehme. Deshalb sei es unbedingt notwendig, daß die Industrie nicht lediglich den Arbeitsplätzen *mit Bildschirm ihre Aufmerksamkeit* zuwende. Computerzentralen und Flugzeug-Cockpits enthielten ebenfalls, für das Auge ungewohnt, Bedienungselemente oberhalb oder seitwärts der Blickhorizontale. Für ihre Beherrschung seien Mehrstärkengläser mit arbeitsplatzgerechter Verteilung der Sehbereiche notwendig, beispielsweise ein seitwärts angeordneter Nahbereichschliff.

*Josef Reiners, Pilot und Direktor* der Höheren Fachschule für Augenoptik in Köln, ergänzte auf der gleichen Veranstaltung, für Piloten noch wichtiger seien Bifokalbrillen mit getöntem und vom Nahsichtteil scharf abgesetztem Weitsichtteil gegen die erhebliche Blendung durch Wolken. Bei Rodenstock hieß es zu diesem Thema, dafür sei das seit Januar vertriebene, gegen Lichtquellen oberhalb des Bildschirms getönte Brillenglas Datalit geeignet.

# „Bonjour lunettes, adieu fillettes"

Von RUDOLF ZEWELL

Es käme niemand mit der Brille auf der Nase in ein vertrauliches Gemach, wenn er wüßte, daß uns Frauen sogleich die Lust vergeht ..." Geheimrat von Goethe, der diese Worte der Ottilie in den „Wahlverwandtschaften" in die Feder fließen läßt, wußte, wovon er sprach. Der kurzsichtige Dichterfürst entschied sich daher für eine Scherenbrille und ein gestieltes Einglas, beides Sehhilfen, die man notfalls schnell verschwinden lassen konnte. Schließlich wollte er beim schwachen Geschlecht nicht zum Gespött werden. Brillen waren nämlich damals *nicht nur* in Weimarer Hofkreisen verpönt.

Die damals großen, schweren und plumpen Formen der Brillen gaben Anlaß zu Witz und Spott. Dazu kamen noch die steife Kopfhaltung, damit die Gläser nicht herunterglitten. Die brillentragenden Stände waren Ziel der Karikatur: Gelehrte, Schreibstubenleute, Geldwechsler, Ärzte, Quacksalber und – Narren aller Art. *So trägt auch der* Büchernarr in Sebastian Brandts „Narrenschiff" von 1494 eine überdimensionale Bügel-Brille.

Eine Brille galt lange Zeit als Symbol für das Altern schlechthin. Ein französisches Sprichwort aus dem 17. Jahrhundert besagt: „Bonjour lunettes, adieu fillettes", was soviel heißt wie: Wer eine Brille *braucht,* muß von den Mädchen Abschied *nehmen.*

Dieses Problem stellte sich den Mönchen des Mittelalters nicht. Ihnen ging es vor allem darum, ihre kostbaren Handschriften bis ins hohe Alter lesen und fortschreiben zu können. Mönche sollen denn auch die ersten gewesen sein, die „lichte steine", halbkugelig geschliffene Bergkristalle, und glasklare Berylle (Halbedelsteine) als vergrößernde Sehhilfe verwendet haben. Im „Jüngeren Titurel", einem Epos des Dichters Albrecht (um 1270), steht zu lesen: „der berillus grozzet die schrift, in im zo lesene ..."

Der entscheidende Schritt vom Beryll *zur Brille wurde um* dieselbe Zeit in Italien getan. Im Jahre 1306 schrieb Frater Giordano da Rivalto in Pisa: „Es sind keine 20 Jahre her, daß die Kunst der Herstellung der Brillen erfunden wurde, welche für gute Sicht sorgen, eine der besten Künste und eine der dringlichsten, die die Welt kennt. Ich habe selbst denjenigen gesehen, der *sie erfunden und* zuerst fertigte, und mich mit ihm unterhalten." Den Namen aber nannte Frater Giordano nicht.

Nur die Venezianer konnten weißes, klares Glas herstellen. Und einer der dortigen Meister muß auch auf die Idee gekommen sein, zwei konvex geschliffene Linsen mit Ringen aus Horn oder Holz zu umgeben und sie zusammenzunieten. Diese „Nietbrille" begegnet uns auf areligiösen Darstellungen des 14. und 15. Jahrhunderts.

Es dauerte nicht lange, und die Deutschen zogen nach. In Regensburg und Nürnberg entstanden veritable Gewerbebetriebe (erstmals erwähnt 1478). Sie stellten vor allem Massenware *her,* die *sie im Dutzend* abgepackt an wandernde Brillenhändler abgaben. Die Fassung der Gläser war jetzt aus einem Stück und meist aus Leder, wie Hans Sachs in seiner berühmten „Stände-Beschreibung" von 1567 vermerkt: „Ich mach gut Brillen / klar und liecht / Auff mancherley Alter gericht / Von viertzig bis auf achtzig jarn / Darmit das gsicht ist zu bewarn / die gheuß von Leder oder Horn".

Die notwendige Brillenstärke war damals häufig dem Zufall überlassen. *Um* den optisch *ungeschulten* Wanderhändlern eine Hilfe mitzugeben, hatten die *Hersteller eine Art* Liste für die Stärken der Lesegläser *erstellt. Häufig waren die* Altersangaben 40, 50 und 60 in die Gläser eingeritzt. Sammelgläser nannte man „alte" Gläser, zerstreuende hingegen „junge" Gläser. Diese waren nämlich für die meist jüngeren Kurzsichtigen, kamen aber erst im 17. Jahrhundert allgemein in Gebrauch. Und es sollte bis in die 70er Jahre des 19. Jahrhun*derts dauern, ehe sich die Dioptrie*-Einteilung für Gläserstärken durchsetzte. Ganz zu schweigen von der optischen Korrektur komplizierter Fälle, wie etwa der unterschiedlichen Hornhautkrümmung.

Mehr Aufmerksamkeit als der Genauigkeit und Güte der Gläser schenkten die Brillenmacher durch die Jahrhunderte den Fassungen. Schon bald hatte sich nämlich gezeigt, daß nicht jede Nase für jede Brille geeignet war. In Spanien *taucht um 1580 die Fadenbrille auf,* so genannt, weil sie mit Fäden um die *Ohren* gehalten wurde. Bei der Aristokratie galten sie als Statussymbol. Es gab eine wahre „Design"-Vielfalt: Die einen befestigten die Brille an der Mütze, andere unterm Hut mittels Stange oder mit einem Lederriemen um den Kopf; man versah den Rahmen mit Gelenken, mit Polsterung und federnden Stegen. Die Lorgnette, meist kunstvoll verziert und vor allem von Frauen vors Auge gehalten, hatte ihre Vorbilder in den „Vorhalte-Brillen" des 14. Jahrhunderts. Und auch das Monokel wurde nicht erst von Diplomaten seit dem Wiener Kongreß 1814/15 gern getragen.

Klemmer, Kneifer und Zwicker, zum ständigen Tragen ungeeignet, waren dennoch so beliebt, daß sie neben der „Schubert-Brille" bis in unser Jahrhundert die Sehhilfen schlechthin waren. Seither aber steht eine Konstruktion, die „Ohren-Brille" mit ihren Haltebügeln, die Erfindung eines Pariser *Brillenmachers* des 18. Jahrhunderts, konkurrenzlos da. Auch die Kontaktlinse konnte sie nicht verdrängen. Natürlich gibt es unzählige modische Varianten, darunter die Halbbrille für Bankiers, die brillantenbesetzte Theaterbrille oder die aufklappbare Schminkbrille.

*Eines ist gewiß: Heute findet* keine Frau mehr was daran, wenn der Mann eine Brille braucht – solange er nicht die Fassung verliert.

SEHEN

# Vom Reiz eines Augenblicks

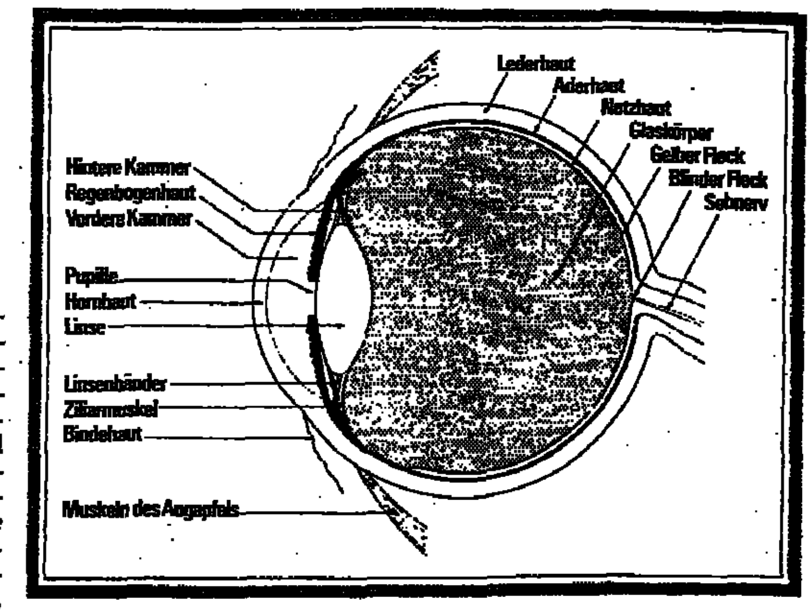
Sehen kommt durch das Zusammenwirken dreier Vorgänge zustande: Ein physikalischer Reiz, elektromagnetische Strahlung im Wellenlängenbereich von 380 bis 780 Nanometer (ein Nanometer = millionstel Meter) muß zunächst auf unsere Sinneszellen einwirken. Dieser physikalische Reiz wird anschließend in eine physiologische Erregung umgewandelt und in der zugehörigen Nervenbahn weitergeleitet. Im Sehzentrum, einem Teil der Großhirnrinde, wird die Erregung dann zu einem wahrgenommenen Bild geformt.

Der Sehnerv besteht aus etwa 800 000 Einzelfasern, von denen jede pro Sekunde 30 bis 50 Reize weiterleiten kann. Aus diesem großen Informationsfluß wird aber nur ein Teil weiterverarbeitet. Dieser Teil hängt von der schon gespeicherten Information, der Aufmerksamkeit und der „Verfassung" des Sehenden ab. Das meiste wird schlankweg „übersehen". Insgesamt besteht das visuelle



System aus den Augen, den extraocularen Muskeln, welche die Position der Augen regulieren, dem „Nervenkostüm", das die Augen mit dem Gehirn verbindet, und den verschiedenen Arealen des Gehirns, die in Kommunikation mit dem Auge stehen.

Die vorderste, brechende Fläche des Auges ist die Hornhaut, die eine komplexe, aber transparente Struktur besitzt, die das Licht durch die Oberfläche in das Auge eindringen läßt. Die Regenbogenhaut oder Iris besitzt einen Muskel, welcher die Größe der Eintrittsöffnung in das Auge, Pupille genannt, variieren kann.




Die im Verlauf des Strahlenganges nachfolgende Linse hat eine variable Brechkraft, die indirekt vom Ciliarmuskel gesteuert wird.

Da sie einen höheren Brechungsindex als das umgebende Medium (Kammerwasser) besitzt, gibt sie dem Auge eine variable Brennweite, die eine Akkommodation an unterschiedlich entfernte Gegenstände ermöglicht. Der Irismuskel und der Ciliarmuskel werden durch Nervenimpulse reguliert, die ihren Ursprung in verschiedenen Zentren des Gehirnstammes nehmen, aber untereinander funktionell in Verbindung stehen.

Die übrigen Teile des Auges sind mit einer Flüssigkeit und mit Materialien gefüllt, die unter Druck stehen und die dafür sorgen, daß das Auge seine Form behalten kann. Ein flüssiger Körper – klar, wäßrig und dauernd ausgetauscht – füllt die vordere Augenkammer zwischen Hornhaut und Linse aus, ein glasiger Körper – klar und gallertig – den größten Teil des Augenvolumens.

Das auf dem Augenhintergrund erzeugte Netzhautbild ist sehr klein, weil das Auge selbst nicht groß ist und eine kurze hintere Brennweite von etwa 19 bis 23 Millimeter besitzt. Diese ist abhängig vom Akkommodationszustand des Auges. Ideale Seh-Bedingungen kommen bei einem Pupillendurchmesser von 2–3 mm zustande und setzen monochromatisches Licht, optimale Akkommodation und ein normales, junges und gesundes Auge voraus. Diese Qualität erreicht dann fast die eines vergüteten, idealen, optischen Systems.

Die Netzhaut oder Retina ist ein hauchdünnes Organ mit einer extrem komplexen Struktur. Die Rezeptoren für das Licht, die Zapfen und Stäbchen, liegen auf der lichtabgewandten Hinterseite der Netzhaut. In jedem menschlichen Auge befinden sich 125 Millionen Rezeptoren. Nur etwa fünf Prozent von diesen Rezeptoren sind Zapfen. Die Zapfen sind jedoch im Gegensatz zu ihrer relativ kleinen Zahl von großer Bedeutung für den Sehvorgang. Im Zentrum der Retina befinden sich etwa 2000 solcher Zapfen in einem kleinen stäbchenfreien, wie eine Delle geformtem Areal, „Gelber Fleck" genannt, mit einem Durchmesser von etwa zwei Millimetern.

Die Zapfen sind hier in ein Muster mit hoher Symmetrie zusammengepackt und haben eine Dichte von etwa 150 000 pro Quadratmillimeter. Sie besitzen deshalb die Fähigkeit, kleinste Details im optischen Netzhautbild zu unterscheiden. Die 125 Millionen Rezeptoren münden schließlich in die Nervenfasern der Sehnerven, eine Million an der Zahl. Hier liegt die engste Stelle im Informationsfluß des visuellen Systems.

In einer klaren, mondlosen Nacht sieht das normale menschliche Auge so gut, daß es ein Streichholzlicht – in der Höhe angezündet – über eine Entfernung von 80 Kilometern wahrnehmen kann. DIETER THIERBACH

SPORT / FREIZEIT

# Im Schnee und im Wasser: Übersicht behalten

Bei Sport und Spiel ist die Alltagsbrille nicht immer geeignet. Bei vielen Sportarten gerät der Körper ins Schwitzen. Zunächst ist zur Vermeidung von beschlagenen Linsen die Ventilation zwischen Brille und der Umgebung des Auges wichtig. Deshalb sind kleine Gläser bei Sportbrillen geeigneter als großflächige. Auf diese Weise können sich keine Schweißtropfen absondern, die das Sehen beeinträchtigen. Gegen Blendung sind Brillen mit phototropen Gläsern, die ihre Färbung in Abhängigkeit von der Sonnenstrahlung ändern, besonders beliebt. Auch Skibrillen lassen sich mit Korrektionsfassungen versehen. Für alle Brillen, die bei sportlicher Betätigung verwendet werden, ist die richtige Anpassung eine unerläßliche Voraussetzung.

Besonders hohe Anforderungen werden an die Taucherbrille gestellt. Auch hier braucht der Fehlsichtige auf seine richtige Korrektion nicht zu verzichten. Allerdings muß beim Anbringen von Korrektionsgläsern in Taucherbrillen auf die Brechung des



Lichtes im Wasser Rücksicht genommen werden. Diese Brillen sind ausschließlich wassertauglich; sie würden in der Luft die Umwelt verzerrt und unscharf erscheinen lassen.

Der Augenoptiker kann den Sportler beraten, welche Brille für die betreffende Sportart am besten geeignet ist und welche Glasarten in Frage kommen. Der altersweitsichtige Golfspieler bedarf einer Zweistärkenbrille mit nur schwachem Nahteil, um die Lage des Balls in Schlagentfernung richtig einschätzen zu können. Eine Lesebrille also ist für den Golfspieler ungeeignet. JOSEF REINER

GRENZBEREICHE / Forschung für Mikro- und Makrokosmos nützt auch im Alltag

# Der Weg zu perfekten Brillenlinsen führt über Elektronenmikroskope

Das menschliche Auge ist ein sehr leistungsfähiges Organ. Aber jeder, der schon einmal eine Nadel eingefädelt hat oder die Sterne beobachten will, bemerkt, daß die Leistung des Auges begrenzt ist. Man kann weder beliebig feine Einzelheiten noch beliebig schwache Lichtquellen erkennen. „Technische Augen" jedoch haben diese Grenzen seit einiger Zeit weit hinausgeschoben.

Mit einem guten Mikroskop sind rund 1000mal feinere Einzelheiten zu erkennen als mit dem unbewaffneten Auge. Das Prinzip stammt aus dem Jahre 1870, als Ernst Abbe, der Gründer der Carl-Zeiss-Stiftung, grundsätzlich verbesserte Mikroskope konstruierte. Sie machten die Triumphe der großen Bakteriologen wie Robert Koch und Paul Ehrlich erst möglich. Zugleich gab Abbe die Auflösungsgrenze des Mikroskops an, die bei etwa zwei zehntausendstel Millimeter liegt und durch die Wellennatur des Lichts bedingt ist.

Vor rund 100 Jahren schrieb Abbe, die Leistungsgrenze des Mikroskops könne nur durch bisher unbekannte Prozesse und Kräfte überschritten werden. Tatsächlich wurden später Elektronenwellen entdeckt, die wesentlich kürzer sind als Lichtwellen. Moderne Elektronenmikroskope haben daher ein im Vergleich zu Lichtmikroskopen noch einmal um rund 1000fach gesteigertes Auflösungsvermögen. Dadurch wurde es möglich, zum Beispiel feinste Einzelheiten im Zellkern menschlicher Zellen zu erkennen oder Kristallgitterebenen von Festkörpern darzustellen und so an die Grenze zur atomaren Welt vorzudringen.

Einen grundsätzlichen Fortschritt brachte das neue Elektronenmikroskop EM 902 von Zeiss. Dieses Instrument erlaubt es, die örtliche Verteilung der chemischen Elemente im untersuchten Objekt mit hoher Genauigkeit abzubilden. Diese Kombination der Elektronenmikroskopie mit gezielter chemischer Analyse gibt der Mikrobiologie ein wertvolles Werkzeug in die Hand. Aus demselben ostwürttembergischen Werk kommt auch ein Elektronenmikroskop, dessen 500 000fache Vergrößerung kaum mehr mit anschaulichen Kategorien zu erfassen ist.

Einen weiteren ungewöhnlichen wissenschaftlichen Erfolg erzielte Zeiss mit dem neuen Laser-Scan-Mikroskop, bei dem ein schwingender Laserstrahl das Objekt Punkt für Punkt abrastert. Auf diese Weise entstehen außerordentlich kontrastreiche Bilder mit allerfeinsten Einzelheiten. Die Anwendungen eröffnen sich in vielen Gebieten, von der Gentechnik bis hin zur Meßtechnik in der Mikroelektronik.

Die genannten Geräte sind mit miniaturisierter Halbleitertechnik ausgestattet, die ohne optische Methoden gar nicht erzeugt werden könnte. Mit Hochleistungsobjektiven hat Zeiss die Voraussetzungen für eine verfeinerte Mikrolithographie geschaffen, mit der es möglich sein wird, eine Million Informationen auf einem einzigen Silizium-Chip unterzubringen.

Auch in den Weiten des Weltalls gibt es Grenzen. Mit bloßem Auge erkennt man nur einige tausend Sterne. Fernrohre erlaubten es, Milliarden von Sternen zu entdecken. Die Grenze des bekannten Weltalls liegen in Entfernungen von etwa 60 Milliarden Lichtjahren.

Solche Entfernungen überbrückt zum Beispiel Westeuropas größtes Teleskop, das 3,5-Meter-Spiegelteleskop des Max-Planck-Instituts für Astronomie. Sein Spiegel ist mit einer Genauigkeit von wenigen 100 000stel Millimetern bearbeitet. Er fängt Lichtsignale auf, die vor einigen Milliarden Jahren von Sternen ausgesandt wurden und uns damit einen Einblick in den damaligen Zustand des Kosmos geben. Dieses 430 Tonnen schwere Teleskop läßt sich computergesteuert innerhalb einer Stunde umbauen, so daß es innerhalb einer Nacht für verschiedenartige Untersuchungen angewendet werden kann – ein Vorstoß in den Grenzbereich des technisch Möglichen.

Für das Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik wird zur Zeit ein 83-Zentimeter-Röntgenteleskop errichtet. Die kurzwelligen Röntgenstrahlen von den Sternen werden bereits an den kleinsten Rauhigkeiten des Spiegels gestreut. Deshalb ist eine extreme Oberflächenqualität erforderlich. Zeiss konnte die Mikrorauhigkeit auf einen dreimillionstel Millimeter hinunterdrücken. Nur ein beinahe absurdes Gedankenexperiment kann verdeutlichen, was dies bedeutet: Man müßte den Spiegel auf 250 Kilometer vergrößern, bis seine Abweichung von einer ideal glatten Fläche auf etwa einen zehntel Millimeter angewachsen und damit deutlich fühlbar geworden wäre.

Die Beschäftigung mit den Grenzbereichen der Technik ist kein Selbstzweck, sondern vermittelt Erfahrungen, die für den Mann auf der Straße praktische Auswirkungen haben. Das Unternehmen hat zum Beispiel für alterssichtige Brillenträger neue Gleitsichtgläser geschaffen, die sich durch Horizontalsymmetrie aus-



zeichnen, also beiden Augen in allen Himmelsrichtungen gleiche Sehbedingungen bieten – ein fühlbarer Beitrag zum optischen Komfort.

Voraussetzung war allerdings die Lösung eines Gleichungssystems mit 800 Unbekannten und die Konstruktion computergesteuerter Fertigungsmaschinen und Meßgeräte. In all diesen Geräten sind aber als elektronische Heinzelmännchen die oben erwähnten Halbleiterschaltkreise eingebaut, die wir ebenfalls unter anderem der souveränen Meisterschaft in Grenzbereichen der Optik verdanken. WOLFGANG PFEIFFER

Anzeige

# Von den Parillenmachern zum modernen Dienstleistungsberuf

## Ausflug in die Vergangenheit / Mönche erprobten als erste den Lesestein

Über viele Jahrhunderte hat sich die *Menschheit ohne* Brillen entwickelt. Natürlich auch ohne Computer… Aber Spaß beiseite: Wir können als sicher ansehen, daß die alten Ägypter, Griechen und Römer keine Sehhilfen kannten. Die Kulturvölker des *Altertums* schrieben ihre Künste und Fertigkeiten auf oder bildeten sie ab. Dabei ist es ein Trugschluß anzunehmen, die Menschen hätten früher über hervorragende Sehkraft verfügt. Nur hatte niemand den *„Stein der Weisen"* gefunden. Viele namhafte Wissenschaftler forschten zwar auf dem Gebiet der Optik. Ihre Studien waren jedoch mehr inspiriert vom „Griff nach den Sternen": Die Astronomie beflügelte die Geister. Das Universum wollte erforscht sein.

Einem Araber – sein Name war Alhazen – gelang es als erstem, im 11. Jahrhundert die Gesetze der Optik in einem wissenschaftlichen Werk zusammenzufassen. In den Archiven ging das kostbare Gut für die nächsten 200 Jahre erst einmal wieder verloren.

Mit der „Christianisierung" des Abendlandes gelangte dieses Werk in die Hände von sehr praktisch veranlagten mittelalterlichen Mönchen. Sie übersetzten die Erkenntnisse von Alhazen ins Lateinische und begannen sie in der Praxis zu erproben.

Das hatte seinen guten Grund: Mit zunehmendem Alter und damit nachlassender Sehkraft konnten die Mönche entweder weiterhin Übersetzungen fertigen, was oft sehr mühselig war, oder aber harte Fronarbeit auf den Feldern der Klöster verrichten. So war der dann gefundene und handwerklich gefertigte *„Lesestein" ein höchst willkommenes* Mittel, die „Schreibtischtätigkeit" bis ins hohe Alter fortzusetzen und der Feldarbeit zu entgehen.

Als eine „stille Revolution" vollzog sich im *auslaufenden Mittelalter die eigentliche* Erfindung der Brille. Es kam zu einer „Kooperation" zwischen den handwerklich begabten Mönchen und den Glasschleifern, *die schon seit Jahrhunderten Glasgeräte* für Haushalt, Forschung, Studium herstellten und es in der Behandlung von Glas zu hoher Fertigkeit gebracht hatten. „Spezialisten" unter den *Glasschleifern wurden die ersten,* damals so genannten „Parillenmacher". Und siehe da: Nachdem die ersten Parillen – oder Brillen – angeboten wurden, wuchs das Interesse sprunghaft. Durch Gutenbergs Buchdruckerkunst wurde in dieser Zeit auch das Lesen „in", nachdem es bislang nur den privilegierten Schichten des Adels, der Kirche und Wissenschaftlern vorbehalten war. Natürlich waren die Lese-Bedürfnisse noch bescheiden. Würden die Bildungsbürger, die Kaufleute in ihren Zünften und die aufstrebende Handwerkerschaft einen Blick in die Jetztzeit werfen, so würden sie im wahrsten Sinne des Wortes Mühe *haben, den richtigen „Durchblick" zu* gewinnen in die komplizierte, technologisch hochentwickelte Zivilisation der Menschen von heute.

**Die erste Sehhilfe war der sogenannte „Lesestein" – hier auf einer alten Handschrift.**

## Wußten Sie schon, daß …

… heute über 50 Prozent der Erwachsenen eine Brille tragen? Das sind rund 24,9 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.

Wie Untersuchungen belegen, wird der Anteil der Brillenträger mit zunehmendem Alter höher. Leider überschätzen gerade ältere Leute ihre Sehschärfe. Hier sind sich die Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft ihrer Verpflichtung bewußt und bieten von einem Sehtest zur schnellen Überprüfung der Sehfähigkeit bis zur exakten Feststellung der Brillenglas-Stärke ihre Beratung an. Aber auch für die Jüngeren – ob Brillenträger oder nicht – sollte eine regelmäßige Überprüfung der Sehfähigkeit selbstverständlich sein.

Ein Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft ist immer in der Nähe. Eines der wichtigsten Anliegen der Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft ist die Versorgung mit Sehhilfen aller Art nach dem Prinzip der „kurzen Wege".



# 450 Jahre Berufsstand der Augenoptiker

Mit der industriellen Revolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts veränderten sich die Anforderungen an das Sehen erheblich. Maschinen verdrängten den Pflug, das Fließband ersetzte die Handarbeit, das Auto die Kutsche, der Schreibtisch das Stehpult… Die Menschen lernten schnell, das gutes Sehen unabdingbar war.

Schon 1535, also vor 450 Jahren, entstand in Nürnberg die erste „Innung" der Augenoptiker. Zusammenschlüsse entwikkelten sich im Laufe der Zeit in ganz Deutschland mit dem vorrangigen Ziel, dem ständig wachsenden Bedürfnis nach Sehhilfen gerecht zu werden. Gleichzeitig wurde angestrebt, durch Austausch gegenseitiger Erfahrungen und Kenntnisse die „Technologie" der Brille voranzutreiben und zu verbessern.

## Keine Brillen aus minderwertigem Horn

Ein hochangesehener Berufsstand hatte sich etabliert, der alle Irrungen und Wirrungen der Jahrhunderte überdauerte. Qualitätsbewußtsein hatten Optiker immer schon. „Keine Brillen aus minderwertigem Horn (Kloen) fertigen", heißt es wörtlich in der Nürnberger *Parillenmacher*-Ordnung von 1535. Und weiter: „Die geschworenen Meister haben darauf zu achten, daß alle Arbeiten aus gutem Horn hergestellt werden. Wer schlechtes Horn bei einem Brillenmacher entdeckt, soll es zerbrechen. Das gleiche gilt auch für fertige Fassungen. Der, bei dem die Ware gefunden wurde, muß etwa zwei Goldmark Buße zahlen." – Also ein seit 450 Jahren verbürgter Güteanspruch der Augenoptiker in Deutschland.

Doch zitieren wir weiter: „Kein Brillenmacher darf *sein Handwerk ausüben und* nicht als Meister aufgenommen werden, der nicht wenigstens zwei Jahre bei einem redlichen Meister gelernt hat. Ein jeder, der Meister werden will, muß zuvor bei einem geschworenen Meister zwei Brillen als Meisterstück fertigen – eine Fern- und eine Lesebrille – natürlich auch die entsprechenden Fassungen."

Die Ansprüche sind gewachsen. Heute dauert die durchschnittliche Ausbildungszeit eines Augenoptikers bis zur Meisterprüfung runde acht Jahre!

Das menschliche Auge hat diese ungeteilte Aufmerksamkeit auf jeden Fall verdient. Es ist eines unserer wichtigsten Organe: 80 Prozent unserer Tätigkeiten werden direkt oder indirekt über das Sehen gesteuert. Das Auge ist täglich höchsten Beanspruchungen ausgesetzt. Und gutes Sehen ist einfach unabdingbar für die Gestaltung eines erfüllten Lebens in Beruf, Familie, Hobby und Sport.



***Jeder zehnte Autofahrer trägt keine Brille, obwohl er schlecht sieht.* Und auch mit Brille fahren viele gefährlich, weil sie ihren Sehanforderungen nicht mehr entspricht. Außerdem sollten Brillenträger stets eine Zweitbrille im Auto haben. Denn wie schnell kann die Erstbrille entzwei- oder verlorengehen! Und ohne Sehhilfe dürfen sie nicht fahren, schreibt das Gesetz den Brillenträgern vor.**

# Supermarktangebot – eine Alternative zum Optiker-Fachbetrieb?

Die Frage ist sicher mit Nein zu beantworten. Problemlose Waren des täglichen Bedarfs, Konsumgüter aller Art haben im Supermarkt eine adäquate Angebotsform. Produkte, die wir kennen und die keiner Erklärung bedürfen, finden ihren Platz im Einkaufskorb. Aber: jede Brille ist anders, jedes Sehproblem unterschiedlich! Brillen sind *fast* so einzigartig wie Fingerabdrücke.

Augen sind unser hochsensibles Gut: die Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft sind sich dieser Verantwortung bewußt, sie kennen für jedes Sehproblem die richtige Lösung, sie haben für jedes Auge das passende Glas. Für jeden Typ, für jede Persönlichkeit hat der Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft *entsprechende Fassungen im* Angebot. Im Zusammenwirken mit dem Kunden entsteht die ganz persönliche individuelle Brille.

**Ein kurzes Resümee:**

- Die Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft tragen wesentlich dazu bei, flächendeckende Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Sehhilfen zu bieten.
- Die Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft haben und nehmen sich Zeit für die Beratung und Betreuung ihrer Kunden.
- Die mittelständische *Struktur* der Betriebe sichert eine optimale Ausbildung (und stellt den Löwenanteil an Ausbildungsplätzen) der angehenden Augenoptiker.
- Bei den Augenoptikern der Leistungsgemeinschaft ist Vielfalt des Angebotes, Innovation im Sinne ständig verbesserter Technik im Austausch und in der Zusam*menarbeit mit der Industrie gewährleistet.*
- Die mittelständisch strukturierten Betriebe der Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft werden von Augenoptikermeistern geleitet, die zumeist auch selbst Inhaber sind: der Inhaber persönlich steht mit seinem gesamten Know-how, seiner Erfahrung, verantwortlich hinter der Leistung seines Betriebes.
- Die Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft sind verantwortungsvolle Partner für alle Sehprobleme. Sie bieten ein vielfältiges Angebot modischer Brillen, und – nicht *zuletzt – persönliche und* individuelle Beratung. Und dies von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen.
- Über 5000 augenoptische Fachbetriebe der Leistungsgemeinschaft Deutscher Augenoptiker sind in der Bundesrepublik tätig. Wie wir meinen – und wie die Erfahrung der letzten Jahrzehnte gelehrt hat – ein Angebot, das im gesundheitspolitischen Sinn ein ausgewogenes Maß zwischen *Bedürfnis einerseits und Dienst*leistungsangebot andererseits darstellt.



**Erste Darstellung eines Nürnberger Augenoptikers (1568)**

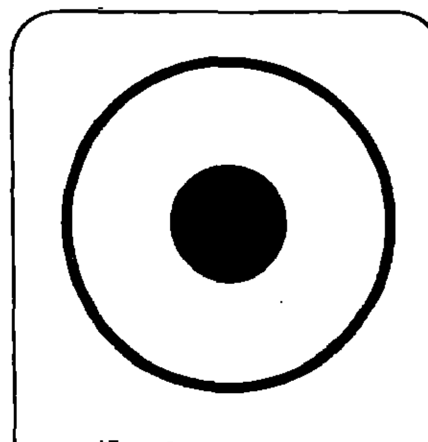
# Leistungsgemeinschaft von Flensburg bis Garmisch

Die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Sehhilfen wird heute überwiegend von den 5500 augenoptischen Fachbetrieben der Leistungsgemeinschaft Deutscher Augenoptiker gewährleistet. Brillen in modischer Vielfalt, Glä*ser in millionenfacher Variation und Kon*taktlinsen.

Die Kontaktlinsen-Anpassung stellt höchste Anforderungen an die beratende Leistung und handwerkliche Qualifikation des Augenoptikers. Ein engmaschiges Netz von augenoptischen Fachbetrieben trägt zur Versorgung mit Sehhilfen bis in den letzten Winkel der Bundesrepublik Deutschland bei: Service in der Nachbarschaft, persönliche und individuelle Beratung von *mittelständischen Augenopti*kern, die alle im Rahmen einer langjährigen Berufsausbildung mit absolvierter Meisterprüfung, technisch und physikalisch bestens gerüstet, augenoptische Fachberatung anbieten – eingebettet in eine lange handwerkliche Tradition. Ihre Stärke ist die augenoptische Fachberatung unter Beachtung modisch-ästhetischer Aspekte in den der Zeit angemessenen Angebotsformen.

Modern ausgestattete Werkstätten, nach wissenschaftlichen Kriterien ausgestattete Refraktionsräume, Ladenlokale mit individueller Beratung und einem reichen Gläser- und Fassungs-Sortiment stehen zur Verfügung.

Der Sommer naht – und damit die Ferienzeit. Das ist der richtige Zeitpunkt, einmal einen Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft aufzusuchen, um eine modische Sonnenbrille mit geschliffenen, der Brillenstärke angemessenen Gläsern zu erwerben. Vielleicht bedarf Ihre alte Brille der Korrektur oder einer „Generalüberholung". Die Augenoptiker der Leistungsgemeinschaft bieten heute eine Service-Karte, die überall in Deutschland augenoptische Fachbetreuung garantiert. Selbstverständlich werden kleinere Reparaturen im Rahmen dieses Services *kostenlos durchgeführt.*



Leistungs-
Gemeinschaft
Deutscher
Augenoptiker



# FINANZANZEIGEN




















# IMMOBILIEN / KAPITALIEN



# GEWERBLICHE IMMOBILIEN

## Hier sprach das Herz

bin – Die Überraschung war groß, als Jury-Präsident Miloš Forman den Sieger der 38. Filmfestspiele von Cannes bekanntgab: Die Goldene Palme ging an den 30jährigen Jugoslawen Emil Kusturica und seinen zweiten Spielfilm „Papa ist auf Dienstreise". Für einige Sekunden verschlug es dem Publikum regelrecht die Sprache, denn alle Favoriten, auf die an der Croisette in den letzten Tagen so manche Wette abgeschlossen worden war, nahmen zwar am Preissegen teil, sowohl Alan Parkers „Birdy" als auch Szabos „Oberst Redl", doch ging der ganz große Lorbeer eben an ihnen vorbei.

Mit ihrer Entscheidung hat die Jury gegen die großen Namen und für einen jungen Außenseiter optiert, der gewiß ein begabter Mann ist. Sein Film, der ein Stück jugoslawischer Geschichte mit viel Komik und Humor und einigen hinreißenden Kinderdarstellern aufarbeitet (vergl. die WELT vom 14. Mai), hat einen Preis wohl verdient. Ob es unbedingt die Goldene Palme sein mußte, ist eine andere Frage. Doch eine Jury, so sagte Forman, ist kein Gerichtshof. Und von Anfang an hatte er seinen Jury-Mitgliedern zugerufen: „Habt keine Angst, subjektiv zu sein!"

Es ist kein Geheimnis, daß Forman, der Exiltscheche in Amerika, den jungen Mann aus Osteuropa stark favorisiert hat, nicht zuletzt, weil Formans frühe Filme, die in der Tschechoslowakei entstanden, ganz ähnliche Töne anschlugen wie heute Kusturica. Das Resultat ist also auch ein Sieg für Forman, der sein Herz und nicht seinen Verstand hat sprechen lassen.

Die Darstellerpreise kamen nicht unerwartet. Cher als Mutter eines debilen Jungen in „Mask" und Norma Aleandro, die große Dame des lateinamerikanischen Theaters, waren glänzend, und auch William Hurt als schwuler Sträfling in einem brasilianischen Knast. Einzig der Regiepreis für André Téchiné kam unverdient. Er war wohl eher ein kleines Dankeschön der Jury an Cannes und an Frankreich, die sich in diesem Jahr als perfekter Gastgeber gezeigt haben.

### Bilanz des Berliner Theatertreffens: Verrenkungen und eine Neuentdeckung

# Schiller auf dem Prüfstand

Im 22. Jahr seines Bestehens ist das „Berliner Theatertreffen" immer noch unerläßlich, so fragwürdig, so dürr, so in Teilen stilistisch verrannt einem die diesjährige Ernte des deutschsprachigen Bühnenjahres auch anmuten wollte. Die achtköpfige Jury, bestehend aus Kritikern und Theaterexperten, hatte heuer an die 40 Inszenierungen benannt und für die ehrende Einladung erwogen. Ein Dutzend kam nach Berlin, einige darunter, die vor dem kritischen Urteil des hiesigen Publikums nicht bestanden. Dies Auditorium ist immer noch helle. Es drängt sich allabendlich sehnsüchtig an den ausverkauften Kassen. Karten werden gehandelt wie teure Raritäten. Das Interesse ist nach wie vor groß.

Enttäuschend allerdings, daß zwei der in Berlin selbst ansässigen Ensembles ihre von der Jury ausgewählten und somit geehrten Spielprodukte gar nicht zeigen konnten oder wollten. Peter Steins „Park" (Botho Strauss) aus der Schaubühne war nicht verfügbar. Dies hochbelobte Institut paßte wieder wie schon in den Jahren zuvor. Es war schon immer etwas hochmütig. Und aus der Deutschen Oper, Berlin, konnte auch Achim Freyers szenische Bereitung von Händels „Messias" nicht wieder ausgestellt werden. Dergleichen Unbeholfenheiten vor Ort enttäuschen und verärgern sicher.

Sonst aber gaben sich die zugereisten Bühnen wieder die Theaterklinke emsig in die Hand. Die Organisation der schnell folgenden Gastspiele klappte vorzüglich. Die vielen Berliner und die zahllosen von fern zugereisten Theaternarren konnten von vollen Löffeln schlürfen. Berlin, für drei ganze Wochen wenigstens, war plötzlich wieder eine Theatermetropole wie einst. Das genießen wir sehr.

Schiller stand gleich mehrfach auf dem Prüfstand. Mit ihm macht man es sich neuerdings wieder schwer. Von den Münchner Kammerspielen sah man einen Don Karlos. Den hatte Alexander Lang, als Gast aus Ost-Berlin, auf eine schier atembenehmende Schnelligkeit getrimmt. Er spielte ihn so fix und schlagfertig – fast wie ein Feydeau. Er spielte die große spanische Intrige auf kleinstem Raum. Er ging auf eine gepreßte Hurtigkeit und raubte uns damit, auf fast komische Weise, den Atem. So geriet manche gewohnte Figur blaß und hastig hingewischt. Aber Schillers heißer Atem blieb spürbar. Und wenn schließlich Romuald Pekny und der große Peter Lühr (als Philipp und der Großinquisitor) das letzte Unheil, dicht zusammengedrängt, beraten, dann war Stille im Raum. Ein großer Augenblick. Die Münchner erhielten Protest wie auch Beifall für diese eher schmissige Schiller-Interpretation.

Genauso Hans Günther Heyme aus Stuttgart mit seinem angefeindeten „Tell". Er hat Schiller aufgebröselt an Hand des Textes. Auch er spielt nicht vom Blatt, sondern zieht weltanschaulich kritische Leitlinien durch das alte Freiheitsstück. Immer neue historisch deutsche Geschichtsverirrungen will er bloßstellen. Am Ende wird aus dem „Tell" schier eine Art Schlageter-Drama der zwanziger Jahre. Dafür gab es deutlich Protest, aber auch jungen Jubel. Aus Schiller kann man (wenn man es könnte!) offenbar so ziemlich alles herausinterpretieren.

Ein schwacher „Woyzeck" aus München. Dann wieder ein einhellig bejubelter Garcia Lorca aus Freiburg. Da hatte die offenbar hochbegabte Inszenatorin, Andrea Breth, eine ganz erstaunliche Darstellung des spanischen Frauendramas „Bernada Albas Haus" mit, wie sich hier gehört, lauter verblüffend spielsicheren Frauendarstellerinnen zustande gebracht. Theater als zwingend rituellen Vorgang. Die Unterdrückung der Frau eine deutliche, in Spiel umgesetzte Erfahrung. Keinerlei kunstgewerbliches Schmuckwerk. Dies eigentlich war die einzige Neuentdeckung des Theatertreffens. Und daß sie endlich auch einmal von einer sogenannten Provinzbühne kam, das war das Erfreulichste daran. Der Berliner Jubel überschlug sich fast.

Aus Wien gleich drei Ausstellungsstücke. Einmal eine herbe Enttäuschung. Die Jury hatte (warum, war kaum zu verstehen) aus dem Akademietheater des Schweden Lars Noréns krankhaftes Schmuddelstück „Dämonen" eingeladen. Sicher waren da vier außerordentliche Protagonisten zu sehen (die Pluhar, die Jesserer, der Rehberg und Böckmann). Aber ihr Spielvorwand war so irrig verkrampft, so absurd und verschweint, daß sie einen eher leid tun mußten.

Auch die Art, wie hier der Exilrusse Juri Ljubimow Dostojewskis „Schuld und Sühne" auf eine ranzig wirkende, spätexpressionistische Art aufriß, wie er in für uns alten Bühneneffekten schwelgte und leerlief, das zog deutlich Protest auf sich. Wie dann Thomas Langhoff (ebenfalls vom Burgtheater) langwierig und mit irriger Betulichkeit O'Caseys „Der Pflug und die Sterne" seziert und ausführlich sozusagen ausgetrocknet hatte, das verwunderte hier eher, als daß es begeistert hätte.

Sieger des Theatertreffens, falls es hier „Sieger" gäbe, war diesmal sicher Peter Zadek. Seine Präsentation des überaus heiklen KZ-Musicals „Ghetto" von Joshua Sobol stand sicher über allem (aus der Berliner Freien Volksbühne). Und die hohe und heikle Kunstfertigkeit, mit der Zadek in Hamburg das ebenfalls kaum sehr appetitliche Zerrüttungsspiel „Verlorene Zeit" mit Ilse Ritter und Eva Mattes erst erträglich und dann phänomenal gemacht hatte, das stand, was Kunst und Regie angeht, denn doch weit über allen sonstigen, oft anfechtbaren Beiträgen aus der deutschen Sprachwelt.

Ein besonderes Glück zudem, daß hier auch während des Theatertreffens das Municipaltheatre aus Haifa mit seiner Originalversion des „Ghetto" gastierte. Die israelische Fertigung des KZ-Musicals ist viel weniger schauintensiv, ist karger, ist, wenn man das sagen darf, ernster. Die Leute aus Haifa machen „armes Theater". Aber wie sie es taten, wie leise, wie dringend sie den gleichen Stoff präsentierten, das war unendlich betreffend. Sie spielten ihr eigenes Schicksal – oder doch das ihrer Eltern.

Fazit: Für die deutschen Bühnen ist es eher ein karges Jahr gewesen. Sie treten ziemlich alle auf der Stelle. Sie retten sich in artistische Verrenkungen. Theater, vergleichbar erschütternd wie das aus Israel, war kaum zu erblicken.

FRIEDRICH LUFT



Glenn Miller: Die Nazis lehnten seine Musik ab, ließen aber Schallplatten produzieren, die ihnen Devisen brachten FOTO: TELEBUNK

### Glenn Miller: Eine begeisternde Story kehrt wieder

# Gehaßter Devisen-Sound

Im Jahr 1954 wurde der „Oscar" für eine Leistung verliehen, die das Publikum nicht wahrnehmen konnte. „Die Glenn-Miller-Story" erhielt die begehrte Auszeichnung für den Film-Sound in Stereo. Aber die Kinos waren noch nicht dafür ausgerüstet. Die Vier-Spur-Ton-Fassung ruhte im Archiv der Universal-Film in Hollywood. Erst jetzt besann man sich auf die schlummernden Schätze. Mit einem riesigen Werbeaufwand, vom Original gezogene Film- und Tonkopien, wird die Musiker-Biographie nach erfolgreicher Reprise in den USA nun auch in Europa wieder in die Kinos gebracht. Am 21. Juni startet die neue deutsche Synchronisation. Am Erfolg zweifelt eigentlich niemand.

Die Glenn-Miller-Begeisterung hat in Deutschland eine lange Tradition. Bereits in der Zeit, als angeblich alles verboten war, schwärmten die Swingtänzer im Deutschen Reich von „Glenn Miller and his Orchestra". Unter dem Etikett „Brunswick" verkaufte die Deutsche Grammophon-Gesellschaft 1937 die ersten Hits dieser Band. Miller befand sich da – wer will das heute wahrhaben – durchaus in guter Gesellschaft: Die Schallplatten von Harry James, Artie Shaw, Jimmy und Tommy Dorsey, auch die der schwarzen Musiker Count Basie, Duke Ellington, Louis Armstrong wurden im „Dritten Reich" und noch bis in den Krieg hinein von deutschen Firmen veröffentlicht und verkauft. Lediglich Benny Goodmans Platten durften in Deutschland nicht angeboten werden: Der „King of Swing" hatte sich die Gunst der Nazis verscherzt, als er bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung für die Opfer des spanischen Bürgerkriegs spielte.

Den mittlerweile berühmten Miller-Sound lernten die Deutschen vor allem im Zweiten Weltkrieg kennen. Abgesehen von Mitarbeitern der „Electrola" in Berlin, die während der Zeit Miller-Hits für den Export in Schellack preßte, blieb der Kontakt jedoch auf diejenigen beschränkt, die bereits Platten besaßen oder es wagten, feindliche Sender zu hören. Während Miller, wie es im Film korrekt dargestellt wird, mit „In the Mood" die Alliierten moralisch gegen das Deutsche Reich aufrüstete, brachten die gleichen Klänge seines Orchesters den Nazis Devisen für die Kriegführung.

Über den Rundfunk kam der Bandleader den Feinden sogar in deutscher Sprache entgegen. In der „Wehrmacht's Hour" gab es 1944 für die Landser spezielle Programme, in denen sich Glenn Miller aus London persönlich an die Deutschen wandte: „Guten Abend, deutsche Soldaten. Im Sprechen bin ich immer sehr kurz, denn ich folge immer dem Sprichwort ‚Laßt Musik sprechen'."

Das erste Auftreten seiner Band auf deutschem Boden fand Mitte Mai 1945 in Bad Wildungen statt. Und im Nürnberger Stadion trafen sich am 1. Juli des Jahres 40 000 Alliierte, um den Klängen des Miller-Orchesters zu lauschen. Genau 40 Jahre danach folgt nun die Wiederaufführung eines Films, der inzwischen Biographie-Ersatz geworden ist.

Doch kaum ein Detail der liebenswerten „Glenn-Miller-Story" in Technicolor beruht auf historischen Fakten. So kannte Glenn Miller weder seinen Pianisten und Freund Chummy schon in den 20er Jahren, noch war Miller der dort dargestellte Träumer. Er war ein verbissener Arbeiter in Sachen Musik. Sein Orchester-Sound entstand auch nicht durch den Ausfall eines Trompeters, sondern eigentlich ebenso zufällig, als Miller feststellte, daß sein Saxophonist Irving Fazzola besser Klarinette spielte und damit die fünfstimmige Rheed-Section anführen konnte. Und „Pennsylvania 6–5000" war keineswegs, wie es der Film darstellt, die New Yorker Telefon-Nummer, mit der die zukünftige Miller-Gattin den Posaunisten erreichen konnte – es war die Rufnummer, unter der Fans sich zu Auftritten der bereits erfolgreichen Band Plätze reservierten.

Dafür ist allerdings in dem Film die hervorragende Jam-Session mit Jazz-König Louis Armstrong eine nicht erwähnte Huldigung an den Meister des Soft-Swing: Der berühmte „Basin Street Blues" ist zum größten Teil eine Komposition von Glenn Miller – was weder ein Schallplattenetikett noch der Film verrät.

GERHARD KLUSSMEIER

## JOURNAL

### Opern-Festspiele von Glyndebourne eröffnet

dpa, London

Mit der Eröffnung der Opern-Festspiele von Glyndebourne hat die alljährliche kulturelle Festival-Zeit auch in Großbritannien einen ersten Höhepunkt erreicht. Als Neuinszenierungen werden Bizets „Carmen" und Benjamin Brittens „Albert Herring" vorgestellt. Bis zum 14. August werden sechs Opern-Inszenierungen gezeigt.

### Fachtagung über Kinder- und Jugendliteratur

DW. Bonn

„Atze, Pumuckel und die Jungfer im Grünen" ist eine Fachtagung der Adenauer-Stiftung auf Schloß Eichholz (bei Bonn) überschrieben. Vom 5. bis 7. Juni beschäftigt man sich dort mit verschiedenen Aspekten der Kinder- und Jugendliteratur. Dabei werden neben der Geschichte dieses Genres auch Themen über die Wirkung der Neuen Medien auf diese Literaturgattung behandelt.

### Kageliade beim Holland-Festival

Reg. Amsterdam

Mit Mauricio Kagel beschäftigt sich in diesem Jahr das Holland-Festival. Im Juni sollen nicht nur eine ganze Reihe seiner Musikstücke erstmals in den Niederlanden vorgestellt werden. Auch konzertante Aufführungen der Lieder-Oper „Aus Deutschland" und der szenischen Illusion „Die Erschöpfung" sind geplant sowie einige Hörspiele und ein Kammerabend, an dem als Auftragswerk das „Klaviertrio" (mit Saschko Gawriloff, Siegfried Palm und Bruno Canino) uraufgeführt werden soll. Höhepunkt der Kageliade ist am 22. Juni „eine Nacht von, für und mit Mauricio Kagel", die unter dem Titel „Carte Blanche" im Concertgebouw Amsterdam vorgesehen ist.

### Bücherspende an die Zentral-Bibliothek

DW. Jerusalem

Ein großer Teil der Bücher, die bei der Jerusalemer Buchmesse auf dem Gemeinschaftsstand der deutschen Verlage, den die Firma Lingenbrink organisiert hatte, zu sehen war, ist der Zentral-Bibliothek in Jerusalem geschenkt worden. Die Axel Springer Stiftung hat die Bücher gekauft und der Bibliothek nach Abschluß der Messe übergeben.

### Hannover feiert Georg Friedrich Händel

Reg. Hannover

Gleich neunmal veranstaltet Hannover im Großen Garten Herrenhausen Ende Juni/Anfang Juli „Ein Fest mit Georg Friedrich Händel". Damit soll auf besondere Weise des 300. Geburtstags des einstmaligen Hannoveraner Hofkapellmeisters gedacht werden. Dazu findet ein Festzug statt. In der Galerie gibt es Ballett, in der Orangerie Szenen aus Händels „Herakles". Herbert Asmodi und die Landesbühne tragen historische Spielszenen bei. Und für das Finale wird zur entsprechenden Musik ein Feuerwerk angekündigt.

### Größte orthodoxe Kirche auf dem Balkan

dpa, Belgrad

Die erneute Grundsteinlegung für die Kirche des heiligen Sava haben in Belgrad mehrere tausend Gläubige mit einer Messe gefeiert. Das Gotteshaus für den serbischen Nationalheiligen, das die größte orthodoxe Kirche auf dem Balkan werden soll, war bereits 1935 begonnen worden. Nach dem Krieg hatte die kommunistische jugoslawische Regierung vier Jahrzehnte die Erlaubnis zum Weiterbau verweigert. Erst im vergangenen Sommer war die Baugenehmigung von den Behörden erteilt worden. In Anwesenheit zahlreicher orthodoxer Würdenträger auch aus Westeuropa und Kanada zelebrierte Patriarch German, das Oberhaupt der serbischen orthodoxen Kirche, in der noch unfertigen Kirche eine Festmesse. Die Kirche steht auf einem der bedeutungsvollsten Plätze der nationalen Geschichte: Dort verbrannten die Türken vor 300 Jahren als Vergeltung für einen Aufstand den Leichnam des heiligen Sava, der im 13. Jahrhundert erster serbischer Erzbischof war. Das Geld für den geplanten Prachtbau sollen orthodoxe Gläubige in der ganzen Welt spenden.

### Der Neandertaler und seine Zeit

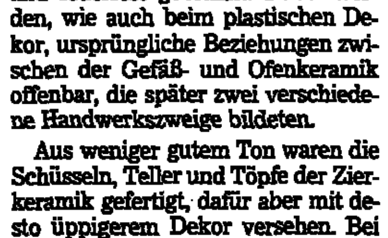
D. B. Bonn

„Der Neandertaler und seine Zeit" heißt ein neuer 96seitiger Führer des Rheinischen Landesmuseums in Bonn. Autor des Buches, das mit wenig bekannten Tatsachen über den Neandertaler-Fund von 1856 im Neandertal bei Düsseldorf-Mettmann aufwartet, ist der Kölner Altsteinzeit-Experte Prof. Gerhard Bosinski. Der Führer mit zahlreichen Fotos und Zeichnungen erschien im Kölner Rheinland-Verlag und kostet 15 Mark.



### Eine Wanderausstellung ungarischer Keramik

# Lust an Farbe und Form



„Eine bunte Fülle volkstümlicher Keramik aus Ungarn" ist in diesem Sommer im Westfälischen Freilichtmuseum Bäuerlicher Kulturdenkmale in Detmold zu sehen. Der Ausstellungstitel könnte leicht mißverstanden werden, denn tatsächlich handelt es sich um echte Volkskunst, so wie Alois Riegl sie definiert hat, nämlich als den „Hausfleiß und die Hausindustrie der Bauern, die ihre Gebrauchsgegenstände selbst erzeugen und verzieren". Die Ungarn zeigen hier Keramiken, die allein von der bildnerischen Tätigkeit des Volkes zeugen.

Rund dreihundert Arbeiten sind zu sehen, Leihgaben aus der etwa 20 000 Objekte umfassenden Sammlung des Ethnographischen Museums Budapest. Ganz Deutschland besitzt keine vergleichbare Sammlung keramischer Volkskunst, auch nicht das Düsseldorfer Hetjens-Museum, dem diese ungarische Ausstellung eigentlich zu verdanken ist. Denn sie ist eine Gegengabe des Budapester Museums für die vom Hetjens-Museum in mehreren ungarischen Städten gezeigte Ausstellung „Rheinisches Steinzeug aus Siegburger Werkstätten" vor zwei Jahren. In Deutschland gibt es auch keine vergleichbare keramische Feldforschung, wie sie seit Generationen bereits an ungarischen Museen und Universitäten betrieben wird. Eine die Ausstellung begleitende umfangreiche Wort- und Bilddokumentation verleiht ihr hohe wissenschaftliche Qualität.

Aber auch wer wissenschaftlich weniger interessiert ist, kommt auf seine Kosten. Es zeigt sich nämlich, daß innerhalb der blühenden europäischen Volkskunst vom 16. bis 19. Jahrhundert die ungarische Bauernkeramik in ihrer Formen- und Farbenvielfalt besonders schöne Leistungen aufzuweisen hat. Ihre Wurzeln reichen tief in das Mittelalter und verzweigen sich in alle Himmelsrichtungen. Byzantinische, osmanische, italienische, sogar Siegburger und Delfter Einflüsse sind festzustellen. Die ungarischen Töpfer kannten die Technik der Fayence und entwickelten unter dem Einfluß der italienischen Renaissance ihren eigenen Stil, der vor allem die Zierkeramik auszeichnet.

Die Ausstellung zeigt einerseits die verschiedenen, ungewöhnlich zahlreichen Töpferzentren im gesamten ungarischen Sprachgebiet (wobei die politischen Grenzen von heute keine Rolle spielen), zum anderen Gebrauchs- und Zierkeramik. Die Gebrauchskeramik, im Haushalt unentbehrlich bis ins 19. Jahrhundert, umfaßt Töpfe, Krüge, Kannen, Flaschen, Teller, Schüsseln, Eimer, Getreide- und Vorratsbehälter, unglasierte und glasierte Irden- und Schwarzware, darunter die Gefäße zum Kochen, Braten, Backen aus besonderem Ton und feuerfest gebrannt. Dabei werden, wie auch beim plastischen Dekor, ursprüngliche Beziehungen zwischen der Gefäß- und Ofenkeramik offenbar, die später zwei verschiedene Handwerkszweige bildeten.

Aus weniger gutem Ton waren die Schüsseln, Teller und Töpfe der Zierkeramik gefertigt, dafür aber mit desto üppigerem Dekor versehen. Bei beiden Gruppen verband die Kreativität der Handwerker zur Verschönerung des Alltags Dekoratives mit Zweckmäßigem, Traditionelles mit jeweils neuen Anregungen. Das reicht von einfachen Einkerbungen, Rillen, Fingereindrücken, aufgemalten Wellenlinien und Streifen bis zum aufgelegten Relief, zum farbenfrohen Stilleben und zur figürlichen Malerei, oft mit erklärenden Zierschriften, die besonders bei Schnapsflaschen nicht ohne Witz und bauernschlauen Humor sind.

Die anonymen Töpfer beweisen bei alldem eine Originalität und handwerkliche Kunstfertigkeit, die hinter den anspruchsvolleren Arbeiten der namhaften Keramiker selten zurückstehen. Nichts an ihren Erzeugnissen wirkt „primitiv" oder dilettantisch; „unbekümmert" wäre das rechte Wort für ihre Lust an Farben und an Formen, für ihre spontane Bereitschaft, Anregungen zu übernehmen, woher sie auch kommen, und für ihr Bestreben, es den einfachen Leuten ihresgleichen recht zu machen. (Bis zum 29. 9. 85; München: Oktober bis Januar; Katalog 20 Mark)

EO PLUNIEN



„Mischka" – Plastisch gestaltete Keramikkanne mit Männerkopf (Höhe 51 cm) aus Mezöcsát (Komitat Borsod), Ungarn, datiert 1863 FOTO: HETJENS-MUSEUM

### Eröffnung der Wiener Festwochen mit Händel

# Julius Cäsar am Nilufer

Die Wiener Festwochen begannen in diesem Jahr mit einem kleinen Knalleffekt: Die Compagnie Divas A. C. Mexiko lieferte mit ihrer frechen Mozart-Travestie „Donna Giovanni" jenen feministischen Zündstoff, der dann auch prompt die (männlichen) Musikkritiker der Stadt explodieren ließ. Die Rezensenten spuckten Gift und Galle ob der unwürdigen Mozart-Verballhornung, das Publikum jubelte vor Vergnügen, die Vorstellungen waren im Nu ausverkauft ...

So fröhlich ging's bei der Premiere von Händels „Julius Cäsar" im Theater an der Wien leider nicht mehr zu. Zwar waren mit Nikolaus Harnoncourt und Federik Mirdita zwei Barockopern-Spezialisten für die teure Eigenproduktion aufgeboten, die im Herbst vom Züricher Opernhaus übernommen wird, doch schienen Musik und deren szenische Umsetzung aus zwei völlig verschiedenen Lagern zu kommen.

So wie in dieser 1724 am Londoner Haymarket uraufgeführten Oper Römer und Ägypter einander verständnislos gegenüberstehen, so vertrat Harnoncourt einmal mehr das impulsive, affektgeladene, gelegentlich ruppige, dann wieder (in den langsamen Tempi) romantisch ausufernde Musizierprinzip, während Mirdita in der Personenführung merkwürdig zurückhaltend, kraftlos, aktionsarm blieb und weder Charaktere noch starke Gefühle auf der Bühne zuließ. Er suchte – laut Programmheft – Zeichensetzung und Sinnbild, fand aber am Nilufer nur Konvention und Klischee.

In den reizvollen manieristischen Bühnenbildern Hans Hoffers mit ihren (technisch anfälligen) variablen Pyramiden- und Dreieck-Tableaus bewegten sich die Akteure recht lahm – anonyme Helden ohne Gesicht und Kontur. Solcher Art waren 23 lange Da-capo-Arien zu überstehen, und auch wenn der virtuose Concentus musicus auf alten Instrumenten mit Ausnahme des Naturhorns jeden Klangzauber des Barock heraufbeschwor, so waren Spannungslosigkeit und Eintönigkeit doch unvermeidbar.

Denn auch die Sänger brachten kaum jenen vokalen Glanz ein, der eine Barockoper est einmal interessant machen könnte. Benjamin Luxan (Cäsar), Roberta Alexander (Cleopatra), Ann Murray (Sesto), Marjana Lipovsek (Cornelia), Thomas Hampson (Achilla) und Roderick Kennedy (Tolomeno) – sie alle mögen erprobte und erfahrene Stilisten sein, große Sängerpersönlichkeiten mit außergewöhnlichem Timbre und tragendem Atem, wie Händel sie dringend benötigt und wie sie einst mit Irmgard Seefried, Lisa della Casa, Teresa Berganza oder Dietrich Fischer-Dieskau für diese Oper zur Verfügung standen, die sind sie halt doch noch nicht.

Und einen technisch korrekten, sauber gesungenen Triller, den hörte man halt den ganzen langen Abend über kein einziges Mäl. Darüber hätte sich der seinerzeit von den Primadonnen gebeutelte Händel wohl doch sehr gewundert. Das Publikum feierte alle Mitwirkenden, allen voran Nikolaus Harnoncourt, dennoch mit großem Jubel.

Es wird in den nächsten Fest-Wochen noch eine wahre Flut von Theater-Ereignissen zu überstehen haben: Die Münchner Kammerspiele und die Schaubühne Berlin kommen mit drei Tabori-Inszenierungen, das Staatstheater Schwerin zeigt seine Antike-Entdeckungen, zwei Schiller-Abende mit Heyme aus Stuttgart und Langs Münchner „Don Karlos" wollen begutachtet sein, dazwischen Kabuki aus Tokio, Zemlinsky aus Hamburg, Karges „Jacke wie Hose" aus Bochum, Kresniks „Sylvia Plath" aus Heidelberg sowie an die 50 Konzerte beim 22. Internationalen Musikfest der Wiener Konzerthausgesellschaft.

ANDREA SEEBOHM

### Claude Zidis Gaunerkomödie „Die Bestechlichen"

# Süßes Leben der Bullen

René kann nicht klagen. Der Fleischer packt ihm die saftige Lammkeule gratis auf die Schulter, der Wirt im Bistro vergißt stets die Rechnung, und der marokkanische Würfelspieler zahlt ihm auch bei verlorenem Spiel einen fetten Gewinn aus. Alle scheinen vor diesem täppisch wirkenden Abstauber zu zittern. Doch René ist kein großer Gangsterboß, sondern ein „braver" Inspektor. Natürlich kennt er seine Pappenheimer am Fuß des Montmartre, weiß genau, in welchem Hinterzimmer heimlich hoch gepokert wird.

So hat er sich nach dem Motto „Leben und leben lassen" mit den kleinen Sündern arrangiert und drückt für entsprechende Vergünstigungen beide Augen zu. Das ausgeklügelte System funktioniert freilich nur so lange, bis sein Partner eines Abends geschnappt wird. Sein neuer Helfer heißt François (Thierry Lhermitte), ein geschniegelter Provinzler, der frisch von der Polizeischule kommt und nur darauf brennt, alle hehren Ideale auf den Straßen von Paris in blitzsaubere Praxis umzusetzen.

Schon diese komische Kluft zwischen dem Schlitzohr und dem Musterknaben garantiert für etliche Gags. Schließlich braucht selbst René seine Zeit, um dem verbiesterten Bürohengst François die Sonnenseiten des Polizistenlebens schmackhaft zu machen. Zudem hat sich Regisseur Claude Zidi, der mit „Brust oder Keule" und „Inspektor Loulou" in die Untiefen der Klamotte abgerutscht war, von dieser Formkrise glänzend erholt.

Hier jedenfalls fängt der ehemalige Assistent von Claude Chabrol mit leichter Hand die sympathisch frivole Atmosphäre eines Pariser Stadtviertels ein, dessen ungebändigte Lebenslust strenge Tugendwächter wie humorlose Spielverderber wirken läßt. Wenn Zidis Film streckenweise gar den prickelnden Charme von Billy Wilders Meisterwerk „Irma la Douce" erreicht, liegt das nicht zuletzt an den liebevoll gezeichneten Nebenfiguren, markante Exemplare aus einem skurrilen Typenkabinett.

Sie alle freilich stehen lediglich Spalier bei einem brillanten Solo. Wenn Philippe Noiret, der zuletzt Taverniers „Saustall" ausgemistet hat, mit Hamsterbacken und Walroßschnurrbart als Inspektor René ganz tumb dreinblickt, um dann sekundenschnell schalkhaften Witz aus dem Ärmel zu schütteln, sieht man mimische Extraklasse. Zidi läßt diesem nur scheinbar behäbigen Kraftkerl genügend Auslauf, nimmt sich in wertvollen Verschnaufpausen viel Zeit für die großen Träume der kleinen Leute und zieht dann plötzlich in hartgeschnittenen Actionszenen die Zügel wieder straff. Vor allem aber liefert er den sehnlichst erwarteten Beweis, daß eine gute Komödie ganz ohne albern überdrehte Texte auskommt.

HARTMUT WILMES

## KULTURNOTIZEN

**Das Archäologische Freilichtmuseum** in Oerlinghausen, das 1974 einem Brand zum Opfer fiel, ist jetzt in erweiterter Form wiederhergestellt worden.

**Emil Scheibe** zeigt unter dem Titel „Bilder im Spiegel der Zeit" eine Übersicht seiner Arbeiten von 1945 bis heute im Münchner Gasteig Kulturzentrum.

**Eine „Skulpturenallee"** ist entlang der 1,7 km langen Neckarpromenade in Heilbronn eröffnet worden. Gezeigt werden 74 Skulpturen von 49 Künstlern aus dem deutschsprachigen Raum.

**Die Kunsthalle Bielefeld** zeigt bis zum 14. Juli neueste Arbeiten von Bernd Koberling, Hamburg, der der heftigen Malerei zugerechnet wird.

**Der internationale Wettbewerb** für Komponisten elektronischer Musik, ausgeschrieben von der Stiftung Russolo-Pratella, Varese, Via Biagini (2. bis 9. Juni), ist zum ersten Mal auch Programmierern geöffnet.

**Im Norden Sumatras** wurde ein bisher unbekannter Nomadenstamm in der Provinz Aceh entdeckt.

**Willi Bongard,** Kunstkritiker und Herausgeber des Informationsdienstes „art aktuell", ist 54jährig an den Folgen eines Verkehrsunfalles gestorben.

Die Deutsche Bundesbahn bietet in Bayern Nostalgiefahrten mit Dampfzügen an

# Wenn die Kessellunge richtig atmet

**Die Bundesbahn macht's möglich. Nachdem sich die Lokomotiven das Rauchen abgewöhnt hatten – die letzte Dampflok war 1977 im Einsatz –, gab es landauf, landab keinen Dampfbetrieb mehr, jedenfalls nicht auf DB-Strecken. Aus betriebstechnischen und aus Kostengründen, wie es hieß. Im Jubiläumsjahr der deutschen Eisenbahn aber dürfen auf einigen Strecken in Bayern wieder Dampfzüge verkehren. Hier ist die entsprechende Logistik noch vorhanden.**

Von WOLFGANG MINATY

Keine Festtagsrede ist so schön wie der Puff in die Luft aus dem Schornstein einer Dampflokomotive. Wenn sie schnieft, wenn sie schnauft. Es rasselt in der Röhrenlunge. Aber das ist normal. Es zischt im Räderwerk. Das ist die Begrüßungsformel. Wenn sie sich räuspert, läßt sie mal kurz Dampf ab. Sie, die schwarze Lady mit den roten Bordüren über den heißen Flanken. Ihr tanzt keiner auf der Nase herum. Wenn sie pfeift, stehen die Männlein stramm. Sie kann flüstern, und sofort kriegen ihre Verehrer lange Hälse und große Ohren. Was hat sie gesagt? Was hat sie gemeint? Sie gibt sich huldvoll. Jeder darf mal schnuppern – aber nur mit Anstand. Sie hat immer noch Grazie, Rasse sowieso.

Vergangene Woche hatte sie ihren großen Tag. Da rauschte sie herein in den Nürnberger Hauptbahnhof, la grande dame, mit Würde und nicht ohne Allüren, ganz in Schwarz, mit einer Stola aus weißem Wasserdampf. Im Schleppzug die seligen Schwärmer und hartgesottenen Bonvivants. Mit kennerischem Blick und gönnerhafter Miene wurde sie fixiert, taxiert. Sie seufzte, und die Fans und Freaks gingen in die Knie.

Es war ihr Auftritt: der große Bahnhof der 01. Wer die 01 ist? Eine solche Frage scheidet schnell den Ignoranten vom Experten. In Nürnberg wimmelte es von Experten. Aber auch die Andersgläubigen bemerkten bald, daß es sich um ein besonders prachtvolles Exemplar einer Dampflokomotive handeln mußte. Weiß Gott! Es war die 1940 in Berlin fertiggestellte Schnellzuglokomotive 01 1100, 1956 mit einer Ölfeuerung ausgerüstet und 1975 ausrangiert.

Als elender Dreck- und Schrotthaufen gelangte sie 1983 in die „Dampfroß-Klinik" in Offenburg. 20 000 Dampflokomotiven hatte man in dem dortigen Ausbesserungswerk seit 1909, also noch zu des badischen Großherzogs Zeiten, wieder aufgeputzt und hochgedonnert. So auch unsere Berliner 01.

Nun stand sie da und schmauchte, die Menge schwelgte. Sie stand auf Gleis 15 mit ihren angehängten 12 Waggons – abfahrbereit nach Bayreuth. Ein Pfiff, und der Dampfzug setzt sich in Bewegung. Das ist Kraft, wenn die Kessellunge einmal so richtig durchatmet. Wenn es schreit, wenn es brüllt. Die Flammen züngeln in der Feuerbüchse. Die Räder mahlen mächtig. Die Pleuelstangen stoßen vor, wieder zurück, rhythmisch, vor, zurück. Wenn die Räder nicht rund wären, könnte man meinen, sie würden Flügel kriegen. Der Erzengel leibhaftig. Wer weiß, ob von oben oder von der Hölle. Immer schneller geht die Fahrt. Die Lokomotivführer in gespannter Aufmerksamkeit. Auch sie, die Arbeiter aus einem dunklen Zwischenreich, ganz in Schwarz, die Montur schwarz, die Schildmütze, ebenso die Handschuhe und bald auch das Gesicht. Sie wissen, wo sie zupacken müssen. Die Technik ist ein Ding mit vielen Griffen.

Aber das Ding, es funktioniert. Es ist auch keine Höllenmaschine. Es ist die 01. Sie entpuppt sich während der Fahrt durch die Fränkische Schweiz und das malerische Pegnitztal als ganz und gar guter Engel. Die 2470 PS sind auch keine Hexerei. Waren es schon damals nicht, als die Rauchfahnen übers Land wimpelten, sich über die Wiesen, den Raps und die Äcker legten. „Die Felder und Wälder erzeigen sich früh, / Es singen und klingen der Vögelein Lieder", dichtete um 1650 der Mann vom Pegnesischen Blumenorden, Georg Philipp Harsdörffer, einer der Nürnberger Pegnitz-Schäfer. Er sah es schon richtig. Nur, er hat sein Lebtag keine Dampflokomotive gesehen. Er ist eben nachweislich im falschen Jahrhundert geboren.

Aber auch wir scheinen nicht ganz zeitgemäß zu sein. An der Strecke immer wieder Leute, sie winken, sie freuen sich. Das haben sie noch nicht gesehen, das haben sie lange nicht mehr gesehen. Zwei Dampflokomotiven, die 01 an der Spitze, unterstützt von einer 23er, im Gefolge zwölf schwere Eisenbahnwagen aus den zwanziger Jahren: aus dem Rheingold-, dem Orient-Expreß und was sonst noch im untergegangenen Reich der kontinentalen Schienen-Noblesse Präzeptorenwürde beanspruchen durfte. Luxuskabinette mit Polster, Teppich und Königswappen. Diskret ist das „signal d'alarme" in der Holztäfelung verborgen, von unaufdringlichem Charme sind die eingelassenen Spiegel, von herber Eleganz die gläsernen Vögel und Trauben im Relief, kostbare Imaginationen des Zauberers aus dem Art Deco, René Lalique.

Eine Fahrt mit dem Dampfzug ist nicht nur ein Hit, sie ist auch was fürs Gemüt. Sie ist wie der sanfte Versuch, sich auf die Sehnsucht nach längst vergangenen Tagen einzulassen. Man schwelgt und genießt und wird ein bißchen still.

Die Nostalgiefahrten werden fortan fahrplanmäßig von der Bundesbahn durchgeführt. Bis in den Oktober hinein werden Züge mit Dampflokomotiven wie auch mit historischen Diesel- und E-Loks zum Einsatz kommen. Ausgangspunkt für die Fahrten nach Oberfranken und in die Oberpfalz ist jeweils Nürnberg. Obwohl größtenteils schon ausgebucht, haben Schnellentschlossene noch eine Chance. Ansprechpartner sind die DER-Reisebüros sowie die Deutsche Bundesbahn („Dampf '85", Sandstraße 38-40, 8500 Nürnberg, Telefon 0911/219 5844).



**Die legendäre Dampf-Schnellzuglok 01 1100 (Baujahr 1940) wird im Nürnberger Hauptbahnhof fahrbereit gemacht.** FOTO: AP

## Urlaubermord von Grainau aufgeklärt?

AP, Garmisch-Partenkirchen

Der Doppelmord an einem Urlauber-Ehepaar am vergangenen Freitag unweit des Zugspitzdorfes Grainau bei Garmisch-Partenkirchen steht vor der Aufklärung. Die bayerische Landespolizei teilte gestern mit, daß das Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen Haftbefehle gegen zwei mutmaßliche Täter erlassen hat. Es handelt sich um den 35jährigen Bernd K. und den 25jährigen Andreas M., die zuletzt als Zeitschriftenwerber arbeiteten und sich eine Woche vor der Tat von ihrer Gruppe trennten. Der 63jährige Rentner Werner Scharlemann und seine um zehn Jahre jüngere Frau Inge, beide aus Itzehoe, waren am 16. Mai in einer Pension in Grainau eingetroffen, um dort einen 14tägigen Urlaub zu verbringen. Am Tag darauf wurden sie bei einem Spaziergang Opfer eines Raubmordes. Die Täter töteten sie durch Schläge mit einem Holzprügel auf den Kopf. Am nächsten Tag entdeckten Spaziergänger die Leichen im Unterholz.

### Prozeß gegen Fans

AFP, Peking

Bei den schweren Ausschreitungen, die sich am Sonntagabend nach einem Fußballmatch in Peking ereigneten (WELT v. 21.5.), sind insgesamt 30 Polizisten verletzt worden, vier von ihnen schwer. Wie die englischsprachige Zeitung „China Daily" gestern berichtete, wurden nach den beispiellosen Krawallen insgesamt 127 Personen verhaftet. Ihnen soll in den nächsten Wochen ein öffentlicher Prozeß gemacht werden.

### Neuer Hauptbahnhof

AP, Berlin

Der in Ost-Berlin gelegene „Ostbahnhof" soll in mehrjährigen Umbauarbeiten zum neuen, prestigeträchtigen Hauptbahnhof im Ostteil der Stadt umgestaltet werden. Auf dem 143 Jahre alten ehemaligen „Schlesischen Bahnhof" werden täglich 164 Züge abgefertigt, 16 000 Fernreisende steigen durchschnittlich ein oder aus. Hinzu kommen 35 000 bis 50 000 Fahrgäste der Stadtbahn.

### Mehr Geld für Miete

dpa, Wiesbaden

Die privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland haben im vergangenen Jahr mehr für Mieten, aber weniger für Nahrungs- und Genußmittel ausgegeben. Diesen langfristigen Trend hat das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden veröffentlicht. Der Untersuchung zufolge stieg der Anteil der Wohnungsmieten am privaten Verbrauch im Vorjahresvergleich bei Zwei-Personen-Haushalten von Rentnern von 23,2 auf 24,3 Prozent.

### Neue Trinkgewohnheiten

AFP, Paris

Der Alkoholkonsum in Frankreich ist in den letzten 20 Jahren „langsam, jedoch beständig" zurückgegangen. Die Franzosen „entdeckten" das Bier und vernachlässigen den traditionellen roten Tischwein. Nach jüngsten Ermittlungen der Statistiker ist der Alkoholverbrauch in Frankreich jährlich im Durchschnitt um 0,23 Liter gesunken. Dennoch ist Frankreich weiterhin Spitzenreiter: Der durchschnittliche Alkoholverbrauch liegt gegenwärtig bei 15,5 Litern im Jahr.



## LEUTE HEUTE

### Einkommen

Als einziges Mitglied der königlichen Familie Englands erhält Thronfolger Prinz **Charles** (36) keine Apanagen aus dem britischen Steuersäkkel. Dennoch braucht er sich keine finanziellen Sorgen zu machen. Wie gestern bekannt wurde, sind seine



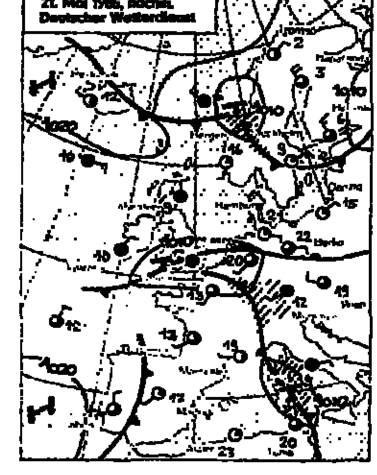
Jahreseinnahmen aus dem Herzogtum Cornwall zum ersten Mal auf über 1,24 Millionen Pfund gestiegen. Umgerechnet sind das nicht weniger als 4,84 Millionen Mark. Und das entspricht immerhin einer Steigerung von fast 27 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund einer freiwilligen Absprache mit dem Schatzkanzleramt führt Charles 25 Prozent seiner Einnahmen als Steuern ab.

### Verjährung?

Der Titelhändler und Farmer Konsul **Hans Hermann Weyer**, der 1981 vor dem Zugriff der Münchner Justizbehörden nach Paraguay geflüchtet war, will Ende 1986 besuchsweise in die Bundesrepublik Deutschland zurückkommen, „weil dann alles verjährt ist". Diese Absicht teilte „der schöne Konsul" jetzt in einem Einschreibebrief aus Asunción mit. Meldungen, er halte sich nicht mehr in Paraguay auf, dementierte Weyer „im Namen von Präsident **Stroessner**". Er lebe seit etwa einem Jahr auf seiner eigenen 200 Hektar großen Farm, einer Estancia, in Paraguay. Er strebe in Südamerika ein hohes politisches Amt an und habe gute Aussichten, dies zu erreichen. „In fünf Jahren hier, den schönsten meines Lebens, habe ich knapp 20 Millionen Mark eingenommen", schrieb Weyer nicht ohne Stolz.

## WETTER: Gewitter und Regen

**Wetterlage:** Eine über Deutschland liegende kräftige Tiefdruckrinne bestimmt mit ihrer feuchten und mäßig warmen Luft das Wetter.



**Vorhersage für Mittwoch:**

Überwiegend stark bewölkt und nur gelegentliche Auflockerungen. Zeitweise Regen, zum Teil schauerartig verstärkt oder mit Gewittern. Tageshöchsttemperaturen zwischen 16 und 20 Grad C. Tiefstwerte nachts 12 bis 8 Grad. Schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

**Weitere Aussichten:**

Noch einzelne Schauer, etwas kühler.

**Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 22° | Kairo | 32° |
| Bonn | 19° | Kopenh. | 20° |
| Dresden | 20° | Las Palmas | 21° |
| Essen | 20° | London | 12° |
| Frankfurt | 15° | Madrid | 17° |
| Hamburg | 21° | Mailand | 19° |
| List/Sylt | 19° | Mallorca | 20° |
| München | 12° | Moskau | 7° |
| Stuttgart | 14° | Nizza | 17° |
| Algier | 23° | Oslo | 15° |
| Amsterdam | 19° | Paris | 13° |
| Athen | 28° | Prag | 16° |
| Barcelona | 19° | Rom | 19° |
| Brüssel | 17° | Stockholm | 9° |
| Budapest | 21° | Tel Aviv | 29° |
| Bukarest | 22° | Tunis | 20° |
| Helsinki | 6° | Wien | 19° |
| Istanbul | 22° | Zürich | 17° |

**Sonnenaufgang*** am Donnerstag: 5.20 Uhr, Untergang: 21.18 Uhr; **Mondaufgang:** 7.23 Uhr, Untergang: 0.25 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

## Das Gericht hofft auf drei Zeugen

KLAUS RÜHLE, Rom

Seit rund zwei Wochen wird in Florenz gegen die toskanische „Menschenraub GmbH" verhandelt. Das Gerichtsverfahren betrifft eine ganze Anzahl von Verbrechen, darunter auch die Entführung von Susanne und Sabine Kronzucker, heute 20 und 18 Jahre alt, und ihres Vetters Martin Waechtler. Die Familien Kronzucker und Waechtler sind Privatkläger in dem Gerichtsverfahren.

Von den Entführern der drei Kinder sind bisher nur wenige identifiziert worden: Bandenchef Mario Sale, der seit mehreren Jahren flüchtig ist, ein gewisser Giovanni Farina, den man in Venezuela verhaftete, und der bereits wegen Mordes und anderer Verbrechen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Bachisio Manca. Keiner der drei Kidnapper ist beim Prozeß persönlich anwesend. Wer die anderen Schuldigen an der Entführung von Susanne, Sabine und Martin sind, ist bis heute unbekannt geblieben. Insgesamt zählt die Anklageschrift dieses Prozesses 30 Namen der „Menschenraub GmbH" auf, wobei der Fall Kronzucker-Waechtler eine Sonderstellung einnimmt, aber erst gegen Monatsende zur Sprache kommen wird. Das Untersuchungsergebnis weist dunkle Punkte auf, die der Klärung bedürfen.

Die beiden Kronzucker-Töchter und Martin Waechtler wurden am Nachmittag des 25. Juli 1980 im Swimming-pool ihres Urlaubsdomizils in Barberino di Val d'Elsa gekidnappt und 65 Tage lang in einem Zelt im unwegsamen Waldgebiet von Monterufoli gefangengehalten. Die Freilassung erfolgte gegen ein Lösegeld von 2,2 Milliarden Lire.

Susanne und Sabine leben seit über vier Jahren in Washington bei ihrem Vater, dem Fernsehkorrespondenten Dieter Kronzucker. Es erscheint mehr als fraglich, ob die beiden Mädchen als Zeuginnen im Prozeß erscheinen werden, worauf das Gericht drängt. Die italienische Justiz tappt noch weitgehend im dunkeln, weil seinerzeit die Kontakte zwischen den Familienangehörigen und den Kidnappern unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit erfolgten. Das Gericht hofft, daß wenigstens Martin Waechtler, der zur Zeit seinen Militärdienst leistet, als Zeuge im Prozeß auftreten und zur Klärung der ganzen Affäre beitragen wird.

## Schützenhilfe aus Moskau für Bürgermeister Goode

**„Move"-Mitglieder hatten vermutlich selbst Feuer gelegt**

FRITZ WIRTH, Philadelphia

Wilson Goode hatte den letzten Sonntag zum „Tag des Gebets" erklärt. Der Bürgermeister von Philadelphia suchte Trost und Hilfe beim Allerhöchsten für Ereignisse, die viele bis auf den heutigen Tag nicht begreifen können: den Bombenangriff der Polizei von Philadelphia auf das Haus Nr. 6221 in der Osage Avenue, der elf Menschen das Leben kostete und 53 Häuser in der Umgebung dieses ausgebombten Hauptquartiers „revolutionärer Stadtguerrillas" (so Goode) in Schutt und Asche legte.

Der Brand ist längst gelöscht, der Zorn unter den 250 Opfern, die über Nacht obdachlos wurden, aber glimmt weiter. Es liefen inzwischen Morddrohungen gegen Bürgermeister Goode, gegen George Sambor, den Polizeichef der Stadt, und gegen Frank Powell ein. Powell ist der Sprengstoffexperte, der am Montag der letzten Woche innerhalb von 30 Minuten jene Bombe bastelte, die er am Abend um halb sechs eigenhändig aus einem Hubschrauber auf das Haus Nr. 6221 warf.



**Philadelphias farbiger Bürgermeister Wilson Goode** FOTO: CAMERA PRESS

Kritiker haben dieses Unternehmen als „Operation Overkill" verurteilt. Bürgermeister Edward Koch von New York gehört zu diesen Kritikern. „Ich würde jeden Polizeibeamten sofort entlassen, der in meiner Stadt den Befehl gäbe, ein Wohnhaus zu bombardieren", erklärte er. Der attackierte Goode selbst gesteht ein: „Ich würde einen solchen Befehl nicht noch einmal geben oder gutheißen." Er beharrt jedoch darauf, daß die ganze Sache „ein Unglücksfall" gewesen sei. Niemand habe vorausgesehen, daß die Bombe der Polizei eine Brandwirkung haben würde.

Tatsächlich ist bis zur Stunde noch ungeklärt, was die genaue Brandursache war. Es ist nicht auszuschließen, daß der Brand von den Insassen des Hauptquartiers der Stadtguerrillas unter dem Namen „Move" selbst gelegt worden ist. Anhaltspunkte dazu liefert ein Brief dieser Terrororganisation, der wenige Tage vor der Katastrophe bei der Stadtverwaltung von Philadelphia einging. Darin heißt es wörtlich: „Wenn Move untergeht, wird nicht nur jedermann in diesem Block mit untergehen – die Kniegelenke Amerikas werden brechen. Wir werden sie mit Gas, Feuer und Kugeln ausräuchern. Wir werden dieses Haus niederbrennen und auch Euch mit uns verbrennen."

„Move" ist ein Primitivkult meist schwarzer Mitglieder, die die Technologie des 20. Jahrhunderts ablehnen, ein Zurück zur Natur predigen, den Umgang mit Seife meiden, ihre Nachnamen abgelegt und sich alle einheitlich den Namen „Afrika" zugelegt haben. Die Zahl der „Move"-Mitglieder wird auf etwa 100 geschätzt, von denen im Augenblick 14 in Gefängnissen einsitzen.

Bevor Bürgermeister Goode in der letzten Woche Anweisung zur Bombardierung des zur Festung ausgebauten Hauses gegeben hatte, hatte ein mehrstündiges Feuergefecht mit der Polizei stattgefunden, bei dem insgesamt knapp 10 000 Schüsse fielen. Der Bombenangriff der Polizei war eine Verzweiflungstat gewesen. Sie hatte zuvor vergeblich versucht, Löcher in die Wände des Hauses zu sprengen, dort Tränengas einzusetzen und so die Insassen zur Übergabe zu zwingen.

Obwohl von einigen Seiten der Rücktritt Goodes gefordert wird, steht die Mehrzahl der Bürger Philadelphias in bemerkenswerter Loyalität zum ersten farbigen Bürgermeister dieser Stadt. Eine Meinungsumfrage ergab, daß knapp zwei Drittel der Bürger Philadelphias die Aktion Goodes billigen, Schwarze und Weiße zu gleichen Teilen. Dabei hat Goode unerwartete Schützenhilfe aus Moskau erhalten. Seit die Sowjets sein Vorgehen gegen „Move" verurteilt haben, ist das Ansehen des Bürgermeisters rapide gewachsen.

## Kein Ärger mehr mit dem Flachdach

MARIA GROHME, Köln

Für viele geplagte Flachdachbesitzer, die zum wiederholten Male die Abdeckung zur Seite räumen lassen müssen, um das Leck zu finden, mag es wie eine Freudenbotschaft klingen, daß es jetzt einen sogenannten „Dachdetektor" gibt, mit dem die undichten Stellen bei dem bauphysikalisch „schwierigen" Flachdach aufgespürt werden können. Wichtig ist, daß dieser Detektor auch funktioniert, wenn die Kiesschüttung nicht entfernt wurde. Das Gerät gleicht einer elektrischen Wünschelrute. Es reagiert auf leitende Substanzen und zeigt genau die Stelle im Dach an, unter der das Wasser sitzt.

Vorgestellt wurde das Gerät auf der Kölner Fachausstellung „Dach + Wand", auf der 518 Firmen aus 19 Ländern vertreten waren. Obwohl auch das Dachdeckerhandwerk von der schwierigen Konjunkturlage im Bauhauptgewerbe beeinträchtigt ist, stehen die Zeichen für diese Branche günstiger. Denn sie konzentriert sich mehr als bisher auf die Altbausanierung, Instandhaltung sowie auf den Dachgeschoßausbau.

Fast unbegrenzt sind die Möglichkeiten der Dacheindeckung. Das Angebot reicht von den guten alten Holz- und Schieferschindeln bis zu neueren Versionen aus Bitumen oder Zementfaser. Dachpfannen gibt es in allen Farben und Formen, wobei Rot Favorit ist. Jedes dritte Dach hat heute diese Farbe. Fachleute schreiben diesen Trend der Sehnsucht nach Althergebrachtem zu.

Damit ein neu eingedecktes Dach nicht zu frisch aussieht, kann die Patina auf fabrikneuen Ziegeln gleich mitgeliefert werden. Wem das nicht reicht, der kann sich sein Dach mit unbehandelten Dachpfannen eindekken. Nach kurzer Zeit wird es Moos ansetzen.

Auch für das „komplett ökologische" Dach sind inzwischen alle technischen Voraussetzungen gegeben. Hersteller von „begrünten Dächern" folgen dem Trend zur Wiese oder sogar dem kleinen Garten auf dem Dach. Sogar an Steildächern kann es grünen und blühen. Damit allerdings an der Dachrinne kein Sumpf entsteht, während am Dachfirst das Gras verdorrt, verteilt eine besondere Konstruktion das Wasser gleichmäßig unter der Humusschicht.

## ZU GUTER LETZT

*„Die Hauptkirche in St. Petri im Zentrum Hamburgs sucht einen kirchlich eingestellten, handwerklich geschickten und kontaktfähigen Küster". Anzeige im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt".*

# 30 Jahre Staatsvertrag – die Brückenfunktion bleibt unverzichtbar

Von
CARL GUSTAF STRÖHM

Existierte Österreich nicht – man müßte es erfinden. So etwa lautete ein Ausspruch des tschechischen Historikers Frantisek Palacky, eines Zeitgenossen der Revolution von 1848. Ähnlich wie der Tscheche hat sich dann auch Bismarck für Österreich ausgesprochen. Die beiden grundverschiedenen Männer begriffen oder ahnten etwas von der geopolitischen und strategischen Bedeutung Wiens als eines Elements von Gleichgewicht und Stabilität in Mittel- und Südosteuropa.

Gewiß meinten beide das größere, heute nicht mehr bestehende, im Ersten Weltkrieg untergegangene Österreich: das kaiserliche und königliche Österreich-Ungarn, dessen Grenzen bis ins heutige Polen, Rumänien, bis in die jetzige Sowjetunion und an die Ufer der südlichen Adria reichen. Das heutige Österreich ist der Rest dieses einstigen Reiches. Es ist keine Großmacht mehr, sondern ein kleiner europäischer Staat, der machtpolitisch keine Rolle mehr spielen kann.

Dennoch ist erstaunlich, wie das verkleinerte, seine einstige Macht entsagende Österreich von heute viele Elemente seiner einstigen geschichtlichen Rolle in Europa in die Gegenwart herüberretten konnte. Denn Österreichern ist – sicher durch die Gunst der Stunde des Jahres 1955 – gelungen, was sonst nirgendwo in Europa möglich war: den Eisernen Vorhang zwischen Ost und West um einige hundert Kilometer weiter nach Osten zu verschieben, ihre staatliche Einheit in Freiheit zu wahren, die sowjetische Besatzungsmacht – und natürlich auch die Westmächte – zum Abzug zu bewegen. Was heute als Selbstverständlichkeit erscheint, wirkte damals fast wie ein Wunder.

Zugleich haben die Österreicher es fertiggebracht, den Status militärischer Neutralität mit der Zugehörigkeit zur westlichen Demokratie zu vereinbaren, die Beziehungen zur Sowjetunion und zu den meisten übrigen Ostblockstaaten auf eine solide Grundlage zu stellen – ohne auch nur die geringsten Konzessionen an die kommunistische Ideologie machen zu müssen. Die schweren inneren Erschütterungen des kommunistischen Systems in einigen der Nachbarstaaten – Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968 oder auch Polen 1980 – ließen das Land, sieht man einmal von Flüchtlingsströmen über die Grenze ab, unberührt. Mit einigen seiner kommunistischen Nachbarn gelang es den Österreichern sogar ausgesprochen positive politische und wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen – etwa mit den Ungarn. Das österreich-ungarische Verhältnis wird heute gern als Vorbild für die Zusammenarbeit zweier Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung zitiert.

Nach innen erlebte das kleine Land zwischen Alpen und Donau einen wirtschaftlichen Aufschwung und einen Massenwohlstand, der keineswegs selbstverständlich erscheint, wenn man an die ärmlichen Verhältnisse, die materielle Bedrückung und das Elend etwa während der Zwischenkriegsjahre denkt. Damals hieß es, Österreich sei „nicht lebensfähig". Heute würden selbst die schärfsten Kritiker so etwas nicht behaupten.

Die materielle Konsolidierung und der Massenwohlstand, wie er in den 60er und 70er Jahren – analog zur Entwicklung der Bundesrepublik, wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung und ein wenig gebremster – entstand, haben auch zu einer politischen Konsolidierung geführt. Weniger noch als in der Bundesrepublik haben hier radikale Strömungen oder Bewegungen eine Chance. Selbst die Unruhe der 68er-Rebellion oder auch die Grün-Alternative Bewegung der letzten Jahre verlaufen gedämpfter als in manchen anderen westlichen Staaten.

Nach den bösen Erfahrungen mit radikalen Bewegungen und radikalen parteipolitischen Entzweiungen scheinen die Österreicher noch immer eine Scheu vor zu scharfen innenpolitischen Konfrontationen zu haben. Man darf schließlich nicht vergessen, daß in Wien 1934 ein regelrechter Bürgerkrieg zwischen dem „roten, sozialistischen (sozialdemokratischen) und dem schwarzen, christlich-sozialen Lager" stattgefunden hat. Was folgte war der Nationalsozialismus, der bei jenen Österreichern, die ihr Heil in einem Anschluß an Deutschland gesucht hatten, schwere Enttäuschungen hinterließ. Diese schlimmen Erfahrungen standen bei der Wieder- und Neubegründung Österreichs 1945 Pate – aber damals konnte niemand ahnen, daß das verarmte, zerstörte und zwischen West und Ost in Besatzungszonen aufgeteilte Land sich wieder erheben, daß seine Bevölkerung zu einem neuen National- und Staatsbewußtsein finden und daß schließlich weltpolitisch und auch wirtschaftlich für Österreich alles so gut verlaufen würde.

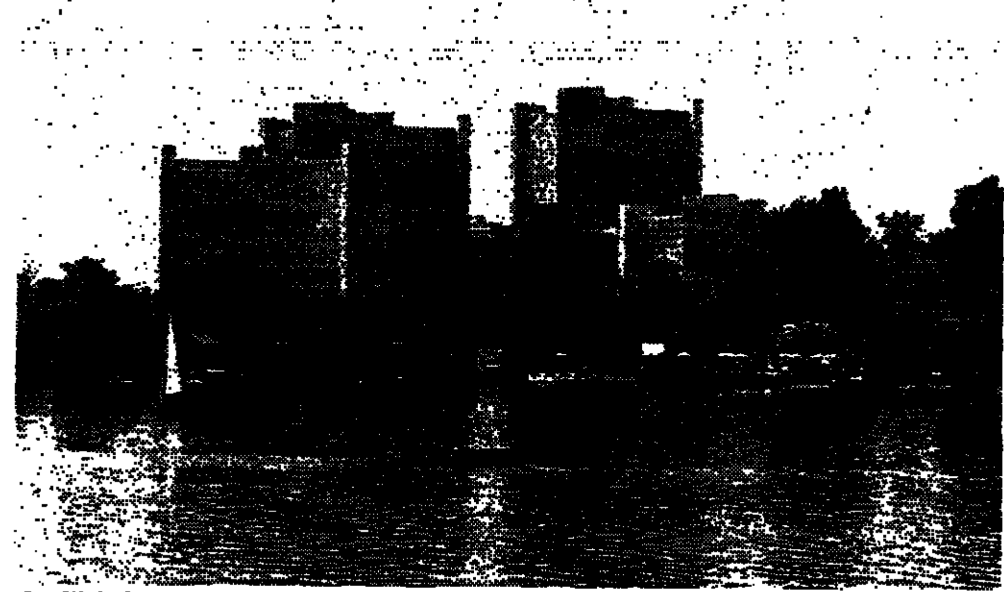
Heute hat sich – gerade im Blick auf die östlichen Nachbarn, die Situation Österreichs und Wiens völlig verwandelt. Doch vor dem Zweiten Weltkrieg galt die Alpenrepublik – etwa im Vergleich zur wohlhabenden, industriell weit fortgeschrittenen Tschechoslowakei – als Armenhaus; Wien wurde damals als übriggebliebener, seiner Funktion beraubter Wasserkopf charakterisiert, als eine Stadt ohne Zukunft. Heute ist Wien für viele Menschen aus dem Osten – nicht zuletzt für viele Tschechen – ein Schaufenster westlichen Wohlstandes und westlicher Freiheit.

Es ist das historische Verdienst der Nachkriegsgeneration österreichischer Politiker aus den beiden großen Lagern – aus dem christlich-demokratischen ebenso wie aus dem sozialistischen – durch eine nüchterne und zugleich klare Politik, durch eine charakterfeste Haltung gegenüber den Besatzungsmächten (vor allem gegenüber den Sowjets), die soliden Fundamente für das heutige Österreich geschaffen zu haben. Selbst wenn man weiß, daß dazu natürlich auch eine Portion Glück notwendig war: das Richtige im richtigen Moment erkannt und getan zu haben, Augenmaß bewiesen zu haben, bleibt die geschichtliche Leistung von Männern wie Raab, Figl oder Renner und Schärf (nur einige stellvertretend für viele andere zu nennen).

Die Nachkriegszeit, auch die 50er und 60er Jahre sind nun schon Geschichte. Auch in Österreich vollzieht sich der Generationen- und Bewußtseinswandel. Den Jüngeren ist bereits selbstverständlich, was für die Älteren fast unglaublich schien: nämlich, daß das Land unbeschädigt durch die Klippen des kalten Krieges hindurch seine Unabhängigkeit und Einheit erlangen und bewahren konnte.

Die weitere Entwicklung Österreichs hängt davon ab, ob es dem Lande gelingt mit der modernen wirtschaftlich-technologischen Revolution, wie sie der Westen erlebt, Schritt zu halten und ob es hier, an der Nahtstelle und am Schnittpunkt von Ost und West genügend stabile und normale Verhältnisse gibt, die es Österreich erlauben, nach beiden Seiten hin eine Brücke sowohl für politische Begegnungen wie wirtschaftliche Kontakte zu sein. Beide Faktoren können nicht von Österreich allein oder überwiegend gestaltet oder nur beeinflußt werden. Dennoch stehen die Chancen heute nicht so schlecht. Selbst wenn man große Vorsicht in der Beurteilung walten läßt. Die harte Ost-West-Teilung des Kontinents besteht nach wie vor, die kommunistischen Systeme im Osten sind – sei es durch sowjetische Militärpräsenz oder aus anderen Gründen – machtpolitisch relativ konsolidiert. Aber die Zeit einer radikal ideologischen, auf Abschottung und Abschließung vom Westen fundierten Politik ist für die meisten dieser Länder aus vielen Gründen vorbei. Hier bietet sich Österreich als westlicher Partner, der nicht der NATO oder anderen westlichen Zusammenschlüssen angehört, von selber an. Hinzu kommt, daß die Österreicher nicht nur neutral sind, sondern in ihrer Politik, Diplomatie und Wirtschaft über ein jahrhundertealtes psychologisches „Know-how" im Umgang mit dem ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Raum, mit dem Donauraum und dem Donau-Uferstaat, verfügen. Im europäischen Osten und Südosten wiederum entsteht so etwas wie eine kollektive Rückbesinnung darauf, daß die Zeit, als man gemeinsam mit den Österreichern lebte, doch wohl nicht die schlechteste gewesen ist. Je mehr die Ideologien verblassen, je stärker die geschichtlichen Kräfte und das geschichtliche Bewußtsein wieder hervortreten – beide Vorgänge hängen übrigens eng miteinander zusammen – und je stärker der ökonomische Imperativ sich für viele osteuropäische Länder auswirkt, desto größer werden die Chancen für Österreich.

Die Staaten Westeuropas, auch die Bundesrepublik Deutschland, können im eigenen Interesse einer solchen Position Österreichs nur Erfolg und Glück wünschen. Wien kann aus seiner geographischen und psychologisch-politischen Lage heraus viele Wege gehen, die den Westeuropäern oder Amerikanern sehr schwerfallen müßten oder ihnen ganz verschlossen sind. Wenn Österreich seine Demokratie und Stabilität zu bewahren und auszubauen vermag, wenn es darüber hinaus – gewiß in veränderter Form und unter verwandelten Verhältnissen – seine geschichtliche Rolle als Brücke zu den europäischen Völkern und Staaten an der Donau, in Ostmitteleuropa und im Südosten wieder aufzunehmen: dann wird dies ein großer Beitrag für eine gute Zukunft unseres Kontinents in seiner Gesamtheit sein.



**Am 27. Juli 1955 tagte der Alliierte Rat mit dem Franzosen François Seydoux de Clausonne, dem Russen Iwan Iljitschow, dem Amerikaner James Penfield und dem Briten Sir Wallingter zum letzten Mal. Eine andere „Internationalität", wie etwa die Beherbergung der Vereinten Nationen, bestimmt heute die Politik**
FOTOS: STUDIO X/DPA

# Frieden, Stabilität, Wohlstand, Stolz

Von FRED SINOWATZ

Die Feiern zum 30jährigen Jubiläum der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, die vorige Woche in Wien stattfanden, waren einmal mehr Gelegenheit, der Welt zu zeigen, was aus dem kleinen, wirtschaftlich schwachen und besetzten Staat von 1945 geworden ist. In Anwesenheit der Außenminister der vier Großmächte aller sieben österreichischen Nachbarstaaten legte das offizielle Österreich Bilanz über vier Jahrzehnte Unabhängigkeit. Eine Bilanz, die sich – ohne Übertreibung – sehen lassen kann, eine Bilanz, die verbunden ist mit Worten wie innerer Frieden, Stabilität, Wohlstand und Selbstbewußtsein.

Wer Österreichs Entwicklung seit 1945 verfolgt hat, kann nicht übersehen, daß das Positive bei weitem überwiegt, sowohl in materieller wie auch in ideeller Hinsicht. Ohne an dieser Stelle auf die Kenndaten der österreichischen Wirtschaft einzugehen – ein relatives hohes Wirtschaftswachstum, die Hälfte der Arbeitslosenrate der OECD-Staaten, eine ausgeglichene Leistungsbilanz und eine erträgliche Inflationsrate –, gibt es eine Fülle von Indizien, die zeigen, daß es den Österreichern heute gut geht. Wer etwa weiß, daß für den kommenden Sommer die Reisebüros für zahlreiche Urlaubsgebiete vor allem im Süden, aber auch für Ferienorte im Inland weitgehend ausgebucht sind, wer registriert, daß die Motorisierung noch lange nicht abgeschlossen ist und die Autokäufe weitergehen, wer beobachtet, daß auch langlebige Konsumgüter guten Absatz finden, kann den allgemeinen Wohlstand, den es heute in unserem Lande gibt, erkennen.

Österreich präsentiert sich heute als ein im großen und ganzen blühender Kleinstaat, der zwar seine Grenzen kennt, andererseits aber mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen kann, daß seine Stimme im Chor der Völker nicht eine der leisesten ist. Ein Zeugnis dafür ist nicht zuletzt die Tatsache, daß die Bundeshauptstadt Wien neben New York und Genf dritte UNO-Stadt geworden ist und zahlreiche Organisationen der Vereinten Nationen beherbergt.

**Österreichs Bundeskanzler Fred Sinowatz**

Ein bedeutender Faktor der internationalen Stellung Österreichs ist selbstverständlich die immerwährende Neutralität. Sie bietet die Gewähr, daß sich Österreich aus internationalen Konflikten heraushält und eine Vermittlerrolle nur dann übernimmt, wenn dies von allen Beteiligten gewünscht wird. Diese Neutralität wird gelegentlich etwas mißtrauisch betrachtet. Dazu besteht erstens, was den Staat als solchen betrifft, nicht der geringste Anlaß, denn niemand will aus der Neutralität einen Neutralismus machen. Zweitens sollte man daran denken, daß die Neutralität den Staat, nicht jedoch die einzelnen Staatsbürger bindet, die sich in überwältigender Mehrheit zum freien, demokratischen Westen bekennen.

# Dezentralisierte Intelligenz ist unsere Chance

Von KARL VAK

Wir leben in einer Periode des Übergangs von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. Die wirtschaftliche Dynamik dieser Periode spiegelt sich immer stärker auch im Wettbewerb der großen Weltregionen wider. Wenn man zur Vereinfachung nur die drei Regionen USA, Südostasien und Westeuropa betrachtet, die im wesentlichen das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen, zeigt sich, daß Südostasien immer stärker an Dynamik gewinnt; eine Region, die am geringsten durch herkömmliche Wirtschaftsideologien behaftet ist, die sich daher am flexibelsten in der Anpassung an die Anforderungen des Informationszeitalters erwiesen hat. Der neue Schlüssel-Produktionsfaktor „organisierte Intelligenz" spielt dort die zentrale Rolle.

Gegenwärtig bestimmen noch Hochtechnologieprodukte den Trend der Zukunft: Die USA führen mit Abstand in der Produktion von Hochtechnologieprodukten, gefolgt von Japan und dann erst von Westeuropa.

Dennoch ist es meines Erachtens angebracht, die Zukunft Europas nicht nur pessimistisch zu sehen:

- Westeuropa ist als Wirtschaftsmacht annähernd gleich groß wie die USA und Japan zusammengenommen. Westeuropa ist damit der größte Markt der Welt und sowohl als Absatzmarkt als auch für unternehmerische Investitionen interessant.
- Mit einer Bevölkerung von rund 300 Millionen, einem relativ hohen Einkommensniveau, mit national wohl sehr unterschiedlichen, jedoch auf der Basis einer gemeinsamen Kultur sehr kreativen Bevölkerungsschichten verfügt Europa wahrscheinlich über das größte Intelligenzpotential in der industrialisierten Welt.
- Die kulturellen Traditionen Europas sind – bei aller Verschiedenheit und kleinstaatlichen Zersplitterung – eine gemeinsame Grundlage für die kulturelle Identität des Kontinents und stellen damit ein relativ einheitliches Entwicklungspotential, insbesondere für die Intelligenzanforderungen der kommenden Informationsgesellschaft, dar.
- Die Kleinstaatlichkeit und Vielsprachigkeit des Kontinents ist zwar ein bedeutendes Hindernis für das industrielle Wachstum (vor allem fehlt eine industrielle Standardisierung), doch scheinen die Dezentralisierungstendenzen der modernen Technologien gerade für diese kleinräumige Kulturlandschaft Europas neue Chancen zu bieten. Die Dynamik im industriellen Produktionsprozeß wird weniger als bisher durch Großserien und Einheiten der Massenproduktion geprägt werden als durch dezentral eingesetzte flexible Automation und Verfahrens-Know-how. Die neuen modernen Informations- und Kommunikationstechniken lassen erhoffen, daß politische, kulturelle und sprachliche Grenzen für technologische Entwicklungen an Bedeutung abnehmen werden.

Österreich muß sich in diesem Umfeld globaler und kontinentaler wirtschaftlicher Dynamik als Land beweisen, das seine bisher erwiesene Flexibilität und Anpassungsfähigkeit in Zukunft auf einer Optimierung der Nutzung bestehender Optionen aufbaut. Die strategischen wirtschaftlichen Konzepte Österreichs müßten daher eine bestmögliche Verwertung der Möglichkeiten des Landes in Form von maßgeschneiderten, eigenständigen Lösungen im Rahmen des europäischen Umfeldes suchen.

Eine große Skizze einer wirtschaftspolitischen Globalstrategie in der Periode des Übergangs von der Industrie- zur Informationsgesellschaft müßte meines Erachtens nach ihrem Wirksamwerden in drei Zeithorizonten gesehen werden:

– Aktueller Zeithorizont: Schließung der industriellen Lücke

Österreich ist es in den 40 Jahren nach Kriegsende gelungen, in einer Reihe von kleineren Etappen seine Wirtschaftsstruktur kontinuierlich den veränderten Anforderungen anzupassen. Die Veränderungsgeschwindigkeit lag über den ganzen Zeitraum hinweg höher als in den vergleichbaren europäischen Industrieländern.

Dennoch ist die österreichische Wirtschaftsstruktur durch einen relativ großen Anteil von arbeitsintensiven Konsumgüterindustrien und vor allem strukturschwacher Grundstoffindustrien geprägt. Ziel für die Zukunft muß es daher sein, die Restrukturierung unserer Industrie so schnell wie möglich und zur Vermeidung von beschäftigungspolitischen Anpassungsfolgen so langsam wie notwendig durchzuführen.

Obwohl die Entwicklung der Produktivität sich oftmals günstiger vollzogen hat als in anderen europäischen Ländern, sollte auch weiterhin eines der Hauptziele der österreichischen Industriepolitik die Fortsetzung der Produktivitätssteigerung sein, trotz der damit zweifellos verbundenen beschäftigungspolitischen Folgen. Nur durch permanente Produktivitätssteigerung kann die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft auf Dauer erhalten werden. Diese anspruchsvolle Zielsetzung verlangt jedoch, ihr beschäftigungspolitisches Manko durch ein gezieltes Ausweichen auf Produkte höherer Qualität und höherer Technologie zu egalisieren. Daß auf diesem Gebiet noch ein großer Nachholprozeß möglich ist, zeigt ein Vergleich des Exports von Hochtechnologieprodukten mit anderen europäischen Ländern, wo wir im westeuropäischen Vergleich ziemlich weit unten angesiedelt sind.

Auch die Klein- und Mittelbetriebe in Österreich haben sich als sehr flexibel und anpassungsfähig erwiesen, jedoch sind, wie vor kurzem im OECD-Bericht hervorgehoben wurde, bei dieser Betriebsgröße die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Relation zum Umsatz in Österreich nur gering. So betreiben nur drei Prozent der Unternehmungen mit weniger als 100 Beschäftigten überhaupt Forschung im Vergleich zu 50 Prozent der Unternehmungen mit mehr als 500 Beschäftigten. Sofern sie jedoch Forschung betreiben, weisen Klein- und Mittelbetriebe höhere Ausgaben auf dem Forschungssektor aus als größere Firmen. Ähnliches gilt für Technologieanwendung, Exportintensität und Marketingverhalten. Daher möchte ich hier festhalten, daß neben der Restrukturierung der Grundstoffindustrie ein wichtiges Strukturziel auch darin bestehen muß, den lokal orientierten, technologisch schwächeren (weil ohne Forschung) Bereich der Klein- und Mittelbetriebe durch konkrete und sehr präzise wirtschaftspolitische Maßnahmen in der Anpassung an die Bedingungen des sich verändernden Weltmarktes zu unterstützen.

– Mittelfristiges Ziel: Anschluß an die Entwicklung von Hoffnungstechnologien

Im mittelfristigen Bereich erscheint mir daher ein wichtiges strategisches Grundziel zu sein, den Anschluß an die Hochtechnologie-Entwicklung in den entwickelten Industrieländern zu finden. Die Methode der Bildung von Technologieschwerpunkten, wie sie durch Maßnahmen der Bundesregierung eingeleitet wurde, scheint mir bei der besonderen Situation Österreichs eines der geeignetsten Instrumente hierfür zu sein.

– Langfristiges Ziel: dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstruktur

Ich glaube, daß die Konzentration auf Dienstleistungen höherer Qualität für Österreich eine Reihe von günstigen Voraussetzungen hätte (Software ist hier als vereinfachender Sammelbegriff zu verstehen, der alle Aufgaben im tertiären Sektor, deren Grundlage das Zur-Verfügung-Stellen spezialisierter Know-how-Ressourcen ist, umfaßt): Die neutrale Lage, die erheblichen Intelligenzreserven, der hohe Ausbildungsstand wären hier zu nennen. Vor allem glaube ich, daß in der Periode des Übergangs von der Industrie- zur Informationsgesellschaft der Dienstleistungs-(Software-)Sektor eine enorme Dynamik erwarten läßt.

Die Konzeption einer dienstleistungs- (software)orientierten Wirtschaftsstruktur stellt meines Erachtens eine langfristig verlockende Chance für unser Land dar.

Es handelt sich um die Entwicklung von Beratungs-, Forschungs- und Planungskapazitäten und deren internationale Vermarktung. Beispiele hierfür wären: internationale Handelsgesellschaften mit Spezialschwerpunkten, international tätige Engineering-Büros, internationale Consulting- und Contractorseinheiten, Entwicklung des internationalen Finanzierungs- und Versicherungsgeschäftes, internationales Transportwesen. Verwertung der Erfahrungen und Leistungen des österreichischen sozialen und medizinischen Systems bei gleichzeitigem Ausbau medizinischer Analyse und therapeutischer Einrichtungen. Nutzung der geopolitischen Zentrallage Österreichs für Energie-, Waren- und Informationsaustausch, Schaffung von Spezial-Know-how auf dem Gebiet der Umwelttechnologien.

Grundlage dieser Strategien müßte ein Grundkonsens über die notwendige dynamische Flexibilität Österreichs in der postindustriellen Ära sein. So wie in der Nachkriegszeit ein Grundkonsens über den industriellen Aufholprozeß bestand.

*Karl Vak ist Generaldirektor der Zentralsparkasse und Kommerzialbank, Wien.*

## AUF EINEN BLICK

**WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK**

Österreichische Botschaft, Johanniterstraße 2, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/23 00 51.

Österreichische Delegation, Hittorfstraße 14, 1000 Berlin 33, Tel.: 030/8 32 40 98.

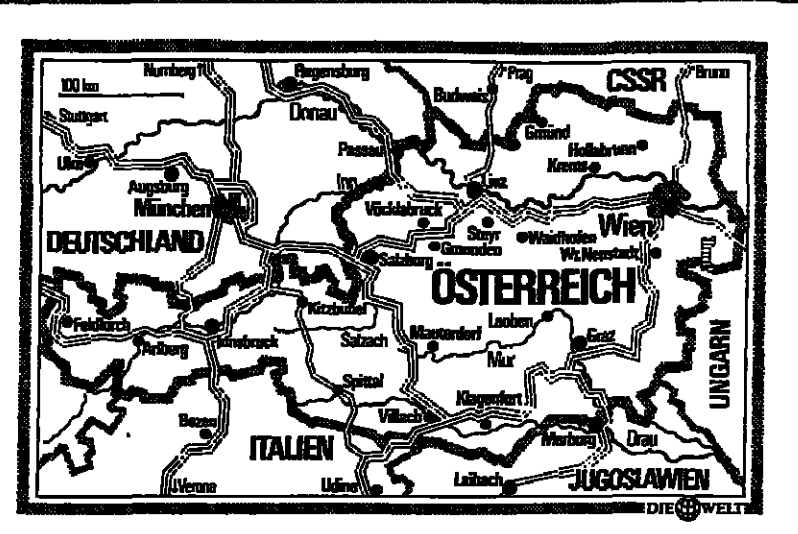
Generalkonsulate in:

Cecilienallee 43 a, 4000 Düsseldorf 30, Tel.: 0211/43 41 41. Mittelweg 140/141, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/44 60 04. Ismaninger Straße 136, 8000 München 80, Tel.: 089/98 72 72.

Honorarkonsulate in: Bielefeld, Bremen, Dortmund, Frankfurt, Hannover, Kiel, Köln, Lübeck, Mainz, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart.

Der Österreichische Handelsdelegierte für die Bundesrepublik, Bokkenheimer Landstraße 2, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/72 13 51.

Büro Düsseldorf, Heinrich-Heine-Allee 22, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/32 40 36.




Büro Hamburg, Glockengießerwall 14, 2000 Hamburg, Tel.: 040/33 68 60.

Österreichische Fremdenverkehrswerbung in: Roßmarkt 12, 6000 Frankfurt Tel.: 069/2 06 98.

Tauentzienstraße 16, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/24 80 35.

Tesdorpfstraße 19, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/4 10 20 13.

Komödienstraße 1, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/23 32 38.

Rosental 21, 8000 München 2, Tel.: 089/2 60 70 35.

Rotebühlplatz 20 D, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/22 60 82.

**IN ÖSTERREICH**

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Metternichgasse 3, 1037 Wien 3, Tel.: 0043 222/73 65 10.

Deutsche Generalkonsulate in Hamerlinggasse 6/1, 8010 Graz, Tel.: 0043 316/7 14 01. Adamgasse 5/V. Stock (Raiffeisenhaus), 6020 Innsbruck, Tel.: 0043 5222/2 59 71.

Bürgerspitalplatz 1, 5020 Salzburg, Tel.: 0043 662/4 15 91.

Honorarkonsulate in Bregenz, Eisenstadt, Klagenfurt und Linz.

Deutsche Handelskammer, Wiedner Hauptstraße 142, 1050 Wien, Tel.: 0043 222/55 45 65.

Geschäftsstelle Salzburg: Getreidegasse 13, 5020 Salzburg, Tel.: 0043 6222/4 79 52.

DEUTSCHE TÖCHTER / Ein Fuß im Land und der andere im Ostgeschäft

# Umfrage der Kammer: Standortwahl wird von Unternehmen nicht bereut

Von ROLF SCHÄFER

Nach Schätzungen der Deutschen Handelskammer in Österreich sind rund 1700 deutsche Unternehmen in Österreich vertreten, sei es durch Tochtergesellschaften, sei es durch sonstige kapitalmäßige Beteiligung. Es sind dies Unternehmen, die sowohl im Bereich der Produktion, der Montage und des Services als auch des Vertriebes tätig sind. Diese Unternehmen beschäftigen rund 100 000 Arbeitnehmer, wobei ihr Gesamtumsatz auf etwa 20 Milliarden Mark geschätzt werden kann.

Aus dem Bestand der eingangs angeführten 1700 Betriebe hat die Deutsche Handelskammer in Österreich Fragebogen an ausgewählte Mitgliedsunternehmen versandt, um über deren Investitionsverhalten Näheres zu erfahren. Gefragt wurde im wesentlichen nach Art und Struktur des Betriebes, nach Art und Höhe der deutschen Kapitalbeteiligung, nach den Gründen, die für eine Investition maßgebend waren und nach den in Österreich gemachten Erfahrungen.

Subventionen und andere Begünstigungen scheinen für ausländisches Kapital nicht immer das entscheidende Kriterium bei Erwägungen zu sein, wo neue Produktionsstätten und dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Dies ist eines der interessanten Ergebnisse der Umfrage der Deutschen Handelskammer in Österreich, die in den Reihen ihrer mehr als 3000 Mitglieder viele Unternehmen aufweist, die entweder österreichische Tochtergesellschaften deutscher Firmen sind, oder bei denen sonstige enge Beziehungen zu solchen Unternehmen bestehen (Kapitalverflechtung, Know-how-Verträge, Lizenzverträge). Die Umfrage bei einer Reihe dieser Betriebe sollte feststellen, welche Motive bei den seinerzeit gefaßten Beschlüssen über ein Engagement in Österreich maßgebend waren, wie weit sich die Erwartungen erfüllt haben und wie sie handeln würden, wenn sie heute entscheiden müßten, wieder in Österreich zu investieren. Die meisten dieser Gesellschaften wurden vor 1972 gegründet, also vor dem Abschluß des Vertrages Österreichs mit der EWG. Der „Fuß" in Österreich sollte in erster Linie dazu dienen, den österreichischen Markt selbst besser zu bearbeiten. Fast die Hälfte der Gründungen hatte aber auch den Zweck, über Österreich die Osteuropamärkte zu erreichen. Schließlich waren der damals noch stark vorhandene Niveau-Unterschied der Löhne, aber auch die politische und sozialpartnerische Stabilität in Österreich wichtige Argumente.

Fast kein Unternehmen bedauert es, sich in Österreich niedergelassen zu haben, auch wenn heute viele Argumente, die seinerzeit für Österreich sprachen, nicht in dem damaligen Umfang bestehen. Das betrifft zum Beispiel die nachlassende Attraktivität des Osthandels. Unverändert positiv werden die Qualität und Leistungsbereitschaft der Arbeitskräfte, aber auch die politische sowie sozialpartnerische Stabilität gewertet. Subventionen und sonstige Investitionsbegünstigungen würden zwar bei Erwägungen, sich heute in Österreich kapitalmäßig zu engagieren, auch weiterhin eine Rolle spielen, doch ganz im Vordergrund bei solchen Überlegungen steht die Frage der besseren Bearbeitung des österreichischen Marktes selbst. Das österreichische Lohnniveau scheint für viele Unternehmen keinen besonderen Anreiz mehr zu bieten, in Österreich eine Neugründung vorzunehmen. Etwa jede fünfte Antwort sieht aber in der Höhe der Steuern ein Argument gegen Investitionen in Österreich.

Fast drei Viertel der 107 Betriebe, die von der Befragung erfaßt wurden, sind 100prozentige Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen. Unter Einbeziehung der Unternehmen mit mehrheitlicher Beteiligung von deutschem Kapital waren es 85 Prozent der 107 Betriebe.

Wie nicht anders zu erwarten war, standen an erster Stelle der Gründungen Vertriebs- und Handelsunternehmen (86), aber bereits an zweiter Stelle (41) Produktionsunternehmen, von denen ein Teil (12) auch den Vertrieb der Produkte durchführt. An dritter Stelle (25) der Nennungen stehen Montage- und Serviceunternehmen, die vornehmlich dem Kundendienst und dem Absatz der Produkte des Mutterhauses dienen. Bemerkenswert hoch ist die Anzahl der Unternehmen, die ausschließlich (20) oder zum Teil (11) als Zulieferer der deutschen Muttergesellschaft tätig sind. Bei der Gründung dieser Betriebe dürfte das früher stärker vorhandene Lohngefälle zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland maßgebend gewesen sein. Was die Außenhandelsverflechtung betrifft, so meldeten 99 Betriebe, daß sie aus der Bundesrepublik Deutschland importieren; 70 Unternehmen beziehen Produkte auch aus dritten Ländern.

Für die österreichische Volkswirtschaft interessant ist die Aussage über die Exporte; 41 Unternehmen exportieren in die Bundesrepublik Deutschland und 61 in andere Länder, wobei 33 Unternehmen sowohl als auch angaben. Die deutschen Kapitalinvestitionen haben also dazu beigetragen, die österreichische Handelsbilanz auch gegenüber dritten Ländern günstig zu beeinflussen. Bezüglich der Exportquote führen immerhin über 15 Unternehmen mehr als 75 Prozent, 8 Unternehmen mehr als 50 Prozent ihrer Produktion aus. Keine Exporte meldeten 38 der Unternehmen. Sie sind also nur für den österreichischen Markt tätig.

Besonders interessant waren die Antworten auf die Frage über den Zeitpunkt der Gründung und die damaligen Motive. Insgesamt 86 Betriebe wurden vor 1972 gegründet beziehungsweise es erfolgte vor diesem Zeitpunkt eine Beteiligung. Nach 1972, also nach Abschluß des Abkommens Österreichs mit der Gemeinschaft, wurden nur 21 Unternehmen gegründet. Doch nicht nur die Zugehörigkeit Österreichs zur Efta war ein wichtiger Anreiz für deutsche Investoren, in Österreich Fuß zu fassen. Nur 16 der Unternehmen gaben den Grund, vornehmlich den Zutritt zum Efta-Markt zu erlangen, als ausschlaggebend an. 82 Unternehmen wollten den österreichischen Markt intensiver bearbeiten, 40 Unternehmen hofften darüber hinaus, via Österreich die Osteuropamärkte zu erreichen. An vierter Stelle der Motive für Kapitalinvestitionen stehen Standortvorteile.

Erfreulich für die Investoren und auch für die österreichische Wirtschaft: 103 der Unternehmen, die sich an der Untersuchung der Deutschen Handelskammer beteiligten, gaben an, daß sie ihren damaligen Entschluß nicht bereuen! Die positiven Erfahrungen der deutschen Unternehmen in Österreich gehen auch aus der Beantwortung der Fragen über ihre Investitionstätigkeit hervor. Trotz der beiden letzten Krisenjahre haben immerhin 47 Unternehmen Investitionen vorgenommen, die über das Ausmaß von Erneuerungen hinausgingen. 60 Unternehmen tätigten keinerlei Investitionen.

Hinsichtlich der Investitionspläne für die kommenden Jahre 1984 und 1985 scheint sich der Optimismus über die bevorstehende wirtschaftliche Entwicklung in Grenzen zu halten. Nur 37 Unternehmen wollen Investitionen vornehmen, die über das Ausmaß von Erneuerungen hinausgehen, 69 Unternehmen verneinen diese Frage. Trotzdem bejahen 95 Unternehmen die Frage, ob sie sich auch heute wieder in Österreich engagieren würden. Nur sechs Unternehmen scheinen so enttäuscht zu sein, daß sie diesen Schritt nicht mehr vollziehen würden. Um die Trends festzustellen, die für Kapitalinvestitionen heute gegenüber früheren Jahren mitentscheidend sind, fragte die Kammer, ob ein heutiges Engagement in der damaligen Form vorgenommen werden würde. 93 Unternehmen bejahten diese Frage, zwei Antworten gingen in die Richtung, daß man heute vorsichtiger agieren würde.

Wenn man die seinerzeitigen Motive, die für die Gründung oder Beteiligung entscheidend waren, mit dem heutigen Standpunkt vergleicht, ergeben sich interessante Gesichtspunkte: Nach wir vor liegt das Argument der besseren Bearbeitung des österreichischen Marktes (47 Antworten) an erster Stelle. Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der Antworten, die die politische und sozialpartnerische Stabilität (31 gegenüber 15) als ein wichtiges, positives Argument für Investitionen in Österreich angeben. Der Anreiz, via Österreich über bessere Kontakte zu Osteuropamärkten zu verfügen, hat stark abgenommen: Waren es noch 40 Unternehmen, die diese Überlegung als mitentscheidend für den seinerzeitigen Entschluß, ein Unternehmen in Österreich zu gründen, angeführt haben, so betrachten es heute nur noch 21 Unternehmen als ein wichtiges Argumen für eine Kapitalinvestition in Österreich. Dies ist unserer Meinung nach allerdings nicht etwa darauf zurückzuführen, daß Österreich als „Drehscheibe zwischen Ost und West" an Glanz verloren hat; sondern hier spiegeln sich die Schwierigkeiten des Osthandels überhaupt wider.

Während 30 Unternehmen angaben, daß seinerzeit Standortüberlegungen für den Beschluß, ein Unternehmen in Österreich zu gründen, maßgebend waren, sprechen heute nur noch 13 von einem Standortvorteil für eine Kapitalinvestition in Österreich. Bemerkenswert ist: Unternehmen, die eine gewisse Anzahl von Gründen aufgeführt hatten, warum sie sich seinerzeit in Österreich engagiert haben, nennen heute ein bis zwei Gründe mehr, warum es sich in Österreich heute zu investieren lohnt; sie haben also nach Ankunft weitere positive Gegebenheiten entdeckt.

Was haben deutsche Investoren auf Grund ihrer Erfahrungen auszusetzen? Was spricht ihrer Meinung nach gegen Investitionen in Österreich? Dazu muß gesagt werden, daß nur weniger als die Hälfte der Antworten negative Argumente für Investitionen in Österreich anführen. An erster Stelle stehen dabei der Steuerdruck (20 Antworten) und die hohen Sozialleistungen (12 Antworten). Aus dem Kontext bei den einzelnen Beantwortungen ergab sich oft, daß auf diese Frage keine Antwort gegeben worden war, weil wenig zu beanstanden war.

Der letzte Punkt der Umfrage der Kammer betraf den Informationsstand. Etwa die Hälfte der Befragten zeigt sich informiert, aber mehr als ein Drittel verneinte diese Frage. Die Deutsche Handelskammer in Österreich sieht es daher als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, deutsche Investoren zu beraten, ihnen behilflich zu sein und Kontakte zu schaffen.

*Rolf Schäfer ist Hauptgeschäftsführer der Deutschen Handelskammer in Österreich*

# Abonnierte Sommerfrische

Österreich – das war lange Zeit so etwas wie die dauerabonnierte Sommerfrische der Deutschen. Eine heile, heitere und für jeden erschwingliche Welt. Mit nimmermüder Anhänglichkeit brachten die Nachbarn aus dem Norden Jahr für Jahr, das hieß vorwiegend Sommer für Sommer, ihre begehrte Mark in die kleine Alpenrepublik. Kein Wunder, daß der jährliche Touristenstrom schon bald zum wichtigsten Devisenbringer wurde und immer mehr Menschen direkt oder indirekt davon profitierten. Da war es für Österreich und die Österreicher ein Leichtes, mit sich zufrieden zu sein. Doch die Zeiten haben sich geändert. Dem „Sommerfrischler" ist ein neuer Typ von Gast zur Seite getreten, der Entspannung nicht mehr im Liegestuhl, sondern in mannigfachen Aktivitäten sucht. Über lange Jahre hin hat man in Österreich diese Entwicklung unterschätzt.

Aber ein Umdenken ist im Gange. Vielleicht wird es noch beschleunigt durch die Bilanz des letzten Jahres. Ein Posten darin wirkte nämlich wie eine kalte Dusche für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft: 5,1 Prozent stand da zu lesen, und ein dickes Minus davor. Um diesen Satz sank die Übernachtungszahl deutscher Gäste gegenüber dem Vorjahr, das sind in absoluten Zahlen ausgedrückt 200 581 Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland weniger, oder anders gesagt: 3 056 857 Übernachtungen sind weggefallen. Das sind Verluste in der Größenordnung von mehr als 100 Millionen Mark.

Eingefahren wurden diese Verluste im Sommer. Er ist das „Sorgenkind" der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft. Der Winterurlaub hingegen (und auch der Städtetourismus) entwickelt sich von Jahr zu Jahr besser. Während von der Gästezahl her gesehen der Winter mit nur einem Drittel zu Buche schlägt, steht es bei den Deviseneinnahmen 50 : 50. Doch der Winter-Kuchen ist verteilt. Wer jetzt keinen Namen als Skiort hat, wird ihn nicht mehr bekommen. Vor allem der forcierte Naturschutz wird einer weiteren Winter-touristischen Erschließung der Alpenregion vermutlich einen Riegel vorschieben.

Und diesem Schwund gegenzusteuern gilt denn auch das ganze Bemühen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung (ÖFW). Drei Viertel ihres Etats setzt sie für die Monate Juni bis September ein. Die Zielrichtung der Kampagne erläuterte der Leiter des Kölner ÖFW-Büros Anton Winkler: „Der Sommerurlauber, der nach Österreich kommt, ist in der Regel älter. Einige Gäste kommen schon seit 20 und mehr Jahren. Was uns fehlt, ist der Nachwuchs, sind die jungen Leute." Das soll nun beileibe nicht heißen, ältere Semester seien zwischen Bodensee und Neusiedlersee nicht mehr gerne gesehen. Aber man will einfach eine „breitere Basis", neben Bundhosen auch Bundfaltenhosen.

„Heute gibt es in Österreich kaum eine Region, die nicht Veranstaltungen und Programme für junge Leute anbietet", sagte Winkler nicht ohne Stolz. Ein Beispiel dafür sind die Clubdörfer in Kärnten und am Arlberg (TUI und NUR-Touristik). Auch andere Bemühungen hatten Erfolg: „Wanderbares Österreich" hieß ein Slogan, mit dem Gäste jeden Alters angesprochen wurden – durch eine Fülle von Programmen wie Bergwandern, Radwandern oder Fotowandern (mit Wettbewerb).

„Festland Österreich – der Alltag bleibt zuhause" heißt die Devise dieses Sommers (und auch schon des vergangenen). Zwar sind Feuerwehr und Sommerfeste ja nicht gerade neu und unbekannt, doch mit den Musikfesten im Lande Haydns und Mozarts ist das schon anders. Was hier neben den jährlichen Glanzpunkten – Salzburger Festspiele und Wiener Festwochen – auf Bühnen, unter Arkaden oder in Kirchen geboten wird, kann sich sehen und hören lassen: Etwa beim Carinthischen Sommer in Ossiach (Kärnten), den Bach-Tagen in Salzburg, den Musikwochen in Millstadt, beim Bruckner-Fest in Linz oder bei den Bregenzer Festspielen. Mehr als 50 Festivals sind es insgesamt, und das in einem Zeitraum von Juni bis Oktober.

Die Werbung mit den vielfältigen Gesichtern des Urlaubslandes Österreich aber würde wohl vergeblich sein, würde die Fremdenverkehrswirtschaft, die Hoteliers und Gaststättenbesitzer, nicht jenen Qualitätsstandard anbieten, den der Gast heute erwartet und an dem es früher – vor allem in touristischen Entwicklungsgebieten – so häufig mangelte. „Komfortzimmer mit WC und Dusche oder Bad", so Winkler, „sind heute überall, auch in Gasthöfen und Pensionen, eine Selbstverständlichkeit."

Das alles kostet natürlich seinen Preis – und es ist durchaus kein überhöhter, der in den meisten Feriengebieten Österreichs gefordert wird. Während in Wien, Salzburg, Innsbruck und Graz die Tagespreise für Zimmer nicht selten bei 200 Mark liegen (sie sind wegen der kulturellen Attraktivität dieser Städte meist ausgebucht), bewegen sich die Preise auf dem Lande zwischen 20 und 60 Mark. Damit ist die Grenze nach unten erreicht. Eine noch niedrigere Rendite – die jährliche Preissteigerung liegt bei nur fünf Prozent – könnte so manchen der etwa 25 000 Gastgewerbebetriebe Österreichs an den Rand des Ruins bringen. RUDOLF ZEWELL











# Standort Wien

**In Wien investieren.**

## „Wie Behörden Ihrer eigenen Bürokratie ein Bein stellen können,

dafür gibt es in der österreichischen Hauptstadt ein bemerkenswertes Beispiel.“
Dr. Thoma, Süddeutsche Zeitung. – 24. 4. 1985

Wien. – Seit der Gründung des *WIENER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSFONDS* im Jahre 1982 steht interessierten Investoren ein Team von 25 Experten mit Rat und Tat zur Seite. Von der Auswahl des Grundstückes über Fragen der Gewerberechtsordnung bis hin zur Finanzierung – der *WWFF* weiß Bescheid. Der *WWFF* bietet ein kostenloses full service.

An die 1000 deutsche Unternehmen – nicht nur Großbetriebe, auch zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe – arbeiten seit Jahren erfolgreich in Wien. Neben dem hohen Facharbeiterpotential, der leichteren Bearbeitung des Ostmarktes, sind die vergleichsweise günstigen Lohnkosten und das ruhige Sozialklima (1983: 5,4 Streiksekunden!) ein weiterer Grund, den Standort Wien ins Auge zu fassen. Um deutschen Investoren den Wirtschaftsstandort Wien schmackhaft zu machen, hat der *WIENER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSFONDS* eine umfangreiche Broschüre herausgebracht. Sie informiert im Detail über alle Fragen einer Betriebsgründung und präsentiert übersichtlich die eventuell in Frage kommenden Förderungsmöglichkeiten.

Wien bietet viel!




*WIENER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSFONDS*
A-1082 Wien, Ebendorferstraße 2
Telefon 0043/222/43 50/463 Dw oder 48 33 46

W/W/F/F

werbepool/ing.kreitner

PARTNER BONN

# Verflechtung wird noch weiter zunehmen

Von RUPERT ROTH

Die Bundesrepublik Deutschland ist Österreichs mit Abstand wichtigster Handelspartner. Etwa 30 Prozent der österreichischen Gesamtexporte gehen in die Bundesrepublik, rund 40 Prozent der Gesamtimporte haben dort ihren Ursprung. Geographische Nähe, gleiche Sprache, kulturelle und historische Bande sowie viele weitere Gemeinsamkeiten haben zu dieser engen Verflechtung geführt.

1984 erreichten die Ausfuhren Österreichs in die Bundesrepublik Deutschland 13,7 Mrd. Mark und waren damit um 8,9 Prozent höher als 1983. Bei den Einfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland ergab sich eine Zunahme gegenüber 1983 von 10 Prozent auf 24,3 Mrd. Mark. Zwar erhöhte sich das bilaterale Handelsbilanzdefizit von 6 Milliarden Mark im Jahre 1975 auf 10,6 Milliarden Mark im Jahre 1984, doch verbesserte sich das Verhältnis der Exporte zu den Importen deutlich zugunsten Österreichs. 1975 machten die österreichischen Bezüge aus der Bundesrepublik Deutschland noch mehr als das Zweieinhalbfache der Lieferungen Österreichs aus. Bis 1984 hatte sich das Verhältnis für Österreich auf 1,8 zu 1 verändert. Österreich stieg zum neuntwichtigsten Lieferanten auf. Bei den Abnehmern deutscher Erzeugnisse liegt Österreich an achter Stelle.

Österreichs wichtigste Produktgruppen im Export waren elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge aller Art und Fahrzeugteile, Maschinen und Fördermittel, verschiedene Halb- und Fertigfabrikate, Textilien und Papier. Importseitig bezog Österreich vor allem Fahrzeuge aller Art, Maschinen und Fördermittel, elektrotechnische Erzeugnisse, Eisenwaren und Werkzeuge sowie Textilien.

Die enge Verflechtung der beiden Wirtschaften zeigt sich auch in der großen Zahl von Unternehmen aus der Bundesrepublik, die in Österreich über eigene Fertigungsstätten und andere Niederlassungen verfügen. Nicht zuletzt die geringeren Lohnkosten und der kontinuierliche Arbeitsfriede in Österreich motivieren zur Gründung von Betrieben.

So betrug die durchschnittliche Streikdauer pro Beschäftigten in Österreich 1984 bei insgesamt zwei Arbeitsausständen, an denen sich 268 Arbeitnehmer beteiligten, 5,7 Streiksekunden, 1983 nur 5,4 Streiksekunden.

Zur Unterstützung des bilateralen Handels stehen neben dem federführenden österreichischen Handelsdelegierten für die Bundesrepublik Deutschland in Frankfurt drei regionale Handelsdelegationen in Hamburg, Düsseldorf und München zur Verfügung. Die Handelsdelegationen betreuen unter anderem etwa 80 Fachmessen in der Bundesrepublik. Bei 18 dieser Fachmessen ist Österreich mit Gruppenausstellungen der Bundeswirtschaftskammer vertreten.

Rupert Roth ist der österreichische Handelsdelegierte für die Bundesrepublik Deutschland.

INDUSTRIEANSIEDLUNG / Wettbewerb mit anderen Staaten und unter den Bundesländern

# Unterstützung nähert sich der 40-Prozent-Marke

Von den insgesamt rund 50 000 Industrie- und Gewerbebetrieben in Österreich stammen nach einer Schätzung der Deutschen Handelskammer etwa 1700 aus der Bundesrepublik. Viele dieser Betriebsansiedlungen liegen gut 100 Jahre zurück, wie beispielsweise die Firmengründungen von Schenker, Siemens und Oetker, um nur einige prominente Beispiele zu nennen. Die Ansiedlungsmotive lagen zur damaligen Zeit wohl in den meisten Fällen in der Erschließung des österreichisch-ungarischen Marktes begründet, während vergleichsweise die ausländischen Investoren der 60er Jahre dieses Jahrhunderts vorwiegend von den niedrigen Arbeitskosten in Österreich angezogen wurden.

Schlagwortartig seien einige Gründe, die heute für ein Engagement in Österreich sprechen, erwähnt:

- hochqualifizierte Arbeitskräfte
- stabiler sozialer Friede
- geringe Preissteigerungen
- stabile Währung
- günstige gesetzliche Rahmenbedingungen
- hoher Entwicklungsgrad der Industrie
- perfekte Infrastruktur
- historisch gewachsene Position im internationalen Handel
- gemeinsamer Sprachraum und enge kulturelle und wirtschaftliche Verflechtung
- großzügige Unterstützung für Investoren.

Österreich befindet sich trotz dieser Standortqualitäten im Wettbewerb um Betriebsansiedlungen mit vielen anderen Industrienationen, der im Bereich der finanziellen Förderungen ausgetragen wird. Das Niveau der finanziellen Unterstützung liegt – gemessen am Barwert – international bereits zwischen 30 und 40 Prozent der Investitionskosten.

Diese massive Werbung um ausländische Investoren ist vor dem Hintergrund der nur langsam wachsenden Volkswirtschaften und den damit verbundenen arbeitsmarktpolitischen Problemen zu sehen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Transfer von Know-how stehen im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Überlegungen im Zusammenhang mit der Förderung von Betriebsansiedlungen.

Die österreichische Wirtschaftspolitik orientiert sich nach den Grundregeln einer sozialen Marktwirtschaft. Wesentlichstes Ziel ist dabei die Sicherstellung der Vollbeschäftigung durch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum.

Diese Wertordnung wird seit 1945 von einen unangefochtenen Grundkonsens getragen, der von den Sozialpartnern und allen politischen Parteien geteilt wird. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, insbesondere die Preis-, Tarif- und Währungspolitik, sind langfristig von diesen Zielvorstellungen bestimmt und haben damit wesentlich zu den auch in jüngster Zeit erzielten Erfolgen bei Betriebsansiedlungen (zum Beispiel General Motors, BMW, Siemens Villach) beigetragen.

Von den Trägern der österreichischen Wirtschaftspolitik wurde darüber hinaus ein breites Spektrum finanzieller Anreize geschaffen, die in Ergänzung zu den genannten Standortvorteilen die Attraktivität Österreichs für interessierte Investoren erhöhen und sich hinsichtlich der Förderungshöhe durchaus dem internationalen Vergleich stellen können. Dem Investor stehen in Österreich finanzielle Förderungen und Serviceeinrichtungen zur Verfügung, die von der Auswahl der Betriebsliegenschaft, der Finanzierung von Investitionen bis zu absatzpolitischen Bemühungen unterstützend wirken.




Die Förderung erfolgt in Abhängigkeit vom Standort der Betriebsgründung, von der Zahl der geschaffenen Dauerarbeitsplätze, dem technischen Standard der Fertigung und der struktur- und leistungsbilanzpolitischen Bedeutung des Vorhabens in Form von niedrig verzinsten Krediten (1 Prozent bis 6 Prozent), Zuschüssen und Haftungsübernahmen.

Neben dieser direkten Förderung findet der Investor in Österreich ein Steuersystem vor, das Investitionen schwerpunktmäßig begünstigt. Alternativ zum Instrumentarium der vorzeitigen Abschreibung, des Investitionsfreibetrages oder der Investitionsrücklage kann der Investor erhöhte Investitionsprämien beanspruchen.

Mit der Beratung in allen diesen Fragen der Betriebsansiedlung und Unternehmensgründung sind Betriebsansiedlungsgesellschaften befaßt. Sie helfen vor allem bei der Auswahl der Betriebsliegenschaften, bei der Suche nach Arbeitskräften, geben kostenlos Ratschläge und Informationen in Behördenangelegenheiten und schaffen erste Kontakte zu den politischen Entscheidungsträgern.

CLAUDIA SCHMIED

BURGENLAND / BIBAG berät

# Besserung im Grenzland

Im Rahmen des letzten Konjunktureinbruchs war sowohl im westeuropäischen Raum als auch österreichweit ein besonders starkes Stagnieren der Ansiedlungstätigkeit im Bereich der Industrie zu verzeichnen. Der damit verbundene Rückgang der Zahl der Industriebeschäftigten führte zu verstärkten Anstrengungen der einzelnen Länder auf diesem Gebiet, um die durch Auftragsrückgänge und Rationalisierungen verlorengegangenen Arbeitsplätze durch Neuansiedlungen teilweise zu kompensieren.

Von dieser Entwicklung war das Burgenland als typisches Grenzland besonders betroffen, da die Beschäftigungs- und auch die Produktivitätsentwicklung der burgenländischen Industrie stark von außen gesteuert waren. Wenn es auch in den letzten Jahren mit Unterstützung der BIBAG, der Gesellschaft zur Förderung von Betriebsansiedlungen, zu einigen Betriebsansiedlungen gekommen ist, so gingen in der gesamten burgenländischen Industrie von Ende 1981 bis Ende 1983 fast 2000 Arbeitsplätze verloren. Besonders in der Zeit eines Konjunkturrückganges stellen sich für ein Grenzland mit einer eher schwachen Wirtschaftsstruktur besondere Probleme, da sich auch die Konkurrenz der einzelnen Bundesländer um jeden Ansiedlungsinteressenten in dieser Phase deutlich verschärft und oftmals auch eine letzlich unerwünschte Lizitation im Rahmen von Förderungszusagen platzgreift.

Im Jahr 1984 hat sich diese, zum überwiegenden Teil rezessionsbedingte Entwicklung bei Neuansiedlungen im Burgenland sichtlich gebessert. So konnten 1984 mit Unterstützung der BIBAG acht neue Betriebe im Burgenland angesiedelt werden. Das diesbezügliche Investitionsvolumen liegt bei 200 Mill. Schilling; circa 210 neue Arbeitsplätze werden damit geschaffen. Weiterhin gab es 1984 im Burgenland überdurchschnittliche Erweiterungsinvestitionen bei bestehenden Betrieben mit einem nicht unerheblichen Beschäftigungseffekt.

Um die durch die Grenzlage gegebenen Standortnachteile wenigstens teilweise auszugleichen, wurde zwischen dem Bund und dem Land Burgenland Ende 1983 ein Sonderförderungsabkommen beschlossen, wonach Produktionsbetrieben der Industrie und des Gewerbes ab sieben Beschäftigten in den Bezirken Oberwart, Güssing, Jennersdorf, Oberpullendorf, Mattersburg sowie im Standortraum Parndorf bei Neugründungen oder Erweiterungen von Betrieben Arbeitsplatzprämien im Ausmaß von 100 000 Schilling gewährt werden können, wenn die getätigte Investition mindestens 400 000 Schilling pro neu geschaffenen Areitsplatz beträgt.

Wenn eine Investition nicht unmittelbar mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden ist, kann in diesem Rahmen eine 15prozentige Investitionsprämie gewährt werden.

E. S.

STEIERMARK / BEA-Katalog hilft weiter

# Parks für Technologien

Das Land Steiermark fördert durch gezielte Investitions- und Innovationsprogramme sowie Sonderförderungsaktionen die wirtschaftliche Entwicklung und schafft für initiative Unternehmer eine solide Basis für langfristige Investitionen.

Die BEA, Steiermärkische Gesellschaft für Betriebserweiterungen und Betriebsansiedlungen, gibt ansiedlungswilligen Betrieben anhand ihres Standortkataloges eine exakte Standortberatung und vermittelt kostenlos Industrie- und Gewerbegrundstücke sowie Betriebsstätten mit bester Infrastruktur in den Industrie- und Gewerbeparks. In diesen Parks stehen derzeit noch Betriebsstätten von 300 bis 12 000 Quadratmeter zu günstigen Bedingungen zur Verfügung.

- Industriepark Murek
- Industrieanlage Fürstenfeld
- Industrieanlage St. Radegund
- Gewerbepark Graz
- Gewerbehof Bad Radkersburg

Die Industrie- und Gewerbeparks geben Unternehmern die Möglichkeit, ohne zeitliche Verzögerung eine Produktion zu beginnen.

Der steirische Technologiepark bietet innovativen Unternehmern die Möglichkeit einer Ansiedlung, wobei durch Zurverfügungstellung von Gemeinschaftseinrichtungen (Werkstätten, EDV, Telefonzentrale, Schreibservice, Kopierdienst, Seminarräume) und Beratungsleistung die ersten Schritte in die Selbständigkeit erleichtert werden sollen. 1042 Quadratmeter stehen für Werkstätten und Büroräume zur Verfügung, 847 für Gemeinschaftseinrichtungen.

Träger des steirischen Technologieparks ist die Innofinanz Steiermark, Forschungs- und Entwicklungsförderungs-GmbH & Co. KG mit den Kommanditisten Technova und Steiermärkische Betriebsansiedlungsgesellschaft = BEA.

Zielgruppe sind hochtechnologie- und innovationsorientierte Jungunternehmer (produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen). Die maximale Verweildauer beträgt 5 Jahre. Start ist am 1. 1. 1986. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den drei steirischen Universitäten garantiert den Einsatz modernster Produktions-Technologien und eine überdurchschnittliche Innovationsbereitschaft.

Wohl wissend, daß junge Unternehmen und junge Unternehmer Garanten für ein neues Wirtschaftswachstum sind, hat das Land Steiermark kürzlich zusätzlich zu besonderen Förderungsmaßnahmen eine Starthilfe für junge Unternehmer ins Leben gerufen. Es werden bedingt rückzahlbare Beihilfen bis zur Höhe von 200 000 Schilling für exportorientierte, importsubstituierende, hochtechnologische unternehmerische Tätigkeiten zur Verfügung gestellt.

Die kostenlosen Serviceleistungen der BEA können sowohl von ausländischen als auch von inländischen Investoren in Anspruch genommen werden.

Sie.

STRUKTUREN / Wandel wurde notwendig

# Mittelstand ist am anpassungsfähigsten

Von HANNES ANDROSCH

Österreich ist heute – trotz des ihm anhaftenden Heurigen-, Walzer- und Lipizzaner-Image – ein moderner, voll in die westliche Staatengemeinschaft integrierter Industriestaat, dessen Bevölkerung über einen erheblichen Wohlstand verfügt. Österreich ist heute ein Staat, der von seinen Bürgern voll akzeptiert ist, die zu einem neuen Patriotismus gefunden haben. Der Wandel gegenüber der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ist unübersehbar.

Das Österreich des Jahres 1918 war ein Staat, den keiner wollte, ein Staat, an dessen wirtschaftliche Lebensfähigkeit keiner glaubte. Es war eine Gesellschaft, von der ein Teil einem vergangenen Reich nachtrauerte, während ein anderer Teil schon von einem neuen träumte. Kurzum, Österreich war wirklich nicht viel mehr als das, was übriggeblieben war, wie es Clemenceau in seinem berühmt gewordenen Ausspruch „L'Autriche c'est ce qui reste" ausgedrückt hat.

Und heute? Wie man über internationale Wirtschaftsvergleiche auch denken mag, die manchmal den Eindruck sportlicher Konkurrenzveranstaltungen erwecken, es liegt heute konstant auf einem der vordersten Ränge. Im Durchschnitt der vergangenen 15 Jahre ist Österreich jährlich um knapp ein halbes Prozent rascher gewachsen als die europäischen Industriestaaten. Die Inflationsrate lag mit sechs Prozent deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Besonders erfolgreich war Österreich in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Während die Arbeitslosenrate zwischen 1974 und 1980 in den USA etwa von 5½ auf 7½ Prozent anstieg und in der Bundesrepublik Deutschland von 2¾ auf vier Prozent, verblieb sie in Österreich bei der Vollbeschäftigungsmarke von zwei Prozent. Gegenwärtig beträgt die Rate mit 4½ Prozent weniger als die Hälfte des europäischen Durchschnitts.

Erfolge im Außenhandel sind für die Wachstumsmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft und damit für eine mögliche Wohlstandsvermehrung von zentraler Bedeutung. In einer kleinen, offenen Volkswirtschaft besteht zwischen Exportwachstum und Wirtschaftswachstum ein enger Zusammenhang. Wirtschaftswachstum ist in einem kleinen Land bei gegebener Importneigung ohne eine Leistungsbilanzverschlechterung nur bei einem entsprechenden Exportwachstum zu erreichen. Wir unterliegen damit aber den strengen Gesetzen des internationalen Wettbewerbs.

Das Wachstum der westlichen Industrieländer seit dem Zweiten Weltkrieg ist in hohem Maße Ergebnis der verstärkten internationalen Arbeitsteilung. In den 60er und 70er Jahren hat sich der Anteil der Warenexporte am Brutto-Inlandsprodukt der kleineren Industrieländer um 7½ Prozentpunkte auf knapp 30 Prozent erhöht. Österreich hat demgegenüber mit 24 Prozent eine unterdurchschnittliche Warenexportquote. Bezieht man allerdings die Dienstleistungen mit ein, so ergibt sich für Österreich eine Exportquote im weiteren Sinn von rund 38 Prozent im Vergleich zu 36 Prozent im Durchschnitt der kleineren Industriestaaten.

Das bisher gezeichnete gesamtwirtschaftliche Bild der österreichischen Wirtschaft ist vielleicht dazu angetan, ein zu freundliches Licht auf Österreich – das Land hat erhebliche Strukturprobleme – zu werfen. Der Wettbewerbsdruck, der bei schwacher Nachfrage von den internationalen Überkapazitäten, von den mit geringeren Kosten produzierenden Schwellenländern sowie von den über interessante Produkte und neueste Technologien verfügenden Japanern auf die österreichische Wirtschaft ausgeht, hat sektoral deren Ertragskraft bis in die jüngste Zeit – konkret bis 1982 – ernstlich geschwächt. Diese Entwicklung hat sich vor allem in der Industrie abgespielt. Die Ertragsmargen der international tätigen Wirtschaftsbereiche bessern sich nun allerdings seit rund zwei Jahren. Die Frage ist nur, ob die bescheidene Verbesserung der Ertragslage längere Zeit anhält.

Insgesamt besteht nach meiner Auffassung Anlaß zur Zuversicht, daß Österreich in den 80er Jahren die Herausforderungen des Strukturwandels bewältigen kann. Dabei wird Österreichs Wirtschaft auch von seiner klein- und mittelbetrieblichen Struktur profitieren. Während in Österreich etwa 58 Prozent der Beschäftigten in Industrie und Gewerbe in Betrieben bis 200 Mitarbeiter tätig sind, sind es in der Bundesrepublik Deutschland nur 31, in den USA 38 Prozent. Diese Betriebsstruktur erweist sich in der letzten Zeit zunehmend als Vorteil für die Bewältigung von wirtschaftlichen Problemen.

Ganz allgemein bestehen unsere Chancen für die nächsten Jahre darin, bei der notwendigen Strukturanpassung und Modernisierung der Wirtschaft erfolgreicher zu sein als andere. Die im internationalen Vergleich durchaus stabilen Rahmenbedingungen, die in Österreich gegeben sind, vor allem die Zusammenarbeit auf Sozialpartnerschaftsebene, bieten dafür günstige Voraussetzungen. Allerdings wird es unumgänglich notwendig sein, das bisher verfügbare wirtschaftspolitische Instrumentarium kritisch daraufhin zu prüfen, inwieweit es Anpassungen fördert oder erschwert, wenn nicht gar verhindert. Ich denke hier insbesondere an die Subventionspolitik, aber auch an die Forschungspolitik, die in stärkerem Maße auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und ihrer sich ändernden Struktur ausgerichtet sein muß, und an die Bildungspolitik, die die neuen Anforderungen an die berufliche Qualifikation und an eine permanente Weiterbildung gewährleisten muß.

Österreich verfügt über ein großes Potential an initiativen Unternehmen und gut geschulten Arbeitskräften. Dieses Potential gilt es in den nächsten Jahren voll zu entwickeln, zu motivieren und richtig einzusetzen.

Hannes Androsch ist Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein in Wien

WIEN / Zukunft aus Vergangenem

# Hauptstadt des Geistes

Von ERHARD BUSEK

Wien war bis zum Ersten Weltkrieg die Hauptstadt des viertmächtigsten Reiches der politischen Welt. Noch heute wird es wegen des geistigen und kulturellen, wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens um 1900 als „Welthauptstadt des Geistes" jener Zeit bezeichnet.

Heute ist Wien die östlichste Stadt des Westens; Kritiker behaupten seit Metternich, daß in Wien der Balkan beginne. Eine klein gewordene Großstadt eines noch kleineren Landes ringt damit, nicht einer durch Neutralität verstärkten Schicksalslosigkeit zu verfallen, weil die Bruchlinie zwischen Ost und West, der heute noch immer existierende Eiserne Vorhang, die alte Kaiserstadt an den Rand des Geschehens gedrängt hat. Wien will sich auch damit nicht abfinden, ein Museum zu sein, wo man in aller Gemütlichkeit durch die Vergangenheit spazieren kann. Wie aber kann Vergangenes zu Zukünftigem werden?

Mitteleuropa gibt es spätestens seit 1945 nicht mehr. Dort, wo es war, ist heute Grenze, Niemandsland, Konfrontation und Schweigen. Folgerichtig spricht man von „West- und Osteuropa", wobei für die Staaten der Europäischen Gemeinschaft längst auch diese Unterscheidung praktisch nicht mehr gilt. In den Medien, den Ansprachen der Politiker und wahrscheinlich auch im Bewußtsein der Bürger versteht sich die EG als „Europa", wobei angemerkt werden darf, daß damit jene Länder, die freie westliche Demokratien sind und aus den verschiedensten Gründen nicht der Gemeinschaft angehören, von Europa ausgeschlossen werden.

Mehr noch aber vergißt man, daß auch auf der anderen Seite Europa ist. Die Literaten und Denker, die Wissenschaftler und Dissidenten in den Ländern des Warschauer Pakts werden nicht müde, jeden Gesprächspartner darauf hinzuweisen, daß auch sie Europäer sind. Es muß aufhorchen lassen, wenn dabei plötzlich wieder der Begriff „Mitteleuropa" auftaucht. Der Exiltscheche Milan Kundera schreibt darüber, der Jugoslawe Milovan Djilas verweist darauf, und der ungarische Herder-Preisträger György Konrad ist gerade als Sprecher der mitteleuropäischen Idee aufgetreten. In der Tat, Europa hat seine Mitte verloren und wahrscheinlich auf lange Sicht damit auch seine eigene Existenz.

Der polnische Publizist Stefan Kisielewski hat sich von Westeuropa tief enttäuscht gezeigt. Westeuropa, so meint er, sei uneuropäisch, amerikanisiert, materialistisch, entchristlicht. Die extreme Westorientierung ist sicher kein allzu negativer Faktor. Aber solange wir uns nur an diese Orientierung klammern, machen wir eine echte Besinnung unmöglich. Solange wird es uns auch schwerfallen, Mitteleuropa als geistigen Raum neu zu erschließen. Wenn wir schon die Trennungslinie nicht ändern können, wenn wir schon das Glück haben, auf der günstigeren Seite dieser Trennungslinie zu liegen, dann sollte von uns doch der Impuls ausgehen, die europäische Gemeinsamkeit im Historischen und Geistigen wachzuhalten. Das jahrtausendalte europäische Gespräch darf nicht abreißen, es muß immer wieder aufgenommen werden. Das ist eine Aufgabe der Stadt Wien.

Was haben nun Wien und Mitteleuropa miteinander zu tun? Sehr viel. Mitteleuropa ist die eigentliche Aufgabenstellung der Donaumetropole. Notwendig ist eine selbstbewußte Stadtaußenpolitik Wiens, auf Grund der historischen Rolle der österreichischen Bundeshauptstadt. Sie sollte vor allem auf die Nachbarländer gerichtet sein, die zur ehemaligen Donaumonarchie gehörten.

Eine neue Aufgabe Wiens im Zentrum Europas wird es sein, sich als Dialogpartner, als Ideenbringer und als Nachbar vieler Nachbarn zu bewähren. Wir müssen die Herausforderung annehmen, wieder geistiges, kulturelles Zentrum Mitteleuropas und somit Träger und Mitgestalter einer neuen mitteleuropäischen Synthese zu werden. Jede Stadt ist größer, als es ihre Grenzen zeigen. Wien hat die Chance, nicht nur an historische Größe zu erinnern, sondern aktiv zu gestalten, was Mitteleuropa ist.

Um es gleich klarzustellen: Politisch besteht Mitteleuropa nicht und wird auf Sicht auch nicht neu entstehen können. Wohl aber kann man es in den verschiedenen Dimensionen wiedererwecken: etwa in der Kultur, indem man nicht an das Trennende, sondern an das Gemeinsame denkt – an das, was die Mitteleuropäer verbindet und heute noch aktuell ist.

*Erhard Busek ist Vizebürgermeister Wiens*

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSFONDS / Facht das Werben an

# Wien erschließt die Donauländer

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) – getragen von der Stadt Wien, der Handelskammer und einigen Banken – will jetzt das Werben um neue deutsche Investoren kräftig anfachen. Um Interesse für den Standort Wien zu wecken, werden nicht nur „Vorteile, wie das große Reservoir hochspezialisierter Facharbeiter, günstiger Standort für Comecon- und Efta-Exporte sowie geringere Lohnkosten und ruhiges Sozialklima" hervorgehoben.

Der WWFF bietet auch großflächige, bereits erschlossene Industriegrundstücke im Wiener Stadtgebiet an und verspricht, allen Interessenten eine große, oft wesentliche Hürde beseitigen zu helfen: den Weg durch die Instanzen, sprich den Gang durch die Bürokratie. Das erledigen die Experten des Fonds. Sie helfen auch bei der Wahl der schwer überschaubaren Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten, von denen es in Österreich eine ganze Menge gibt.

Auch die Beratung bei der Wahl vorhandener, kaum überschaubarer Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten wird zum Nulltarif geboten. „Wir setzen international neue Maßstäbe bei der Betreuung williger Investoren", lautet selbstbewußt die Botschaft des WWFF.

In den letzten drei Jahren wurden Investitionen im Wert von umgerechnet rund 200 Millionen DM nach Wien gelotst. Das soll nur der Anfang sein. Wien will zur „Hauptstadt der Investitionen" werden.

„Wien ist ein großer Markt", sagt auch Rolf Leckel, Sprecher der Henkel Austria, einer Tochter der Düsseldorfer Henkel KGaA. Soll heißen: Hier lebt ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung mit ihrer geballten Kaufkraft. Und hier beginnt die Industrie sich immer deutlicher zu formieren. Obwohl in der Struktur der Wiener Betriebe (mehr als 90 Prozent beschäftigen weniger als 20 Mitarbeiter) Kleinfirmen noch stark überwiegen.

Den industriellen Wandel in Wien – wo 1983 wertmäßig 16,7 Prozent der gesamten Industrieproduktion des Landes, das sind rund 80,5 Mrd. DM, erzeugt wurden – belegen Fakten, die das Statistische Zentralamt ermittelt hat und die der WWFF zitiert. Am Beispiel der industriellen Produktivität wird es belegt: Diese habe 1982, gemessen an einem speziellen Index (1981 = 100), österreichweit 103,5 Punkte betragen. Wien lag damals sogar einen Punkt unter diesem Wert.

E. S.

**Die Wiener Innenstadt, ihr Fluidum lockt Geschäftsleute und Touristen** FOTO: KLAUS ABS

INDUSTRIESTANDORT WIEN

# Drehscheibenfunktion

Kaum Streiks, politische wie sozialpolitische Stabilität, hohe Qualifikation der Arbeitskräfte, Drehscheibe für den osteuropäischen Handel – mit diesen Eigenschaften wirbt die Alpenrepublik um investitionsfreudige Unternehmer. In einer Broschüre „Industriestandort Österreich" werden diese Eigenschaften erläutert. Alfred Rath von der Unternehmensberater-Firma ICD in Wien: „Österreich bietet den großen Kommunikationsvorteil einer gemeinsamen Muttersprache auf allen Gebieten. Dieser Vorteil erlaubt es wie kein anderes Land, rasch, problemlos und effektiv auf die konkreten Erfordernisse eines deutschen Unternehmens einzugehen.

Österreich bietet zudem erheblich niedrigere Gesamtlohnkosten als in der Bundesrepublik Deutschland. Die Handelsdelegation der Alpenrepublik geht davon aus, daß sie um bis zu 30 Prozent niedriger liegen. Sie prägte das Schlagwort „Deutsche Qualität zu österreichischen Kosten".

Auch ist das Steuersystem erheblich günstiger gestaltet als das deutsche. Wer in neue Produktionen steuerschonend investieren will, genießt in der Alpenrepublik einige beträchtliche Vorteile. Die Ertragssteuerbelastung (= Körperschaftssteuer und Gewerbeertragssteuer) von Unternehmen liegt aufgrund der gesetzlichen steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten (Schachtelprivileg) unter 40 Prozent, womit das Land eine der niedrigsten Ertragssteuerbelastungen unter den OECD-Mitgliedern hat. Berücksichtigt man zusätzlich die Möglichkeiten, die sich aus erhöhten Abschreibungen (Investitionsfreibetrag) und aus Verlustvortragsmöglichkeiten (bis zu sieben Jahren) ergeben, so ist die effektive Steuerbelastung sogar noch geringer.

Rath: „Die Faustregel ‚Je moderner der Betrieb, desto höher die Investitionskosten je Arbeitsplatz, desto schwieriger die Ansiedlung' gilt für unser Land nur sehr eingeschränkt

LuS

LANDWIRTSCHAFT / Belastungsprobe in den Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft

# Käse, Wein und Rindfleisch sind unsere Exportsäulen

Von ALOIS DERFLER

Der Europagedanke hat für die Menschen vieler Staaten die Grenzen geöffnet, aber es gibt vielfach noch Grenzziehungen, die diese Öffnung in Frage stellen. Das gilt vor allem für den Agrarhandel. Steigende Überschüsse in den westlichen Industriestaaten, sinkende Kaufkraft in den Ölländern und eine fast völlige Zahlungsunfähigkeit in vielen Entwicklungsländern verschärften die Wettbewerbssituation.

Die österreichische Landwirtschaft, die traditionell sehr stark exportorientiert ist, ohne jedoch jemals den Verdrängungswettbewerb des letzten Jahrzehnts mitgemacht zu haben, ist von diesen Verhältnissen besonders stark betroffen. Nachdem die Phase einer Neuordnung des Milchmarktes bereits einige Jahre zurückliegt, sind die österreichischen Vieh- und Milchbauern nunmehr mit den Auswirkungen der Umorientierung des EG-Milch- und damit auch des Fleischmarktes direkt konfrontiert.

Gerade in dieser Situation muß Österreichs Landwirtschaft aber nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Alpenrepublik ein nicht unwesentlicher Abnehmer von Agrarprodukten aus der EG ist. Das Import-Export-Verhältnis hat sich seit dem Abschluß der Freihandelsverträge 1972 entscheidend zuungunsten Österreichs geändert.

In diesem Sinne konnte jetzt bei der EG-Kommission erreicht werden, daß Gespräche über das Ungleichgewicht im Agraraußenhandel zwischen Österreich und der EG aufgenommen werden.

So muß zum Beispiel das bestehende Käseabkommen zwischen Österreich und der Gemeinschaft ab 1. 1. 1986 verlängert werden. Hier wäre vor allem ein umfassendes und unbefristetes Abkommen unter Einbeziehung aller Käsesorten auf beiden Seiten notwendig.

Zu der von Österreich beantragten Zollsenkung für Qualitätswein in Flaschen wird derzeit ein Verhandlungsmandat für die EG-Kommission vorbereitet. Eine gegenseitige Zollsenkung bei Qualitätsweinen in Flaschen würde nicht nur die Qualität des Produktes erhöhen, sondern sicher auch beiden Vertragsteilen wirtschaftliche Vorteile bringen.

Der Export von Zucht- und Nutzrindern sowie Rindfleisch in die EG ist für Österreichs Bauern lebenswichtig. Etwa zwei Drittel des österreichischen Staatsgebiets sind Grünland. Ohne Rinderhaltung ist eine Landbewirtschaftung unmöglich.

*Alois Derfler ist Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs.*

Österreich
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

## GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

### Exzellente Generalvertretung

# – high tech elektronische Schlüsselbauelemente –

**aus deutscher Entwicklung und Produktion. Unser Klient ist ein innovatives, überaus erfolgreiches und schnell wachsendes Unternehmen der elektronischen Industrie. Für die Postleitzahlen 5, 6 und 7 wird Kontakt zu je einem Repräsentanten gesucht, der sowohl über das notwendige technische Rüstzeug, als auch über entsprechendes verkäuferisches Können und gute Kontakte zu dem in Frage kommenden Kundenkreis verfügt. Bei den Erzeugnissen handelt es sich um Hybridbausteine auf Keramikbasis inkl. multi layer modernster Technologie. Als Kundenkreise kommen u. a. Meß- und Regeltechnik, Computer, Automobiltechnik, Maschinensteuerungen und Kommunikationssysteme in Frage. Die gesuchte Repräsentanz bedarf des analytisch vorgehenden Verkäufers, nicht des Mannes, der nach dem „Gießkannenprinzip" arbeitet. Eine entsprechende Produktschulung ist selbstverständlich. Die in Rede stehende Erzeugnispalette darf vom Weltniveau her als erstrangig gelten, gestattet absolute Terminzuverlässigkeit und garantiert für Sie außergewöhnliche Verdienstmöglichkeiten im sechsstelligen Bereich.**

**Interessenten mit nachweisbaren Verkaufserfolgen bei den o. a. Industrieunternehmen werden um Kontaktaufnahme gebeten. Bitte nicht ohne Angabe des derzeitigen Vertriebsprogramms, welches wir gerne hochvolumig ergänzen möchten und auch nicht ohne die industriellen Abnehmerstrukturen. Bitte schreiben Sie an die beauftragte Industrieberatung der Industriepraktiker, 8022 Grünwald-München, Postfach 3 20. Telefonische Vorinformationen sind unter 0 89 / 64 90 91 möglich.**




### Mit System zum Erfolg

*SDR-Direktwerbung ist in 10 Jahren zum größten privaten Direktwerbeunternehmen in Schweden geworden. In Deutschland wollen wir unseren Erfolg wiederholen und unser Konzept an Sie weitergeben.*

Wir suchen

# *VERTRAGSPARTNER*

***die sich mit unserem Know-how selbständig machen***

**Unsere Anforderungen an Sie:**
- Zunächst brauchen Sie nur ein Auto, ein Telefon und einen Kopierer.
- Sie benötigen ein Startkapital von ca. DM 10 000,– und finanzielle Reserven für die Startphase.
- Sie brauchen ein gewisses kaufmännisches Verständnis und sollten eine Verkäuferpersönlichkeit sein.
- Vor allem aber müssen Sie über Tatkraft, Ehrgeiz und den Willen zum Erfolg verfügen.

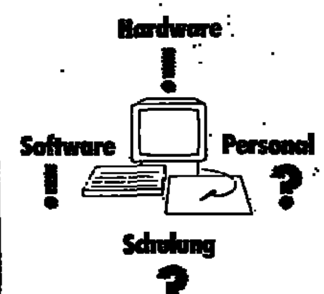
**Unsere Unterstützung für Sie:**
- Intensive Einarbeitung und Produktschulung
- Hilfe beim Aufbau Ihrer eigenen Existenz
- ständige Betreuung und Beratung durch den Hauptsitz in Hamburg
- ein erfolgreiches, einmaliges Konzept für die Direktwerbung.

*Natürlich können wir uns Ihnen in diesem Rahmen nicht wirklich vorstellen. Haben wir aber Ihr grundsätzliches Interesse geweckt, so wenden Sie sich bitte unter Angabe der Kennziffer 14.128 an den Anzeigendienst unserer Personalberatung, wo man ausführliches Informationsmaterial für Sie bereit hält.*

**Mercuri Urval – Baumwall 7 – 2000 Hamburg 11 – Tel. 0 40 / 36 50 28**

**Mercuri Urval**

## Planen Sie Ihren CAD-Erfolg!




Unsere
**CAD-Konstrukteure und CAD-Zeichner**
arbeiten an Ihren Anlagen oder bringen die Hard- und Software einfach mit.
Wir schulen auch Ihre Mitarbeiter in **CAD-Seminaren** oder auf Wunsch in Ihrem Hause.
Fordern Sie bitte unsere Informationen an:
**Seeber Konstruktionen GmbH**
Neckarkanalstraße 104
7148 Remseck 2 (bei Stuttgart)
Telefon (0 71 46) 30 35/95 34

## Export-Finanzierungsprobleme

- **Erschöpfte Finanzierungsmöglichkeiten**
- **Keine Deckung des politischen und wirtschaftlichen Risikos**
- **Problem-Akkreditive etc.**

Erfahrenes Hamburger Unternehmen mit Niederlassungen in Übersee kauft Ihnen Ihr Problemgeschäft regreßfrei ab.

Anfr. erb. u. A 1639 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Führender europäischer Hersteller von hochwertigen PVC-Spezialschläuchen (insbesondere für Haushaltsgeräte: Staubsauger, Haartrockner, Waschmaschinen usw.) in ständiger Geschäftserweiterung sucht qualifizierte und bei den entsprechenden Industrien gut eingeführte

### AGENTEN

Es wird angeboten: vielseitige Marketingunterstützung und gute Einkommens- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Zuschriften werden streng vertraulich behandelt und sind bitte mit Bild, Lebenslauf und erforderlichen Unterlagen zu richten unter A 2277 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## Garantieanmietung

Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!

IMA IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH Tel. 02 28
Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1 2 69 04 51

## Mehr Umsatz mit weniger Aufwand

Erzielen auch Sie und/oder Ihre Mitarbeiter durch Einschaltung eines international bekannten Verkaufstrainers.

Spezialgebiete: Steuerbeg. Kapitalanlagen, Immobilien, Fonds, Versicherungen. (Mitarbeiterschulung und Vertriebsaufbau)

**Erfolg ist planbar und dauerhaft.**

Angebote aus dem deutschsprachigen Gebiet erbeten unter K 2285 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## Importeure – Bauherren – Ferienhäuser

Wir bauen schlüsselfertige Ferienhäuser in skandinavischem Stil aus Holz und suchen Kontakt zu Abnehmerkreisen in der Bundesrepublik Deutschland, jeweilige Mindestabnahme 5 Stück. Die nach Abzug der Eigenmittel notwendige Restfinanzierung der Ferienhäuser einschl. des Grundstückspreises kann als attraktive Finanzierungshilfe mit einer **Laufzeit von 20 Jahren** vermittelt werden.

Seriöse Zuschriften als erste Kontaktaufnahme für ein persönliches Gespräch an: **SAM-Export, Tyttebairvej 35, DK-8600 Silkeborg.**

## PANAMA AKTG

namensgleich m. Tochterges. einer Schweizer Großbank, neu, für nur DM 10 000,– zu verkaufen.

Schriftl. Ang. an: Dr. Wolf, Scheid 52, 5461 Hochscheid.

### Kolumbien

Ihre Interessen in Kolumbien vertritt in beliebiger Branche versierte deutsch-, englisch-, spanisch- u. französischsprechende Repräsentantin. Angeb. erb. u. R 2290 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Röntgenfilme

Händler (kleinere) f. d. Vertrieb von Markenfilmen gesucht.

Ang. u. G 2305 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

### Neu in München

Chauffeur mit dunkelblauem, repräsentativem Mercedes steht Ihnen tägl. für Kongresse, Tagungen etc. im 24-Stunden-Service zur Verfügung. Abholung im ganzen Bundesgebiet ab DM 349,– (inkl.), Zuschlag ab 130 km DM 1,39.

**Tel. 0 89 / 42 51 59**

### 2 Panama AGs

mit interessanten Namen, neu, für nur DM 3000 zusammen zu verkaufen.

Angeb. an Dr. T. Wolf, Scheid 52, 5461 Breitsch.-Hochscheid

Frei für **exzellente Texte**
Schwerpunkt: Direct-Mail-Packages, -Anzeigen, -Beilagen, -Briefe, -Prospekte, -Einhefter, Kataloge.
Tel. 0 42 32 / 71 06

### VR China

Wir liefern die Daten für 207 in China vorgesehene Projekte. Auch mittelständische Betriebe gefragt. Wir sind Agentur für Handelsmagazin „Intertrade".

Info kostenlos: W. Braasch, Postfach 11 69, 7506 Bad Herrenalb

### Geschäftsdrucke

In Kleinauflagen enorm preisgünstig. Selbstdurchschreibende Briefbogen, Rechnungen, Lieferscheine, etc. Gleich Gratis-Muster für Ihre Branche anfordern. Kommt postwendend, unverbindlich und kostenlos.

RAUSCH DRUCK organisiert Postf. 10 23 04/G4 89 Augsburg, Tel. 08 21/7 70 91 ○ Tx. 53 785

* * * Sofort – gegen bar * * *

**FORDERUNGSANKAUF**
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

**Verleger und/oder Vertriebsgesellschaft** gesucht f. deutsche und/oder franz. Übersetzung v. Alfred Zions sensationellem Buch MERCHANTS OF MELBOURNE, das die austral. jüd. Gemeinde tief erschütterte. Wegen Besprech. u. Freiexemplar des Buches schreiben Sie bitte an: Ariose Pty. Ltd., P. O. Box 1225L, G.P.O., Melbourne, 3001, Australien

### Fachbetrieb

**sucht Partner (Teilhaber)**
zwecks Aufbau eines Wintergarten-Zentrums.
Raum Hamburg/Bremen/Hannover.
Kontaktaufnahme erbeten unter N 2288 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

International tätiges Team, 4sprachig, sucht neue

### große Aufgabe

im Bereich Ex-Import, Vertrieb, Verkehrswesen.

Wir haben gute Kontakte in der Bundesrepublik, in Bonn und Nahost. Unser Büro in der City von Köln ist seriös, die techn. Ausstattung komplett, Pkw repräsentativ. Verhandlungen führen wir auf allen Ebenen.

Von der Qualität Ihres Auftrages müßten Sie uns überzeugen, dann sorgen wir für den Erfolg, an dessen Ergebnis Sie uns beteiligen sollten.

Detaillierte Zuschriften, die wir streng vertraulich behandeln, erbeten unter Z 2276 an WELT-Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen.

**Sie haben** nicht alltägliche Probleme und Aufgaben? Wir lösen diese diskret, unkonventionell und ohne überflüssige Fragen. Kurze Kontaktaufnahme genügt u.: B 9581, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

### Wer besucht Zahnärzte?

Bieten eingef. Markenartikel zum Mitverkauf.

Angeb. unt. B 2278 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

### Leistungsstarke Vertriebsgruppe

sucht für Vertrieb von 16 Stadtwohnungen in norddeutscher Großstadt, unmittelbar an der Uni. Vertrieb im Wege von Erwerber-/Bauherrenmodell mit steuerlichen Vorteilen aufgrund von Althaussanierung.

Angebote bitte unter Y 2253 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Vertretung

für deutsche und ausländische Produkte der Lebensmittelbranche im Raum NRW gesucht. Hervorragende Kontakte zu den führenden Geschäftshäusern vorhanden.

Zuschriften unter C 2279 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Zahlen Sie mehr als 20 000,– DM Steuern pro Jahr?

Wir bieten 100%ige Rückerstattung durch Berlinanlage.

**Euro-Dienst**
**Tel. 0 30 / 3 41 30 97**

## Hotel – Restaurant

im SÜDSCHWARZWALD, beste Lage in einem der bekanntesten See-Ferienorte, ca. 1000 m, sofort oder nach Vereinbarung zu übernehmen.

Das Haus ist in allerbestem Zustand, im letzten Jahr für ca. 1,5 Mio DM total renoviert. Es verfügt über 70 Betten, 3 verschiedene Restaurants mit ca. 220 Plätzen, 2 Tagungsräumen (20–40 Pers.), See-Terrasse (60 Plätze) und weiteres Gartenlokal mit ca. 120 Plätzen. Kleine Hotelhalle mit Empfang, Hotel- und Publicbar, Hallenbad, Aufenthalts- und Fernsehraum, Lift auf allen 5 Etagen, Personalunterkünfte und 5-Zimmer-Wohnung, hoteleigene Parkplätze und Garagen.

Das Haus erfüllt alle Ansprüche von Ferien- und Tagesgästen, Ausflugsgruppen, Tagungen, Busreisen.

Ganzjährig Saison, hervorragende Zukunftsaussichten, Jahresumsatz bei ca. 1,4 Mio. DM, noch steigerungsfähig.

Verkaufspreis: 3,3 Mio. DM, erforderliches Eigenkapital: DM 850 000,-.

Schriftl. Anfragen über Fa. HWS, Postfach 11 41, 7000 Stuttgart 1, oder Tel. 07 11 / 29 41 57

Für **SUPERMÄRKTE** in Griechenland, Zypern, Libanon, Malta und auf den Kanarischen Inseln suchen wir

**NON-FOOD-ARTIKEL aller Art, auch Restposten, Sonderposten, 2. Wahl usw.**

Ausführliche, bemusterte Angebote erbeten unter Nr. 1305 an BIMEX, Postfach 61 20, 6050 Offenbach.

Wir bieten Ihnen die selbständige Gebietsrepräsentanz als

### Leiter/in des Beratungszentrums

in Ihrem näheren Wohnbereich.

Die Aufgabe erfordert eine kaufmännische Führungskraft, die in ständiger Zusammenarbeit mit uns Spitzeneinkommen erzielt. Unsere bahnbrechende Idee und der unbegrenzte Bedarf sichern Ihre Existenz mit sofortigen regelmäßigen Einnahmen. Keine Vermittlung und kein Verkauf. Erforderliche Lizenzgebühr unter DM 20 000,-. Die Vermittlung des erforderlichen „Know-how" und ständige Betreuung erfolgen durch uns. Schreiben Sie uns! Wir nehmen schnell Kontakt mit Ihnen auf! Sie werden begeistert sein!

Anfragen erbeten u. K 1515 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## STELLENGESUCHE

Dipl.-Kfm., 49, erfahrener, langjähriger kfm. Leiter und Geschäftsführer eines großen Handelshauses sucht neue unternehmerische Aufgabe in einem größeren oder mittleren Handelsunternehmen, evtl. auch mit angeschlossener Produktion als

### GESCHÄFTSFÜHRER

**Finanzen, Controlling, kfm. Verwaltung**

Spezielle Erfahrungen:
- Organisation und Controlling großer Handelsgeschäfte in den Bereichen Commodities, Mineralöl oder ähnliche Waren
- Koordinierung in- und ausländischer Profitcenter/Tochtergesellschaften
- Persönliche Bankkontakte auf hoher Ebene
- Reorganisation, insbes. durch EDV; Kostensenkung
- Motivation und Führung hochqualifizierter Mitarbeiter
- Englisch fließend

Kontaktaufnahme erbeten unter PR 48 817 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.




### Diplom-Kaufmann

31, led., gel. Großhandelskaufmann, Berufspraxis, Spezial. Unternehmensrechnung/Steuer und Finanzwirtschaft; sucht Anfangsstelle zum 1. Juli 1985 im Bereich Revision, Rechnungs-, Finanz-Kreditwesen.

Auskünfte erteilt: Herr Vogel
**Fachvermittlungsdienst Kiel,** Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/5116-35, FS 292 673

Suche in mittelständischem Unternehmen die Herausforderung in

### Kfm. Leitung, Geschäftsführung, Vertrieb

35 J. Betriebsw., bin ein Praktiker und führungsstark, Funktionen: Organisationsleitung, Revision/Controlling, Betriebsberatung, kfm. Leitung mit den Fachbereichen Finanzen, Rechnungswesen, Personal, EDV, Verwaltung u. Vertrieb; Aufbau eines Vertriebes mit Außendienst, Stellvertreter des Geschäftsführers. Aussagefähige Angebote u. N 2266 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.




### Einkaufsleiter

49, kaufm. Lehre, langj. Erfahrung im Einkauf und Materialwirtschaft der chem. Industrie, für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Verpackung, Import, Zoll, Speditionen, mit Reisetätigkeit im In- und Ausland. Leiter der angegliederten Versicherungsabteilung, Betriebsversicherungen (Kfz., Transport, Produkthaftung), Englisch.

**Wunsch:** Einkaufsleiter od. 2. Mann im Einkauf/Materialwirtschaft, Verpackungswesen.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf mit
**Rudolf Fischer, Telefon 0 69 / 71 11 - 3 21**

**Zentralstelle für Arbeitsvermittlung**
Inlandsabteilung – Bereich Führungskräfte
Feuerbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 069/71111 · Telex 411632
Bundesanstalt für Arbeit

**Dipl.-Wirtschaftsingenieur**, 46 J., ergebnisorientiert, branchenunabhängig und regional ungebunden, sucht neue Aufgabe als

### Geschäftsführer oder Bereichsleiter

in einem mittleren oder größerem Industriebetrieb oder Dienstleistungsunternehmen.

**Praxis:** Kfm.- u. Alleingeschäftsführung (8 J.), davor kfm. Leitung in mittelständischen Industriebetrieben.

**Schwerpunkte:** F und R, Personalwesen, Materialwirtschaft, Investitionen, Planung, Controlling u. EDV sowie Vertrieb.

Zuschriften unter N 2156 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Führungskraft – Bank

Mittvierziger, langjährige Bankerfahrung, GL-Qualifikation, ungek., allround mit SP Marketing, Akquisition, Organisation, Devisenhandel, Auslandsgeschäft. Gute engl. Sprachkenntnisse, span./franz. ausbaufähig, kreativ, erfolgsorientiert, kooperativ und verhandlungsgeschickt, verheiratet, sucht neue herausfordernde Führungsaufgabe im Bankbereich.

Zuschriften unter PS 48 818 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

### Elektrotechniker

32 J., ledig, nicht ortsgebunden, kreativ mit umfangreicher betriebswirtschaftlicher Ausbildung, Englischkenntnisse, in ungek. Stellung, mehrj. Berufserfahrung in Planung u. Bauleitung von Stark- und Schwachstrom u. Gebäudesicherungsanlagen mit besonderer Neigung für Marketing u. Vertrieb sucht ausbauf. Position in Vertrieb od. Planung. Angebote u. L 2264 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

### SPANIEN

Deutscher Industrie-Kfm., Mitte 40, unabhängig, Wohnsitz Madrid, übernimmt kurzfristig Geschäftsführung dt. Firma, auch bereit zu Neugründung und Aufbau einer Tochtergesellschaft. Beste Erfahrung in Handel und Industrie. Angebote u. V 2272 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Junger Verkaufsberater im Außendienst

33 Jahre, mittlere Reife, abgeschl. Ausbildung als Kfm. im Groß- und Außenhandel. 12 Jahre Berufserfahrung, davon 8 Jahre im Außendienst in ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis.

Angestrebt wird eine verantwortungsvolle Aufgabe mit Aufstiegschancen.

Ang. u. E 2281 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Dr. rer. nat.

Stud.-Assessor (Chemie/Physik), sehr gute Examina, 30 verh., ortsungebunden, sucht entwicklungsfähige Aufgabe in
- **Forschung und Entwicklung**
- **Anwendungstechnik**
- **Produktmanagement**

Zuschriften unter D 2280 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Berufspilotin

(31 J.), 4sprachig, mit Erfahrung sowohl im journalistischen als auch pädagogischen Bereich, sucht nach 8jährigem Auslandsaufenthalt, interessante, verantwortungsvolle Position in Europa.

Angeb. unt. P 22 89 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## WELT-Leser sind näher dran

Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung. 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig. Sie berichten aktuell aus nächster Nähe von den Brennpunkten des Weltgeschehens.

W 3472

### Markenartikelreisender

(Pharma) sucht für das Nielsengebiet 2 (NRW) neue Aufgabenbereiche. 41 Jahre, seriös u. zuverlässig. Erfahrung im Gebietsaufbau. Ernstgemeinte Zuschriften unter P 2267 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Lateinamerika

26j. Kaufmann m. techn. Grundstud. sucht Aufgabengebiet in Venezuela. Ang. u. W 2273 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Großhandelskfm.

Anf. 40, kontaktfr., belastbar, initiativ, Vertriebserf./Getränke-Ind. sucht verantw. Tätigkeit auf GL-Ebene o. Niederlgb./Norddt. Angebote u. R 2268 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

**Küchenmeister**, 31 Jahre, m. langjähr. Auslandserf. zu neuen Wirkungskreis i. Privatklinik i. Stadt München od. Regensburg. Zuschr. od. Telefonanrufe erb. unt. Herbert Plank, 8401 Gengkofen 7, Post Mintraching, Tel. 0 94 06 / 14 12

### Dipl.-Ing.

Hoch- und Tiefbau, techn. Betriebswirt, Mitte 40, leitende Position, Erfahrung in: Mineralöl- und Versicherungsbranche, Industriebau, Wohnungs-, Einkaufscenter und Bürobau, Verwaltung- und Betreuung sucht verantwortungsvolle Tätigkeit.

Ang. unter Y 2275 an WELT-Verlag, 10 08 64, 4300 Essen.

### Inbetriebnehmer

Wasseraufbereitung – MVC-MSF-RO-Anlagen. 8 Jahre Auslandserfahrung, arabischer Raum, Englisch Wort und Schrift, Starkstromelektriker, Erfahrung M. u. R., FPS-Steuerung, Verfahrenstechnik, sucht neuen Wirkungskreis.

Angebote unter L 2286 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

### Kaufmann/Ing.

sucht Tätigkeit Achse Ungarn, 3 Sprachen, Außendienst- u. Auslandserfahrung.

Tel. 0 20 43 / 2 91 95

### Dipl.-Ing. und Betriebswirt

Geschäftsstellenleiter, mit Erfahrungen im Vertrieb von EDV- und CAD-Systemen, wünscht Angeb. für Raum Hamburg unter S 2291 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Junger dynamischer Polizeibeamter

mit mehrjähriger Erfahrung im Personen- und Objektschutz sucht entsprechende Tätigkeit in der freien Wirtschaft. Zuschr. erb. unt. F 2282 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### BANKBETRIEBSWIRT (28)

umfassende Erfahrung im kurz-, mittel- und langfristigem Kreditgeschäft mit AD-Erfrg. und Engl.-Kenntn. sucht ausbaufähige Position in Bank, Handel oder Industrie.

Angebote unter U 2271 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

### Kaufm. Angestellter

37 J., nicht ortsgeb., Erfahrg. als stellvertr. Abteilungsleiter in Einkauf-Verk.-Buchhaltg., Büroorganisation u. Hausverwaltg. Besondere Erfahrg. in Tabakwarenbereich, belastbar u. flexibel, sucht adäquate Aufgabe, evtl. auch im Außendienst. Ang. unter X 2274 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### MANAGER AUF ZEIT

**Betriebswirt, 41 Jahre**

frei für
- **Krisenmanagement**
- **Sonderaufgaben**
- **Übergangslösungen**

Angebote erbeten unter T 2270 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### KAUFFRAU

gel. Werbekfm. u. gel. Steuerfachhilfe mit Erfahrung im PR- und Verlagswesen, flexibel und selb. Arbeiten gewöhnt, sucht für ganz- o halbtags eine geeignete Stellung. Ang. u. K 2263 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### FINANZMAKLER

35 J., mit eigenem Büro in hess. Univers.-Stadt sowie gutem Kundenbestand, Schwerpunkt Konsumentenkredit, Baufinanzierungen, Versicherungen, Leasing, sucht zum weiteren Ausbau Geschäftsverbindungen in diesen Bereichen (u. a. Vertretungen, Repräsentanzen, Kooperationen usw.). Angebote bitte unter S 2269 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Geschäftsführer

40 J., kfm. Verw. u. Vertrieb, sucht unternehmerische Herausforderung.

Zuschr. unt. M 2287 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Vertriebsbeauftragter

**Schwerpunkt Audio/Video**

40 Jahre, dynamisch, erfolgreich, langjährige Berufserfahrung im Innen- wie im Außendienst, sucht neuen Wirkungskreis im Großraum Bremen, Hamburg, Hannover, ab 1. 7. 1985. Angeb. unt. H 2284 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

### Nah-/Fernost

Österreicher, Dipl.-Ing. US grad., 41 J., 10 J. Mittel-Ost-Erfahrung (Techn. Kaufm.), sucht mehrjährigen Einsatz. Wasseraufbereitung, petrochem. Anlagen, Rohrleitungsbau. Aufgaben: Akquisition, Baustellen-Niederlassungsleitung.

Zuschriften unter G 2283 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

## STELLENANGEBOTE

# steuertip

***Deutschlands auflagenstärkster Steuer/Finanz-Informationsbrief baut seine Redaktion aus und sucht***

## Steuerberater Wirtschaftsprüfer Finanzbeamte Steuerjournalisten

***die ● Kreativität im Aufspüren von Steuersparchancen besitzen ● überdurchschnittliche Eigeninitiative (in Beruf oder Freizeit) bewiesen haben ● komplizierte Sachverhalte klar darzustellen verstehen.***

***Bitte stellen Sie uns die Unterlagen zusammen, die eine (Vorab-)Charakterisierung möglich machen.***

**markt intern**
**Grafenberger Allee 30, 4000 Düsseldorf**

### STOP!!!

500 US-Dollar sind ein Exempel für einen Tagesverdienst auf einer Öl-Bohrinsel! Wir suchen Arbeitskräfte für Arbeiten in: Bau, Industrie, Ölindustrie, Restaurant, Gärtnerei, Haushalt sowie Chauffeure und Mannschaften für Überseeschiffe. Auch für Juristen, Ärzte und Lehrer haben wir interessante Angebote. Sind Sie interessiert? Sie können an uns schreiben.

Unsere Vermittlung umschließt folgende Gebiete: Kanada, USA, Hawaii, Westindien, Australien, den Fernen Osten sowie Europa. Für viele Arbeiten benötigen Sie keine Ausbildung oder Sie bekommen diese an Ort und Stelle. Freiinformation erhalten Sie gegen voradressierten Briefumschlag mit beigefügtem internationalem Portokupon (beide posterhältlich).

**A. L. Informations Center**
**Box 143, S-82800 EDSBYN**
**Schweden.**

**NEUE EXISTENZ MIT UNSERER HILFE**

Selbständig machen als Eheanbahnung. Geringes Eigenkapital erfordert. Monatl. Eink. ca. DM 10 000. Bewerb. unter V 1634 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.